DM 10,– Nr. 7 Juli 1993 E 8080 E



SPD:

Würde Kurt Schumacher die Partei wiedererkennen?

Deutschlands Aufbruch: Ein neuer freier Wählerbund formiert sich für die Wahlen 1994

Trilaterale Kommission:

Auf dem Weg zur Eine-Welt-Regierung

Hollywood:

Der Ku Klux Klan und die Film-Industrie

Rußland:

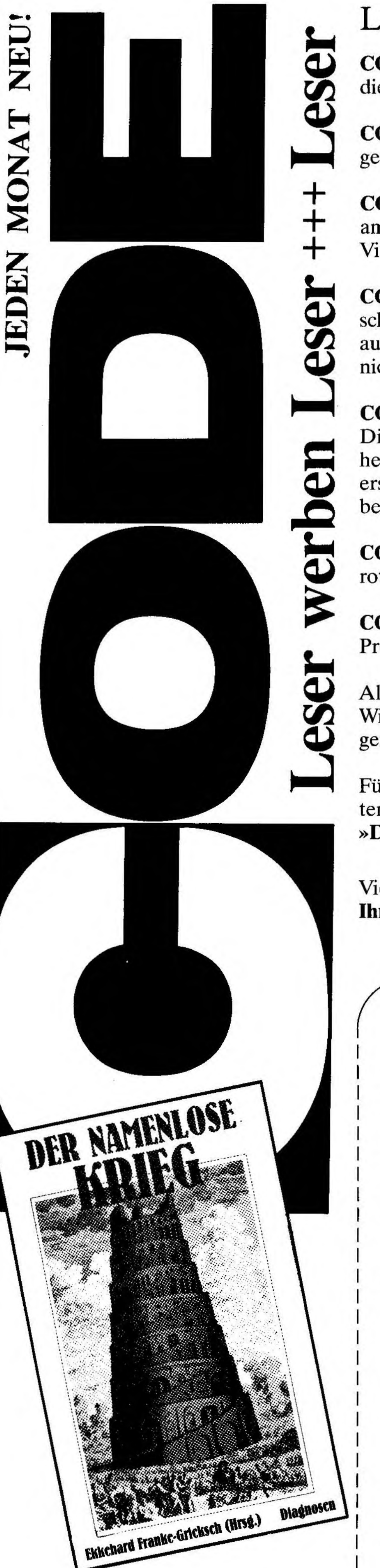
Der neue Finanz-Zar ein IWF-Lakai

Maastricht-Vertrag:

Rezession als Störfaktor

UNO:

Was bedeutet die Erklärung der Menschenrechte?



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-71229 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______________________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

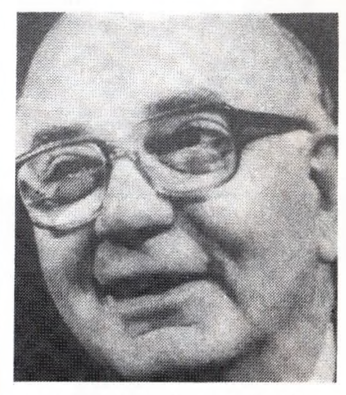


Deutschland



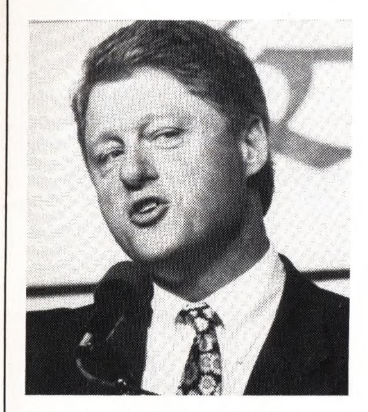
Dr. Kurt Schumacher würde sich im Grabe umdrehen, wenn er die Deutschland-Politik seiner SPD heute miterleben könnte.

Finanzen



Paul Volcker, ehemaliger Präsident der US-Bundesbank, lenkt heute die Geschicke der Trilateralen Kommission, eines internationalen Absprachegremiums.

7. Jahrgang Nr. 7 Juli 1993



Der glücklose amerikanische Präsident Bill Clinton zieht sich nun auch aus der schwierigen Drogen-Politik zurück, indem er diese Aufgabe an die Vereinten Nationen delegiert.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Kanadische Ratschläge

Einen hervorragenden Kommentar über die Zustände in Deutschland hat der Redakteur der »Calgary Sun«, Eric Margolis, in der Ausgabe vom 2. Mai geschrieben. Aus diesem Grunde veröffentlicht CODE ihn ungekürzt: »Deutsche sollten feiern – nicht schmollen.

Berlin – Bei meinem letzten Besuch hier vor zehn Jahren hingen dicke Wolken tief über Deutschlands ehemaliger Hauptstadt. Die ostdeutschen Grenzschützer, bekannt als Vopos, starrten von der monströsen Mauer, die das alte Herz von Berlin durchschnitt.

Agenten des furchteinflößenden ostdeutschen Geheimdienstes Stasi entführten damals noch ›Feinde des Staates‹ von Westberliner Straßen. Vom Checkpoint Charly sah Ostberlin grau, grimmig und bedrohlich aus.

All dieses ist nun Geschichte. Die Sonne scheint.

Wo die Mauer einst stand, ist nun eine breite Narbe von Gras und Ausgrabungen. An vielen großen Projekten wird gearbeitet, um Berlins noch immer geteilte Hälfte wieder zusammenzufügen.

Man kann das neue Berlin fühlen, das bald nicht nur die Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands, sondern das wirtschaftliche und politische Mekka für ganz Osteuropa sein wird.

Nachdem ich das alte Ostberlin gesehen hatte, hätte ich eigentlich gedacht, daß seine kürzlich befreiten Einwohner noch immer vor Freude auf den Straßen tanzen würden.

Sie tun es nicht. In Ostberlin, wie in ganz Ostdeutschland, ist fast jeder in tiefe Angst verfallen. Tatsache ist, daß Ostdeutschlands Nach-Befreiungs-Depression auch die Westdeutschen angesteckt hat.

Die Deutschen haben eine milde wirtschaftliche Rezession, die einhergeht mit einer mentalen Depression. Interessanterweise ist das Wort ›Rezession‹ für Deutschland eigentlich überflüssig, da angenommen wird, daß es mit der Wirtschaft auch weiterhin aufwärts geht.

Die Finanz-Wachhunde, die die mächtige Deutsche Bundesbank führen, stehen kurz vor einem Schlaganfall, weil Deutschland – mit 80 Millionen Einwohnern – sich in diesem Jahr einem 50 Milliarden-Dollar-Defizit nähert.

Kanada mit lediglich 27 Millionen Menschen, hat ein öffentliches Defizit von alleine 35 Milliarden Dollar!

Als das marxistische ostdeutsche Regime im November 1989 kollabierte, machten westdeutsche Politiker, angeführt von Kanzler Helmut Kohl, rasche Versprechungen, daß die Wiedervereinigung die Leute nichts kosten würde.

Als sich dann aber die Emotionen gelegt hatten, wurde es offensichtlich, daß die Integration von 16 Millionen Ostdeutschen in das reiche, verwöhnte Westdeutschland sehr teuer werden und viele Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte dauern würde. Hierzu wurden die Steuern und auch das Haushaltsdefizit erhöht.

Die miteinander vermischten Linken und Gewerkschaften fahren nun eine Generaloffensive gegen die Bundesregierung und die Großindustrie und verlangen das Einhalten der närrischen, nach der Vereinigung versprochenen Angleichung der Gehälter in Ost- und Westdeutschland.

Dies ist natürlich unmöglich. Die Ostdeutschen, denen das gute Leben versprochen wurde, die aber darauf noch immer warten müssen, schmollen und sind gereizt. Was mich hierbei am meisten wundert, ist das absolute Ausbleiben von Patriotismus unter den Deutschen über die Wiedervereinigung.

Da gibt es kein ›Laßt uns für den Wiederaufbau des Vaterlandes alle zusammenarbeiten‹. Nichts. Die, die Deutschland befreiten, lassen Nazis nun wieder zu Ton kommen.

Die modernen Deutschen sind so de-patriotisch, so demilitarisiert und ihr Land so dezentralisiert geworden, so daß man den Anschein haben muß, es gibt keinen öffentlichen oder nationalen Geist mehr.

Wie sonst kann der große historische Triumph der Wiedervereinigung zu einer Sache von nationweiter befreiter Angst verkommen?

Was sind 100 oder gar 500 Milliarden Dollar für Ostdeutschland? Es zurückzubekommen ist das wahre Geschäft des Jahrhunderts. Doch die Deutschen schmollen.

Schande über sie.

Die Deutschen sollten die wirtschaftlichen Probleme vergessen und vielmehr eines der wirklichen Wunder der Geschichte feiern.«

Mr. Margolis ist weitestgehend recht zu geben. Trotz mancher wirtschaftlicher Probleme geht es den Deutschen heute aber doch weit besser, als es direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Fall war. Und damals lag ganz Deutschland in Schutt und Asche. Es mußte von Grund auf neu aufgebaut werden.

Heute dagegen ist der Grundstock bereits vorhanden. Man kann auf ihm beruhigt aufbauen. Trotz mancher sozialer Ungerechtigkeit und extremen Härtefällen ist heute aber doch jeder Deutsche weitestgehend abgesichert, zumindest in der Richtung, daß es praktisch jedem weitaus besser geht, als etwa den Trümmerfrauen, die mit ihren bloßen Händen und manchmal im wahrsten Sinne des Wortes bei einer trockenen Scheibe Brot und Wasser in unermüdlicher Kleinarbeit Deutschland wieder zu dem werden ließen, was es heute, aufbauend auf ihrer Arbeit, ist.
Damals gab es aber kein Jammern, jeder stand vielmehr für jeden ein. Alle packten gemeinsam an – und binnen weniger Jahre war in Zusammenarbeit mit den aus der Gefangenschaft zurückkehrenden deutschen Soldaten und der nachgewachsenen Jugend das deutsche Wirtschaftswunder geschafft, um das wir von der ganzen Welt beneidet wurden.

Heute ist dagegen das Wohlstandsdenken verbreitet. Es gibt genügend Menschen, die lieber Sozialhilfe kassieren, statt eine Arbeit anzunehmen, für die »nur« 100 Mark mehr bezahlt wird. Wenn gespart oder wenn hart angepackt werden soll, dann soll der andere erst einmal mit gutem Beispiel vorangehen. »Vielleicht, aber auch nur vielleicht, folge ich dann«, ist immer mehr der Grundgedanke vieler.

So ist es dann kein Wunder, daß im Zusammenspiel dieser Mentalität mit dem Versagen der Politiker das Resultat der wirtschaftliche Zusammenbruch und das innenpolitische Chaos ist. □

Reparationswert nicht zu ermitteln

Der Wert des Vermögens, auf das die Siegermächte in den ersten Nachkriegsjahren unmittelbar zugegriffen haben, sowie die Summe anderer Reparationsleistungen sind niemals festgestellt worden. Die Bundesregierung betont in ihrer Antwort (12/4390) auf eine Kleine Anfrage der Gruppe PDS/Linke Liste (12/4220), der Gesamtwert sei nach Lage der Dinge nicht mehr zu ermitteln.

Im übrigen weist die Regierung darauf hin, daß die Vereinbarungen von Jalta und die Mitteilung über die Drei-Mächte-Konferenz von Potsdam keine »betragsmäßigen Festlegungen« der von Deutschland geforderten Reparationen enthielten.

Die Regierungsantwort auf die Kleine Anfrage ist am 1. März dieses Jahres im Bundestag veröffentlicht worden. □

Zeifel am Holocaust

Eine interessante Meldung hat die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) am 21. April dieses Jahres veröffentlicht. Sie soll hier unkommentiert vollständig wiedergegeben werden:

»wie. WASHINGTON, 20. April. Jeder fünfte erwachsene und jugendliche Amerikaner

zweifelt nach einer neuen Umfrage daran, ob der ›Holocaust‹ – die Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis – jemals stattfand. Die Ergebnisse der Erhebung, die im Auftrag des ›American Jewish Committee‹ unternommen und kurz vor der Einweihung des nationalen Holocaust-Museums in Washington am Donnerstag publiziert wurde, hat insbesondere die mitbetroffenen Überlebenden aufgeschreckt. Der Friedensnobelpreisträger Wiesel zeigte sich ›schockiert‹ und fragte: ›Wofür haben wir nur all die Jahre gearbeitet?‹ Die, nach den Angaben der Auftraggeber, erste systematische Studie in den Vereinigten Staaten, zeigt eine ›ernste Kenntnislücke‹. Auf die Frage, ob es ihnen ›möglich oder unmöglich‹ erscheine, daß der Holocaust nie stattgefunden habe, antworteten 22 Prozent der Erwachsenen und zwanzig Prozent der befragten Oberschüler mit ›möglich‹. Weitere zwölf Prozent sagten, sie wüßten es nicht.« □

Mangelndes Interesse an Kriegsgefangenen

Kritik an dem mangelnden Interesse der Bundesregierung an der Aufarbeitung der Prozesse Stalins gegen die deutschen Kriegsgefangenen in den Jahren 1949 und 1950 ist auf einem Symposium des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen (VdH) in Bonn laut geworden. Auch wenn die »Gemeinsame Erklärung« von Bundeskanzler Kohl und dem russischen Präsidenten Jelzin vom Dezember 1992 über die »Rehabilitierung unschuldig Verfolgter«, mit der auch die zu Unrecht verurteilten Kriegsgefangenen moralisch rehabilitiert sind, nachdrücklich begrüßt wurde, so besteht dennoch die Pflicht, anhand der nun zugänglichen Moskauer Akten die geschichtliche Wahrheit so detailliert wie mögich aufzuarbeiten, sagte der Präsident des VdH, Wagenlehner. Die gemeinsame Geschichte von Deutschen und Russen im Guten wie im Bösen können nur gemeinsam bewältigt werden. Dazu gehöre auch die Einzelfallprüfung anhand der Moskauer Prozeßakten, weil eine kollektive Rehabilitierung auch jene deutschen Soldaten freispreche, die in der Sowjetunion Verbrechen begangen hätten.

Insgesamt wurden seinerzeit zwischen 30000 und 35000 deutsche Kriegsgefangene durch Stalinsche Terrorurteile zu Kriegsverbrechern gestempelt. Nahezu alle dieser »Urteile« waren bereits vorher geschrieben. Neben der Verwendung dieser »Urteile« im ideologischen Krieg mit dem Westen hielt Stalin sich diese Personen als »Langzeit-Arbeitssklaven«. Im Gegensatz zu den normalen Soldaten mußten die »Kriegsverbrecher« nämlich nicht als Kriegsgefangene in die Heimat, sprich Deutschland, entlassen werden. Von den in der Regel zu 25 Jahren Strafarbeitslager »Verurteilten« kamen die 11000 Überlebenden erst nach Adenauers Moskau-Reise 1955 zurück in die Heimat.

Die Adenauer-Regierung verbot damals dem Leiter der zeitgeschichtlichen Kommission, Professor Maschke, die Stalinschen »Kriegsverbrecher«-Prozesse in die 22 Bände umfassende Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen miteinzubeziehen. Wegen angeblich notwendiger »außenpolitischer Rücksichtnahmen« wurden die verfügbaren Unterlagen als Geheimsache erklärt und einer »Zentralen Rechtsschutzstelle« des Auswärtigen Amtes unterstellt, die dann 1970 von der Regierung Willy Brandts unauffällig aufgelöst wurde – eine weitere Seltsamkeit im Leben des heute nach seinem Tod fast als geheiligt geltenden Herbert Ernst Karl Frahm alias Willy Brandt –. Erst 1989 wurde die Geheimhaltung aufgehoben und die teilweise unerschlossenen Akten ins Bundesarchiv in Koblenz eingelagert.

Keine öffentliche Stelle hat jedoch Bereitschaft erklärt, sich dieses Themas anzunehmen. So heißt es etwa vom Bundesverteidigungsministerium, das zuständige Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg verfüge nicht über die nötigen Kapazitäten, um sich des Themas annehmen zu können.

Enttäuscht über die mangelnde Unterstützung der zuständigen Bonner Ministerien, haben sich einige der Betroffenen inzwischen selbst an die russischen Behörden gewandt und sind dort in kürzester Zeit strafrechtlich rehabilitiert worden.

Selbst russische Teilnehmer an dem Symposium erklärten, in Moskau herrsche große Verwunderung darüber, wie zurückhaltend die deutsche Botschaft sich in dieser Frage zeige: Für den Wunsch der Betroffenen nach einer Einzel-Rehabilitierung gebe es dort großes Verständnis. So wurde dort am 1. April sogar eine eigene Kommission nur für die Rehabilitierung von Deutschen eingerichtet.

Der Bund der Heimkehrer will nun in eigener Verantwortung die Unterlagen in den Moskauer Archiven durcharbeiten. Bis Ende dieses Jahres sollen dabei 3,5 Millionen Akten von russischen Fachkräften mit Hilfe von Computern nach den bis zu 35000 Unterlagen der zu Unrecht verurteilten Deutschen durchgesehen und erfaßt werden. Allerdings sei bei etwa 30 Prozent der Fälle der deutsche Name falsch übertragen worden. Sobald die deshalb schwierige Zuordnung gelungen sei, sollen die Hinterbliebenen informiert werden. Außerdem will der Bonner Professor Fischer eine Dokumentation erstellen, deren Finanzierung jedoch noch ungesichert ist. □

Gerüchte um Schönhuber

Unschöne Gerüchte kreisen derzeit um den Vorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber. Danach soll Schönhuber bei der Stasi unter der Bezeichnung Rosenberg oder Rosenheim in den Akten geführt worden sein und mindestens »Informeller Mitarbeiter« (IM), gegebenenfalls sogar mehr, gewesen sein.

Tatsache ist jedenfalls, daß Schönhuber seit der 1951 erfolgten Gründung an für die »Deutsche Woche« arbeitete, die von Anfang an von der SED finanziell unterstützt wurde. Das Stammkapital dieser Zeitung wurde sogar von der KPD aufgebracht. Bis zum Verbot dieser Zeitung durch den Bundesgerichtshof (BGH) flossen der »Deutschen Woche« von Seiten der KPD und der SED ungefähr fünf Millionen Mark zu, wie es in dem BGH-Urteil vermerkt wurde. Der Chefredakteur Weber wurde vom BGH wegen landesverräterischer Beziehungen zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Schrieb Schönhuber zunächst als freier Journalist für diese Zeitung, erschien er später dann bis zum Ende der »Deutschen Woche« sogar als Redakteur im Impressum. Dabei vertrat der jetzige Vorsitzende der Republikaner die Zeitung überwiegend als Korrespondent im Ostblock.

Während Schönhubers Mitarbeit wurden die Aufständischen des 17. Juni 1953 in der Ausgabe vom 24. Juni 1953 als »Brandstifter« und »Plünderer« bezeichnet, die von tausenden aus den Westsektoren eingeschleusten Unruhestiftern angestachelt wurden. Am 3. Dezember 1953 schrieb diese Zeitung, Schönhuber wurde noch immer im Impressum genannt, Millionen deutscher Soldaten hätten sich in der Sowjetunion selbst davon überzeugen können, wie dringend diese Nation den Frieden brauche.

Am 21. Juli 1954, Schönhuber wurde auch weiterhin im Impressum genannt, hetzte der berüchtigte Ilja Ehrenburg gegen Faschismus und die sich daraus ergebenden Übel der deutschen kapitalistischen Gesellschaft. In anderen Ausgaben wurden Störaktionen gegen rechte Gruppierungen begrüßt, der Feldmarschall Rommel übel beschimpft, Galland und Rudel als seelisch verkrachte Existenzen bezeichnet, die einer faschistischen Internationale angehörten. Mit Schönhuber im Impressum wurde gegen Schriftsteller wie Grimm, Schumann, Böhme und Kolbenheyer gehetzt.

Nach dem Untergang der »Deutschen Woche« ließ sich Schönhuber von seiner jüdischen Frau scheiden, heiratete eine weit am linken Rand der SPD tätige Münchener Stadträtin und war im berüchtigten Grünwalder Kreis, eine Gruppe von Extrem-Umerziehern, tätig.

Ab Ende der sechziger Jahre trat Schönhuber kommentierend in der »Abendzeitung« und »tz« als linker Flügelmann auf, veröffentlichte wahre Lobeshymnen auf Wehner und Brandt und deren Ostpolitik und trat für den Verzicht der Ostgebiete ein. □

Gewerkschaften

Steinkühler als Heuchler entlarvt

Gerhard Baader

Einer der führenden Männer des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), den viele sogar als eigentlichen starken Mann des DGB bezeichnen, Franz Steinkühler, ist als Heuchler entlarvt worden. War der Chef der größten Einzelgewerkschaft der Welt, der IG Metall, in der Öffentlichkeit vor allem durch seine oftmals unnachgiebige Haltung gegenüber den Arbeitgebern bekannt, denen er vorwarf, über so viel Geld zu verfügen, daß ihnen der Blick für die Sorgen des kleinen Mannes fehlt, so wurde jetzt bekannt, daß Steinkühler selbst über ein Vermögen von mindestens einer Million Mark verfügt und sich nicht scheut, an der Börse im wahrsten Sinne des Wortes zu zokken.

Nur wenige Tage, nachdem Steinkühler in der Öffentlichkeit für Spenden der streikenden mitteldeutschen Stahlarbeiter aufrief – ohne daß bekannt wurde, daß er selber auch nur einen Pfennig spendete –, wurde bekannt, daß zumindest dringender Tatverdacht gegen ihn besteht, Insiderwissen ausgenutzt und binnen weniger Wochen durch dubiose Aktiengeschäfte einen sechsstelligen Gewinn gemacht zu haben.

Die dubiosen Aktiengeschäfte

Konkret ging es darum, daß das Auftsichtsratsmitglied bei Daimler nur wenige Tage vor Bekanntgabe der Verschmelzung des Unternehmens mit der Mercedes Holding Aktiengesellschaft (MAH) Mercedes-Aktien kaufte und einen Teil der Gewinne nach Bekanntwerden der Verschmelzung und dem daraufhin eingesetzten Kurssprung schnellstens realisierte.

Am 18. März kaufte sich der Gewerkschafter 500 Aktien für einen Kurs von 453 Mark, am 23. März erneut 500 Aktien für 448 Mark und drei Tage später 100 weitere Aktien, die wegen entsprechender Gerüchte schon auf 483,50 Mark gestiegen waren. Am 1. April kaufte er weitere 1000 Aktien für einen Kurs von 493000 Mark. Das Pikante daran: Am 1. April war der erste Tag einer zweitägigen Aufsichtsratssitzung, wobei am 2. April die Verschmelzung der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Steinkühler stellt sich aber unwissend. Er habe nichts von einer Verschmelzung gewußt und berief sich dabei auf eine Erklärung von Daimler-Chef Edzard Reuter, nur etwa zehn Leute hätten hiervon gewußt – darunter aber auch Vorstandsassistenten und Sekretärinnen, die oftmals dafür bekannt sind, zu viel zu reden –.

So waren bereits Anfang Januar dieses Jahres von diversen Börsenmagazinen erste diesbezügliche Gerüchte publiziert worden.

Indiz für ein Insiderwissen

Auch sei ihm, Steinkühler, gar nicht die Bedeutung einer Verschmelzung bekannt gewesen – sollte dies wirklich stimmen, dann muß die Frage erlaubt sein, was er dann im Aufsichtsrat eines Weltkonzerns zu suchen hat, und wie er diesen denn kontrollieren kann, wenn ihm noch nicht einmal die Konsequenzen einer Sache, die jeder Student im ersten Semester lernt, bekannt sind –. Vielmehr habe er die Mercedes-Aktien nur gekauft, weil ihm die gute wirtschaftliche Entwicklung, die er aber wie jeder aus der Zeitung erfahren haben will, zugesagt habe.

Entsprechend fielen dann auch die Reaktionen an der Börse aus. Wegen der ungewissen Zukunftsaussichten hatte gerade auf den Automobilaktien großer Druck geherrscht und hatten die meisten Analysten nicht zuletzt auch wegen des schwachen Dollar dazu geraten, Automobilwerte derzeit zu meiden und wegen der anhaltenden Zinssenkungsphantasie Bank-, Hypothekenbank- und Versicherungsaktien sowie Versorgungswerten zu kaufen.

Als Indiz für vorhandenes Insiderwissen Steinkühlers wird auch gewertet, daß es äußerst seltsam ist, wenn jemand knapp die Hälfte seines Gesamtengagements zu gegenüber dem ursprünglichen Einstandswert rund zehn Prozent höheren Kursen kauft; andere realisieren dann ihre Gewinne eher.

Ein weiteres Indiz sei, daß Steinkühler zur Bezahlung dieser Transaktionen festverzinsliche Wertpapiere und Investmentzertifikate verkaufte – allesamt sichere und mit einer derzeit nicht mehr zu erzielenden Verzinsung ausgestattete Papiere. Auch widerspricht es aller Vernunft und allen Börsengrundsätzen, sein ganzes Geld »auf ein Pferd« zu setzen und keine Risikostreuung vorzunehmen, zumal ein Teil des Geldes auch vom Konto seines Sohnes stammte.

Bereits am 19. April verkaufte Steinkühler 1000 Aktien für einen Durchschnittskurs von 563,25 Mark, was einen Bruttogewinn von 106049,25 Mark darstellt. Für die noch nicht veräußerten Aktien beläuft sich der Buchgewinn derzeit auf rund 52000 Mark.

Dicke Vorkäufe bei der Umwandlung der AEG

Selbst wenn Steinkühler nicht zu dem informierten Kreis gehörte, verfügt er aber auch durch seine Aufsichtsratstätigkeit über derart viele Kontakte, daß er durchaus einen entsprechenden Tip bekommen haben kann. Um es nochmals zu wiederholen: Gerüchte über eine bevorstehende Verschmelzung hatten schon Tage vor der Bekanntgabe an der Börse die Runde gemacht, woraufhin auch schon der Kurs um rund zehn Prozent gestiegen war.

Dieser Kursanstieg sowie die wenigen Handelstage vor dem 2. April bereits deutlich angezogenen Umsätze sind ein klarer Beweis dafür, daß irgendwer geplaudert oder sein Wissen ausgenutzt hat. Nicht umsonst ist die Insiderkommission der Frankfurter Börse schon vor Bekanntwerden des Steinkühler-Skandals aktiv geworden und hat ihre Ermittlungen aufgenommen.

Schon vorher, Ende 1985, war Steinkühler, der schon damals dem Daimler-Aufsichtsrat angehörte, Mittelpunkt von Gerüchten gewesen. Kurz bevor seinerzeit der Einstieg Daimlers bei dem notleidenden AEG-Konzern bekanntgegeben wurde, war der AEG-Kurs steil angestiegen. Mehrere Börsen- und Wirtschaftsmagazine hatten damals an der Börse kursierende Gerüchte veröffentlicht, wonach Steinkühler »dicke Vorkäufe« getätigt haben soll. Ein entsprechender Beweis konnte aber nicht geliefert werden.

Seltsam ist nur, daß Steinkühler damals in Telefonaten mit den entsprechenden Redakteuren eine Rücknahme der veröffentlichten Gerüchte gefordert, im anderen Fall mit gerichtlichen Schritten gedroht hatte. Nachdem die Gerüchte nicht zurückgenommen wurden, warten die Magazine aber noch heute auf die seinerzeit angedrohten rechtlichen Konsequenzen.

Das ist der gleiche Steinkühler, der die ohnehin notleidende mitteldeutsche Wirtschaft in einen wochenlangen Streik hetzte, der die schwerste Rezession, in der sich das Nachkriegsdeutschland befindet, noch weiter verstärkt. Unter der Hand heißt es, er habe diesen Streik durchgesetzt, weil der Ausgang der Bundestagswahlen 1994 stark auch von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflußt werden wird, und er den Aufschwung nach hinten ziehen wollte.
Wer sich also selber als derartige moralische Instanz aufbaut, der muß sich in der Öffentlichkeit auch selber daran halten. □

Mitteldeutschland

Gewerkschaften führen ins Chaos

Gerhard Baader

Nach Ansicht der Deutschen Industriebank (IKB), einem der führenden deutschen Kreditinstituten für den Mittelstand, befindet sich die deutsche Wirtschaft derzeit in der schwersten Rezession in der Nachkriegsgeschichte. Auch gebe es derzeit keine Anzeichen, daß diese in nächster Zukunft überwunden werden könnte. Wichtig ist jetzt ein vernünftiges Nebeneinander aller betroffenen Gruppen, also vor allem Arbeitgebern und Gewerkschaften – jetzt einmal die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und Bundesbank außer acht gelassen, da diese weitgehend auch auf den Vorgaben der Tarifpolitik aufbaut –.

Gerade diese wirschaftspolitische Vernunft lassen große Teile des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) derzeit aber vermissen. Zu einem anderen Entschluß kann man nicht kommen, wenn man sich das Verhalten des DGB in den sogenannten neuen Bundesländern, also Mitteldeutschland, anschaut.

Die Gewerkschaften machen es sich zu leicht

Es ist menschlich verständlich, wenn die dort lebenden Bürger so schnell wie möglich an das westdeutsche Verdienstniveau anknüpfen wollen, wenn sie so schnell wie möglich auch das westdeutsche Wohlstandsniveau haben wollen. Ein gewisser Ausgleich ist auch wirtschaftlich vonnöten, um Wanderungsströme zu vermeiden und Facharbeiter und hochqualifizierte Arbeitskräfte in Mitteldeutschland zu halten.

Die Gewerkschaften, und hier allen voran der DGB und besonders die IG Metall, machen es sich aber zu leicht, wenn sie sagen, gleiche Arbeit erfordert gleichen Lohn und auf Branchentarifverträgen bestehen. Vielmehr muß man mehr als in anderen Bereichen der Politik hier das Gesamtbild betrachten.

Zwar ist es richtig, daß die mitteldeutschen Arbeitnehmer meist weitaus weniger als ihre westdeutschen Kollegen verdienen und die Preissteigerungsrate in den neuen Bundesländern höher ist als in den alten.

Tatsache ist aber auch, daß das Mietpreisniveau insgesamt gesehen in Mitteldeutschland trotz einer gewissen Anpassung noch immer deutlich niedriger ist als in Westdeutschland. Die Mieten sind in den alten Bundesländern aber einer der größten Ausgabenposten des monatlichen Einkommens. So besagen dann die Statistiken – so sehr man diese sicherlich mit Vorsicht betrachten muß –, daß die mitteldeutschen Haushalte vergleichsweise weniger für Mieten ausgeben als die westdeutschen Haushalte. Dieses »eingesparte« Geld kann aber für andere Dinge ausgegeben werden.

Riesige Fortschritte sind erzielt

Sieht man sich einmal die Entwicklung des Einzelhandels in den neuen Bundesländern an und betrachtet, was in erster Linie gekauft worden ist, so muß man feststellen, daß heute in der ehemaligen DDR fast ebensoviele Haushalte wie in der ehemaligen Bundesrepublik über einen Fernseher, einen Viedeorecorder, eine Wasch- und Geschirrspülmaschine, eine Hifi-Anlage, eine Video- oder Fotokamera verfügen. Und man sehe sich doch nur einmal an, wie wenige Trabis und Wartburgs heute noch auf mitteldeutschen Straßen fahren. Einen Nachholbedarf gibt es sicherlich noch bei Telefonen, wo aber nicht das fehlende Einkommen, sondern die mangelnde und noch im Aufbau befindliche technische Infrastruktur daran schuld ist.
Und auch die Preise für den alltäglichen Bedarf, also Lebensmittel und Hygienedinge, sind, obwohl deutlich teurer als zu DDR-Zeiten, heute zumeist »drüben« noch billiger zu bekommen als »hüben«, besonders wenn man auf mitteldeutsche Produkte zurückgreift, die preislich niedriger, qualitativ aber als mindestens genau so gut wie ihre westdeutschen Konkurrenzprodukte einzuschätzen sind.

Alles in allem gesehen, hinkt das mitteldeutsche Wohlstandsniveau sicherlich noch etwas hinter dem westdeutschen hinterher. So sind viele der Dinge gebraucht gekauft und nicht neu. Auch bei den Urlaubsreisen dominieren die westdeutschen Bürger noch vor den mitteldeutschen Bürgern. Gemessen daran, wie kurz die (Teil-) Wiedervereinigung eigentlich erst her ist, muß aber jeder, der um eine ernsthafte Diskussion bemüht ist, doch zugeben, daß riesige Fortschritte erzielt worden sind, die im nachhinein betrachtet kaum zu glauben sind.

Seien wir doch ehrlich: Vor fünf Jahren wäre jeder damalige DDR-Bürger doch überglücklich gewesen und hätte, überspitzt ausgedrückt, jeden Tag Freudentänze aufgeführt, wenn er über einen derart hohen Lebensstandard verfügt hätte wie er ihn jetzt hat.

Aufgehetzt durch linke Parteien und Gewerkschaften werden jetzt aber Forderungen gestellt, die einfach nicht zu schaffen sind.

Die falsche Bonner Politik

Würde sich die Bundesrepublik noch in einer wirtschaftlichen Boomphase befinden, wäre der Großteil der jetzt gestellten Forderungen zwar noch immer nicht unproblematisch, so aber insgesamt doch einfacher als derzeit zu erfüllen.

Einer der wichtigsten wirtschaftlichen Grundsätze ist der, daß man langfristig nicht mehr verteilen kann, als man über die Produktivität wieder hereinbekommt. Und traurige Tatsache ist leider, daß derzeit die Produktivitätsraten meist zwischen 0,5 und zwei Prozent liegen.

Dies darf aber sicherlich kein Maßstab für Einkommenserhöhungen sein, da man mittel- und langfristig beachten muß, daß die jetzigen Bilanzen noch durch die hohen absolut notwendig gewesenen Investitionen in den mitteldeutschen Betrieben belastet sind. Die dortige Industrie wird aber mit einem derart modernen Maschinenpark ausgestattet, daß sie in weiten Teilen bald sogar der westdeutschen Industrie überlegen sein wird. So sagen dann auch viele seriöse Wirtschaftsexperten schon jetzt, daß die mitteldeutsche Industrieregion zur Jahrtausendwende die modernste der Welt sein wird. Und alles spricht wirklich hierfür!

Richtig ist auch, daß man von den Unternehmen verlangen kann, hierfür schon mal in Vorgriff zu gehen und die mitteldeutschen Arbeitnehmer schneller als von der Produktivität eigentlich möglich an das westdeutsche Verdienstniveau heranzuführen. Nur geht dies nicht in unbeschränktem Maße.

Einer der wichtigsten Maßstäbe, der von den Arbeitgebern nicht außer acht gelassen werden darf, ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Und um diese ist es derzeit tatsächlich alles andere als gut bestellt.

Eine in vielen Bereichen extrem falsche Politik hat dazu geführt, daß die Lohnstückkosten in Deutschland derzeit die höchsten der Welt sind. Schon heute haben es deutsche Unternehmen ungleich schwerer als vor allem ihre asiatischen Konkurrenten, neue Märkte zu erschließen. Und auch die alten Märkte zu behaupten, wird immer schwieriger.

Denn selbst, wenn es jetzt ein paar Mark weniger gibt, kann die Anpassung durch einen schnelleren Wirtschaftsaufschwung dann insgesamt schneller durchgeführt werden. Streiks, wie in diesem Frühjahr von der IG Metall praktiziert, führen aber genau zum Gegenteil. □

Deutschland

Aufbruch '94 – Deutscher Freier Wählerbund

Am 13. Mai 1993 wurde »Aufbruch '94 – Deutscher Freier Wählerbund« als eingetragener Verein gegründet, die Notarisierung erfolgte am 19. Mai 1993 in Bonn, der die Gründung der Partei gleichen Namens in einem Vierteljahr vorbereiten soll. Inzwischen werden bundesweit »Freundeskreise Aufbruch '94« gegründet, deren leitende Initiatoren vom Vorstand eine Legitimation haben müssen. Zum Vorsitzenden wurde Professor Emil Schlee, Mitglied des Europäischen Parlaments, und Konteradmiral a.D. Günter Poser zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die nachfolgenden Zielsetzungen sollen die Richtung erkennen lassen und Konsens ermöglichen.

Die Bürger haben das Vertrauen in Politiker und Parteien verloren und wenden sich von ihnen durch Wahlenthaltung oder Protestwahl ab. Sie wollen nicht länger einen von Parteiinteressen, Parteienfilz und Parteiengezänk beherrschten Staat.

Neue Deutschlandpolitik

Deutsche Politik muß vorrangig von deutschen Interessen in einem Europa freier Nationen bestimmt sein.

Den Vertrag von Maastricht lehnen wir ab. Dieser Vertrag löscht Deutschland als Völkerrechtssubjekt aus und schafft unsere Währung ab. Alle wesentlichen Gesetze und Rechte wie Eigentumsrecht, Familienrecht, Bodenrecht, Erbrecht werden der deutschen Zuständigkeit entzogen. Durch weitergehende Übertragung der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik und des Verfassungsrechts an einen europäischen Superstaat soll Deutschland als Nation überflüssig gemacht werden.

Wir wollen ein Europa der Vaterländer mit Völkern, die sich ihre Eigenart, Heimat, Souveränität und Währung erhalten.

Wir wenden uns gegen eine die Geschichte mißachtende und gegen das Völkerrecht verstoßende bedingungslose Preisgabe unserer deutschen Gebiete im Osten. Wir beharren auf einer gerechten und damit den Frieden auf Dauer sichernden Regelung.
Die Regierung ist gefordert, den Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern Recht zu verschaffen. Für Deutsche, die außerhalb des gegenwärtigen deutschen Hoheitsgebiets in Osteuropa leben, fordern wir das Selbstbestimmungsrecht und einen gesetzlich abgesicherten Minderheitenschutz.

Es muß endlich Schluß sein mit der unehrlichen Selbsterniedrigung, der Kriminalisierung der deutschen Geschichte und der falschen Darstellung ihrer großen Persönlichkeiten.

Wiederherstellung des Rechtsstaates

Die Rechtssicherheit muß wiederhergestellt werden.

Die Unabhängigkeit der Richter und Gerichte von parteipolitischen Einflüssen muß gewährleistet sein.
Wir verlangen die Gleichbehandlung aller Opfer der Unrechtssysteme aus Gegenwart und Vergangenheit sowie die Ahndung aller gegen Leib, Leben und Eigentum gerichteten Verbrechen. Deshalb keine Verjährung dieser Straftaten!

Wir fordern die Ausschaltung der immer noch einflußreichen SED-Cliquen. Sie behindern Aufbau und Zusammenwachsen von West- und Mitteldeutschland.

Wir fordern die sofortige Einziehung des SED/PDS-Vermögens für Wiedergutmachungszwecke.

Die von der kommunistischen Diktatur willkürlich vollzogenen Enteignungen sind durch Rückgabe des Eigentums an die Geschädigten beziehungsweise deren Rechtsnachfolger wiedergutzumachen. Da, wo nachweislich Rückgabe unmöglich ist, muß eine Entschädigung zum gegenwärtigen Wert nach rechtsstaatlichen Kriterien geleistet werden.

Das verlangt die Korrektur der im »Einigungsvertrag« im prokommunistischen Sinne betriebenen Regelungen hinsichtlich der Enteignungen von 1945 bis 1949, der Enteignungswelle in den fünfziger Jahren, den Enteignungen an Mauer und Zonengrenze und der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Reform des Parteienstaates

Die Handlungsfähigkeit der Regierung muß wiederhergestellt werden. Anstelle von Parteifunktionären und Karrieristen sind bewährte Fachleute für die Führung der Regierungsgeschäfte einzusetzen.

Es müssen wieder »parteifreie Räume« geschaffen werden: Beamte, Richter und Soldaten sollen während ihrer Amts- und Dienstzeit kein passives Wahlrecht haben; eine Parteizugehörigkeit hat zu ruhen, Bundeskanzler, Ministerpräsidenten, Minister und Staatssekretäre dürfen nicht gleichzeitig ein Parteiamt ausüben.

Zur Wahrung der Gewaltenteilung können Mitglieder der Regierung oder Richter nicht zugleich Abgeordnete sein. Bedienstete des Staates sollen nur Volk und Staat verpflichtete Staatsdiener sein.

Wir verurteilten den skrupellosen Griff der Parteien, ihrer Funktionäre und Stiftungen in den Steuertopf sowie die Ausbeutung deutscher Steuerzahler für fremde Interessen.

Die Zahl der Bundestags- und Landtagsabgeordneten ist zu reduzieren.

Wider innere Sicherheit und gegen Asylmißbrauch

Nur ein starker Staat, in dem Recht, Ruhe und Ordnung herrschen, kann ein freiheitlicher Staat sein.

Um der täglichen Gefährdung des Lebens unserer Bürger durch eine ständig anwachsende Kriminalität zu begegnen, müssen Strafandrohung und Strafvollzug verschärft werden. Verhängte Strafen sind zu vollziehen.

Öffentliche Ordnung und Achtung vor dem Gesetz müssen wiederhergestellt werden. Wir verlangen eine leistungsfähige, vom Vertrauen der Bürger getragene, gut ausgebildete, angemessen besoldete und mit modernen technischen Hilfsmitteln ausgerüstete Polizei. Jeder Polizeibeamte muß die Gewißheit haben, daß sein Dienstherr hinter ihm steht.

Der Datenschutz darf den Kampf gegen die wachsende Kriminalität, insbesondere gegen das Drogengeschäft, nicht behindern.

Wir verurteilen die Tatenlosigkeit von Regierung und Parlament gegenüber illegaler Einwanderung und dem Asylmißbrauch. Wir verlangen die unmittelbare Überprüfung des Anspruchs der Bewerber auf politisches Asyl in Durchgangslagern und die sofortige Ausweisung aller Scheinasylanten.

Schutz von Familie und Jugend

Wir verurteilen die Abwertung von Ehe und Familie. Wir bekennen uns zu Ehe und Familie als Grundlage staatlicher Gemeinschaft.

Wir schützen das menschliche Leben von Anfang an bis zum natürlichen Tode und fördern ein lebensbejahendes Bewußtsein.
Wir verurteilen die Zerstörung

der Familie durch ein neues Namensrecht. Wir fordern die Beibehaltung der in unserem Lande seit Jahrhunderten gebräuchlichen geradlinigen Namenskette.

Wir wenden uns gegen die jede Gemeinschaft gefährdende »Selbstverwirklichung« und streben die Überwindung des schrankenlosen Egoismus an. Wir schaffen ein gesundes Verhältnis von den Rechten des Einzelnen und seinen Pflichten gegenüber der Gemeinschaft.

Wir helfen die Entwurzelung junger Menschen zu beenden.

Wir fordern ein Jahr des Dienstes für die Gemeinschaft:

Für junge Männer Wehr- oder Ersatzdienst (unter anderem zur Beseitigung von Umweltschäden);

Für junge Frauen sozialer Dienst.

Reform des Erziehungs- und Bildungswesens

Es muß ein Ende haben mit dem Bildungs- und Erziehungs-Chaos und mit der Gewalt an unseren Schulen.

Wir sorgen für Bildungsstätten, die Charakter und Verantwortungsbewußtsein fördern sowie Wissen und Erfahrungen der eigenen Kultur und Geschichte lehren.

Sanierung der Volkswirtschaft

Soziale Sicherheit hat eine blühende Wirtschaft und eine harte Währung zur Voraussetzung. Leistung muß sich wieder lohnen.

Die Funktionsfähigkeit der von Ludwig Erhard entwickelten und durchgesetzten Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland muß durch die Gewährleistung des untrennbaren Zusammenhangs von Privateigentum, Unternehmerverantwortung und Kapitaleinsatz wieder gesichert werden.

Deutschland muß ein international wettbewerbsfähiges Industrieland sein. Der Wirtschaft müssen Entwicklungsmöglichkeiten im eigenen Land erhalten bleiben. Die unserer Wirtschaft auferlegten Abgaben und Auflagen sind auf ein dem internationalen Wettbewerb angepaßtes Maß zurückzuschrauben. Die unsere Zukunft sichernde Forschung darf nicht länger behindert werden.

Die Tarifpartner haben das Wohl des Ganzen zu berücksichtigen.

Die Deutsche Mark als Grundlage von sozialer Sicherheit und allgemeinem Wohlstand in Deutschland muß erhalten bleiben.

Es muß ein Ende haben mit den offenen und verschleierten Subventionspraktiken. Wir wollen eine Wirtschaft, die jedem und gerade auch den mittelständischen Betrieben gleiche Chancen einräumt.

Wir verurteilen den Mißbrauch sozialer Leistungen. Wir helfen den wirklich Bedürftigen und sichern die Vorsorge für Krankheit und Alter.

Die beispiellose Verschwendung von Steuergeldern muß beendet werden.

Der notwendige Wechsel vom korrumpierten Parteienstaat zum redlichen Bürgerstaat zwingt zu mutigen Entscheidungen und zur Durchsetzung wirksamer Maßnahmen. Der Sozialstaat läßt sich auf Dauer nur durch die Gesundung der Volkswirtschaft erhalten. Diese ist jetzt durch drückende Altlasten und maßlose Neuverschuldung nach zehn Jahren der Hochkonjunktur bis an den Rand des Staatsbankrotts überlastet worden. Hierzu beigetragen haben der Kauf von Wähler- und Parteiengunst im Inland und das Erkaufen von vermeintlichem Wohlwollen im Ausland.

Gesundung von Landwirtschaft und Umwelt

Landwirtschaft und Umweltschutz sind für uns eine untrennbare Einheit. Wir wollen eine Landwirtschaft, die – gebunden an das private Eigentum an Grund und Boden – auf lange Sicht sowohl den Erfordernissen der Ökologie als auch der Ökonomie gerecht wird.

Wir werden eine Landwirtschaft schützen, die auf der natürlichen Bindung von Mensch und Tier, Boden und Pflanze gründet.

Wir wollen den Schutz unserer Umwelt, den Schutz der Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen in allen Bereichen zu einem wesentlichen Punkt aller Entscheidungen machen. Dabei wenden wir uns gegen eine von Demagogen angeheizte Umwelthysterie.

Wir wenden uns gegen eine Agrarpolitik, welche die familiengebundene Landwirtschaft in Deutschland vernichtet und die Bildung von anonymen Agrargesellschaften nach sozialistischem oder liberalistischem Muster betreibt.
Wir wollen einer Entwicklung Einhalt gebieten, die den Landwirt zum Gehaltsempfänger des Staates macht. Wir werden ihn von der willkürlichen Bevormundung durch die EG befreien.

Erhaltung der äußeren Sicherheit

Deutschland braucht eine starke, gut ausgerüstete Bundeswehr. Durch den Zerfall des kommunistischen Ostblocks sind die äußeren Gefahren vielleicht geringer geworden; sie sind jedoch unberechenbarer.

Bevor nicht jede Diskriminierung Deutschlands in internationalen Institutionen beseitigt ist, darf kein deutscher Soldat außerhalb des Bereiches des NATO-Bündnisses eingesetzt werden.
Es muß ein Ende haben mit der Herabwürdigung deutschen Soldatentums durch deutsche Meinungsmacher und Gerichte. Wir treten für die Wiederherstellung des Ansehens unserer Soldaten in Vergangenheit und Gegenwart ein.

Kontrolle der Medien durch die Öffentlichkeit

Wir wenden uns gegen jegliche Manipulation zur Beherrschung der »öffentlichen Meinung«.
Wir dringen auf sachliche und fundierte Berichterstattung. Diese muß klar zwischen korrekt informierender Nachricht und der Kommentierung unterscheiden. Wir verlangen die Beendigung des Sex- und Gewaltkults in den Medien. Wir wollen diesem schamlosen Geschäft zur sittlichen Verrohung Einhalt gebieten.

Wir verurteilen den Rufmord an unbescholtenen Persönlichkeiten. Wir verlangen die Wiederherstellung des Ehrenschutzes, nämlich ein Pressegesetz, das die Persönlichkeitsrechte wahrt. Eine Novellierung der Gesetze des Rundfunkrechts ist erforderlich.
Zum gemeinsamen Tun rufen wir alle Deutschen auf, die wieder Anständigkeit im öffentlichen Leben und die christlich-abendländischen Grundwerte als moralisch-ethische Richtlinie für den Einzelnen wie für die Gemeinschaft gesichert wissen wollen.

□



Würde Kurt Schumacher seine Partei heute wiedererkennen?

Martin Jenke

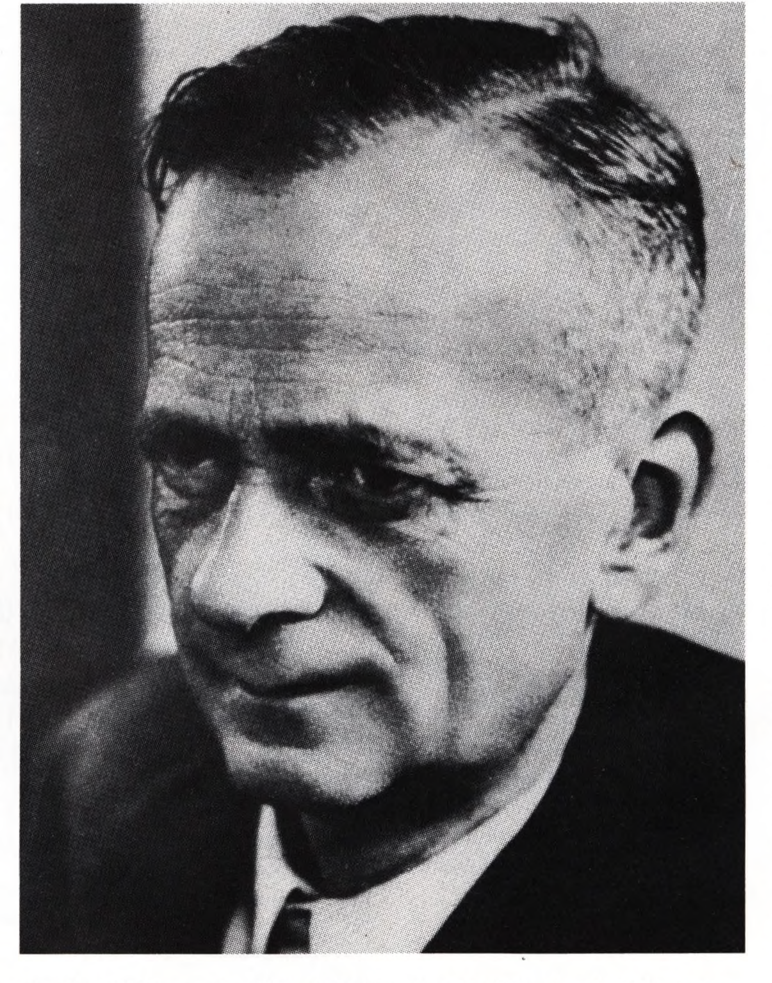
»Deutschland wird nie die Oder-Neiße-Linie, wie sie von den vier Siegermächten in Potsdam festgelegt wurde, als deutsche Grenze anerkennen. Wir werden um jeden Quadratmeter deutschen Bodens jenseits dieser Linie mit friedlichen Mitteln kämpfen«, schrieb Dr. Kurt Schumacher.

Wenn der SPD-Vorsitzende der Nachkriegszeit, Kurt Schumacher – gestorben am 20. August 1952 –, die heutigen Partei-Enkel mit Engholm, Lafontaine und Klose an der Spitze der Formation sähe, würde er gewiß entsetzt sein über die Abdrift seiner Partei in ein rumpfdeutsch ausgerichtetes Anhängsel der Bonner EG-Träumer. Nachfolgend seien nur ein paar Stellen zitiert aus Schumachers Reden und Schriften, herausgegeben im Buch »Turmwächter der Demokratie« (Berlin 1953) von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski.

Ein echter Demokrat

Am 8. Januar 1950 erklärte Schumacher auf dem Landesparteitag der Berliner SPD:

»Seien wir uns darüber im klaren: Eine funktionierende Demokratie, auch wenn wir in ihr der stärkste Faktor sind, auch wenn wir der Majoritätsfaktor sind, eine solche funktionierende Demokratie braucht natürlich die politische Repräsentation anderer Interessen auch, mit anderen Worten, eine funktionierende Demokratie in Deutschland braucht eine Rechtspartei.«



Dr. Kurt Schumacher kämpfte für eine Politik, die die Wiedervereinigung Deutschlands forderte.

Schumacher war im Unterschied zu seinen heutigen Epigonen in Bonn ein echter Demokrat, der eine funktionierende Demokratie wünschte. Heute schreien die SPD-Größen von »Neonazis«, sobald eine Rechtspartei auf die Beine zu kommen versucht. Dabei ist es ein ganz anderes Thema, ob die alten Klassenkampfparolen »Rechts« und »Links« noch zeitgemäß sind. Schon Hitler machte sich in »Mein Kampf« über die »rechten deutschvölkischen Wanderscholaren« lustig und wollte als nationaler Sozialist weder rechts noch links sein.

Am 22. Mai 1950 sagte Schumacher auf dem 4. Parteitag der SPD in Hamburg: »Die Freiheit aber ist etwas, was weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgeht, das umfaßt die sowjetische Besatzungszone, Berlin, die Gebiete östlich der Oder und Neiße und das Saargebiet.«

Was würde Schumacher – im Jahre 1895 in Kulm/Westpreußen geboren – heute sagen, da seine politischen Enkel nunmehr Mitteldeutschland als »Ostdeutschland« bezeichnen, offenbar vom Verlust des Korridors, Posens und der wertvollsten Teile des oberschlesischen Industriereviers nach dem Ersten Weltkrieg nichts mehr wissen und jetzt nach dem Zweiten Weltkrieg auch auf ein Viertel von Restdeutschland, nämlich auf ganz Schlesien, Pommern und Ostpreußen verzichten!

Der Verzicht auf ein Viertel von Restdeutschland

Immer wieder erinnerte Schumacher an den deutschen Osten:

»Wenn hier das Wort Osten fällt, dann begreifen wir, daß alle diese Probleme nicht diskutiert werden können, ohne immer wieder nach dem deutschen Osten und der deutschen Einheit zu sehen.

Dieses europäische Interesse an der deutschen Einheit zu schaffen, ist die internationale Aufgabe unserer Partei für die Entwicklung der nächsten Jahre.

Und dabei möchte ich meinem Freund Erich Ollenhauer recht geben: Wenn heute in diesen Worten und, wie ich hoffe, in der Diskussion das Wort ›Deutschland‹ fällt, ist immer das ganze Deutschland gemeint.«

Die angebliche Lebenslüge der Bonner Republik

Denken wir demgegenüber nur ein wenig zurück, allein an das Jahr 1989: Sogar die Vereinigung von West- und Mitteldeutschland hatte damals Brandt noch als »Lebenslüge der zweiten deutschen Republik« bezeichnet; Momper als damaliger Regierender Bürgermeister von West-Berlin konte sich »eine europäische Friedensordnung in überschaubarer Zeit nur mit zwei gleichberechtigten und miteinander kooperierenden deutschen Staaten« vorstellen; Bahr: »Wer Wiedervereinigung sagt, begeht geistige Umweltverschmutzung«; Lafontaine: »Der nationale Traum der Deutschen ist zu Ende«, »Das Ziel ist nicht die Wiederherstellung des alten deutschen Nationalstaates, das Ziel ist Europa«.

Der für eine echte Demokratie kämpfende Schumacher hat noch



Bundeskanzler Willy Brandt war der erste sozialdemokratische Bundeskanzler, der den Status quo akzeptierte.

im vorletzten Jahr seines Lebens, also im Jahr 1951, bei Sitzungen der obersten SPD-Parteigremien immer wieder davor gewarnt, abermals (diesmal unter Adenauer Führung) den zweiten deutschen Versuch zum Aufbau einer Demokratie zu verfehlen:

»Der Staat trägt heute eindeutig den Charakter eines autoritären Obrigkeitsstaates. Er hat die ausgesprochene Tendenz, seine Bürger als Untertanen – wenn ein historischer Vergleich erlaubt ist – im wilhelmischen Stil zu behandeln.«

Die Folgen der Vorleistungspolitik Konrad Adenauers

Gegenüber dem westlichen Ausland verhalte sich Adenauer umgekehrt: »Die Bundesregierung hat bisher eine Politik der vorbehaltslosen Vorleistungen gemacht. Ich warne vor Idee und Moral dieser Vorleistungspolitik. Sie ist nichts weiter als die totale, die Nation und Europa zerstörende Resignationspolitik.

Wir haben in keinem Fall gegenüber den sogenannten Vorleistungen über das Formale hinaus effektive Gegenleistungen von Bedeutung erhalten. Im Gegenteil, wir haben jeden formalen Fortschritt, der in Wirklichkeit kein Fortschritt, sondern ein Ergebnis der zeitlichen Entwicklung und der weltpolitischen Situation ist, mit zusätzlichen neuen Hypotheken auf unser politisches und vor allen Dingen wirtschaftliches Leben bezahlen müssen.«

Wie aktuell auch dieser Ausspruch Schumachers! Denn es sieht heutzutage jeder unabhängige Zeitbeobachter, daß Adenauers Vorleistungspolitik unter seinem politischen Enkel Kohl verstärkt fortgesetzt wird. Man denke allein an die Vorleistungen für die »europäische Integration« – womit Rumpfdeutschland in West- und Südeuropa aufgehen soll! – sowie an die Vorleistungen finanzieller und mittlerweile auch direkter deutscher Militärhilfe in außereuropäischen Gebieten. Noch dazu in Gebieten, die von den ehemaligen westlichen Kolonialmächten in einem Chaos hinterlassen wurden und nun unter US-Dominanz kommen. Das beschämende für die heutigen Schumacher-Enkel in der SPD: Sie machen allen »Integrations-Kohl« mit!

Kein und Verrat an Menschheitsideen

Zitieren wir zum Schluß noch einen bekannten Schumacher-Ausspruch vom 17. August 1951, aus einer Rede bei einer Berliner Jugend-Kundgebung (ebenfalls wiedergegeben im Buch »Turmwächter der Demokratie«).

»Ich erkläre: Die Deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt, die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen wollen. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen durch die Kommunisten, durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen.« □

CODE
Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

Alle Informationen und Berichte stammen aus zuverlässigen Informationsquellen, sind mit Sorgfalt recherchiert und werden veröffentlicht nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr. Verantwortlich für den Inhalt sind die jeweilig zuständigen Redaktionen in Washington und Leonberg.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Die internationale Bedeutung des 17. Juni 1953

Emil Schlee

Im politischen Kräftespiel der Völker und Staaten in Europa und in der Welt gab es und wird es wohl auch weiterhin eine »Deutsche Karte«, ein »Deutsches Spiel« oder ein »Spiel um Deutschland« geben. Von schicksalhafter Bedeutung hierfür gelten die kontinentale Mittellage Deutschlands in Europa und die Größe des Volkes der Deutschen inmitten der abendländisch-europäischen Völker dieses Kontinents.

Die Bezeichnung »Deutschland« geht nicht auf einen älteren Landes- oder Stammesnamen zurück, sondern ist seit der Zusammenführung germanischer Volksstämme durch Karl den Großen von einer reinen Sprachenbezeichnung zu einer Bezeichnung deutschsprechender Menschen und dann erst zu einer Bezeichnung des Landes geworden, in dem deutschsprechende Menschen leben. Dieses Deutschland wurde zum Kernland des abendländischen Reiches Karl des Großen, des »Heiligen Römischen Reiches Deutsche Nationen«, der Reformation, der großen Geistesbewegung des 18. und 19. Jahrhunderts sowie zum Schlachtfeld dreier 30jähriger Kriege um Europa – 1618 bis 1648, 1789 bis 1815, 1914 bis 1945 –, durch die Deutschland jeweils wieder zur »Spielkarte«, zum Objekt der europäischen und der Weltpolitik wurde.

Der Plan von Franklin D. Roosevelt

So hatte der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt bereits an den ersten beiden September-Tagen des Jahres 1943 in Washington dem britischen Premier Winston Churchill einen sorgfältig ausgedachten Plan zur Aufteilung der Welt in Einflußsphären vorgestellt, der besagte:

»China bekommt den Fernen Osten, die Vereinigten Staaten den Pazifik, Großbritannien und Rußland Europa und Afrika. Da jedoch England vorwiegend koloniale Interessen hat, kann angenommen werden, daß Rußland Vormacht in Europa sein wird ... Es ist nur natürlich, daß die europäischen Länder enorme Umwälzungen durchzumachen haben, um sich Rußland anzupassen. Die europäischen Völker – ich meine Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen und natürlich unsere Kriegsgegner Deutschland und Italien – werden aber einfach die russische Beherrschung in der Hoffnung zu ertragen haben, daß sie in zehn oder zwanzig Jahren imstande sein werden, gut mit den Russen auszukommen.« (Hamilton Fish »Der zerbrochene Mythos«, Grabert-Verlag, Tübingen 1982)

Dieser Plan bedeutete die Auslieferung Europas an die Sowjetunion.

Wir wissen, daß glücklicherweise die Ereignisse etwas anders verliefen, als es im Plan Roosevelts vorgesehen war. Es kam aber zur Aufteilung Europas in zwei Einfluß-Sphären zwischen den beiden neuen Weltmächten USA und UdSSR. Und wie wenig die in die sowjetisch-kommunistische Einfluß-Sphäre geratenen mittel-, ostmittel-, südost- und osteuropäischen Völker bereit waren, »sich Rußland anzupassen« oder »einfach die russische Beherrschung zu ertragen«, das hat uns die Geschichte der letzten 50 Jahre gelehrt.

Die Zeit der Kriege

In diesen letzten 50 Jahren ereigneten sich mehr als 150 Kriege oder kriegsähnliche Konflikte in der Welt, die zum nicht geringen Teil aus der Ost-West-Konfrontation im gesamten Grenzbereich des sowjetisch-kommunistischen Imperiums oder durch Aufstände und Revolutionen innerhalb des Imperiums, aber generell gegen das sowjetisch-kommunistische Herrschaftssystems entstanden sind.

Die Aufstände und Revolutionen innerhalb des roten Imperiums kann man nur dann verstehen und in ihrer Bedeutung würdigen, wenn man sich vor Augen hält, wie die Menschen in jenen kommunistischen Staaten leben mußten. Auf Schritt und Tritt bewacht, immer und überall von gedungenen Spitzeln umgeben und von Polizeikräften des totalitären Staates in Furcht gehalten. Organisierter Widerstand war daher nirgends möglich. Und brach dann der unerträglichen Umstände wegen der Volkszorn auf, dann geschah es immer spontan, unorganisiert und mit dem Mut der Verzweiflung.

Auf Dauer ist die Freiheit des Menschen nicht zu unterdrücken. Mit jedem neuen Menschen wird neue Freiheit geboren oder, wie Schiller schrieb: »Der Mensch ist frei, und wäre er in Ketten geboren!« Aus diesem Grund trug und trägt der Kommunismus als sogenannte revolutionäre Bewegung schon von An-



Der 17. Juni 1953 in Berlin. Sowjetische Panzer fahren gegen die deutsche Bevölkerung auf und schützen das SED-Regime.

Befehl!

Ueber die Stadt Halle ist der

Ausnahmezustand

verhängt. Demonstrationen, Versammlungen und Zusammenrottungen jeder Art sind verboten.

Jeder Aufenthalt auf den Straßen ist von

21.00 bis 4 Uhr

verboten.

Im Falle von Widerstand wird von der Waffe Gebrauch gemacht!

Halle, den 17. Juni 1953

Chef der Garnison und Militärkommandant der Stadt Halle (Saale)

fang an den Keim des Todes in sich, wie wir es in unserer heutigen Zeit ja auch erleben: Entweder gibt der Kommunismus den Menschen die Freiheit zurück, dann muß er auch aufhören, Kommunismus zu sein, oder er wird eines Tages vom unausrottbaren Freiheitsdrang der Menschen hinweggefegt werden.

In dieser Hinsicht steht der deutsche Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der europäischen Nachkriegsgeschichte am Anfang einer Reihe ähnlicher Ereignisse: 1956 die gescheiterte Revolution in Ungarn; der blutig niedergeschlagene Streik polnischer Arbeiter; 1968 der von Panzern niedergewalzte »Prager Frühling« in der Tschechoslowakei; seit 1976 erneut das Streben polnischer Arbeiter nach freiheitlicheren Lebensformen und ähnliche Bestrebungen Ende der achtziger Jahre in Rumänien.

Zurückblickend auf diese Volksaufstände in den benachbarten »Volksdemokratien« muß man zwar feststellen, daß sie den Ländern noch nicht die Freiheit brachten, diese Niederlagen gegenüber einer brutalen Welt- und Kolonialmacht aber auch nicht vergeblich waren. Was der ungarische Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, Lajos Kossuth, ebenfalls 1849 besiegt, dann in Amerika rückblickend über seinen Kampf sagte, gilt auch für alle vorhin geschilderten Volksaufstände:

»Wir haben nicht gesiegt, aber gekämpft.

Wir haben die Tyrannei nicht gebrochen, aber ihren Lauf aufgehalten.

Wir haben unser Land nicht gerettet, aber verteidigt.

Und wenn einst unsere Geschichte geschrieben wird, werden wir sagen können – daß wir Widerstand geleistet haben!«

Offene Worte von Ernst Reuter

Das Ende der Sowjetunion im Jahr 1991 war auch das Ergebnis der vielen um die Freiheit kämpfenden Menschen und Völker. Welche internationale Bedeutung der Volksaufstand am 17. Juni 1953 für Deutschland hat,

Deutschland

Die internationale Bedeutung des 17. Juni 1953

wurde vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, am 23. Juni 1953 in Berlin im Rahmen der Trauerfeier für die Toten des mitteldeutschen Volksaufstandes in bewegenden und selbstbewußten Worten zum Ausdruck gebracht:

»Aber zu der Trauer kommt der Stolz darauf, daß unser deutsches Volk der Welt gezeigt hat, wo es wirklich steht. Die Frage: Wie denken die Menschen in der Zone, wie denkt die Jugend in der Zone? Diese Frage kann die Welt in Zukunft nicht mehr an uns richten. Auf diese Frage haben wir alle miteinander am 17. Juni in Deutschland die Antwort gegeben.«

Schon am 17. Juni 1953, noch sich gerade in Wien aufhaltend, hat Ernst Reuter der Welt mahnend zugerufen: »Es gibt keine Macht der Erde, die das deutsche Volk auf die Dauer zu einem Sklavenvolk erniedrigen kann. Wir werden der Welt zeigen, daß es möglich ist, auch mit einem totalitären Regime fertig zu werden, weil wir entschlossen sind, unter allen Umständen unser Ziel zu erreichen. Das Ziel unserer nationalen Einheit, das Ziel unserer Freiheit und das Ziel, das uns ... am Herzen liegt: Frieden für die Welt!«

Und wenn wir an die Öffnung des Brandenburger Tores und der anderen Grenzübergänge am Abend des 9. November 1989 zurückdenken, dann müssen uns die Worte Ernst Reuters am 9. September 1948 auf der Protestkundgebung vor dem Reichstagsgebäude gegen die Vertreibung der Stadtverordnetenversammlung aus dem Ostsektor Berlins zu Beginn der sowjetischen Berlin-Blockade geradezu prophetisch in den Ohren klingen, ebenfalls an die Welt gerichtet:

»Wenn wir darum heute in dieser Stunde die Welt rufen, so tun wir es, weil wir wissen, daß die Kraft



Mit Steinen gegen sowjetische Panzer, das war die hoffnungslose Situation der Deutschen in der DDR.



Gedenken an einen Toten an der Mauer. Sie wurde als Grenze sowohl von Bonn als auch von Pankow akzeptiert.

unseres Volkes der Boden ist, auf dem wir groß geworden sind und größer und stärker werden, bis die Macht der Finsternis zerbrochen und zerschlagen sein wird.

Und diesen Tag werden wir an dieser Stelle, vor unserem alten Reichstag mit seiner stolzen Inschrift ›Dem Deutschen Volke‹, erleben und werden ihn feiern mit dem stolzen Bewußtsein, daß wir ihn in Kümmernissen und Nöten, in Mühsal und Elend, aber mit standhafter Ausdauer herbeigeführt haben. Wenn dieser Tag zu uns kommen wird, der Tag der Freiheit, an dem die Welt erkennen wird, daß dieses deutsche Volk neu geworden, neu gewandelt und neu gewachsen, ein freies, mündiges, stolzes, seines Wertes und seiner Kraft bewußtes Volk geworden ist, das im Bunde gleicher und freier Völker das Recht hat, sein Wort mitzusprechen, dann werden unsere Züge wieder fahren, nicht nur nach Helmstedt, sie werden fahren nach München, nach Frankfurt, Dresden, Leipzig, sie werden fahren nach Breslau und nach Stettin.«

Die große Leistung der Mitteldeutschen

Der damalige Bundespräsident, Professor Theodor Heuss, schloß seine Gedenkrede am 23. Juni 1953 in Berlin mit dem Appell: »Gebt dem deutschen Menschen, gebt ihm zurück das eingeborene Recht zu seiner staatlichen Selbstgestaltung, zu seiner Freiheit, damit die Verkrampfungen sich lösen, damit Angst und Furcht, Mißtrauen und Technik des Hasses den Boden des Vaterlandes verlassen.

In freien Wahlen wird das deutsche Volk in seinen breiten Schichten, dessen unzerstörbares Einheitsbewußtsein in den Geschehnissen der letzten Woche, im Tun, im Erleiden, in der Kraft des Miterlebens sich das gesetzliche Zeugnis schuf, in freien Wahlen wird es sich die rechtlich-politischen Formen neu begründen, mit denen es der Sicherung der bürgerlichen Freiheit und der sozialen Gestaltung des Miteinander dienen wird.

Nichts anderes als dies kann die Lehre und soll die Folge dieses Juni 1953 sein – Lehre für uns, Lehre für die anderen!«





Die Flucht über die Mauer war die einzige Möglichkeit dem kommunistischen Regime zu entkommen.

Die Mauer des SED-Regimes sollte die Abspaltung Mitteldeutschlands von Westdeutschland für alle Zeiten zementieren.

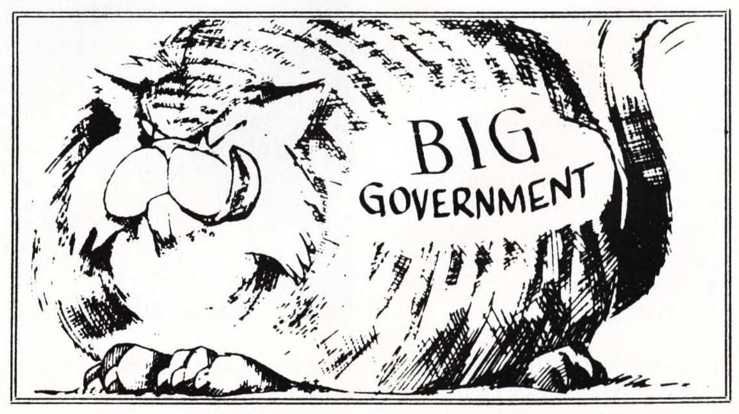
Der Aufstand am 17. Juni 1953 wurde durch die Erhebung von Bauarbeitern der Ostberliner Stalinallee ausgelöst, im fortgeschrittenen Stadium in Demonstrationen und Kundgebungen von Menschen aller sozialen Schichten und beruflichen Gruppen im ganzen Land getragen. Die anfangs aufgestellten wirtschaftlichen und sozialen Forderungen erweiterten sich spontan zu politischen. Die Erhebung richtete sich in keinem bekannten Fall gegen die sowjetische Besatzungsmacht, deren Eingreifen machte aber deutlich, daß hinter der formalen Macht der SED die reale Macht der Sowjets stand.
Der tragische Ausgang macht den Mitteldeutschen bewußt, daß sie auf sich allein gestellt blieben und die internationalen Kräfteverhältnisse und Machtkonstellationen einer Veränderung des politischen Status quo in Deutschland entgegenstanden.
Trotzdem bleibt der Aufstand ein Fanal für Zukünftiges.

Die große Leistung der Mitteldeutschen zum Aufbruch 1989 war der gewaltlose Umbruch zur Vereinigung West- und Mitteldeutschlands. Die Deutschen bewiesen Reife! Sie stehen auf der Seite der Freiheit, der Demokratie, des Friedens und des Rechts und sind auch heute trotz aller bösartigen Diffamierungen weder gewalt- noch kriegslüstern, weder ausländerfeindlich noch politisch extrem, weder obrigkeitshörig noch machtversessen. Das deutsche Volk braucht nur Regierungs- und Volksvertreter, die diese in einer mehr als 1200 jährigen Geschichte gewachsene und gewordene Grundbefindlichkeit der Welt deutlich zu machen versteht und dazu aus Kenntnis und Überzeugung auch bereit ist.

Es ist ein deutscher Gedenktag

Im »Gesetz über den Tag der deutschen Einheit« vom 4. August 1953 heißt es einleitend: »Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit geworden.«

Wenn auch jetzt der 3. Oktober seit 1990 zum »Tag der deutschen Einheit« bestimmt wurde, so bleibt doch der 17. Juni 1953 ein deutscher Gedenktag, ein Deutschlandtag, an dem der deutsche Arbeiter für die Freiheit kämpfte und seine Landsleute zum Aufbruch mitriß. Dieser Tatsache sollte auch stets am 3. Oktober gedacht werden! □



Ostpreußen

Das nördliche Ostpreußen – eine kulturelle Wüste

Wolfang Thüne

Königsberg ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges für die Deutschen ein fernes Land auf der Landkarte, über mehr als 40 Jahre sogar unerreichbar. Dieser Punkt könnte jedoch als Folge der dramatischen Veränderungen an den Rändern der früheren Sowjetunion dramatisch in das Zentrum der aktuellen Debatte gelangen. Als die Siegermacht 1948 für die alte preußische Krönungsstadt den Namen Kaliningrad bestimmte, war dies für die Ewigkeit gedacht. Nicht nur St. Petersburg hat die Relativität solcher Ewigkeit bewiesen.

Kultur ist Aneignung von Natur. Nicht umsonst steht in der Menschheitsgeschichte am Beginn der Kultur die Ackerbaukultur. Dieser qualitative Sprung von der Natur- zur Kulturgeschichte der Menschheit war so einschneidend, so revolutionär, daß man den Übergang vom Jäger- und Sammlerdasein vor etwa 10000 Jahren zum Ackerbauern und Viehzüchter »Neolithische Revolution« nannte.

Die Seßhaftwerdung des Menschen durch Ackerbau und Viehzucht sicherte und verstetigte die Nahrungsmittelversorgung und ermöglichte als nächstes die Städtebaukultur. Erst in menschheitsgeschichtlich allerjüngster Zeit folgte mit der ersten industriellen Revolution im 12. und 13. Jahrhundert, sowie einer noch einschneidenderen zweiten rein materialistischen industriellen Revolution im 18. und 19. Jahrhundert ein weiterer »revolutionärer« Einschnitt in der Menschheitsgeschichte. Die zweite industrielle Revolution droht nicht nur das Antlitz der Erde total zu verändern, sondern auch die Erde für eine immer zahlreichere Menschheit ob ihres Leistungspotentials zu überfordern.

Die Integration der Prussen und damit Ostpreußen als Deutschordensstaat in die christlich-abendländische Völkergemeinschaft war eine agrikulturelle und städtebauliche Höchstleistung ohnegleichen. Jeder, der unsere Heimat - das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen – kannte, bewunderte diese gelungene Symbiose zwischen urwüchsiger Natur und kulturschaffendem Menschen. Ostpreußen war ein exzellent gelungenes Produkt intakter ästhetisch-ethischer Wertvorstellungen aus christlich-abendländischer Gesinnung und Gesittung heraus. Die Natur wurde nicht vergewaltigt, sondern kulturell erhöht.

Unsere Heimat – einst und jetzt

Wer heute erstmalig nach fast 50 Jahren seine Heimat bewußt wahrnimmt, der ist zutiefst erschrocken ob des desolaten Zustandes wie kulturellen Niedergangs. Er sieht sich bisweilen dem kulturellen Nichts gegenüber und hat Mühe, den erlebten »Kulturschock« seelisch zu verkraften. Blühende Städte als einzigartige weltgeschichtliche Kulturdenkmäler wie Königsberg sind menschenbehausenden und gleichermaßen menschenverachtenden Ansammlungen von Wohnsilos gewichen. Nur wenige Bauten oder Ruinen wie die des Domes zu Königsberg existieren noch als majestätische Zeugen einer glorreichen Vergangenheit.

Fast noch erschreckender ist der kulturelle Niedergang des Landes mit seinen gepflegten Städten, Dörfern, Weilern und Gutshöfen. Insbesondere letztere sind gleichsam vom Erdboden verschwunden, so daß viele der von den Hauptverkehrsadern abzweigenden Alleen quasi ins Nichts führen. Wo einst agrikulturellen Reichtum widerspiegelnde Gutshöfe ebenso freier wie unabhängiger und stolzer Bauern standen, türmt sich heute Unrat und herrscht tiefste Kolchosarmut.

Reste zerfallener Stallungen, geschändete Friedhöfe und entweihte Kirchenruinen verunzieren überall das Landschaftsbild. Ohne seelisch-kulturelle Anteilnahme, in mechanisch-maschineller und lieblos-roboterhafter Routine werden die Felder bestellt. Ebenso kläglich wie die Bestellung ist auch der Ertrag. Die Natur scheint gleiches mit gleichem zu vergelten nach dem Motto: Wie Du mir, so ich Dir!

Soll Ostpreußen ein Armenhaus bleiben?

Durch Flucht, Mord, Verschleppung und Zwangsdeportation wurde das nördliche Ostpreußen seiner kulturschaffenden Substanz beraubt. Die angesiedelten »neuen Herren« waren nicht in der Lage, das kulturelle Erbe zu hegen, zu pflegen und fortzuentwickeln. Zum Teil wollten sie es oder durften es bewußt auch nicht – aus ideologischen Gründen!

Noch im Jahre 1948 muß es einen beachtlichen Anteil deutscher angestammter Bevölkerung gegeben haben. Darauf läßt die Titelseite einer Zeitung schließen, die heute im Stadthaus-Museum in Königsberg ausliegt. Die Zeitung hieß »Neue Zeit« und war an die deutschsprachige Bevölkerung im Kaliningrader Gebiet gerichtet. Sie erschien zweimal wö-

Das Königsberger Schloß, von dem heute nur noch eine Ruine vorhanden ist.

chentlich und kostete 20 Kopeken. Die gezeigte Ausgabe trägt die Nr. 37 und datiert vom 5. Mai 1948.

Die Gesamtfläche des heutigen »Oblast Kaliningrad« beträgt 15100 Quadratkilometer. Die Bevölkerungszahl wird mit 900000 angegeben, von der 79 Prozent in den Städten wohnen. Königsberg beherbergt 400000 Einwohner. Die angesiedelte Bevölkerung setzt sich ethnisch zusammen aus 700000 Russen, 80000 Weißrussen, 65000 Ukrainern, 20000 Litauer sowie andere Nationalitäten. Die Zahl der zugewanderten Rußlanddeutschen wird auf etwa 10 bis 20000 geschätzt. Die Region ist eine Exklave Rußlands und strebt als Freihandelszone »Jantar« (Bernstein) eine weitgehende Autonomie an.

Die Region wirbt mit einer »soliden« industriell-agrarischen Grundstruktur, die insbesondere aufgrund der Vorteile der geographischen Lage und des Status einer »Freiwirtschaftszone« mitsamt der damit verbundenen Vergünstigungen ausbaufähig ist. Gewisse Spezialisierungen gibt es bei der »Herstellung der Erzeugnisse der Fischerei-, Maschinenbau- und Zellstoffindustrien, sowie auf Förderung von Bernstein und Erdöl. Die Landwirtschaft ist auf die Erzeugung der Milch- und Fleischprodukte ausgerichtet. Entwickelt sind außerdem die Schweine-, Geflügel- und Pelztierzucht sowie Gemüse- und Kartoffelanbau.«

Welches Entwicklungspotential im nördlichen Ostpreußen wirklich steckt, das kann man bei Martin Borrman »Ostpreußen/ Berichte und Bilder« aus dem Jahre 1935 nachlesen. Dort heißt es: »Welche Bedeutung die Provinz als Kornkammer Deutschlands ist, wird erst klar, wenn man hört, daß jedes zehnte Brot, welches im übrigen Reich gegessen wird, aus Ostpreußen stammt. Dieser Kornkammer vollstes und reichstes Gelaß ist der nördlichste Teil der Provinz mit seinem schweren und gastfreien Menschenschlag. Dies Gebiet reicht von Tilsit südwärts bis Goldap. Insterburg, Eydtkuhnen, Gumbinnen, Rominten und Trakehnen gehören dazu, auch das untere Pregeltal hilft die Kornkammer füllen – mit der Landschaft um Tapiau und Wehlau, der Stadt des größten Pferdemarktes.«



Auf der Koppel in Trakehnen, dem weltberühmten Pferdegestüt in Ostpreußen.

Verpflichtung zur Re-Kultivierung

Der weitgehende Gesichts- wie Identitätsverlust Ostpreußens ist im wesentlichen Produkt einer menschen- wie naturverachtenden Ideologie, die von unserer Heimat brutal Besitz ergriff – dem Sozialismus. Die marxistische Ideologie hatte sich von Anfang an durch seine Theoriebesessenheit und Wirklichkeitsfremdheit ausgezeichnet. Der Marxismus beruht nicht nur auf einem falschen Menschenbild, weniger bekannt aber ebenso bezeichnend ist auch seine Naturfeindlichkeit.

Die Natur wurde neben dem ideologischen System kaum beachtet und bestenfalls als pures Ausbeutungsobjekt angesehen. Wir wissen es inzwischen aus Mitteldeutschland. Die rücksichtslose Verschandelung und Zerstörung der Umwelt sind somit systemimmanent. Während schon in der Vorkriegszeit der Natur- und Landschaftsschutz vorbildlich waren, degenerierten sie unter dem gewaltsamen Einfluß des Sozialismus nahezu vollständig.

Doch wer die Natur mißachtet, ihre Gesetze leugnet, für ihre Schönheiten aus ideologischer Beengtheit kein Auge hat, alles nur mit materialistischen Grundsätzen betrachtet, für den ist die Natur und die Umwelt nichts anderes als ein Objekt zur Ausbeutung und Plünderung, das keinen eigenen Wert an sich hat.

Mit dem Tod der marxistischen Ideologie gilt es insbesondere, unsere verschandelte und geschändete Heimat wieder zu einem kulturell blühenden Organismus zu entwickeln. Dies erfordert auch unsere Tatkraft, es ist unsere historische Verpflichtung!

Wir müssen, um mit dem Nobelpreisträger Konrad Lorenz zu sprechen, helfen, den »Wärmetod des Gefühls« durch das kommunistische System zu überwinden. Allein und aus sich heraus sind die dort angesiedelten aber nie heimatlich verwurzelten Bewohner nicht dazu in der Lage. Sie leben noch immer in eisiger sozialistischer Erstarrung, in Apathie und Lethargie. Ihnen fehlen nachahmenswerte Vorbilder, sie bedürfen der behutsamen Anleitung. Sie scheinen sehr wohl zu einer kulturellen Symbiose bereit. Es muß ihnen nicht nur gezeigt sondern auch vorgelebt werden, daß Schönheit der Natur und der menschengeschaffenen kulturellen Umgebung beide notwendig sind, um auch den Menschen wieder geistig und seelisch gesunden zu lassen.

Keimzellen und Hoffnungsträger zumindest einer neuen agrikulturellen Entwicklung sind die sich etablierenden Ansiedlungen von Rußlanddeutschen. Gerade ihnen sollte die Bundesregierung verstärkt individuelle Aufbauhilfe zukommen lassen. Ganz konkret gefordert sind aber auch wir Ostpreußen. Der Möglichkeiten gibt es unendlich viele. Es gibt viel zu tun, packen wir es an! Und denken wir auch stets daran: Im kleinen Forsthaus Moditten sind Kants »Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen« entstanden. Entreißen wir unsere Heimat der kulturellen Wüste! □



Wirtschaftskraft in der EG

Auch Anfang der neunziger Jahre herrscht in der Europäischen Gemeinschaft noch immer ein beträchtliches Leistungsgefälle. Von den rund 170 EG-Regionen erwirtschaften die zehn reichsten ein drei- bis fünfmal so hohes Bruttoinlandsprodukt je Einwohner wie die zehn ärmsten.

Unangefochtener Spitzenreiter unter den EG-Regionen ist Hamburg. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner lag in der Hansestadt 1990 gut 80 Prozent über dem EG-Durchschnitt.

Dank Darmstadt, Bremen, Oberbayern und Stuttgart ist Deutschland mit vier weiteren Plazierungen unter den Top Ten dabei.

Nur einmal vertreten sind Frankreich, Belgien, Großbritannien, Italien und die Niederlande – jeweils mit einer Wirtschaftskraft von mindestens 35 Prozent über dem Gemeinschafts-Durchschnitt.

Auf dem absteigenden Ast befindet sich das holländische Groningen. Vor wenigen Jahren noch auf Platz eins abonniert, muß sich die Region nun mit Rang zehn begnügen. Grund: Der wichtigste Wirtschaftsfaktor, das Erdgas, hat inzwischen an Bedeutung verloren. Ein Zehn-Jahres-Vergleich macht dies besonders deutlich: 1980 erwirtschaftete Groningen über das Doppelte des EG-Durchschnitts – bis 1990 schrumpfte dieses Plus auf 35 Prozent.

Am unteren Ende der Wohlstands-Skala finden sich ausschließlich Regionen aus zwei Nationen:

Acht der zehn ärmsten Gebiete der Gemeinschaft liegen in Griechenland, zwei in Portugal.

Diese ökonomisch zurückgebliebenen Wirtschaftsräume kommen nur auf 34 bis 45 Prozent des durchschnittlichen BIP je Einwohner in der EG. Sieben von ihnen sind im Laufe des vergangenen Jahrzehnts gegenüber dem EG-Durchschnitt zurückgefallen, drei griechische Regionen haben etwas aufgeholt.

Schlußlicht ist die Region Voreio Aigaio, eine Inselgruppe in der nördlichen Ägäis, zu der auch Lesbos gehört. Die knapp 200000 Einwohner dieser Region kommen nur auf ein Drittel der EG-Wirtschaftskraft.

Etwa ein Fünftel aller EG-Regionen liegt unterhalb von 75 Prozent des Gemeinschafts-Mittels. Dazu gehören zehn Regionen in Spanien, sechs in Italien, eine in den Niederlanden, sämtliche Regionen Griechenlands und Portugals mit Ausnahme des Gebietes um Lissabon sowie Irland und Nordirland.

Die 75-Prozent-Grenze ist ein wichtiger Indikator. Denn wo das Pro-Kopf-BIP nach den Daten der letzten drei Jahre unter dieser Grenze liegt, gibt es spezielle Hilfen aus den Strukturfonds der Gemeinschaft.

Die Berechnungen der EG-Statistiker haben zwei Besonderheiten:

Die Wirtschaftsleistungen der neuen Bundesländer und Ost-Berlins sind in diesen Kalkulationen noch nicht enthalten.

Sicher ist jedoch, daß das regionale BIP je Einwohner in Ostdeutschland deutlich unter der 75-Prozent-Marke liegt. Das heißt:

Würden die regionalen Werte der neuen Länder in die Berechnungen des EG-Durchschnitts eingehen, dann würde dieser Pegel zwangsläufig sinken.

Damit würde sich einerseits die relative Position gerade der ärmeren Regionen im Süden der EG verbessern. Andererseits fielen Gebiete, die heute knapp unterhalb der 75-Prozent-Grenze liegen, aus dem Kreis der Begünstigten.

Die regionale Rangliste ist keine Einkommens-Rangliste.

Denn das regionale BIP mißt lediglich den Wert der Waren und Dienstleistungen, die in einem bestimmten Zeitraum innerhalb eines Wirtschaftsgebietes erbracht worden sind. Dabei wird jedoch nicht unterschieden, ob die Leistungen von Gebietsansässigen oder von Einpendlern erbracht worden sind.

Das BIP je Einwohner ist zwar ein Indikator für die Wirtschaftskraft der Region – enthält aber nicht die volle Wahrheit darüber, welche Einkommen den privaten Haushalten jeweils zur Verfügung stehen.

Ein Beispiel: Lüneburg ist die westdeutsche Region mit dem niedrigsten Pro-Kopf-BIP. Doch viele Einwohner aus dieser Gegend fahren nach Hamburg oder Bremen zur Arbeit – erhöhen also dort das BIP. Fazit: Die Werte für Hamburg (183) und Bremen (148) überzeichnen, der 81-Prozent-Wert Lüneburgs unterzeichnet die wirtschaftliche Lage. □

Das teuerste Pflaster: Die Arbeitskosten der Industrie

Mit 41,96 DM je Arbeiterstunde belegte die westdeutsche Industrie 1992 bereits im vierten Jahr hintereinander den ersten Platz in der internationalen Arbeitskosten-Rangliste. Japan, das noch 1986 mit in der Spitzengruppe lag, fiel durch die 1989 einsetzende Yen-Schwäche und durch zuletzt sehr moderate Lohnabschlüsse ins Mittelfeld zurück.

Griechenland, Portugal und die Türkei bilden das Ende der Skala mit Arbeitskosten von acht bis 11 DM pro Stunde.

Die Arbeitskosten in der Industrie sind der wichtigste Indikator der internationalen Preis-Wettbewerbsfähigkeit. Daneben spielen allerdings auch Material- und Energiekosten, Realzinsen, Abgabenbelastung und Nicht-Preisfaktoren wie Lieferfristen, technischer Standard, Produktqualität und Servicenetz eine Rolle.

Wettbewerbsnachteile durch hohe Arbeitskosten können durch eine entsprechend höhere Produktivität gemildert werden. Bei Produktionsverlagerungen ins Ausland werden meist auch technischer Standard und Know-how exportiert, also letztlich das heimische Produktivitätsniveau.

Demnach geben für Investitionsentscheidungen weniger die Produktivitätsniveaus als die Arbeitskostenunterschiede den Ausschlag. Denn auf dem offenen Binnenmarkt vor allem ist hohe Produktivität mit niedrigen Arbeitskosten kombinierbar.

Die Veränderungen der nationalen Arbeitskosten werden durch Wechselkurs-Verschiebungen überlagert. Das verdeutlichen die Beispiele Frankreich, Großbritannien und Schweden. Auf der Basis der nationalen Währungen gerechnet, stiegen in diesen drei Ländern die Arbeitskosten in den achtziger Jahren doppelt so stark wie in Westdeutschland – nämlich um 130 bis 160 Prozent.

Dieser relative deutsche Wettbewerbsvorteil wurde jedoch durch die DM-Aufwertungen überkompensiert. Auf DM-Basis erhöhten sich die französischen und die schwedischen Arbeitskosten um jeweils 60 Prozent, die britischen Arbeitskosten um 71 Prozent, die westdeutschen aber um 79 Prozent.

Beim reinen Stundenlohn bilden derzeit die Schweiz, Norwegen und Dänemark mit 26 DM je Arbeiter die Weltspitze. Westdeutschland liegt mit knapp 22,50 DM zwar noch hinter Japan (22,82 DM) auf Platz fünf. Allerdings ist der Abstand von 85 Pfennig in 1991 auf jetzt nur noch 30 Pfennig zusammengeschmolzen.

Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf eine Besonderheit im japanischen Vergütungssystem zurückzuführen. Denn ein Teil der Arbeitnehmereinkommen wird in Form von gewinnabhängigen halbjährlichen Bonuszahlungen gewährt. Dieses Bonussystem ermöglicht es den Unternehmen, die Löhne in konjunkturell schwächeren Zeiten flexibel zu gestalten. Das ist 1992 geschehen.

Der Wettbewerbsnachteil Westdeutschlands bei den Arbeitskosten ist zum guten Teil den deutlich höheren Personalzusatzkosten anzulasten.

Bei den Personalzusatzkosten war Westdeutschland 1992 mit 19,46 DM je Arbeiterstunde einsamer Spitzenreiter. An zweiter Stelle folgte Italien mit 17,01 DM, den dritten Platz hielt Österreich mit 16,84 DM.

Am unteren Ende der Skala rangieren gerade solche Länder, die auf den Weltmärkten zu den größten Konkurrenten der Deutschen gehören:

In den USA, in Großbritannien und in Japan beliefen sich die Aufwendungen für die sozialen Lohn-Extras 1992 nur auf sieben DM je Arbeiter.

Das große Zusatzkostengefälle erklärt sich durch den Ausbau der sozialen Sicherung, aber auch durch die unterschiedlichen Finanzierungssysteme. So wird in Dänemark, das Personalzusatzkosten von nur sieben DM pro Kopf und Stunde ausweist, die durchweg exzellente soziale Sicherung überwiegend aus Steuergeldern bezahlt.

In einigen Ländern hat der Staat die Arbeitgeberbeiträge in die Sozialkassen ganz oder teilweise übernommen. Auch dadurch hat sich die deutsche Wettbewerbsposition bei den Lohnzusatzkosten weiter verschlechtert. □

Reiseboom trotzt Wirtschaftsflaute

Die Reiselust der Deutschen ist ungebrochen. Trotz Rezession, steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Realeinkommen – die Urlaubskasse fällt dem Sparschwein nicht zum Opfer. Ganz im Gegenteil: Für 1993 werden sogar nochmals steigende Reise-Buchungen erwartet.

Jeder zweite Deutsche will 1993 auf jeden Fall in Urlaub fahren, ein weiteres Drittel spielt zumindest mit dem Gedanken, die schönsten Wochen des Jahres fernab von den eigenen vier Wänden zu verbringen – so das Ergebnis einer Befragung des BAT-Freizeitforschungsinstituts in Hamburg.

Nur 27 von 100 Deutschen Urlaubern wollen in diesem Jahr im Lande bleiben – sie zieht es vor allem an Nord- und Ostsee oder in die heimischen Berge. Wer Urlaub machen mit einem Aufenthalt in fremden Ländern gleichsetzt, den treibt es vornehmlich nach Spanien. Die nächsten Plätze auf der Hitliste der beliebtesten Reiseziele halten Österreich, Italien, Frankreich, Griechenland und die Türkei.

So sehen es zumindest die Hamburger Freizeit-Forscher. Eine ganz andere Rangfolge weist die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesbank aus. Sie zählt nicht die Köpfe der Urlauber, sondern konzentriert sich auf deren Ausgaben für Auslandsreisen.

Nach diesem Kriterium steht Österreich an der Spitze, Spanien kommt nach Italien erst an dritter Stelle. Möglicher Grund der Diskrepanz: In Spanien ist die Deutsche Mark mehr wert als in Österreich – der Urlaub auf der Iberischen Halbinsel ist also billiger.

Geld spielt bei der Entscheidung für oder wider Urlaub keine dominierende Rolle – selbst unter den finanziell noch schwächer gestellten Mitteldeutschen: 1992 verzichteten 28 Prozent von ihnen auf einen Urlaub – heuer sind es nur noch 14 Prozent.

Für Auslandsreisen gaben die Bundesbürger im vergangenen Jahr über 58 Milliarden DM aus – darin sind auch die Ausgaben der mitteldeutschen Weltenbummler enthalten.

Für Westdeutschland allein zeigt der langfristige Vergleich, daß die Ausgaben der Deutschen für den Auslands-Tourismus in den vergangenen drei Jahrzehnten um zehn Prozent zugelegt haben – Jahr für Jahr. Zum Vergleich: Die Konsumausgaben kletterten im gleichen Zeitraum um jahresdurchschnittlich sieben Prozent.

Mit ihrer Heimat als Urlaubsland können die Deutschen weit weniger Staat machen.

Ganze 17 Milliarden DM gaben ausländische Besucher 1992 zwischen den bayerischen Alpen und der Nordsee aus.

Das 41-Milliarden-Defizit im Reiseverkehr schlägt voll auf die Leistungsbilanz durch. Ohne den Posten Auslandsreisen wäre dort im vorigen Jahr ein leichter Überschuß entstanden – so aber geriet Deutschland mit rund 39 Milliarden DM in die roten Zahlen.

So rasch wird sich dies Konstellation nicht ändern. Denn Deutschland als Urlaubsziel – das ist für viele Europäer kein Thema. Die Franzosen klagen über zuviel Verkehr, den Engländern ist Deutschland zu teuer, die Österreicher vermissen ihre kalorienreiche Küche, und die Dänen bemängeln das Klima. Bei keiner dieser Nationen taucht die Bundesrepublik unter den acht beliebtesten Reisezielen auf.

Die Holländer dagegen können etwas mehr mit Deutschland anfangen – zumindest auf den ersten Blick. Sie wählen Deutschland auf Platz drei ihrer Urlaubsziele, haben jedoch auch Verbesserungsvorschläge – sie wünschen sich bessere Campingplätze.

Auch der deutsche Tourist hat bestimmte Vorstellungen von seinem Ferienziel. Ganz oben auf der Wunschliste stehen eine schöne Landschaft und Sauberkeit. Fast gar keine Rolle spielen die Kinderbetreuung – und gut ausgestattete Campingplätze. □

Bank von Dänemark von Darlehensproblemen betroffen

Dänemarks größte Bank, Den Danske Bank, hat es mit einer Serie von Darlehensproblemen in der Größenordnung von Milliarden Kronen zu tun, da die finanzielle Depression in den kleineren Satelliten-Wirtschaften spürbar ist, die sich bis vor kurzem auf dem kurzfristigen Verbraucher-Boom in Mitteldeutschland stützen konnten.

Aus dänischen Bankkreisen verlautet, daß die Den Danske Bank, obwohl sie versuche, den Eindruck zu erwecken, sich aus einer drohenden Krise wegen des Zusammenbruchs der beiden größten Versicherungsgesellschaften des Landes herausmanövriert zu haben, alles andere als schadensfrei ist. »Danske Bank wird bei dem Verkauf der Hafnia-Versicherung an die British Sun Alliance eine Milliarde Kronen abschreiben müssen. Aber bevor alles getan ist, heißt es in zuverlässigen Berichten, wird sie einen Verlust von weiteren drei bis vier Milliarden Kronen hinnehmen müssen.«

Den Dankse Bank, die stolz darauf ist, den Ansturm auf die Spekulation mit Immobilien, die kürzlich Rivalen wie die Unibank und die schwedischen und norwegischen Banken schwer getroffen haben, vermieden zu haben, ist der Haupt-Geldverleiher an die beiden kürzlich zusammengebrochenen dänischen Versicherungsfirmen Baltica und Hafnia.

Sie ist auch die führende Gläubigerin der großen dänischen Holdinggesellschaft East Asiatic Co., die mit neun Milliarden Kronen an Schulden ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann und inzwischen den Verkauf ihres Reederei-Arms an Maersk, den dänischen Reederei-Giganten, den zweitgrößten Reederei-Konzern der Welt, bekanntgab. □



Maastricht-Vertrag

Rezession als Störfaktor

Wenn schon heute die Tickets für die Europäische Währungsunion (EWU) verteilt würden, käme nicht mehr als ein Kleinst-Klub zustande: Nur Frankreich und Luxemburg erfüllen die Kriterien, die der Maastrichter Vertrag als Beitrittsbedingungen zur EWU festgelegt hat – Frankreich allerdings nur bei gutwilliger Auslegung der Regeln. Wegen der Spätfolgen der gegenwärtigen Rezession wird kaum ein weiteres Land bis 1997/98 in der Lage sein, alle finanzwirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt zu schaffen.

Das Projekt der Europäischen Währungsunion gibt ökonomisch nur Sinn, wenn die neu zu schafende Gemeinschaftswährung ein Höchstmaß an innerer und äußerer Wertstabilität garantiert. Der Maastrichter Vertrag hat diese Anforderung in konkrete Zahlen gefaßt.

Es ist schlecht bestellt um die Gemeinschaft

Die Inflationsrate darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei EG-Länder mit den niedrigsten Inflationsraten liegen.

Das öffentliche Budgetdefizit darf höchstens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen.

Der Schuldenstand soll nicht mehr als 60 Prozent des BIP ausmachen.

Die langfristigen Zinsen dürfen das Niveau der drei preisstabilen Unions-Anwärter maximal nur um zwei Prozentpunkte übersteigen.

Der Wechselkurs eines Mitglieds darf während der letzten zwei Jahre nicht abgewertet worden sein; darüber hinaus muß sich der Kurs ohne große Spannungen innerhalb der engen Bandbreite des Europäischen Währungssystems gehalten haben.

Länder, die nach dem Maastrichter Fahrplan in spätestens fünf Jahren die Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen wollen, müssen schon heute die Weichen dafür stellen. Die Bestandsaufnahme 1992 für die ersten vier Beitritts-Kriterien zeigt:

Frankreich und Luxemburg entsprechen als einzige Länder bereits heute den wichtigsten stabilitätspolitischen EWU-Anforderungen.

Griechenland, Portugal und Italien verfehlen die meisten Bedingungen in so erheblichem Maß, daß sie innerhalb von wenigen Jahren mit Sicherheit nicht in der Lage sein werden, ihr Pflichtenheft in Ordnung zu bringen.

Alle übrigen Länder, darunter auch die Bundesrepublik, verstoßen derzeit zumindest gegen eine der Bedingungen.
Allerdings: Wird auch die spannungsfreie Wechselkursentwicklung als fünftes Kriterium herangezogen, ergibt die Bestandsaufnahme ein noch schlechteres Bild.

Denn vor allem im zweiten Halbjahr 1992 hat es im Gebälk kräftig gekracht: Lira und Pfund Sterling mußten den Wechselkursverbund sogar ganz verlassen; Escudo, Peseta, und zuletzt auch das Irische Pfund wurden kräftig abgewertet.

Die meisten übrigen Währungen standen phasenweise unter starkem spekulativen Druck. Das gilt auch für den französischen Franc. Streng genommen konnte damit 1992 auch Frankreich dem Maastrichter Stabilitätsstandard nicht vollständig gerecht werden. Das bedeutet:

Test Währungsunion: Fast alle fielen durch

Konvergenz-Kriterien nach dem Vertrag von Maastricht – Stand 1992

Kriterium erfüllt
weitere ■ sehr starke Konvergenzfortschritte erforderlich

	Inflationsrate in Prozent	Budgetsaldo in Prozent des BIP	Staatsschuld in Prozent des BIP	Zinsniveau (langfristig) in Prozent
Obergrenze	3,9	– 3	60	10,0
B	2,4	– 6,7	132,2	8,7
D	4,8	– 3,2	43,3	8,0
DK	2,1	– 2,3	74,0	8,9
E	6,0	– 4,6	47,4	12,2
F	2,6	– 2,8	50,1	9,0
GB	5,1	– 6,1	45,9	9,1
GR	16,0	–13,4	106,7	19,0
I	5,3	–10,5	106,8	12,4
IRL	2,9	– 2,5	99,0	9,1
L	3,4	– 0,4	6,8	7,9
NL	3,1	– 3,5	79,8	8,2
P	9,1	– 5,6	66,2	11,7

Inflationsrate: höchstens 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder;
Zinsniveau: höchstens 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder; Zinsen Griechenland: Diskontsatz

Eine One-man-show von Luxemburg

Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge wäre die Europäische Währungsunion eine One-manshow von Luxemburg.

Im Jahr 1992 hat sich die Konvergenz-Bilanz gegenüber 1991 deutlich verschlechtert. Darin spiegelt sich die europaweite Rezession wider:

Die Geldwertstabilität bildet die Ausnahme. Hier sind die meisten Länder bei schwacher Konjunktur ein Stück vorangekommen. Die Inflationsrate lag 1992 im EG-Druchschnitt bei 4,6 Prozent – deutlich niedriger als im Jahr zuvor (5,3 Prozent).

Immerhin die Hälfte der Gemeinschafts-Mitglieder hat das stabilitätspolitische Soll erfüllt. Aber:

Die finanzwirtschaftlichen Indikator-Werte entfernten sich infolge der Rezession immer weiter vom Maastrichter Standard. Grund: Tendenziell sinkende Steuereinnahmen und steigende Staatsausgaben verschlechterten die Lage der öffentlichen Haushalte:

Die laufenden Budgetdefizite haben sich im EG-Durchschnitt von 4,1 Prozent in 1990 auf 5,3 Prozent des BIP in 1992 erhöht. Lediglich Luxemburg konnte sein Haushaltsdefizit verringern.

Der staatliche Schuldenstand ist in allen EG-Staaten außer Irland, Luxemburg und der Bundesrepublik größer geworden. Deutschland kam zu Hilfe, daß die neuen Bundesländer fast schuldenfrei integriert werden konnten.

Der Stolperstein auf dem Weg zur Währungsunion

Die Doppel-Hürde aus Budgetdefizit und Schuldenstand ist für die meisten Unions-Aspiranten offensichtlich außerordentlich schwer zu nehmen. So verzeichnen Irland und Dänemark nur sehr niedrige Budgetdefizite – aber sie liegen beim Schuldenbestand deutlich über der zulässigen Grenze. Genau umgekehrt verhält es sich mit Großbritannien und Spanien.

Damit erweist sich in der Praxis die finanzwirtschaftliche Konvergenz als der eigentliche Stolperstein auf dem Weg zur Währungsunion.

In 1993 dürfte sich die Gemeinschaft bei anhaltender Rezession von der fiskalischen Stabilität noch weiter entfernen:

Die EG-Kommission rechnet mit einem Anstieg des durchschnittlichen Budgetdefizits gegenüber 1992 um einen halben Punkt auf 5,75 Prozent des BIP.

Der Schuldenstand im Verhältnis zum Sozialprodukt dürfte sich in der Gemeinschaft insgesamt um rund drei Prozentpunkte vergrößern.

Damit entpuppt sich heute das 60-Prozent-Postulat bei der Staatsverschuldung als eine völlig realitätsfremde Vorgabe.

Bei fast jedem zweiten EG-Mitglied würde es selbst unter günstigen Bedingungen eine ganze Generation dauern, bis der Maastricht-Wert erreicht ist.

Würden die Regierungen jener Staaten versuchen, gleichsam mit dem finanzpolitischen Brecheisen die vertragliche Vorgabe zu erzwingen, setzten sie ihre Länder einem massiven Deflationsdruck aus. Das Projekt der Europäischen Währungsunion würde womöglich entscheidend diskreditiert.

Zeitliche Streckung des vereinbarten Fahrplans

Angesichts des überzogen ehrgeizigen Verschuldungskriteriums vergrößert sich die Gefahr, daß politische Erwägungen bei der Auswahl der EWU-Teilnehmer die Oberhand gewinnen. Damit wachsen die stabilitätspolitischen Risiken einer Währungsunion. Um dieser Gefahr vorzubeugen, bieten sich drei Vorgehensweisen an:

Zeitliche Streckung des vereinbarten Fahrplans. Dann könnten mehr Länder eine realistische Chance erhalten, die Soll-Werte zu erfüllen.

Förmlicher Verzicht auf das Verschuldungskriterium. Der Schuldenstand ist in vielen Ländern eine Erblast, die mit der aktuellen Qualität der Wirtschaftspolitik nicht viel zu tun hat.

Einführung eines zusätzlichen Stabilitätsindikators. Hier kämen vor allem die Löhne in Betracht. Hintergrund: Im Maastrichter Vertrag sind die Lohnkosten nur am Rande als mögliche Inflationsquelle erwähnt. Monetäre Studien beispielsweise der Deutschen Bundesbank und der Bank von England zeigen jedoch:

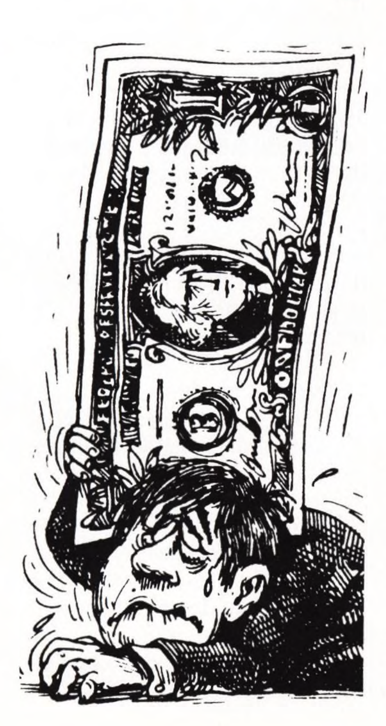
Änderungen der Lohnkosten sind ein verläßlicher Frühindikator für die künftige Preisentwicklung.

Mehr Aufmerksamkeit für die Lohnstückkosten

Eine stabilitätspolitische Analyse der europaweiten Lohnkostenentwicklung in den letzten Jahren ergibt:

Im EG-Durchschnitt schwächte sich der reale Lohnstückkostenanstieg deutlich ab. Besonders nachgelassen hat der lohninduzierte Inflationsdruck in Dänemark, Großbritannien, Italien, Spanien und Griechenland.

Die Lohnpolitik trug damit in der jüngsten Vergangenheit tendenziell zu mehr Stabilität im Europa der Zwölf bei.
Allerdings: Dieses Ergebnis ist stark von der Konjunktur beeinflußt. In Zeiten der Rezession wird die Tarifpolitik allgemein zurückhaltender – mit Unterschieden von Land zu Land.
Sobald sich wieder konjunkturelle Auftriebskräfte in Europa durchsetzen, könnte nach Jahren relativer tarifpolitischer Ruhe die Versuchung zu einer aggressiveren Lohnpolitik zunehmen. Damit wären steigende Inflationsraten programmiert. Die Entwicklung der Lohnstückkosten verdient daher im Hinblick auf die mit dem Maastrichter Vertrag in Europa angestrebte Stabilitätsgemeinschaft in den nächsten Jahren besondere Aufmerksamkeit. □



Belgien

Vorbild in der Wirtschaftspolitik

Die achtziger Jahre brachten für zahlreiche europäische Länder eine wirtschaftspolitische Zeitwende. Auch Belgien nahm Abschied von der bis dahin geübten Nachfrage-Steuerung. Auf die Tagesordnung kam statt dessen eine angebotsorientierte Strategie: die Konsolidierung des Staatshaushalts und die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Die Wettbewerbsposition ist dann besonders wichtig, wenn eine Volkswirtschaft so stark in die internationale Arbeitsteilung integriert ist wie der EG-Partner Belgien.

Der Anteil der Güter und Dienstleistungs-Exporte am Bruttosozialprodukt beträgt etwa 70 Prozent.

Das hat den Nachbarn Anfang der achtziger Jahre zu einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung veranlaßt.

Das Ergebnis der neuen Stragie zeigt sich in acht Glanz-Punkten:

Der belgische Franc, der einst als der schwache Bruder im EWS galt, ist heute eine feste Größe im europäischen Hartwährungsblock.

Die belgische Inflationsrate gehört seit 1986 zu den niedrigsten in Europa. Zur Zeit liegt sie mit 2,5 Prozent deutlich unter der deutschen.

Die Lohnquote sank in den achtziger Jahren von 73,8 Prozent auf 64,6 Prozent des Volkseinkommens.

Die Investitionen der Unternehmen boomten, so 1989 mit gut 16 Prozent, 1990 immerhin noch mit neun Prozent.
Die Produktivitätsrate stieg schneller als der OECD-Durchschnitt.

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum übertrifft den EG-Durchschnitt seit dem Jahr 1988.

Die Leistungsbilanz, wichtigster Indikator für die Wirtschaftskraft des hoch-integrierten Landes, weist seit 1985 einen permanenten Überschuß auf.

Das Haushaltsdefizit ist zwar noch hoch, hat sich aber seit dem Jahr 1981 auf 6,75 Prozent halbiert.

Allerdings bleibt ein dunkler Fleck auf der weißen Weste des Musterknaben:
Die Staatsverschuldung ist mit einem Anteil am Sozialprodukt von 134 Prozent noch meilenweit von einem tolerablen Wert entfernt. Für das hohe Niveau sind allerdings zum guten Teil die Sünden vor der wirtschaftspolitischen Wende verantwortlich. Seit Mitte der achtziger Jahre ist jedenfalls die Dynamik der Verschuldung gebrochen.

Stabilere politische Rahmenbedingungen

Belgien hat sich die Erfolge hart erarbeitet und versucht, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Grund auf zu erneuern.

Stabilere politische Rahmenbedingungen: Die Rivalität zwischen Flamen und Wallonen hat die Politik über Jahrzehnte hinweg geschwächt. Der Umbau Belgiens zu einem föderativ gegliederten Staat wird das Konfliktpotential zwischen beiden weiter verringern. Dieses Potential schrumpft und mindert so sachfremde Einflüsse auf die Wirtschaftspolitik.

Belgien

Vorbild in der Wirtschafts-politik

Bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Für die Unternehmen wurde der Rahmen mit dem vorrangigen Ziel gesteckt, internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen und zu bewahren.

Nachdem 1982 der damals überbewertete Franc abgewertet wurde, griffen Regierung und Gesetzgeber besonders zu diesen Maßnahmen.

Investitions-Anreize: Die Körperschaftsteuer auf einbehaltene Gewinne wurde schrittweise von 48 auf 39 Prozent in 1992 gesenkt.

Gesetz zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit: Es erlaubt seit 1989 staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie immer dann, wenn sich die Wettbewerbsposition der belgischen Wirtschaft zu verschlechtern droht – beispielsweise bei steigenden Finanzierungs- und Energiekosten oder bei schrumpfenden Weltmarktanteilen.

Hartwährungs-Politik: Die letzten Jahre waren und sind von einer strengen Geldpolitik geprägt. Um das zu ermöglichen, bedurfte es aber auch institutioneller Reformen.

Der Notenbank des Landes wurde ein gutes Stück an Autonomie eingeräumt. Zwischen Geld- und Finanzpolitik wurde deutlicher unterschieden. Inflationsbekämpfung erhielt wirtschaftspolitische Priorität.

Noch 1986 hatte die Notenbank dem Staat eine Kreditlinie von 210 Milliarden bfrs. einzuräumen. Dieses Kontingent wurde schrittweise verkleinert und soll 1994 auf Null gebracht werden.

Der Belgische Franc wurde im Juni 1990 als flankierende Maßnahme offiziell an die DM gekoppelt. Damit bestimmt Frankfurt mittelbar über den Kurs der belgischen Währung.

Die geldpolitischen Instrumente der Notenbank wurden erweitert, die Refinanzierungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken neu organisiert und der Markt für Wertpapiere geöffnet.



Steinskulpturen und Balustraden schmücken die schönen Barockfassaden der Häuser aus dem 17. Jahrhundert, die an der Grand' Place in Brüssel stehen.

Seither werden die Zinsen sehr viel stärker als bisher vom Markt bestimmt.

Vorteile der Hartwährung

Die Politik dieser institutionellen Neuordnung macht sich auch auf anderen Gebieten bezahlt.

Die kurzfristigen Zinsen liegen gelegentlich schon unter dem deutschen Niveau – die langfristigen nur noch leicht darüber. Noch Mitte der achtziger Jahre mußten die Belgier jeweils vier Prozentpunkte mehr für Kredite auf den Tisch der Banken legen.

Die Vorteile einer Hartwährungspolitik sind für Belgien offensichtlich.
Die noch immer bestehende automatische Indexbindung der Löhne erfordert niedrige Inflationsraten.

Vergleichsweise niedrige Zinsen erleichtern auch den Umgang mit der extrem hohen Staatsverschuldung:

Die öffentliche Zinslast beträgt derzeit zehn Prozent des Bruttosozialprodukts – und steigt weiter.

Damit verschlechtert sich die Bonität des Staates. Der Verschuldungsgrad darf also nicht länger zunehmen. Daraus folgt für die Wirtschaftspolitik des Nachbarn Belgien:

Sie muß ihren Haushalt über Einsparungen auf der Ausgabenseite weiter konsolidieren. Der Primärhaushalt, also das Budget abzüglich der Zinsen, muß Überschüsse erzielen, mit denen sich die Schuldzinsen finanzieren lassen.

Sie muß an einer harten Geldpolitik festhalten. Denn Belgien will Mitglied der Europäischen Währungsunion werden, muß sich also die geldpolitische Zwangsjacke anlegen.

Der feste Wille des Landes, stabilitätspolitisch zum Kern Europas zu gehören, übt einen heilsamen Druck auch auf die Bekämpfung des Haushaltsdefizits und der Staatsverschuldung aus. Sicher kann der Schuldenberg nicht von heute auf morgen abgetragen werden. Solange der Schuldendienst das staatliche Defizit nicht weiter erhöht, bildet der Schuldenberg, ökonomisch gesehen, keine größere Gefahr.

Sparen auch beim sozialen Netz

Hoffnungsschimmer auch bei einem anderen wichtigen Kriterium, das über die Mitgliedschaft in der Währungsunion entscheiden soll: Der Maastrichter Vertrag erlaubt eine großzügige Interpretation des 60-Prozent-Maßstabs bei der Staatsverschuldung.

Beim Sparen werden die belgischen Politiker auch an Einschnitte ins soziale Netz denken müssen. Zur Diskussion stehen insbesondere zwei Bereiche.

Arbeitslosengeld: Belgien zahlt als einziges OECD-Land immer noch Arbeitslosengeld fast ohne Befristung.

Frühpensionierung – Teilzeitarbeit: Es gibt zu viele staatliche Programme für Frühpensionierung und Teilzeitarbeit; sehr viele Arbeitsplätze werden immer noch subventioniert.

Jetzt wird der Ruf nach mehr Flexibilisierung der Arbeit und besserer Umschulung der Mitarbeiter laut. Dazu paßt auch die Forderung nach weniger, dafür aber besser qualifizierter Angestellten im Öffentlichen Dienst.

Seit der Wende wächst die Einsicht, daß es zum Konsolidierungskurs keine Alternative gibt.

Zudem hat diese Politik Anfang der achtziger Jahre allgemeines Vertrauen geschaffen. □

IHR KÖRPER LÜGT NIE!

Die Grundlage der Gesundheit ist, daß der Säure-Basen-Haushalt (ein wichtiges metabolisches Regulativ) in unserem Organismus richtig arbeitet.

... DAS KAPITAL SIND UNSERE BASEN

Übersäuerung – durch unrichtige oder zuviel Ernährung, Angst, Streß, Elektro-Smog usw. usw.; zuviel Säure im Körper fördert Schmerzen, Unwohlsein – Eckpfeiler für Krankheiten.

»Sie« alleine sind in der Verantwortung!
Vater und Mutter in besonderer Weise **für Ihre Kinder**!

ÜBERSÄUERUNG IST MIT DER ANFANG VON SCHMERZEN U. WEITEREM ELEND.

Viele Menschen sind unwissend – noch mehr werden täglich verunsichert! Autoren, Therapeuten, Experten usw. streiten und widersprechen sich einander.

TESTEN SIE PERSÖNLICH

mehrmals täglich Ihren Urin mittels einem Indikatorpapierstreifen. Schreiben Sie Ihre Meßwerte = pH-Wert, Uhrzeit und Datum auf. Führen Sie Buch über Ihr Kapital, wie ein Buchhalter über Soll und Haben (basisch ist = pH-Wert 7,0 bis 7,4).

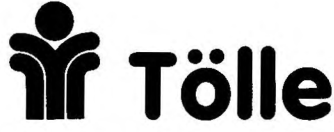


SIE BEKOMMEN 200 STREIFEN FREI HAUS FÜR DM 12,-

Vorkasse per Verrechnungsscheck an
Firma Tölle GmbH – 86576 Schiltberg.

Lieferung per Rechnung möglich.
200 Streifen DM 16,00 plus Porto.

Schreiben Sie uns, wenn Sie an unseren Gesundheitsseminaren teilnehmen wollen.



Optimale Gesundheit – in kleinen Schritten.

ANTON KARL TÖLLE GMBH · D-86576 SCHILTBERG
Telefon: 08259-426 oder 1591 · Telefax: 08259-1522

Ohne Bettwäsche – gesund schlafen im Naturhaarbett

Europäische Gemeinschaft

Strukturhilfen für die neuen Bundesländer

Peter M. Schmidhuber

In Zeitungsberichten jüngerer Zeit wird der Eindruck erweckt, als könnten die neuen Bundesländer in der Zeitspanne von 1993 bis 1999 einen Transfer von rund 50 Milliarden DM von der EG erwarten. Den neuen Bundesländern wäre ein solcher Geldsegen aus Brüssel sicher zu gönnen. Analysiert man aber die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Edingburgh zur künftigen Entwicklung der EG-Strukturausgaben genauer, kommt man leider zu dem Schluß, daß selbst bei optimistischen Annahmen die Hoffnung auf 50 Milliarden DM nicht in Erfüllung gehen kann.

Der Europäische Rat hat vorgesehen, daß die Ausgaben für die strukturelle Entwicklung der sogenannten Ziel-1-Gebiete von 12,3 Milliarden ECU (1 ECU = etwa 1,95 DM) in 1993 auf 19,28 Milliarden ECU in 1999 ansteigen sollen. Es handelt sich um die Regionen, deren Pro-Kopf-Inlandsprodukt nach den Daten der letzten drei Jahre weniger als 75 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt. Dazu zählen außer Griechenland, Portugal, Irland, dem italienischen Mezzogiorno und den meisten Regionen Spaniens auch Nordirland, die französischen Überseedepartements und bestimmte andere Regionen, deren Pro-Kopf-Einkommen nur wenig über der 75-Prozent-Grenze liegt. Ab 1993 werden auch die neuen Bundesländer und Ostberlin dazu gehören. Aufgrund der geltenden Regelungen erhalten die neuen Bundesländer in 1993 lediglich 1,15 Milliarden ECU = 2,2 Milliarden DM (in Preisen von 1992). In der Periode 1994 bis 1999 werden insgesamt 96,3 Milliarden ECU (in Preisen von 1992) für die Ziel-1-Region zur Verfügung stehen.

Im Grunde sind es nur 25 Milliarden DM

Für die vier ärmsten Mitgliedstaaten Portugal, Griechenland, Irland und Spanien wird für den Zeitraum 1993 bis 1999 zusätzlich ein Kohäsionsfonds mit einem Gesamtvolumen von 15,15 Milliarden ECU eingerichtet. Dieser vom Europäischen Rat schon in Maastricht beschlossene Fonds soll diesen vier Ländern den Übergang in die geplante Wirtschafts- und Währungsunion erleichtern. Andere Mitgliedstaaten oder Regionen können ihn nicht in Anspruch nehmen.

Während der Europäische Rat selbst eine ungefähre Aufteilung der Mittel des Kohäsionsfonds vorgenommen hat, werden die neuen Strukturfondsmittel erst im Laufe dieses Jahres anhand verschiedener Kriterien wie nationaler und regionaler Wohlstand, Bevölkerungszahl der betroffenen Regionen sowie relative Schwere der Strukturprobleme aufgeteilt werden. Der Europäische Rat hat allerdings eine Festlegung insofern getroffen, als er erklärt hat, daß die Leistungen an die vier sogenannten Kohäsionsländer aus den Ziel-1-Mitteln und dem Kohäsionsfonds zusammengenommen in 1999 dem Doppelten dessen entsprechen sollen, was diese Länder in 1992 an Ziel-1-Mitteln erhalten haben.

In der Summe macht das für die Jahre 1993-1999 85 Milliarden ECU – in Preisen von 1992 – aus. Zur Erfüllung dieses Verdoppelungsziels müssen die vier sogenannten Kohäsionsländer in den Jahren 1994 bis 1999 rund 62 Milliarden ECU aus den Ziel-1-Mitteln erhalten. Der Rest, rund 34 Milliarden ECU, verteilt sich im wesentlichen auf die neuen Bundesländer sowie Ostberlin, auf Nordirland, Italien (vor allem den Mezzogiorno) und die französischen Ziel-1-Gebiete.

Sollten die neuen Bundesländer in den Jahren 1993-1999 EG-Strukturmittel in Höhe von 50 Milliarden DM (rund 25,7 Milliarden ECU, wovon 1,15 Milliarden ECU auf 1993 entfallen) beanspruchen können, müßten sie in den Jahren 1994-1999 den größten Teil dieser 34 Milliarden ECU, nämlich rund 24,5 Milliarden ECU, erhalten, so daß für alle übrigen Ziel-1-Gebiete außerhalb der sogenannten Kohäsionsländer nicht einmal mehr zehn Milliarden ECU verfügbar wären. Die gemeinschaftliche Strukturförderung in diesen Gebieten, die in 1993 über 2,8 Milliarden ECU beträgt, würde dann in den kommenden Jahren auf etwa 60 Prozent ihres heutigen Niveaus absinken. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Ergebnis politisch nicht durchsetzbar ist. Es stünde im übrigen auch kaum im Einklang mit den Absichten des Europäischen Rates.

Ein solches Ergebnis politisch nicht durchsetzbar

Im sogenannten Delors-II-Paket, das mit seinen Vorschlägen für die künftige Finanzplanung der Gemeinschaft die Grundlage für die Beratungen des Europäischen Rates bildete, waren die Ausgabenansätze für die Ziel-1-Regionen von Anfang an so konzipiert, daß die Förderung aller Ziel-1-Gebiete eine Steigerung erfahren sollte. Dieser Ansatz ist vom Europäischen Rat zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt worden. Klar war dabei allerdings auch, daß die Steigerung zugunsten der ab 1994 in die Ziel-1-Region einzuschließenden neuen Bundesländer einschließlich Ostberlins überproportional ausfallen muß, da nur so die vom Europäischen Rat beschlossene Gleichbehandlung mit den anderen Ziel-1-Gebieten erreicht werden kann. Deren Kreis dürfte sich zum Vorteil der neuen Bundesländer und Ostberlins wesentlich verringern.
Legt man für die Vorausschätzungen dessen, was die neuen Länder und Ostberlin an Strukturhilfemitteln erwarten dürfen, nur den Bevölkerungsanteil der jeweiligen Ziel-1-Gebiete zugrunde, die sich künftig voraussichtlich als Ziel-1-Förderregionen außerhalb der vier Kohäsionsländer qualifizieren, dann würden die neuen Bundesländer etwa 40 Prozent, also 13,6 Milliarden ECU (rund 26,5 Milliarden DM) der für die Ziel-1-Gebiete außerhalb der Kohäsionsländer verfügbaren 34 Milliarden ECU erhalten können.

Ergebnis eines politischen Kompromisses

Natürlich zählen außer der Bevölkerungszahl auch noch andere Kriterien. So wird zugunsten der neuen Bundesländer und Ostberlins vor allem ins Gewicht fallen, daß sie nach ihrem Pro-Kopf-Einkommen und dem Ausmaß ihrer Strukturprobleme zu den strukturschwächsten Regionen der Gemeinschaft gehören. Andererseits darf man aber auch nicht übersehen, daß der Wohlstand der Bundesrepublik, der ja bei der Zuteilung der Mittel ebenfalls eine Rolle spielt, mit 117 Prozent – in 1992, umgerechnet zu Wechselkursen – immer noch erheblich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt.

Selbst wenn die Verteilungskriterien weitgehend unstrittig sind, besteht doch erheblicher Beurteilungs- und damit Verhandlungsspielraum bei der Frage, wie die einzelnen Kriterien gewichtet werden sollen. So ist zum Beispiel schon die Meinung vertreten worden, daß dem Element des nationalen Wohlstandes besonderes Gewicht beigemessen werden muß und daher die neuen Bundesländer und Ostberlin etwa so wie der italienische Mezzogiorno behandelt werden sollten. In diesem Fall würden die neuen Bundesländer in der Periode 1993-1999 14,5 Milliarden ECU, das heißt, gut 28 Milliarden DM, erhalten. Die Erfahrung mit Brüsseler Verhandlungs- und Entscheidungsabläufen, bei denen es um Geld geht, legt die Annahme nahe, daß die Aufteilugn der neuen Ziel-1-Mittel nicht zuletzt auch das Ergebnis eines politischen Kompromisses sein wird. ☐

Peter Schmidhuber ist Mitglied der EG-Kommission in Brüssel.

Europäische Gemeinschaft

Vorentwurf des Haushaltsplanes 1994

Die Kommission hat Ende April ihren Haushaltsvorentwurf für 1994 beschlossen. Sie hat sich dabei an die Vorgaben des Finanzrahmens 1993-1999 (»Delors-II-Paket«) gehalten, der allerdings noch durch ein interinstitutionelles Abkommen zwischen Parlament, Rat und Kommission bestätigt werden muß, um für alle Institutionen rechtlich bindend zu sein. Der Haushalt steht im Zeichen einer schwierigen Wirtschaftslage und geringer Ausgabenzuwächse. Diese Zwänge führen dazu, daß in vielen Bereichen keine oder nur geringe reale Steigerungen möglich sind.

Bei einer Inflationsrate von 3,5 Prozent steigen die Verpflichtungen um 5,9 Prozent (real 2,4 Prozent), und die Zahlungen um 7,0 Prozent (real 3,5 Prozent). In absoluten Zahlen heißt dies: Die Verpflichtungen steigen von 69,058 Milliarden ECU im Jahr 1993 auf 73,167 Milliarden ECU, die Zahlungen von 65,522 Milliarden auf 70,099. Der stärkere Anstieg bei den Zahlungsmitteln erklärt sich dadurch, daß diese auch immer »Altlasten« (noch nicht bezahlte Verpflichtungen aus früheren Jahren) abdecken, also Ausdruck höherer Zuwächse in früheren Jahren sind. Die Steigerung um 5,9 Prozent nominal ist außerdem im Verhältnis zu einem Haushalt 1993 ohne Nachtragshaushalt Nr. 1 – das heißt, zusätzlich 1,8 Milliarden ECU für Agrarausgaben – berechnet, da letzterer von der Haushaltsbehörde noch nicht beschlossen ist. Ist der Haushalt 1993 erst einmal »vollständig«, so wird die tatsächliche Steigerung 1994 im Vergleich zum Vorjahr weit bescheidener als 5,9 Prozent sein und das reale Wachstum sehr gering.

Strukturausgaben: Entsprechend der Vereinbarung von Edinburgh steigen die Mittel um nominal 4,5 Prozent. Der Kohäsionsfonds steigt um 18,4 Prozent (von 1,565 auf 1,853 Milliarden ECU), die Strukturfonds um 3,44 Prozent (von 20,613 Milliarden ECU auf 21,323). Bei letzteren muß man allerdings berücksichtigen, daß 1993 eine sehr hohe Ausgangsbasis darstellt, weil es galt, die reale Verdoppelung für den Zeitraum 1989-1993 zu erreichen.

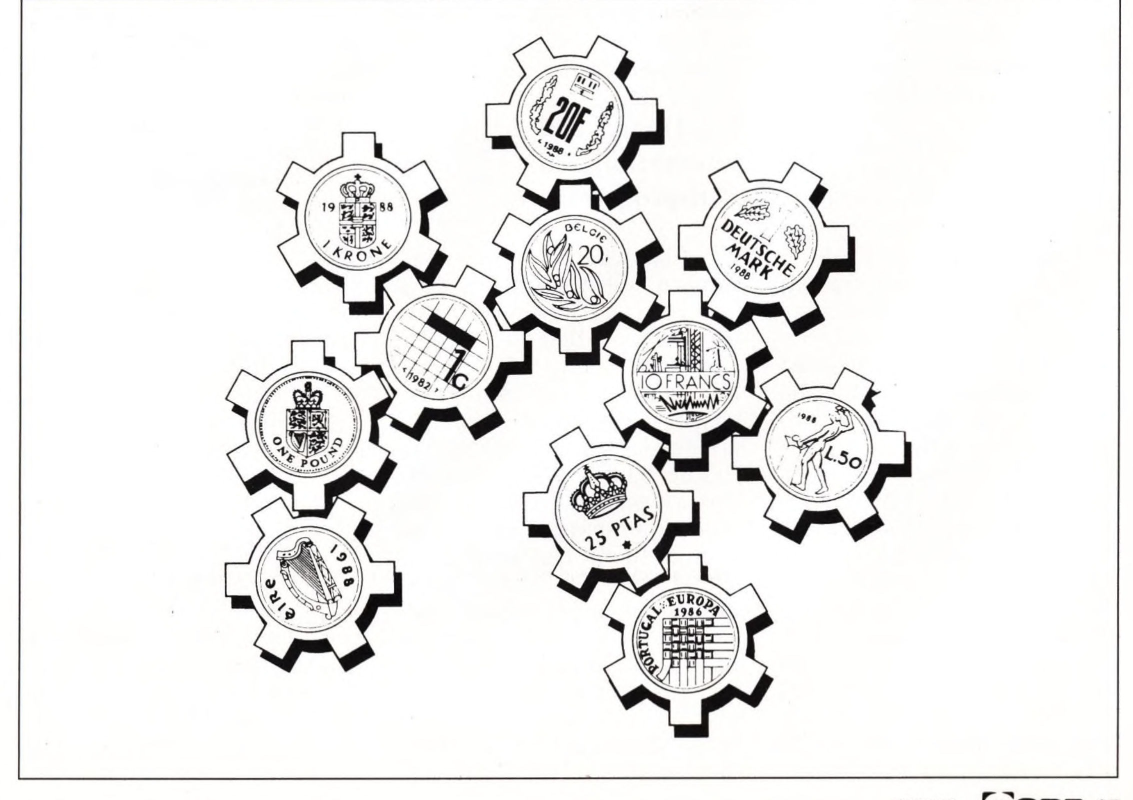
Landwirtschaft: Die Kommission schöpft die Agrarleitlinie voll aus und veranschlagt 36,465 Milliarden ECU an Ausgaben, 7,1 Prozent mehr als 1993 (ohne Nachtragshaushalt Nr. 1). Allerdings besteht das Risiko, daß diese Summe nicht ausreicht, um alle Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik zu decken.

Die Kommission hat in der Vergangenheit wiederholt darauf hingewiesen, daß die Wechselkursveränderungen hohe finanzielle Folgekosten für die Agrarpolitik haben werden: über 1,5 Milliarden ECU für 1993.

Binnenpolitik: Die Zuwachsrate von 3,3 Prozent erzwingt harte Entscheidungen. Hoher Steigerungen erfreuen sich nur die Transeuropäischen Netze (+ 40 Prozent), der Binnenmarkt (begleitende Maßnahmen + 27,2 Prozent), die Informationspolitik (+ 18,6 Prozent) und die Umweltpolitik (+ 10,6 Prozent). Bei den Mitteln für die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern ist sogar eine Erhöhung um 55 Prozent gegenüber 1993 vorgesehen (6,2 Millionen ECU). Die Forschungsmittel bleiben auf ihrem Vorjahresniveau, was insofern verständlich ist, als 1994 ein Übergangsjahr zwischen dem dritten und vierten Forschungsrahmenprogramm ist. Die anderen Binnenpolitiken verzeichnen geringe nominale Zuwächse.

Außenpolitik: In diesem Bereich bietet der Finanzrahmen 1993-1999 am wenigsten Spielraum, nämlich plus 1,5 Prozent. Eine Steigerung um knapp vier Prozent für die Kooperation mit den Mittelmeerländern führt zu einem Mittelvolumen von 424,5 Millionen ECU (408,7 in 1993). Was die Kooperation mit Osteuropa und den GUS-Staaten betrifft – deren Volumen weit höher ist – so ist 1994 ein Jahr der Konsolidierung, was neue Verpflichtungen angeht.
Die Kommission veranschlagt 1994 die gleiche Summe wie für 1993: 1,537 Milliarden ECU. Hingegen werden die Zahlungen kräftig aufgestockt (die auch frühere Verpflichtungen abdecken), um die Ausführung laufender Projekte zu beschleunigen (965 Millionen ECU anstatt 692,5 im Vorjahr an Zahlungsmitteln, eine Steigerung um 43 Prozent).

Verwaltung: Die Kommission kann 1994 mit einem Zuwachs von 5,8 Prozent rechnen – scheinbar eine ausreichende Steigerung. Da aber die Pensionen um fast 18 Prozent anwachsen, können die übrigen Mittel nur um etwa nominal vier Prozent steigen. Dieser Zuwachs wird jedoch durch den »Kaufkraftverlust« des ECU im Vergleich zum belgischen und luxemburgischen Franc aufgezehrt.
Schon 1993 schlägt der Wertverlust des ECU – zuletzt 5,3 Prozent – allein für die Kommission mit 85 Millionen ECU zu Buche. Dies wird 1993 und 1994 zu drastischen Sparmaßnahmen führen, so zum Beispiel zu einem Einstellungsstop: fast tausend Stellen in der Kommission müssen unbesetzt bleiben. □



Osteuropa

Kompensation hilft der Umweltpolitik

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbau der osteuropäischen Reformländer zeigt hier und da bereits ökologische Erfolge. Zu diesen Ländern zählen Rußland, die übrigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Ex-CSFR. Die Umweltentlastung beruht allerdings überwiegend auf der Stillegung unwirtschaftlicher Produktionseinrichtungen. Statt industrieller Demontage braucht Osteuropa den ökonomischen Aufbau und dabei eine umweltgerechte Umrüstung der Produktionsanlagen.

Die ökologische Hochrüstung Osteuropas auf westdeutsches Niveau verlangt gewaltige Investitionssummen.

Für die Qualitätsverbeserung von Luft, Wasser und Abfallentsorgung sind in den Reformländern Investitionen von umgerechnet 1,7 Billionen DM erforderlich.

Gewässerschutz besonders teuer

Die Kosten für die Sanierung der ungezählten Altlasten sind in dieser Rechnung nicht inbegriffen.

Gemessen an den Umweltbereichen entfällt der größte Posten mit 1,3 Billionen DM auf den Gewässerschutz. Luftreinhaltung (253 Milliarden DM) und Abfallbeseitigung (100 Milliarden DM) folgen mit großem Abstand.

Gemessen an den regionalen Schwerpunkten braucht Rußland insgesamt gut 650 Milliarden DM; die übrigen Nachfolge-Länder der Sowjetunion benötigen etwa 550 Milliarden DM, die kleineren osteuropäischen Staaten rund 500 Milliarden DM.

Diese Riesensummen können von den Reformländern selbst nicht aufgebracht werden. Die wollen erst einmal ihre wirtschaftlichen und sozialen Grundbedürfnisse decken. Die Erfahrung in westlichen Industrieländern zeigt, daß die Bevölkerung erst dann bereit ist, Geld für den Umweltschutz aufzuwenden, wenn diese beiden Ziele erreicht sind. Angesichts des enormen Nachholbedarfs dürfte Osteuropa mittelfristig vor allem auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung setzen – selbst wenn die Entwicklung auf Kosten der Umwelt geht.

Das bedeutet: Wenn im Transformationsprozeß der Reformländer auch der Umweltschutz vorankommen soll, muß der Westen ökologische Sanierungsprogramme mitfinanzieren.

Die Frage nach internationalen Hilfsprogrammen

Die Chancen, daß solche Programme zustande kommen, stehen aber aus zwei Gründen schlecht:Die Bereitschaft der westlichen Industrieländer, internationale Ökofonds zu finanzieren, ist gering. Die Verhandlungen auf der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 haben das deutlich gemacht. Auch das Umwelt-Aktionsprogramm, das Ende April auf der Ost-West-Konferenz »Umwelt für Europa« in Luzern verabschiedet wurde, enthält mehr Absichtserklärungen als finanzielle Zusagen der westlichen Industrieländer.

Selbst international finanzierte ökologische Hilfsprogramme könnten in den Reformländern auf Vorbehalte stoßen. Aus begreiflichen Gründen würden sie finanzielle Hilfen aus dem Ausland lieber in Programmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen.

In dieser Situation wird für die Umwelt nur dann Geld locker gemacht, wenn die Projekte auch im ökonomischen Interesse aller Beteiligten liegen. Gemeinsame Interessen von den westlichen Industrieländern und den östlichen Reformländern lassen sich mehrfach lokalisieren.

Ökonomie und Ökologie lassen sich gut verbinden

Nachrüstung der Kernkraftwerke mit westlicher Sicherheitstechnik insbesondere in Rußland.

Investitionen in den Gewässerschutz insbesondere zur Sanierung der Ostsee durch die Küstenländer.

Verringerung der global wirkenden CO_2-Emissionen insbesondere in Rußland, aber auch in Bulgarien, Polen und der Ex-CSFR. In diesen Ländern liegen die Emissionswerte um ein Vielfaches über dem westdeutschen Niveau.

Während in Westdeutschland alle Kohle-Kraftwerke mit Rauchgas- und Entstickungsanlagen ausgestattet sind, fehlen solche Vorrichtungen in Osteuropa. Dabei verfügen die osteuropäischen Kohle-Kraftwerke mit 341 000 Megawatt über eine neunmal so große Kapazität wie die westdeutschen.

Diese Beispiele zeigen, daß sich Ökonomie und Ökologie gut verbinden lassen. Die auch den Westen bedrohenden Umweltrisiken werden ausgeschaltet – gleichzeitig werden Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in den Reformländern gefördert.

Es geht um eine größere Umweltentlastung

Das Finanzierungsinstrument für Umwelt-Investitionen könnten grenzüberschreitende Kompensationen sein. Das Grundprinzip von Kompensationslösungen im Umweltschutz besteht darin, für Unternehmen ökonomische Anreize zu schaffen, staatlich angeordnete Umweltschutzmaßnahmen auch an Anlagen oder im Rahmen von Projekten außerhalb des eigenen Betriebs durchzuführen. Dabei sollen außerhalb des Betriebs erbrachte Umweltschutz-Leistungen genau so bewertet werden wie im eigenen Unternehmen getätigte Investitionen.

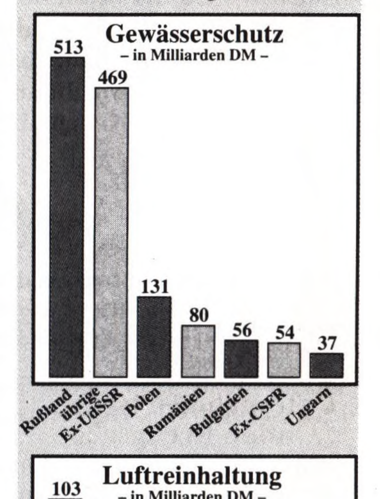
Kompensationsleistungen ließen sich auch international einführen. Das verdeutlicht schon der Geldbeutel:

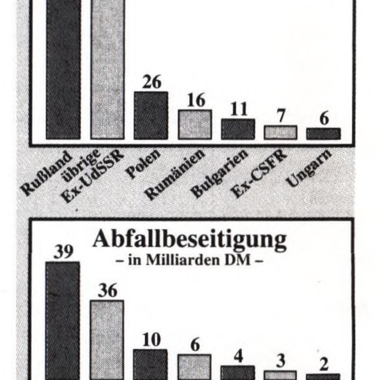
Jede Mark, die nicht in Deutschland, sondern in Osteuropa für Umweltschutz ausgegeben wird, erzielt dort eine sehr viel größere Umweltentlastung.

Beispiel: Die Emissionen der modernen Kraftwerke in der Bun-

Umwelt Osteuropa: Der Investitionsbedarf

Um eine mit Westdeutschland vergleichbare Umweltqualität zu erreichen, müssen in Osteuropa für Gewässerschutz, Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung umgerechnet 1,7 Billionen DM aufgewendet werden.





Abfallbeseitigung
– in Milliarden DM –

Rußland	übrige Ex-UdSSR	Polen	Rumänien	Bulgarien	Ex-CSFR	Ungarn
39	36	10	6	4	3	2

desrepublik weiter zu verringern kommt sehr viel teurer, als die Emissions-Minderung in den Reformländern. Dort könnten die Schwefeldioxidemissionen durch Nachrüstung um 91 Prozent und die Stickoxidemissionen um 73 Prozent gesenkt werden – zum stolzen Preis von 200 Milliarden DM.

Jedoch: Mit dem gleichen Aufwand für den fossil befeuerten Kraftwerkspark in der EG mit einer Leistung von etwa 252 000 Megawatt läßt sich höchstens ein halb so großer Minderungseffekt erzielen.

Zertifikate für Emissions-Minderung

Rechnerisch heißt das: Die Reduktion der Emissionen von Schwefeldioxid und Stickoxiden in Osteuropa um ein Prozent kostet 2,5 Millionen DM – in Westeuropa aber mindestens 3,6 Millionen DM.

Ähnlich ist das Wirkungsverhältnis bei der CO_2-Minderung. Damit würde der Spielraum von Kompensationen etwa zwischen der EG und den Reformländern noch erweitert.

Der Umweltschutz in Osteuropa könnte durch die Einführung handelbarer Zertifikate noch optimiert werden. Unterschied und Wirkung:

Erstes Beispiel, Zertifikate für Verschmutzungsrechte. Ein westdeutscher Stromerzeuger muß die gesetzliche Auflage erfüllen, bestimmte Emissionen um weitere 20 Prozent zu senken. Dabei läßt ihm der Gesetzgeber die Wahl, entweder im eigenen Unternehmen oder beispielsweise in einem russischen Unternehmen zu investieren. Das Unternehmen wird sich aus ökonomischen Gründen für Rußland entscheiden, dort die Emissionen um 20 Prozent zu reduzieren, weil dort die Investitionen weniger kosten als hierzulande.

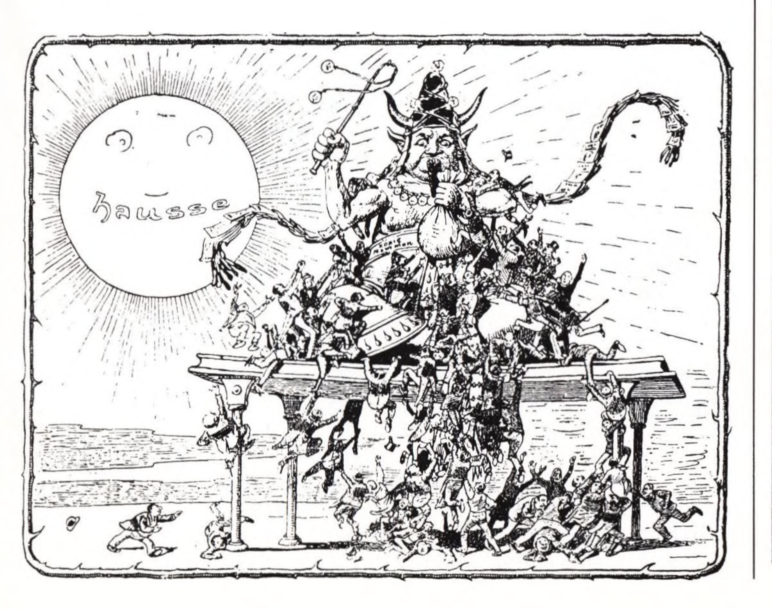
Zweites Beispiel: Handelbare Zertifikate für Emissions-Minderungen. Ein deutscher Hersteller von Umweltschutzanlagen baut seine Technik in ein Kohle-Kraftwerk in Osteuropa ein. Die dabei erbrachte Emissionsminderung kann er an einen Stromerzeuger im Inland verkaufen, der dann auf kostspielige Investitionen an seiner eigenen Anlage verzichten kann.

Globales Denken ist gefragt

Bei den Politikern steht die Einführung solcher Zertifikate derzeit nicht auf der Prioritätenliste.

Sie fürchten die öffentliche Meinung im eigenen Land, die ein Abgelten der im Ausland erbrachten Umweltschutzleistungen als ein Einfrieren der ökologischen Bemühungen verstehen könnte.

Tatsächlich aber wäre mit der Kompensationslösung dem grenzüberschreitenden und globalen Umweltschutz ein großer Dienst erwiesen. Ökonomie und Ökologie könnten so ein wirksames Bündnis eingehen. □



Geld

Der Wirtschafts- und Geldkreislauf

Eckhard Grimmel

Warum orientiert der Mensch seine Wirtschaft nicht prinzipiell an den Produktionsmethoden der Natur? Warum strebt er nach ständigem Wachstum, obwohl er weiß, daß es auf der Erde, in Anbetracht endlicher Räume und Rohstoffe, kein endloses Wachstum geben kann? Warum befolgt er nicht das Prinzip des abfallfreien, rohstoffschonenden und umwelterhaltenden Stoffkreislaufs nach dem Muster der Kreisläufe der Geosphären?

Um die Grundprinzipien des Wirtschaftens zu verstehen, ist ein Rückblick hilfreich. Alle Tiere, auch Affen und Menschenaffen, sind überwiegend Sammler und Jäger von reinen Naturprodukten, also Endprodukten der natürlichen Produktionsprozesse. Sie sind aber auch schon handwerklich (und »mundwerklich«) tätig, wenn sie ihre Wohnungen bauen. Bereits Fische bauen Nester. Fast alle Vögel tun dies; einige graben sogar, ebenso wie bestimmte Säugetiere, Erdhöhlen.

Menschen: die Anthroposphäre

Auch die Affenmenschen und Urmenschen lebten vorwiegend als Sammler, Jäger und einfache Handwerker. Erst in der Jungsteinzeit ist der Mensch in großem Umfang zur Rohstoffverarbeitung übergegangen, um Nahrung und Kleidung herzustellen und sich einen sicheren und behaglichen Wohnraum zu schaffen. Dies tut er auch heute noch, mit industriellen Methoden: Die Produktionspalette ist zwar wesentlich breiter als damals, vom Fastfood bis zum Flugzeug, doch alles entsteht immer noch aus Rohstoffen durch Arbeit. Ohne Arbeit keine Verarbeitung von Rohstoffen, ohne Arbeit keine Waren, keine Dienstleistungen. Rohstoffe und Arbeit sind also die wesentlichen Grundlagen der Wirtschaft.

Aber was ist Geld, das als weiterer Bestandteil der Wirtschaft von jedem Menschen so selbstverständlich gehandhabt wird, daß sich kaum jemand Gedanken über sein Wesen macht? Das Geld haben die Menschen um 800 v. Chr. erfunden und benutzen es seither. Es wurde zur Lösung des Problems der Warenverteilung geschaffen. In der Phase des Naturaltausches, in der die bäuerlichen und handwerklichen Produzenten ihre eigenen Waren und Dienstleistungen einfach gegen andere austauschten, gab es einen Zeitpunkt, von dem an der Tausch nicht mehr richtig funktionierte. Denn neben den gewöhnlichen Gütern des täglichen Bedarfs wurden infolge zunehmender Arbeitsteilung immer mehr besondere Waren hergestellt, die nicht jeder haben wollte oder deren Hersteller nicht gewillt waren, sie gegen gewöhnliche Güter einzutauschen. Und so wurde es für immer mehr Waren- und Dienstleistungsanbieter immer schwieriger, die erforderliche Nachfrage – Menschen, die gerade diese Güter brauchten – für ihre Angebote zu finden. Das marktwirtschaftliche Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kam ins Stocken. In diesem Engpaß wurde das Geld als Tauschmittel zur Erleichterung des Waren- beziehungsweise Dienstleistungstausches erfunden.

Es würde hier zu weit führen, die Geschichte des Geldes vom »Urgeld« über die Gold- und Silbermünzen bis hin zu den heutigen Banknoten und Buchgeldern zu beschreiben. Wichtig ist festzuhalten, daß sich das Geld außerordentlich vorteilhaft auf das Wirtschaften ausgewirkt hat, weil es einen zügigen Waren- und Dienstleistungsaustausch ermöglicht.

Leider hatte das Geld einen wesentlichen Funktionsfehler, den es begreiflicherweise auch heute noch hat: Es wird nicht nur zum Tausch, sondern auch zur »Selbstvermehrung« eingesetzt. Denn es kann gegen Zinsen ausgeliehen werden, und zwar deshalb, weil jeder Geldbesitzer das Recht hat, das öffentliche Tauschmittel Geld so lange privat zurückzuhalten, bis die hieraus resultierende Knappheit des Geldes den Zinssatz in eine Höhe getrieben hat, die es dem Besitzer profitabel erscheinen läßt, sein Geld wieder in den ökonomischen Kreislauf einfließen zu lassen.

Geld: Zins und Zinseszins

Durch Tilgung plus Zinsen kommt später also mehr Geld an die Geldverleiher zurück, als sie vorher ausgeliehen hatten. Wenn sie diese Summe erneut ausleihen, kommt noch mehr Geld zurück; denn der neue Zins muß ja jetzt für die durch die erste Zinseinnahme vergrößerte Geldsumme gezahlt werden. Zinsen, die man für Geld bekommt, das aus Zinseinnahmen stammt, nennt man bekanntlich Zinseszinsen.

Das Zinseszinssystem setzt aber eine Automatik in Gang, die dem mathematischen Gesetz des exponentiellen Wachstums gehorcht. Wie bei der Vermehrung von Bakterien oder der menschlichen Bevölkerung bilden sich in Abhängigkeit vom jeweiligen Prozentsatz (Zinssatz), für den das Geld verliehen wird, Verdoppelungszeiten der ausgeliehenen Geldmengen. Als Faustregel gilt: 70 geteilt durch Zinssatz gleich Verdoppelungszeit.

Wird also beispielsweise ein Betrag von tausend Mark zu einem Zinssatz von 10 Prozent nur sieben Jahre (70:10=7) lang ausgeliehen, erhält der Geldverleiher infolge des Zinseszinseffekts zweitausend Mark zurück; bei einem Zinssatz von fünf Prozent müßte er vierzehn Jahre (70:5=14) auf die automatische Verdoppelung seines Tausenders warten. Nur warten, nicht arbeiten. Die für die Verdopplung erforderliche Arbeit wird von der arbeitenden Bevölkerung geleistet. Geld kann bekanntlich nicht arbeiten, auch wenn dies in Werbetexten von Banken immer wieder behauptet wird.

Der »monetäre Teufelskreislauf«

Insofern läßt sich hier die Frage, ob man Menschen, die Arbeitserträge anderer anzapfen, als Halbparasiten bezeichnen kann, im übertragenen Sinne bejahen. Nun könnte man den Standpunkt einnehmen, daß Halbparasiten, wenn die Natur sie duldet, auch in der menschlichen Wirtschaft mitgetragen werden können. Aber das ist nicht möglich. Denn das Gesetz des exponentiellen Wachstums treibt den Geldverleihern exponentiell wachsende Geldmengen zu. Wenn nach sieben Jahren, bei einem zehnprozentigen Zinssatz, aus 1000 Mark 2000 Mark werden, dann werden nach weiteren sieben Jahren daraus 4000 Mark. Nach 21 Jahren sind es 8000, nach 28 Jahren 16000, nach 35 Jahren 32000 Mark usw.

Aber damit noch nicht genug. Entscheidend für die arbeitsfreie Bereicherungschance ist die Grundzahl, mit der ein Geldverleiher ins Geschäft einsteigt. Wir haben soeben gesehen, daß man es mit einer Grundsumme von 1000 Mark nach 35 Jahren auf 32000 Mark bringen kann. Steigt man jedoch mit 100000 Mark ein, hat man nach 35 Jahren bereits 3,2 Millionen. Und wer mit einer Million einsteigt, der hat nach 35 Jahren sogar 32 Millionen. Der Geldverleiher, der mit tausend Mark startet, müßte dagegen fast 105 Jahre warten, bis auch er 32 Millionen Mark hat.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß es entscheidend darauf ankommt, an welcher Stelle der anfangs noch flach verlaufenden, aber dann immer steiler werdenden Zinskurve die »Traumreise« des Geldverleihers, des »Kapitalisten«, beginnt. Es wird vor allem deutlich, daß die kleinen Geldverleiher (»Kleinanleger«) in der Konkurrenz den großen Geldverleihern (»Großanleger«)

aussichtslos unterlegen sind. Bildlich gesprochen ist die »Saugkraft« des Geldes nämlich umso stärker, je größer seine Menge ist. Projiziert man diesen Mechanismus in die Zukunft, so müßte theoretisch am Ende alles Geld in einer Hand landen, in der Hand des letzten und einzigen Geldbesitzers der Erde.

Hieran erkennt man, daß es sich bei dem herrschenden Geldsystem zwar um ein groteskes System handelt; doch tritt es anfangs nicht als so grotesk in Erscheinung, wie es wirklich ist – sonst wäre es längst abgeschafft worden. Denn in der Anfangsphase, etwa nach einem Krieg oder einem Staatsbankrott, schreitet die Geldanhäufung (Kapitalakkumulation) nur langsam voran, und das Geld ist noch relativ lange relativ gleichmäßig verteilt. In dieser Phase leben die meisten Geldanleger in der Illusion, irgendwann zum Millionär aufzusteigen, wenn sie ihr Geld nur geschickt genug anlegen würden. Das ist zwar grundsätzlich richtig, aber Wirklichkeit kann dieser arbeitsfreie Traum nur für wenige Anleger werden, denn diese wenigen Aufsteiger brauchen ja viele andere Menschen, denen sie Geld abziehen können. Ähnlich wie bei der Lotterie gibt es also einige Gewinner und viele Verlierer.

Mit dem Ziel zu gewinnen, steigen also Menschen in das »Geldspiel« ein und verhalten sich im täglichen Leben entsprechend, weil ihre Chancen umso größer werden, je schneller und je mehr Geld sie anhäufen, mit welchen Methoden innerartlicher Konkurrenz auch immer. Dabei sorgt dann der Zinseszinseffekt dafür, daß auf der einen Seite das Geldvermögen im selben Maße wächst wie auf der anderen Seite die Verschuldung. Diesen Vorgang bezeichnet der Wirtschafts- und Geldkritiker Helmut Creutz zutreffend als »monetären Teufelskreislauf«.

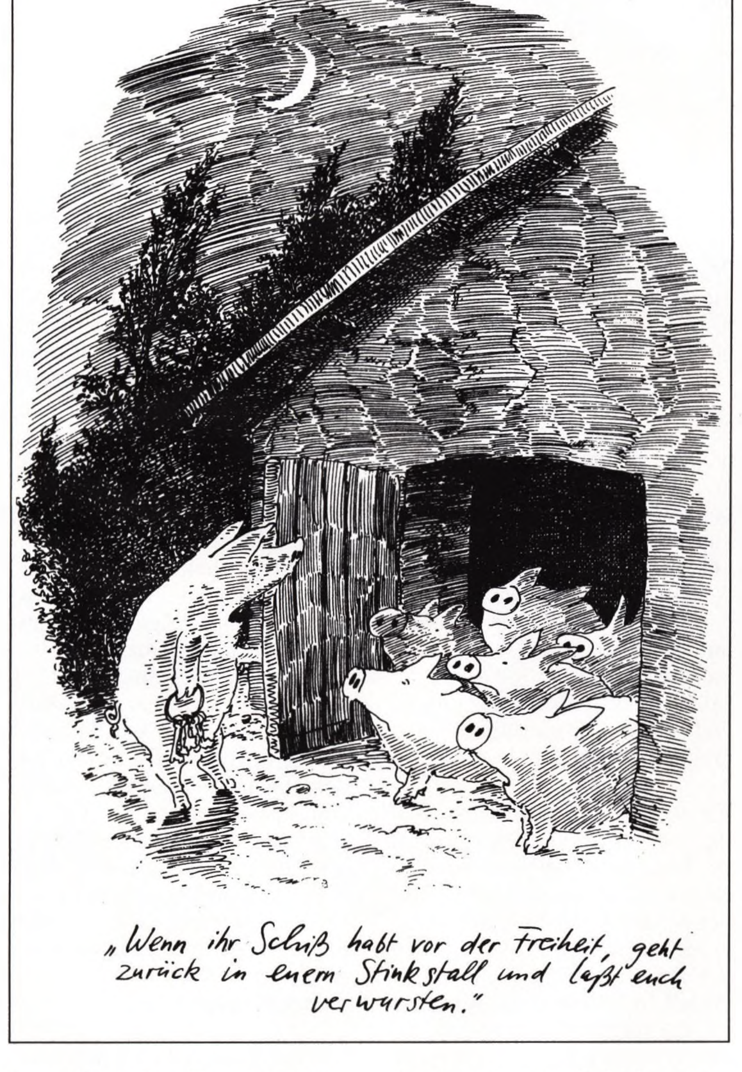
Erst wenn sich immer mehr Geld bei immer weniger Geldverleihern ansammelt, kommt es zu Störungen vielfältiger Art, die der Wirtschaftsgeschichte der vergangenen fast dreitausend Jahre ihren zyklischen Verlauf von Aufbau und Zerstörung aufgeprägt haben. Die Ursachen von Inflation und Deflation, Privat- und Staatsbankrott, Arbeitslosigkeit und Armut, Individual- und Staatsterror, Klein- und Großkriegen, Umweltverbrauch und Umweltzerstörung usw. sind im wesentlichen Störungen im Geldkreislauf.

Kreislaufwirtschaft: dynamisches Gleichgewicht

Aber nicht durch ein moralisches oder gesetzliches Verbot des Zinsnehmens lassen sich diese Störungen beseitigen, sondern durch eine gesetzliche Einengung der bisherigen Doppelfunktion allein. Der Tauschfunktion kann das Geld aber nur dann nachkommen, wenn es ebenso wie Waren und Dienstleistungen permanent am Wirtschaftsgeschehen teilnimmt und nicht zurückgehalten werden kann, um Zinsen zu erpressen.

Diese permanente Teilnahme des Geldes am Wirtschaftsgeschehen kann durch eine gesetzliche Regelung herbeigeführt werden, in der das Geld zum selbstverständlichen Äquivalent von Waren und Dienstleistungen gemacht wird. Waren verderben, nutzen sich ab oder verwittern; Dienstleistungen können nur im arbeitsfähigen Alter erbracht werden. Waren und Dienstleistungen müssen deshalb permanent angeboten und nachgefragt werden, damit sie nicht an Wert verlieren oder ganz verfallen.

Für einen zügigen und reibungslosen Tausch von Waren und Dienstleistungen wird aber eben das Tauschmittel Geld benötigt. Es kann allerdings nur dann, wenn es auch unter demselben Angebotszwang wie die Waren und Dienstleistungen steht, seine Tauschfunktion optimal erfüllen. Wenn es jedoch nicht verboten ist, das Geld zurückzuhalten, dann stockt nicht nur der Handel, sondern die gesamte Wirtschaft. Denn in seiner Tauschfunktion ist das Geld mit den Verkehrs- und Kommunikationsmitteln zu vergleichen. Man kann sich leicht vorstellen, was geschehen würde, wenn Fahrzeuge und Telefonverbindungen so lange stillgelegt werden könnten, bis für ihre erneute Bereitstellung die gewünschten Preise gezahlt würden.



„Wenn ihr Schiß habt vor der Freiheit, geht zurück in euern Stinkstall und laßt euch verwursten."

Geld muß also der Wirtschaft permanent zur Verfügung stehen, damit alle erforderlichen oder erwünschten Tauschgeschäfte auch tatsächlich abgewickelt werden können. Dann wäre auch die »Zinseszinsautomatik« abgeschaltet, die dafür sorgt, daß das Geld mit zunehmender Geschwindigkeit von der Arbeit zum Kapital umgeleitet wird.

Erst in einer solchen Marktwirtschaft wäre die notwendige Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit erfüllt. Geld könnte nicht mehr mit Geld gemacht werden, sondern nur mit Arbeit: durch Herstellung und konkurrierendes Angebot von Waren und Dienstleistungen, an denen andere Menschen interessiert sind und für die sie den Preis zu zahlen bereit sind, der sich aus dem Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage ergibt. Erst auf der Basis eines störungsfreien Geldkreislaufs läßt sich auch eine störungsfreie Kreislaufwirtschaft etablieren, in der nicht mehr das destruktive Prinzip des exponentiellen Wachstums, sondern das konstruktive Prinzip des dynamischen Gleichgewichts gilt.

Alles produzieren, was sich gut verkaufen läßt

Jeder kann sich leicht ausrechnen, was ein jährliches dreiprozentiges Wirtschaftswachstum, jeweils bezogen auf den Vorjahreswert, bedeutet. Ebenso wie beim Bevölkerungs- und beim Zinseszinswachstum haben wir es mit einer exponentiell ansteigenden Kurve zu tun, an deren Ende ebenfalls nur ein Zusammenbruch stehen kann, dem wir uns immer schneller nähern. Das exponentielle Wirtschaftswachstum zieht nämlich einen exponentiellen Verbrauch an Grundflächen, Rohstoffen und Arbeit nach sich, denn die Geldbesitzer legen ihr Geld natürlich nur dort an, wo viel produziert wird und hohe Gewinne erwirtschaftet werden, damit sie hohe Dividenden bekommen können.

Geld

Der Wirtschafts- und Geldkreislauf

Das ist der wesentliche Grund dafür, daß die Wirtschaftsbetriebe »auf Teufel komm raus« alles produzieren, was sich gut verkaufen läßt, vom Bonbon bis zur Bombe. Außerdem stehen sie in einer ruinösen Konkurrenz miteinander. Wer nicht wächst, wird verdrängt. Nur wenige Betriebe produzieren in »ökologischen Nischen«, die andere Produzenten nicht entdeckt oder an denen sie kein Interesse haben. Die meisten Betriebe jedoch gehen im sogenannten wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß unter, zuerst die kleinen, dann die mittleren, dann die großen, bis zum Schluß nur noch wenige Giganten (Konzerne) übrig sind. Auf dieser Ebene findet häufig keine Konkurrenz mehr statt. Denn Konzerne können sich leicht über die Preise einigen, mit denen sie auf dem Markt, der keiner mehr ist, erscheinen wollen. So müssen die Verbraucher fast jeden Preis akzeptieren, weil sie kein nennenswertes Konkurrenzangebot mehr finden. In diesem Fall bilden Konzerne ein Kartell. Ein solches Kartell beherrscht beispielsweise die Mineralölwirtschaft nahezu auf der ganzen Erde.

Kartelle, Monopole, Staatsverschuldung

Die großen bundesdeutschen Stromproduzenten stellen ebenfalls ein kartellähnliches Gebilde dar. Sie haben den größten Teil der Bundesrepublik untereinander aufgeteilt, mit dem Ziel, daß es in einer Region nur einen Anbieter geben kann, auf den alle Stromverbraucher angewiesen sind. Jeder Konzern hat also sein Gebiet, in dem er das Monopol besitzt, also den Preis diktieren kann. Damit die Abweichungen von Region zu Region nicht zu groß sind, werden die Preise angepaßt, auf einem Niveau, das den arbeitsfreien Aktionären der einzelnen Konzerne eine möglichst hohe konstante Dividende sichert. Am Ende eines allgemeinen Konzentrationsprozesses steht ein »Oligopol-« oder »Monopolkapitalismus«, in dem die Umverteilung des Geldes von der Arbeit zum Kapital mit hoher und immer höherer Geschwindigkeit voranschreitet.

Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, daß der »Arbeitskampf« um höhere Löhne zwischen sogenannten Arbeitgebern und sogenannten Arbeitnehmern am kapitalistischen Kernproblem vorbeigeht, ja von diesem nur ablenkt. Denn beide Gruppen gehören zu den »Arbeitenden«, sowohl die Arbeiter als auch die Fabrikanten und deren Manager; sie sind beide produktiv tätig. Beide Gruppen können allerdings auch »kapitalistisch« tätig werden, nämlich dann, wenn sie sich zusätzliches arbeitsfreies Einkommen durch zinsträchtiges Geldverleihen verschaffen.

Noch einmal: Kapitalisten sind Geldverleiher, die sich mit Hilfe der Zinseszinsautomatik bereichern. Privatbesitzer von Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen) müssen keineswegs Kapitalisten sein, wie Karl Marx und seine Epigonen glaubten. Daß von den in der Regel unterbezahlten Arbeitnehmern sicherlich wesentlich weniger Geld verliehen werden kann als von den in der Regel überbezahlten Arbeitgebern, läßt sich allerdings kaum bestreiten. Aber nicht die unterschiedliche Bezahlung der Arbeit ist der wesentliche Grund dafür, daß die eine Gruppe immer reicher und die andere immer ärmer wird, sondern die Möglichkeit, mit überflüssigem Geld mehr Geld und immer mehr Geld zu machen.

Ein weiterer Irrtum ist der, daß die meisten Menschen glauben, sie bräuchten keine Zinsen zu zahlen, wenn sie sich kein Geld bei der Bank leihen. Tatsache ist jedoch, daß in jeder Ware und in jeder Dienstleistung ein hoher Anteil an Zinskosten versteckt ist, der nicht selten mehr als die Hälfte des Kaufpreises ausmacht.

Die Geldumverteilung von der Arbeit zum Kapital

Die bundesdeutsche Staatsverschuldung hat die Grenze von 1,5 Billionen (1500000000000) Mark bereits überschritten. Dieser Schuldenberg wird mit mehr als 100 Milliarden Mark Zinsen pro Jahr finanziert. Das Leihgeld treibt der Staat von seinen Bürgern durch Steuern ein, um die Geldverleiher befriedigen zu können. Man fragt sich, in wessen Diensten der Staat eigentlich steht.

Warum verschafft er den Geldverleihern arbeitsfreie Einkommen auf Kosten der Bürger? Warum kassiert er das Geld, das er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht, nicht gleich von seinen Bürgern auf dem Steuerweg? Denn die durch den Zinseszinseffekt zu immer größerer Höhe auflaufenden Schulden, die der Staat bei den Geldverleihern hat, müssen die Bürger ohnehin eines Tages mit Steuergeldern begleichen, wenn sie es dann noch können.

Die Geldumverteilung von der Arbeit zum Kapital ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß heute bereits mehr als 80 Prozent aller deutschen Haushalte mehr Zinsausgaben als Zinseinnahmen haben. Deshalb nimmt auch die Zahl der Menschen immer weiter zu, die sich der Armutsgrenze nähern oder diese bereits unterschritten haben.

Der bis vor kurzem praktizierte »Kommunismus« östlicher Prägung war kein Kommunismus, sondern Staatskapitalismus. Dieser Staatskapitalismus unterschied sich vom Privatkapitalismus westlicher Prägung zwar graduell, aber nicht prinzipiell. Insofern war eine Gegenüberstellung von »Kommunismus/Planwirtschaft« (im Osten) und »Kapitalismus/Marktwirtschaft« (im Westen) nichts anderes als ein irreführender Vergleich, denn die kapitalistisch geprägte Marktwirtschaft des Westens folgt demselben verhängnisvollen Kurs der Monopolisierung, an dessen Ende die östlichen Staatsmonopole bereits standen und zugrunde gegangen sind.

Was am Ende dieses Kurses stehen wird, ist klar: Ebenso wie die ökologische Stabilität von Naturräumen abnimmt, wenn die Zahl konkurrierender Tier- und Pflanzenarten reduziert wird, so nimmt auch die ökonomische Stabilität von Wirtschaftsräumen ab, wenn die Zahl konkurrierender Betriebe zurückgeht. Das vorher ausgewogene vielfältige Wechselspiel von Angebot und Nachfrage entartet zum monopolistischen und monokulturellen Konsum- und Preisdiktat der Anbieter ohne Auswahl- und Ausweichmöglichkeit der Kunden. Die Marktwirtschaft zerfällt; die kulturelle Vielfalt verödet. Die gesellschaftlichen Beziehungen verkommen zum vorwiegend biologischen Kampf ohne Menschlichkeit. Aber noch ist es nicht zu spät, den Geldkreislauf von seinen Störungen zu befreien, damit zumindest die notwendigen monetären Voraussetzungen für die Etablierung eines störungsfreien Wirtschaftskreislaufs vorliegen.

Der deutsche Kaufmann Silvio Gesell (1862-1930) erkannte als erster die Notwendigkeit einer »Umlaufsicherung« des Geldes. Er zog damit die Konsequenz aus der Erkenntnis des französischen Sozialreformers Pierre Joseph Proudhon (1809-1865), der den Zins treffend als »Wucher, der wie Krebs wächst« bezeichnet hatte. Leider war es Proudhon nicht gelungen, die Arbeiter seiner Zeit zu beeindrucken. Das gelang bekanntlich Karl Marx (1818-1883). Mit seinen »kommunistischen« Ideen jedoch brachte er die Menschen ungewollt auf den staatskapitalistischen Irrweg. Und von diesem Weg ließen sich die irregeführten Menschen weder von Gesell noch von dessen Zeitgenossen Rudolf Steiner (1861-1925), Franz Oppenheimer (1864-1943) und Gustav Landauer (1870-1918), die ebenfalls den Gedanken Proudhons gefolgt waren, wieder abbringen, offenbar weil sie so sehr von der Marxschen Argumentation beeindruckt waren, daß sie seine Lehre wie eine Religion angenommen hatten. Doch die Ideen von Marx und dessen Epigonen waren nicht geeignet, die entscheidenden Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben, nämlich Geld-Gerechtigkeit und Freiheit, zu liefern.

Kurs: störungsfreier Geldkreislauf

Die weitreichenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgen einer fehlenden Kreislaufstabilisierung des Geldes beschreibt Gesell im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs (1918) in einem offenen Brief an die »Berliner Zeitung am Mittag« mit genialem Weitblick: »Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten

zu ächten, trotz des Rufes der Millionen: ›Nie wieder Krieg‹, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: ›Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.‹ Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.«

Die Frage nach der ökologischen Wende

Diese Zeilen hätte man auch im Jahre 1945 unverändert abdrucken können und sollen. Wo stehen die Staaten der Erde heute? Heute ist immer noch 1914, immer noch 1939. Die Unterschiede zwischen 1914, 1939 und 1993 bestehen lediglich darin, daß das Katastrophenpotential exponentiell gewachsen ist: Ein nuklearer Winter, dessen Vorläufer die Atombomben von 1945 auf Hiroshima und Nagasaki waren, ist nicht nur denkbar, sondern auch machbar geworden.

Inzwischen liegt neuere Literatur vor, mit praktikablen Vorschlägen im Hinblick auf Techniken der Geldmengenregulierung und der Kreislaufstabilisierung des Geldes. »Doch 99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als nichtexistent. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine ökologische Wende möglich«, stellt der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Hans-Christoph Binswanger fest. Man fragt sich, warum die anderen Ökonomen noch nicht zu dieser elementaren Erkenntnis gelangt sind, um die Politiker angemessen beraten zu können.

Dabei reduziert sich das »Geldproblem«, die »Zinswirtschaft«, auf einen einfachen Nenner. Zinsen können wie gesagt nur dann erpreßt werden, wenn man das Recht hat, das öffentliche Tauschmittel Geld beliebig lange zurückzuhalten. Denn sofort wird derjenige, der Geld, etwa für Investitionen, dringend braucht bereit sein, die Leihgebühr, also den Zins, an den Geldverleiher zu zahlen. Es kommt also darauf an, ein Gesetz zu schaffen, welches die Geldhortung unattraktiv macht, damit das Geld permanent im Kreislauf bleibt.
Dann wären die Banken von der Funktion entbunden, die Geldverleiher zu bereichern. Sie bräuchten sich nur noch der üblichen Geldverwaltung zu widmen. Börsen dagegen könnten für immer geschlossen werden und in Museen zur Dokumentation von ökonomischen, sozialen und ökologischen Schäden durch Geldmißbrauch umfunktioniert werden.

Eine solche Stabilisierung des Geldkreislaufs würde es auch den Notenbanken ermöglichen, die richtige Geldmenge anhand des Preisindex der Wirtschaft zu steuern. Über die sogenannten Leitzinsen als ohnehin untaugliches Instrument zur Regulierung der »Geldströme« brauchten sich die Notenbanken keine Gedanken mehr zu machen. Inflationäre und deflationäre Geldwertschwankungen mit ihren Folgen, der Entwertung von Ersparnissen im einen und Arbeitslosigkeit im anderen Fall, würden der Vergangenheit angehören. □

Eckhard Grimmel ist Professor am Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Universität Hamburg. Den vorstehenden Beitrag haben wir seinem Buch »Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde«, erschienen als Rowohlt-Taschenbuch Nr. 9381, entnommen.

Trilaterale Kommission

Auf dem Weg zur Eine-Welt-Regierung

Peter Blackwood

Vom 27. bis 29. März dieses Jahres hielt die Trilaterale Kommission im Park Hyatt Hotel in Washington unter dem Dreiwege-Vorsitz von Paul Volcker für Nordamerika, Otto Graf Lambsdorff für Europa und Akio Morita für Japan ihre jährliche geheime Plenarsitzung ab.

Das diesjährige Treffen setzte die berüchtigte Tradition früherer Vorsitzender, wie zum Beispiel David Rockefeller und Henry Kissinger, fort, Pläne für eine Eine-Welt-Regierung zu schmieden und die souveränen Staaten abzubauen, unter Bedingungen, die Volcker selbst »controlled disintegration« (»gesteuerter Zerfall«) der Weltwirtschaft nannte.

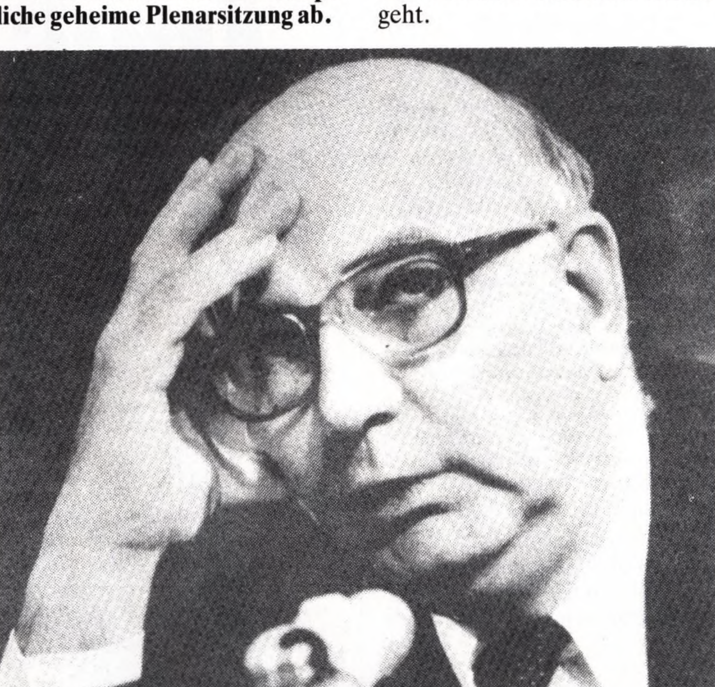
Obenan auf der Tagesordnung standen unter anderem »multilaterale Friedenserhaltung« unter den Auspizien der Vereinten Nationen und Populationsbeschränkung – speziell die Verhinderung der »Wanderung«.

Eines der Haupt-Diskussionspapiere auf der Konferenz trug den Titel: »Erhaltung des Friedens in der Zeit nach dem kalten Krieg: Stärkung der multilateralen Friedenserhaltung«. Der Vorsitzende der Gruppe, der den Entwurf verfaßt hat, ist John Roper, der erste Direktor des Instituts für Sicherheitsstudien der Westeuropäischen Union (WEU) in Paris und ehemaliges Mitglied des britischen Parlaments. Der Bericht weist alle Kennzeichen des Planes von Lord Bertrand Russell auf, eine »Eine-Welt-Regierung« zu bilden, indem den Vereinten Nationen eine Weltarmee angeschlossen wird. Der einzige Unterschied besteht darin, daß das Programm der Trilateralen sich diesem Ziel Schritt für Schritt nähert.

Der Bericht begann wie folgt: »1945 wollten die Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen diese zu einem wirksamen Instrument der kollektiven Sicherheit machen ... Die Völkergemeinschaft erteilte den Vereinten Nationen über den Sicherheitsrat die Befugnis, Staaten, die der Aggression schuldig sind, zu identifizieren und dann in Aktion zu treten, um sie zum Rückzug zu zwingen und zu bestrafen.«

In dem Bericht kommt sehr klar zum Ausdruck, daß die NATO und die WEU als regionale Armee der Vereinten Nationen für Europa tätig werden sollen, und es wird vorgeschlagen, daß die Vereinigten Staaten, zusammen mit Japan, in Asien eine ähnliche Rolle spielen sollen.

Bei diesen Bemühungen gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Trilateralen Kommission und den Vereinten Nationen. Der Hauptkommentator in dem Gremium, wo über den Bericht diskutiert wurde, war Marrack Goulding, Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen für politische Angelegenheiten und ehemaliger Untergeneralsekretär für friedenserhaltende Operationen. Der Bericht tritt für einen Plan ein, der über den Aufruf des Generalsekretärs Butros-Ghali für ein stehendes Heer der Vereinten Nationen hinausgeht.



Paul Volcker, ehemaliger Vorsitzender des Federal Reserve System der USA, leitet die Trilaterale Kommission.

Auf einer Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden der Trilateralen am 29. März fragte ein Journalist, ob der Bericht nicht eine Blaupause für eine Weltarmee sei, Volcker antwortete:

Mehr Geld für die Vereinten Nationen

»Ich weiß, daß die Beteiligung an multilateralen friedenserhaltenden Operationen, geführt von den Vereinten Nationen, für die USA ein großer psychologischer Schritt ist. Möglicherweise ist es jetzt noch nicht zweckmäßig, daß die Vereinigten Staaten sich in großem Ausmaß daran beteiligen. Es kommen jedoch immer stärkere Belastungen auf die Vereinten Nationen zu. Eines der Probleme, an dem ich gearbeitet habe, besteht darin, wie ein ständiges Stammheer mit einem Hauptquartier finanziert werden kann. Eine Weltarmee ist jedenfalls unterwegs.«

Volcker hat daran gearbeitet, wie die friedenserhaltenden Reserven – the Working Capital Fund and the Peacekeeping Reserve Fund – erhöht werden können. Der Bericht der Trilateralen ruft die Vereinigten Staaten dazu auf, ihre Rückstände gegenüber den Vereinten Nationen auszugleichen und schlägt zusätzliche Erhebungen für andere Mitgliedstaaten, möglicherweise über deren jeweiligen Verteidigungshaushalt, vor.

Zunächst schwebt den Verfassern des Berichtes eine dreistufige Streitmacht der Vereinten Nationen vor: »In der ersten Stufe sollten den Vereinten Nationen eine gutausgebildete, stehende Bereitschafts-Streitmacht, bestehend aus vier oder fünf Bataillonen – je 600-700 Mann stark –, die aus einem oder zwei Ländern rekrutiert und als eine einzige Einheit ausgebildet wird, zur Verfügung stehen. Eine solche Streitmacht könnte schnell für Präventiv-Einsätze oder als Vorhut einer größeren Streitmacht eingesetzt werden. Auf der zweiten Stufe sollten die Vereinten Nationen über Schnelleinsatztruppen, rekrutiert aus den bewaffneten Streitkräften der Mitgliedstaaten, verfügen ... Wenn zehn Länder ... jeweils bereit wären, eine Brigade-Gruppe – jeweils 5000 Soldaten – bereitzustellen, dann könnten die Vereinten Nationen Streitkräfte bis zu 50000 Mann ausschwärmen lassen ... Die bloße Verfügbarkeit einer solchen Kapazität ... könnte eine abschreckende Wirkung haben. Auf der dritten Stufe, im Falle einer schwerwiegenden Aggression einer regionalen Macht – wie zum Beispiel der Irak gegen Kuwait im Jahre 1990 –, wäre es erforderlich, eine Koalition größerer Streitkräfte zu bilden ... Trilaterale Regierungen müssen zu der Erkenntnis gelangen, daß Friedenserhaltung der Vereinten

Nationen jetzt eine zentrale, weitergehende Mission für ihre nationale Sicherheit ist und dazu bereit sein, sie entsprechend zu finanzieren.«

Bevölkerungspolitik: Die Frage der Wanderungsbewegungen

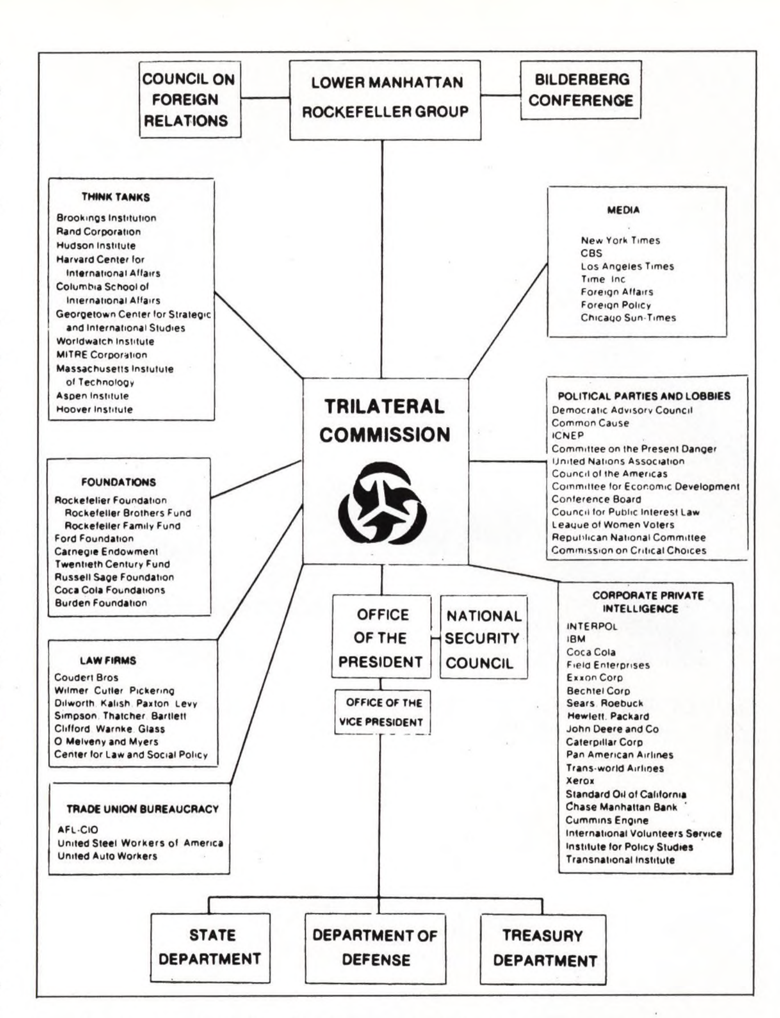
Der zweite Hauptbericht auf der Plenarsitzung trug die Überschrift: »Internationale Wanderungsbewegungen: Eine neue Herausforderung für ein neues Zeitalter«. Der Vorsitzende des Projektes ist Robert D. Hormats, Vizevorsitzender von Goldman Sachs International. Hormats begann den ersten vieler Posten in der amerikanischen Regierung als hochstehender Mitarbeiter für wirtschaftliche Angelegenheiten im National Security Council (1969-73 und 1974-77), wo er ein Schützling von Henry Kissinger war. Kissinger leitete den Entwurf des National Security Memorandum 200, in dem die neomalthusianische Ansicht vertreten wird, daß »Überbevölkerung« für die Vereinigten Staaten eine Gefahr für deren nationale Sicherheit bedeute. Hormat vertritt ähnliche Argumente unter dem Aspekt der Wanderungsbewegungen:

»Bevölkerungspolitik ist eine Priorität erster Ordnung. Das Jahrzehnt der neunziger Jahre bietet die letzte Chance, zu handeln, wenn die Weltbevölkerung bis Mitte des kommenden Jahrhunderts stabilisiert werden soll.

Mit der Änderung von Administrationen in den Vereinigten Staaten ging eine große philosophische Verschiebung der offiziellen Einstellungen einher, die Grundlage für eine erneuerte amerikanische Führung sein sollte.«

Hormats ruft die Völker dazu auf, Wanderungsbewegungen zu vermeiden:

»Unter gewissen Umständen können beträchtliche Notwanderungsbewegungen sogar legitime Sicherheitsbelange darstellen, wenn sie das Wohlergehen der aufnehmenden Länder untergraben. Von daher gesehen muß die Verhinderung von Wanderungsbewegungen zum legitimen Ziel internationaler Diplomatie und nationaler Politik werden.«



Der Aufbau und die Verflechtung der trilateralen Kommission.

Aber die Trilateralen bieten keine Lösung für die politischen und wirtschaftlichen Probleme an, die die Ursache dafür sind, daß viele verzweifelten Menschen ihre Heimat verlassen. Sie rufen lediglich dazu auf den Menschen irgendwelche verschwommene Anreize zu geben, dort zu bleiben, wo sie sind:

»Eine umfassende Politik, die sich mit den Ursachen politischer und wirtschaftlicher Wanderungsbewegungen befaßt, erfordert eine grundlegende Veränderung des Ausblicks und der Handlung trilateraler Staaten. Dieser Wandel sollte in einem neuen internationalen Imperativ dem Recht von Einzelpersonen, dort zu bleiben, wo sie sind, verankert werden ... Die überwältigende Mehrheit der Menschen zieht die Heimat vor und wird auch dort bleiben, auch wenn die Zustände nur halbwegs erträglich sind.«

Um die Zustände »halbwegs erträglich« zu machen, schlägt Hormats die Schaffung von »Pufferstaaten« vor. Um den Strom von Einwanderern aus den Amerikas in die Vereinigten Staaten zu verhindern, würde Mexiko ein solcher Staat unter der North American Free Trade Agreement (NAFTA) sein, während die Wanderungsbewegung aus dem Nahen Osten und Afrika nach Europa durch begrenzte Investitionen in gewisse Mittelmeerstaaten gestoppt wird.

Der Betrug der Politik der Trilateralen kommt am stärksten im Falle des ehemaligen Jugoslawien zum Ausdruck, wo Millionen Menschen durch Serbiens Politik der »ethnischen Säuberung« gezwungen wurden, zu »wandern«. Sie wünschen sich nichts sehnsüchtiger, als in ihre Heimat zurückzukehren, werden jedoch durch die Weigerung der übrigen Welt, irgendetwas zu tun, um Serbiens Völkermord ein Ende zu bereiten, daran gehindert.

Hormats räumt ein, daß es hier ein Problem gibt: »Wenn man versucht, die Menschen in den jeweiligen Ländern auf dem Balkan zu schützen, um Verschiebungen zu verhindern, dann stellt das Einreden auf die Menschen, dort zu bleiben, wo sie sind, fundamentale Gefahren für Leben und Sicherheit dar. Aber den Menschen dabei zu helfen, fortzuziehen, erleichtert die ethnische Säuberung. Die humanitären Organisationen haben das Leben von Zivilpersonen an die erste Stelle gesetzt, obwohl dies Beihilfe zur ethnischen Säuberung darstellt ... Es gibt Grenzen für das, was humanitäre Aktionen und Präsenz bewerkstelligen können; diese Grenzen sind im ehemaligen Jugoslawien auf dramatische Weise überschritten worden.«

Der Balkan und Rußland

Auf der Pressekonferenz befragte ein Journalist Graf Lambsdorff über General Paul Albert Scherers Analyse zur Krise auf dem Balkan. General Scherer, ehemaliger Leiter des bundesdeutschen Militärischen Abwehrdienstes (MAD), hatte auf einer kürzlichen Rundreise durch die USA Rußland angeklagt, als Katalysator für die Aggression der Serben gegen Kroatien und Bosnien zu fungieren und dadurch eine Krise ausgelöst zu haben, die zur Zunderbüchse für den Dritten Weltkrieg werden könnte. General Scherer legte Beweise dafür vor, daß das russische Militär wegen der vom Westen an den Tag gelegten schwachen Reaktion auf diese Krise Angriffe entweder auf die Balkanstaaten oder auf die Ukraine vorbereitet. Der Journalist bat Graf Lambsdorff auch, zu General Scherers »Billigung des Vorschlags für das produktive Dreieck als einzige Möglichkeit, die zugrundeliegende Wirtschaftskrise in Europa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu lösen«, etwas zu sagen.

Volcker und auch Lambsdorff zuckten bei der Nennung des Vorschlags zusammen. Lambsdorff erwiderte: »Wir teilen den Standpunkt nicht, den Sie soeben zitiert haben. Es ist nicht die Position der deutschen Regierung.

Wenn es auch stimmt, daß es eine serbische Aggression gegeben hat, so glauben wir doch nicht, daß alle anderen am Krieg auf

Trilaterale Kommission

Auf dem Weg zur Eine-Welt-Regierung

dem Balkan beteiligten Parteien Engel sind. Es wäre nicht richtig, das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben, denn dies hieße nur, Öl ins Feuer zu gießen.«

Lambsdorff stellt sich hinter Jeffrey Sachs

Was das produktive Dreieck anbelangt, wobei es sich um einen Plan für ein modernes Infrastrukturnetz zur Eingliederung Ost- und Westeuropas als Eckpfeiler für ein internationales Wirtschaftserholungsprogramm handelt, erwiderte Lambsdorff: »Ich teile General Scherers Meinung auch hierzu nicht.«

Ein anderer Journalist fragte, ob die Trilateralen bereit seien, die Politik der »Schocktherapie«, die auf den Harvard-Professor Jeffrey Sachs zurückgeht und die dazu geführt hat, daß die Wirtschaften Polens und der ehemaligen Sowjetunion zusammengebrochen sind und sich jetzt auf einem tieferen Niveau befinden als zu Zeiten des Kommunismus, aufzugeben. Der Journalist stellte fest, daß die Nothilfe für Rußland auf der nächsten Sitzung der Gruppe der Sieben Industriestaaten eines der Hauptthemen sein wird. Er fragte, ob Alternativen in Erwägung gezogen würden für eine Kombination von Schuldenerlaß mit behördlichen Krediten zum Bau einer modernen Infrastruktur – zum Beispiel Bahnverbindungen und moderne Energiequellen –, sowie die Umstellung veralteter Industriebetriebe diskutiert werde.

Volcker antwortete: »Ich stimme Ihrem vorurteilsvollen Kommentar zu Beratern – das heißt, Jeffrey Sachs – nicht zu. Ja, Schuldenermäßigung wird erwogen. Aber die Frage bleibt bestehen, in welcher Größenordnung und wie in Rußland investiert werden sollte.«

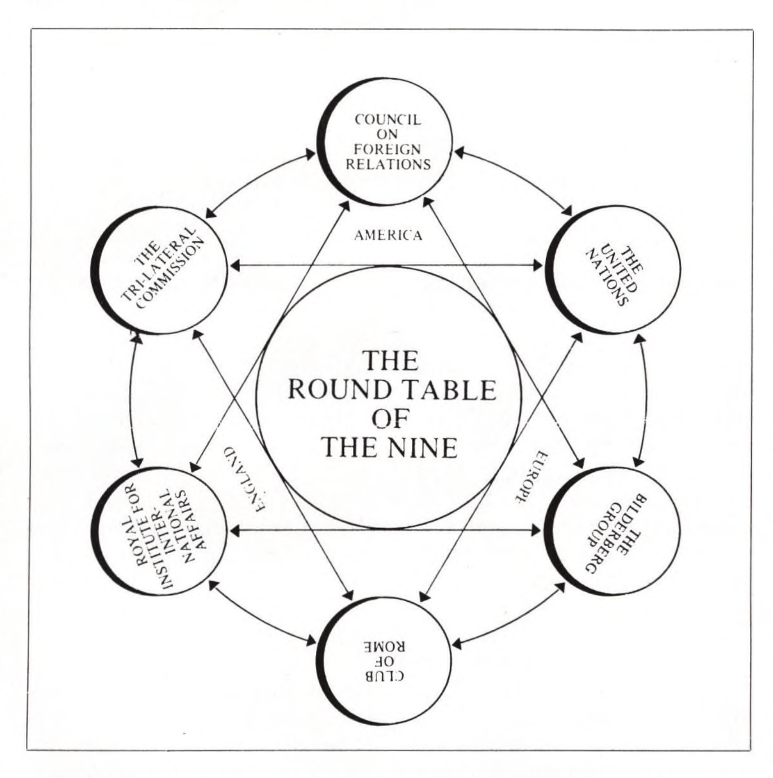
Lambsdorff sagte, als Bundeskanzler Helmut Kohl mit Präsident Bill Clinton zusammengetroffen sei, habe er diesem gesagt, daß Deutschland am meisten zur finanziellen Hilfe für die GUS-Staaten beigetragen habe und ohne eine gemeinschaftliche Anstrengung nicht mehr tun könne. Lambsdorff machte sich die »Große Lüge« von Jeffrey Sachs zu eigen, die polnische Wirtschaft sei wegen der »Schocktherapie« jetzt besser dran als früher.

»Angesichts des von Ihnen erwähnten Beraters ist es ungerechtfertigt zu sagen, daß die Wirtschaft Polens unter das kommunistische Niveau gefallen sei.

Balcerowicz und Mazowiecki haben sehr viel erreicht. Die Wirtschaft ist stabil. Ja, es hat einige Mühe gekostet, aber die Wirtschaft befindet sich auf dem richtigen Weg. Sie ist einigermaßen erfolgreich.«



Der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff ist der Leiter der europäischen Sektion der Trilateralen Kommission.



Das Netzwerk der Internationalisten und die Verflechtung der Absprachegremien.

Wie ein Offizieller der Trilateralen sagte, ist eine Entscheidung getroffen worden, die Plenarversammlung mit einer abschließenden Sitzung über Rußland zu beenden, wegen der dortigen Unruhen. Es wurde ein Versuch unternommen, den Sonderbotschafter Strobe Talbott, Sonderkoordinator für alle Hilfsprogramme in der Clinton-Regierung, dazu zu bewegen, eine Ansprache zu halten, aber dieser lehnte das Angebot ab.

Clinton brüskiert Trilaterale

US-Präsident Bill Clinton lehnte das Ersuchen von Paul Volcker ab, einen Empfang für alle Mitglieder der Trilateralen Kommission im Weißen Haus am Ende der Plenarsitzung zu geben. Clinton war mehrere Jahre lang selbst Mitglied der Trilateralen Kommission, wohnte aber niemals einer Sitzung bei. Aus europäischen Kreisen verlautet, Clinton könnte den Wunsch gehabt haben, sich von der Trilateralen Kommission zu distanzieren, wegen der Probleme, die eine Verbindung mit dieser für US-Präsident Jimmy Carter heraufbeschworen hatte.

Es gab jedoch immer noch sehr viele Mitglieder der Clinton-Regierung, die die Gelegenheit wahrgenommen haben, mit den Trilateralen zusammenzutreffen. Die Eröffnungssitzung am 27. März lief unter dem Titel: »Die neue US-Regierung« ab. Sprecher waren Leon Panetta, Leiter des Office of Management and the Budget; Mickey Kantor, Handelsvertreter der USA; und John Deutch, designierter Staatssekretär des Verteidigungsministeriums für Beschaffung. Deutch, der noch nicht bestätigt worden ist, ist immer noch aktives Mitglied der Trilateralen Kommission.

US-Außenminister Warren Christopher, bis vor kurzem langjähriges Mitglied der Kommission, war am Abend des 29. März Gastgeber eines Empfangs für die Mitglieder der Trilateralen im Außenministerium, und am Morgen des 29. März gab Lloyd Bentsen für Mitglieder der Kommission ein Frühstück. □

Gesunde Medizin

Jahresabo für 6 Ausgaben:
30 DM Inland
39 DM Ausland
einschließlich Porto

Aus dem Inhalt:



VERLAG DIAGNOSEN · Untere Burghalde 51 · D-71229 Leonberg

Ich abonniere die Zeitschrift **Gesunde Medizin**

Ich bestelle hiermit ab Ausgabe Nr. 3/93 die
zweimonatlich erscheinendeZeitschrift **Gesunde Medizin.**
Der Abonnementspreis für sechs Ausgaben beträgt DM 30,– einschließlich Porto und Mehrwertsteuer.
Das Auslands-Abonnement kostet für sechs Ausgaben DM 30,– zuzüglich DM 9,– für Versandkosten für den einfachen Postweg.
Den Betrag für das Abonnement überweise ich erst nach Erhalt der Rechnung.

Vorname/Name: ______________________

Straße/Nr.: ______________________

Postleitzahl/Ort: ______________________

Datum: __________ Unterschrift: ______________________

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei:
Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg

Unterschrift: ______________________

EG-Kommission trifft wichtige Entscheidungen für den Stahlsektor

Ende April 1993 stimmte die EG-Kommission den staatlichen Beihilfen für die Sächsischen Edelstahlwerke, Freital/Sachsen, und für die Metall und Rohstoff Eberswalde GmbH, Eberswalde-Finow/Brandenburg, zu. Die Beihilfen für die EKO-Stahl AG, Eisenhüttenstadt, lehnte sie bis auf weiteres ab.

Nach eingehender Prüfung gelangte die EG-Kommission zu der Ansicht, daß die im Zusammenhang mit der Privatisierung der Sächsischen Edelstahlwerke Freital und ihrer Modernisierung vorgesehenen Beihilfen genehmigt werden können, da im Bereich der warmgewalzten Fertigerzeugnisse ein erheblicher Abbau der Produktionskapazität vorgesehen sei. Darüber hinaus sei auch bei der Produktion von Rohstahl und Halbzeug eine Verminderung der Produktionskapazität vorgesehen. Durch dieses Vorhaben werden nach Ansicht der EG-Kommission die in der Gemeinschaft auf dem Stahlsektor bestehenden Überkapazitäten verringert und stellten daher einen angemessenen Ausgleich zu den vorgeschlagenen Beihilfen in Höhe von bis zu 177 Millionen ECU (1 ECU = 1,94 DM) dar. Die Kommission entschied deshalb, diesen Vorschlag dem Ministerrat zur einstimmigen Zustimmung auf der Grundlage von Artikel 95 des EGKS-Vertrages vorzulegen.

Im Falle der für die Metall und Rohstoff Eberswalde GmbH vorgesehenen Beihilfen ergab die Überprüfung durch die EG-Kommission, daß durch die beabsichtigten Investitionen der in der Gemeinschaft bestehende Nachfrageüberschuß nach aufbereitetem Eisen- und Stahlschrott reduziert werden könnte. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf Verbesserungen im Bereich des Umweltschutzes stimmte die EG-Kommission den vorgesehenen Beihilfen ebenfalls zu.

Bei der Überprüfung der für die EKO-Stahl AG Eisenhüttenstadt vorgesehenen Beihilfen in Höhe von 997 Millionen ECU stellte die EG-Kommission fest, daß zum einen ein Abbau der Produktionskapazität in den Bereichen Roheisen, Rohstahl und Kaltwalzprodukte, in denen in der Gemeinschaft jeweils große Überkapazitäten bestehen, vorgesehen sei. Hier wurden die Hersteller aufgefordert Umstrukturierungen vorzunehmen. Zum anderen sei jedoch die Schaffung eines modernen integrierten Stahlwerkes mit einem Elektrostahlwerk und einer Warmbreitbandanlage wesentlicher Bestandteil des vorgelegten Umstrukturierungsplans. Dies würde den Aufbau neuer Produktionskapazitäten mit Hilfe öffentlicher Beihilfen auf einem Sektor bedeuten, der ebenfalls durch große Überkapazitäten gekennzeichnet sei.

Dies stehe im Gegensatz zu den Bestrebungen der Industrie, selbst wesentlich zur Umstrukturierung beizutragen, einschließlich einer deutlichen Verminderung der Produktionskapazitäten. Unter diesen Umständen sah sich die Kommission nicht in der Lage, dem Ministerrat für die zugunsten der EKO-Stahl AG vorgesehenen Beihilfen eine Ausnahmeregelung zu empfehlen. Allerdings hat die Kommission die deutsche Regierung wissen lassen, daß sie bereit sei, jede Änderung des vorgelegten Umstrukturierungsplans, die in Einklang mit der Stahlpolitik der Gemeinschaft stünde und die in diesem Plan ausgewiesenen Arbeitsplätze sichere, positiv zu beurteilen.

Diese Entscheidungen der EG-Kommission stehen im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise auf dem Stahlsektor. Um das Gleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage wieder herzustellen, ist ein Abbau der in der Gemeinschaft bestehenden Überkapazitäten dringend erforderlich. Parallel hierzu müssen die Stahlunternehmen der Gemeinschaft ihre Kosten senken, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Die Stahlindustrie wurde aufgefordert, der EG-Kommission hierfür bis zum 30. September 1993 geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Um diesen schmerzhaften Anpassungs- und Umstrukturierungsprozeß sozial zu flankieren, stellt die Gemeinschaft erhebliche Mittel bereit. So beschloß die EG-Kommission am 28. April 1993 zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung der Umstrukturierung in der Stahlindustrie.

Die bisher im Sozialbereich beschlossenen Maßnahmen – Mittel in Höhe von 210 Millionen ECU aus dem Europäischen Sozialfonds – sollen ergänzt werden und ganz wesentlich davon abhängig gemacht werden, daß die Stahlindustrie die ihr vorgeschlagenen Kapazitätsreduktionen auch tatsächlich vornimmt. In der Haushaltsvorausschau sind für den Zeitraum 1993-1995 240 Millionen ECU zusätzlich ausgewiesen – einschließlich der Bereitstellung von 60 Millionen ECU für das Jahr 1993 – mit denen Arbeitnehmern geholfen werden kann, die ihren Arbeitsplatz im Zusammenhang mit den geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen verlieren werden. □

Istanbul Kandidat für Olympia 2000

Mitglieder des olympischen Komitees hielten sich drei Tage in Istanbul auf, um die Stadt »unter die Lupe zu nehmen«. Istanbul bewirbt sich um die Ausrichtung der olympischen Spiele im Jahr 2000. Der norwegische Vorsitzende des Komitees, Ericsson, ließ den Eindruck entstehen, die Untersuchung sei positiv und erfolgreich verlaufen.

Ericsson erklärte vor der Presse: »Ihre Umweltprogramme gefielen uns sehr. Sie bereiten sich ernsthaft und bewußt vor. Obwohl es ein wenig an Anlagen mangelt, steht ihnen Zeit und Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung. Interessant ist, daß ab nächstes Jahr in den türkischen Schulen das Unterrichtsfach ›Olympismus‹ eingeführt wird. Die Förderung durch den Staat und die Stadtverwaltung ist für den Kandidaten Istanbul ein großer Vorteil. Wir gehören nicht der Entscheidungsinstanz an. Die derzeitigen Kandidaten unterscheiden sich nicht sehr viel voneinander. Von der Lage her, an der Grenze dreier Kontinente, ist Istanbul für die Veranstaltung der 27. Olympiade sehr geeignet. Wir danken Istanbul und besonders der Presse sehr.«

Die Mitglieder der IOC-Untersuchungskommission wurden anschließend von dem für den Sport verantwortlichen Staatsminister, Mehmet Ali Yilmaz, empfangen. □

Briten nehmen Japans Atomwaffen unter Beschuß

Wenn man den Scheinwerfer auf Nordkorea richtet, sollte man nicht vergessen, daß auch Japan Atomwaffen baut, hob der Londoner »Daily Telegraph« hervor und bezog sich dabei auf die britische Expertin für die Weiterverbreitung von Atomwaffen, Patricia Lewis. Diese habe gesagt: »Die Japaner haben verlauten lassen, daß, wenn sie sich entschließen sollten, ihre Politik zu ändern, sie innerhalb eines Jahres Atomwaffen bauen könnten.«

Der »Telegraph« führt auch einen Bericht über Nordkoreas angebliches Atomwaffen-Projekt aus dem Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI) an, in dem es heißt, daß »Südkorea sich dazu gezwungen sehen könnte, selbst Atomwaffen zu bauen, ein Schritt, auf den es Mitte der siebziger Jahre verzichtet hatte. Wenn dies geschehen würde, dann könnte Japan sich dazu entschließen, ebenso zu handeln«.

Japans Atomkraftindustrie steht seit langem unter Beschuß von radikalen Umweltschützern und terroristischen Gruppen, wie zum Beispiel Greenpeace International, die kürzlich eine Kampagne starteten, um den Transport von nuklearem Treibstoff von Frankreich nach Japan zu behindern. Greenpeace hat jetzt er-

klärt, daß Nordkoreas Austritt aus dem Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen die »Mängel« des Vertrags im Hinblick auf die Absicht der Japaner offenlegt: »Gleichermaßen konnte der Vertrag die Aufstokkung eines riesigen Vorrats an angereichertem Plutonium durch Japan nicht verhindern.« □

NATO-Generalsekretär warnt Serbien

»Die stärkste Reaktion der NATO würde gegen einen Angriff der Serben auf Kosovo zum Tragen kommen«, warnte der Generalsekretär des Bündnisses, Manfred Wörner, nach dreitägigen Gesprächen mit der albanischen Regierung und dem Militärkommando.

Wörner ließ die Frage offen, in welcher Weise die NATO reagieren würde, und sagte, eine Eskalation in Kosovo würde als Stolperdraht für eine unverzügliche Erweiterung des Konflikts über die Grenzen des ehemaligen Jugoslawiens hinaus angesehen, und dies würde gegen lebenswichtige Interessen des Westens und vieler anderer Länder an der Erhaltung der Sicherheit und des Friedens auf dem europäischen Kontinent verstoßen. □

Serbien des kulturellen Völkermords beschuldigt

»Kultureller Völkermord in Bosnien-Herzegowina«, war die Überschrift einer ganzseitigen Anzeigen in der »New York Times«, unterzeichnet von Hunderten von Gelehrten, die sich mit einer Studie über die Region befassen. Die Anzeige, die vom Bosnia Relief Committee (Ausschuß Hilfe für Bosnien) finanziert wurde, beklagt »die systematische Zerstörung des kulturellen Vermächtnisses von Bosnien«.

Der Krieg, heißt es in der Anzeige, »wird nicht zwischen dem Islam und dem Christentum geführt: Zwischen einer politischen Vision, die einen bosnischen Staat auf der Grundlage des pluralistischen Erbes des Landes aufbauen will, und einem exklusionistischen serbischen Nationalismus, der Religion dazu benutzt, um die Kräfte der Gewalt zur Zerstörung dieses Erbes zu mobilisieren«.

Die kulturelle Kriegsführung der Serben hat seit 1992, im Zuge der Auslöschung fast aller Aufzeichnungen über bosnische Geschichte, »willkürlich und erfolgreich nationale Büchereien, Museen und Archive unter Beschuß genommen«. Die Staatliche Bibliothek Bosniens in Sarajewo wurde vom 25. bis 27. August 1992 drei Tage lang mit Brandgranaten beschossen und bis auf den Boden niedergebrannt.

Das Franziskaner-Kloster in der Stadt Mostar, das das historische Hauptarchiv der Herzegowina enthielt, wurde im letzten Sommer zusammen mit der Kathedrale in Mostar, seinen 13 Moscheen und anderen historischen Denkmälern, zerstört. Am 17. Mai 1992 wurde Sarajewos Orientalisches Institut, das die umfangreichste Sammlung von orientalischen Manuskripten in Südosteuropa enthielt, durch serbisches Granatfeuer zerstört. Die Bibliothek Gazi Husrev Beg in Sarajewo, gegründet 1537, die eine umfangreiche Sammlung illuminierter islamischer und jüdischer Manuskripte enthielt, wurde am 5. Mai 1992 durch serbisches Granatfeuer zerstört.

In der Anzeige wird festgestellt, daß die Ziele des Kulturkriegs nicht nur Gebäude seien: »Es gehört zu der gleichen üblen Logik, die bosnische Intellektuelle und Gemeindeführer zur Ermordung ausgesucht wurden.« □

Wiesenthal verteidigt den serbischen Völkermord

Simon Wiesenthal, der weithin publizierte »Nazi-Jäger«, verteidigte in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung »Corriere della Sera«, Serbiens Völkermord an seinen Nachbarn.

»Wir wissen von den Verbrechen der Serben in Bosnien«, sagte er. »Aber wir vergessen, daß die ersten Flüchtlinge des Krieges Serben waren; 40000 wurden gezwungen, Kroatien zu verlassen, als dieses Land am 22. Dezember 1990 verkündete, daß die Serben eine völkische Minderheit seien. Dies zeigt, daß die Kroaten, vor den Serben, die ersten waren, die einen übertriebenen Nationalismus an den Tag legten ... Die Synagogen und orthodoxen Kirchen wurden in Brand gesteckt, ein jüdischer Friedhof wurde geschändet.«

Er wurde gefragt: »Wenn Serbien ein bolschewistischer Staat ist, muß Kroatien als faschistischer Staat definiert werden?« Wiesenthal erwiderte: »Genau. Es genügt, die antisemitischen Schriften des Präsidenten Franjo Tudjman zu lesen, um davon überzeugt zu sein. Ist es nicht der Fall, daß Israel es abgelehnt hat, diplomatische Beziehungen zu Kroatien aufzunehmen? Es gibt keine israelische Botschaft in Zagreb. Es ist auch so, daß Deutschland, Österreich und der Vatikan die ersten Länder waren, die die Unabhängigkeit Kroatiens anerkannten ... Ich bin darüber besorgt, daß Kroatien sich zu einem Satelliten Deutschlands entwikkeln könnte, da die Serben heute wieder einmal von Rußland abhängig sind.«

Wiesenthal meinte, es wäre unmöglich, für die Balkanländer eine Art »Nürnberger Prozeß« abzuhalten, weil dies vom militärischen Standpunkt aus gesehen ein Bürgerkrieg ist«, und weil, wenn es serbische Kriegsverbrecher gibt, es auch Kroaten und Bosnier gibt, die Greueltaten begangen haben. □

Westliche Eliten leiden an Impotenz und Lähmung

Hella Pick, Kommentator für den Londoner »Guardian«, charakterisierte die trübe Stimmung auf der Jahresversammlung der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Königswinter, die außerhalb von Bonn stattfand.

Auf diesem, von Trübsal geprägten Ausflug zum kommenden Jahrtausend, ruft Paul Kennedy, Verfasser des Buches »Preparing for the 21st Century« zu einer neuen Schule der politischen Führung auf, um den düsteren Herausforderungen, die vor uns liegen, entgegenzutreten.

Die Enttäuschung über unsere derzeitige Schule von Führern kann nicht besser erhellt werden, als es auf der diesjährigen Konferenz in Königswinter, dem Anglo-German Love-in, geschieht, wo die politischen und damit zusammenhängenden Plauderkreise über die Beziehungen zwischen den beiden Ländern Nabelschau betreiben und sich zum Zustand der Welt äußern.

Als sich die Teilnehmer in der vergangenen Woche an einem Ufer des Rheins trafen, während am anderen Ufer arbeitslose Stahlarbeiter aufmarschierten, um ihrem Zorn über die Bonner Regierung Luft zu machen, war es eine der verdrießlichsten Versammlungen seit jeher. Ein Sprecher nach dem anderen vermittelte angesichts der beklagenswerten Ereignisse ein Gefühl der Impotenz.

»Impotenz korrumpiert und völlige Impotenz korrumpiert völlig«, erklärte ein Teilnehmer. Ein anderer zitierte einen Spruch Churchills: »Daher macht sie (die Regierung) in einem seltsamen Paradox weiter, nur dazu entschlossen, unentschlossen zu sein, unnachgiebig bei Tendenzen, hart gegen Fluidität, allmächtig, um impotent zu sein.«

Was die Lage auf dem Balkan betrifft, so schrieb Pick: »Die Parlamentarier und Politikmacher rund um den Tisch schlossen jeden militärischen Eingriff, oder in der Tat jede Übernahme eines Risikos seitens der Streitkräfte der Vereinten Nationen, das zum Verlust von Menschenleben unter den Blauhelmen führen könnte, aus. Sie ließen sich nicht von der Gedankenschule beeinflussen, die glaubt, daß auf den Schlachtfeldern Bosniens die Charakterstärke des Westens zerstört wird.« □



Italien

Westliches Demokratie-Modell vermag nicht mehr zu überzeugen

Beat Christoph Baeschlin

Bei Anlaß der großen Volksbefragung vom 18./19. April 1993 haben die italienischen Staatsbürger mit sturmflutartiger Mehrheit ihren Groll gegen das System der Mehrparteien-Demokratie kundgetan. Das bedeutet die klare Mißbilligung eines im Westen üblichen und als durchaus »demokratisch« bewerteten Systems. Dieses politische Regime war jedoch aus zweifelhaften Wurzeln hervorgesprossen, die ein Hohn auf demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze sind. Ein Blick auf den 8. Juni 1944, die Geburtsstunde des »neuen und demokratischen Italien« genügt, um die tragische Entwicklung verständlich zu machen.

Der am 5. Juni 1944 erfolgte Übergang der Staatsoberhoheit von König Viktor Emanuel III. auf den Prinzen Umberto hatte logischerweise zur Folge, daß der Ministerpräsident seine Demission einreichte.

Das war ein Staatsstreich

6. Juni (Schweiz. Depeschenagentur): »Nachdem Marschall Badoglio dem Generalstatthalter des Königreiches, Prinz Umberto, seine Demission eingereicht hatte, beauftragte ihn der Prinz zur Bildung einer neuen Regierung.«

Mit diesem Auftrag in der Tasche flog der Marschall in Begleitung bisheriger Regierungsmitglieder und seines »Ratgebers« – in Wirklichkeit war es sein politischer Vormund –, General Mac Farlane, nach Rom. Dort erhielt er von den im Grand Hotel versammelten Führern der sechs Parteien der »antifaschistischen Front« die überraschende Mitteilung, man benötige seiner nicht mehr.

Das war ein tatsächlicher Staatsstreich. Die neue Politikerkaste maßte sich kurzerhand die gesetzgebende und ausführende Staatsgewalt an. In Wirklichkeit bedeutete das die Wiedereinführung des faschistischen Regimes mit dem Unterschied, daß nun eine Mehrzahl von Parteien in die vorherige Rolle der alleinherrschenden Partei hineingeschlüpft waren. An das verflossene Regime erinnerte ebenfalls der Zynismus, womit jegliche Willensäußerung des Volkes und auch das Grundgesetz mit Verachtung übergangen wurden. Das entsprach ganz dem sattsam bekannten Stil des Politikers Mussolini.

Mit geradezu märchenhafter Unbeschwertheit

Der alte König, vor dem sich alle Politiker stets gefürchtet hatten, war nun gefällt. Die im eigenen Auftrage amtierenden »Volksvertreter« atmeten auf. Nun wollten sie Politik ganz im Kreise der »Fachleute« machen, also ganz unter sich und keiner überparteilichen Instanz mehr die Möglichkeit geben, in ihre Karten zu gukken. Die Parteisekretariate wurden die eigentlichen Träger der Staatsgewalt. So galt es nur noch, den alten Marschall und den Prinzen abzuschütteln. Die neue Kaste der Parteigewaltigen beeilte sich, dies zu tun. Den Prinzen behandelten sie mit der gleichen Unverfrorenheit, wie Mussolini das in den letzten Jahren mit König Viktor Emanuel getan hatte. Der Prinz sollte bloß noch die vom Parteienkartell ausgeheckten Maßnahmen formal bestätigen.

Die am 8. Juni 1944 im Grand Hotel in Rom versammelten Männer waren Vertreter von Parteien, die bloß auf dem Papier existierten. Folglich handelten sie im eigenen Auftrage, denn sie waren aus eigener »Wahl« hervorgegangene fiktive »Volksvertreter«. Das verlieh ihnen eine geradezu märchenhafte Unverfrorenheit, dem vom verfassungsmäßigen Staatsoberhaupt verfassungsmäßig bestimmten Ministerpräsidenten mitzuteilen, er sei ihnen nicht erwünscht und er möge deshalb von der politischen Bühne abtreten.

Ein Parteienkartell ohne Auftrag

Die sich selbst zu »Volksvertretern« ernannten Parteigewaltigen verweigerten folglich dem Marschall das Vertrauen und wollten ihn hindern, die Staatsmacht auszuüben. Das Parteienkartell maßte sich ohne Auftrag und ohne Kompetenzübertragung eine Befugnis an, die nur dem verfassungsmäßig gewählten Parlament zustand. Dazu beanspruchten diese selbsternannten Inhaber der öffentlichen Gewalt auch eine entscheidende Zuständigkeit des Staatsoberhauptes: nämlich die Bezeichnung des Regierungschefs. Denn sie teilten unumwunden mit, wer ihnen genehm sei, nämlich der einstige Ministerpräsident Ivanoe Bonomi.

Der damals 71jährige Sozialist Bonomi sollte folglich das »Neue Italien« verkörpern und das »demokratische Zeitalter« einläuten. Bonomi war kurz vor dem Faschismus, 1921/1922, Regierungschef und hat sich vor allem dadurch ausgezeichnet, daß er Mussolinis große innenpolitische Kampflist eines höchst anrüchigen »Friedensvertrages zwischen Faschismus und Sozialismus« tatkräftig unterstützte. Bonomi war folglich damals auf Mussolinis billigen Trick plump hereingefallen. Anfang 1922 ist Bonomis schwaches Ministerium an der Frage des Zeremoniells für die Beisetzung von Papst Benedikt XV. kläglich gescheitert. Mit diesem mittelmäßigen Politiker, der seinerzeit dem Faschismus ganz hilflos gegenübergestanden hatte, sollte der »Antifaschismus« seine staatliche Verwirklichung erleben.

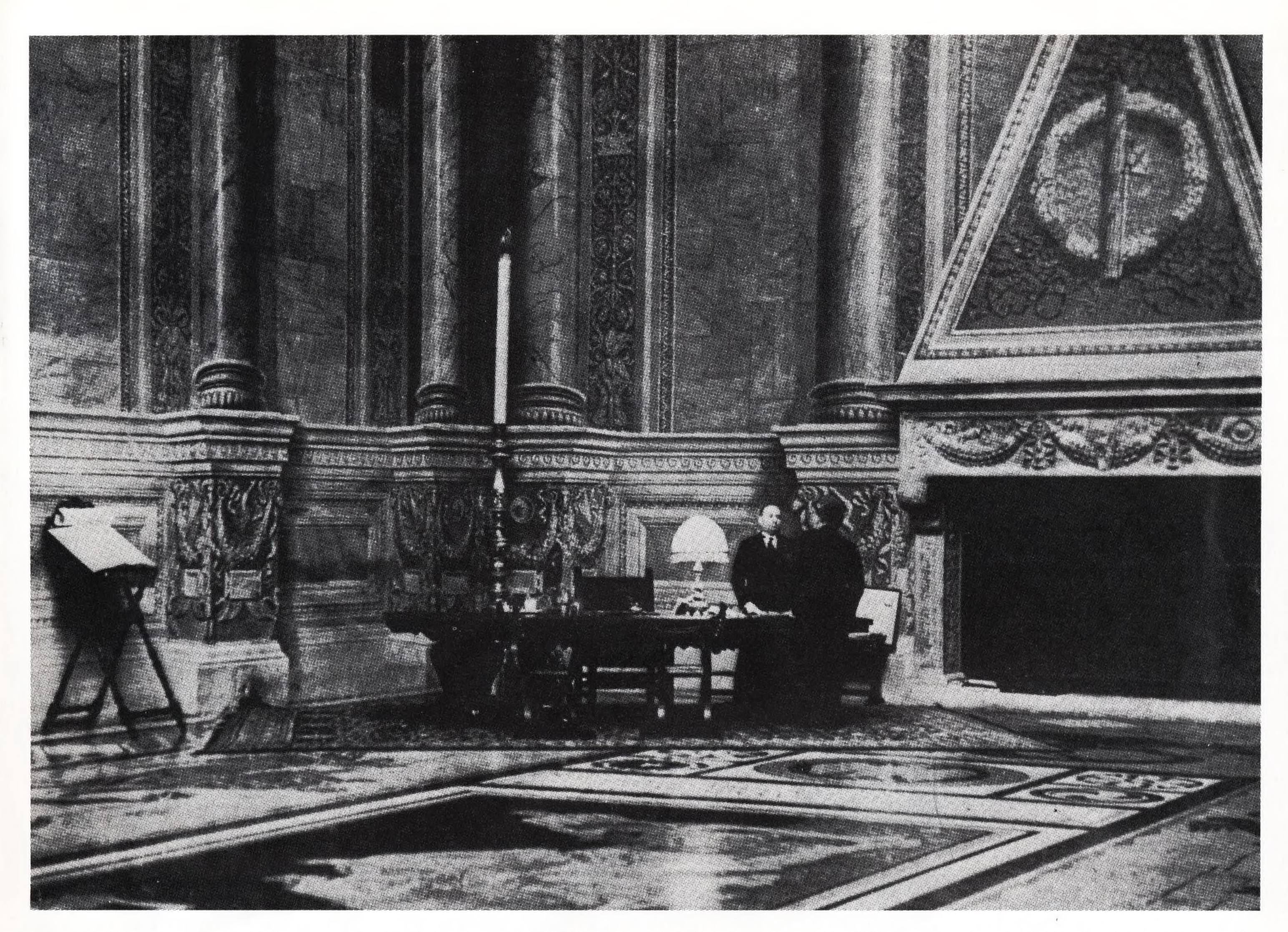
Demokratischer Neubeginn ohne das Volk

Badoglio hat diesen Staatsstreich folgendermaßen dargestellt: »Am Donnerstag morgen (8. Juni) begaben wir uns auf dem Luftwege nach Rom mit je einem Minister als Vertreter jeder der sechs Parteien und fanden im Grand Hotel die Parteiführer zusammen mit dem Abgeordneten Bonomi (der in keiner Weise Abgeordneter war!) bereits versammelt. Die Parteiführer waren: Casati (liberal), Ruini (Arbeitsdemokrat), De Gasperi (Christdemokrat), Nenni (Sozialist), Cianca (Aktionspartei); für die Kommunisten stellte sich Togliatti vor (er war als Minister des vormaligen Kabinetts Badoglio aus Salerno mit dem Marschall hergereist). Ich ersuchte die Parteiführer, sich untereinander auszusprechen, um ihre Beschlüsse zu fassen und mir dann ihre Absichten bekanntzugeben.

Um 18 Uhr eröffnete ich die Sitzung. Ruini erklärte, seine Partei sei der Ansicht, daß zur Bildung einer ehrlich und vollkommen demokratischen Regierung (!) ein Politiker Regierungschef sein müsse und nicht eine Militärperson, welche zudem keiner Partei angehöre. Seine Partei vertrete deshalb die Ansicht, daß der Abgeordnete Bonomi (der in nichts Abgeordneter war!) Regierungschef sein sollte.

Das »Neue Italien« hatte begonnen

Eine gleichlautende Erklärung gaben Casati, De Gasperi und Cianca ab ohne weitere Beifügungen. Dann sprach Nenni und erklärte sich mit den anderen Parteien solidarisch ... Von den mit



mir aus Salerno herbeigereisten Ministern ergriff einzig Togliatti das Wort und erklärte, die Kommunisten wünschten, in Übereinstimmung mit den anderen Parteien zu handeln, weshalb sie dem Antrag Ruinis beipflichteten...

Darauf begab ich mich zu Seiner Königlichen Hoheit dem Generalstatthalter, der im laufe des Tages in Rom eingetroffen war. Nachdem ich ihn über die Lage unterrichtet hatte, schlug ich ihm vor, den Abgeordneten (!) Bonomi sogleich zu sich kommen zu lassen...«

Das »Neue Italien« hatte begonnen, und zwar in eindeutiger Mißachtung der offiziell noch geltenden Verfassung von 1848, die das Recht zur Auswahl und Ernennung des Ministerpräsidenten dem Staatsoberhaupt ohne Vorbehalt und ohne Vorentscheid durch die Parteien einräumte. Bedingung für die Ausübung der Regierungstätigkeit war die Erlangung des Vertrauens durch die Kammer und den Senat. Das faschistische Abgeordnetenhaus war keine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung und der Senat war nicht beschlußfähig, weil die meisten Mitglieder entweder im deutschen Einflußbereich oder anderswie nicht verfügbar waren. Die Dynastie war die einzige funktionierende Behörde des Staates und hätte somit von den Politikern der Kontinuität des Staatswesens zuliebe anerkannt werden müssen. Besonders hätte Marschall Badoglio in dieser Grundsatzfrage hart bleiben sollen.

Marschall Badoglios politische Kapitulation

Seinen eigenen Ausführungen ist aber klar zu entnehmen, daß Badoglio angesichts der Verschwörung der vereinigten Parteisekretäre kapitulierte. Es ist auch bedauerlich, daß der Generalstatthalter den Vorschlag und Rat des alten Marschalls befolgte und sich der von den Parteiführern gewünschten Regelung unterwarf.

Er hat folglich das getan, was diese dreisten Parteileute seinem Vater unerbittlich vorwarfen, nämlich die altehrwürdige Verfassung nicht wirksam genug gegen die Ansprüche arroganter Politiker zu verteidigen.

Es darf nicht übersehen werden, daß Prinz Umberto in seinen Entscheiden durch die Besatzungsmacht eingeschränkt war. In all seinem Tun und Lassen mußte er stets den »Berater«, General Mac Farlane, anhören. Zudem stand er innenpolitisch einer Maffia-ähnlich geschlossenen Politikergruppe gegenüber. Die Besatzungsmacht samt den Meinungsmachern in London, Washington, New York und Moskau hätten es natürlich zu verhindern versucht, wenn der Generalstatthalter jemanden außerhalb der geschlossen gegen ihn auftretenden Politiker-Gilde zum Regierungschef ernannt hätte. Wenn Badoglio standfest geblieben wäre, hätte das aber durchaus Erfolg haben können.

Für Mussolini war dieser riesige, mamorgetäfelte Saal im Palazzo Venezia in Rom das »Privatbüro«.

Aber so entstand nun eine Regierung, die überhaupt keine staatliche oder demokratische Legitimation besaß. Ein privater Herren-Club ernannte die Regierung. Dieser Club von Politikern, die sich ganz aus eigenem Antrieb zur Staatsmacht vordrängten, konnte sich auf keine »Volkssouveränität« berufen. Im Gegensatz dazu war die Dynastie im Volksbewußtsein verankert und hatte vor Jahresfrist durch die elegante Beseitigung des Faschismus die massenhafte begeisterte Zustimmung erfahren dürfen.

Die »demokratische Legitimation« des Parteien-Kartells bestand somit ausschließlich in der Gnadensonne der militärischen Besatzungsmacht, die ihm

Italien

Westliches Demokratie-Modell vermag nicht mehr zu überzeugen

freundlich entgegenleuchtete. Die Alliierten trachteten danach, jeden Ausweg auf die Verfassungsmäßigkeit zu blockieren. Auf diese Weise begann eine folgenschwere Praxis: »Demokratie« wurde mit den Interessen der Sieger gleichgesetzt. Die aus der Bedeutungslosigkeit emporgetauchten Politiker stimmten aus Opportunismus zu. Von derartigen Praktiken wieder zur Eigenständigkeit zurückzufinden, ist für schwache Regime kaum möglich. Und die Siegermächte sorgten dafür, daß in Westeuropa schwache Regime von nun an mit politischer Tugendhaftigkeit gleichgesetzt wurden.

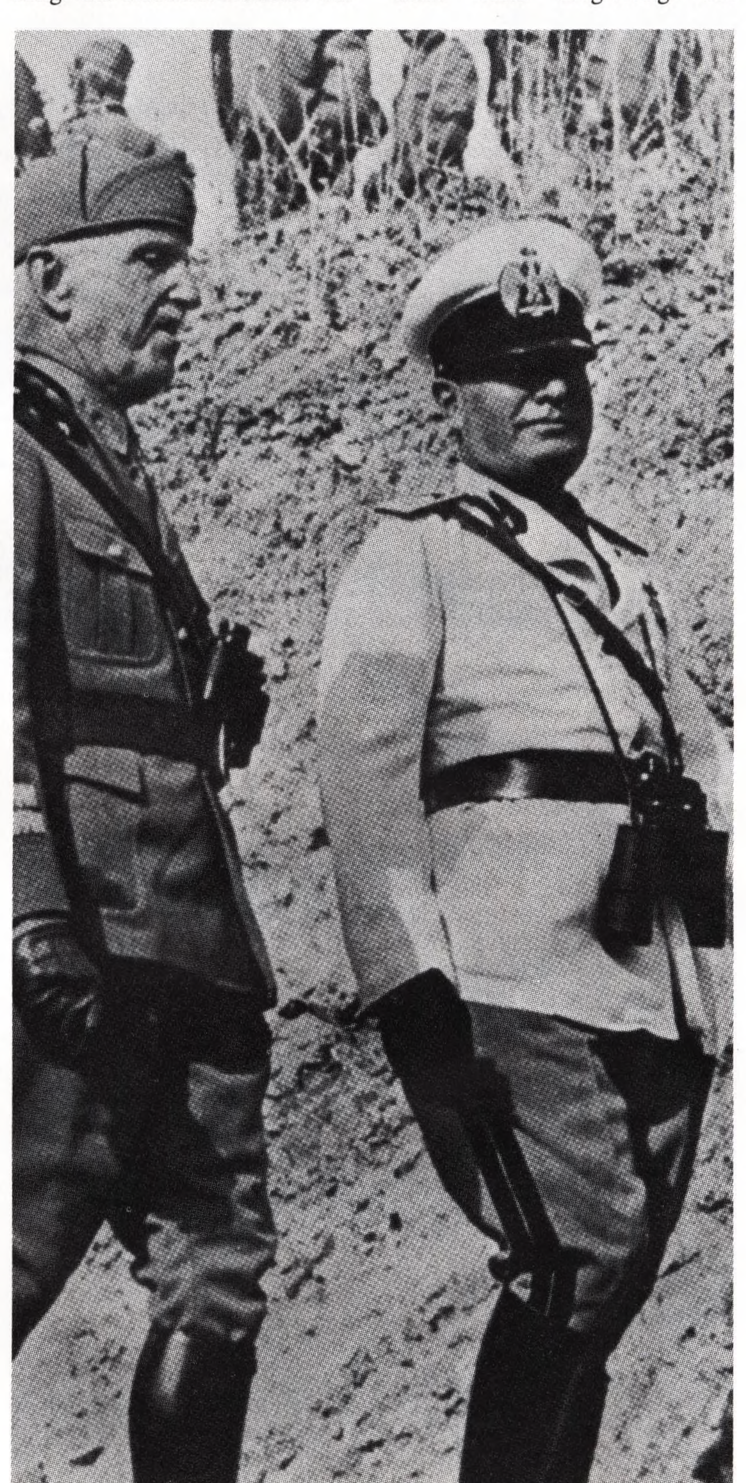
»Demokratie« waren die Interessen der Sieger

Die Besatzungsmacht sorgte auch dafür, daß das politische Leben (in Wirklichkeit handelte es sich bloß um eine politische »Subkultur«) schwerelos über Verfassung und Volkswillen hinweg auf das »Neue Italien« hinschwebte. Für die Sieger und für die von ihnen gehätschelten Politiker konnte der bittere Vorwurf mangelnder Verfassungstreue ja nie zutreffen ... solcher Tadel diente höchstens als Waffe gegen den König!

Eine Staatsverfassung nach persönlichem Belieben

Als besonders zynischer Verächter jeglichen Demokratie-Begriffes und des altehrwürdigen Grundgesetzes zeichnete sich neben Carlo Sforza der 78jährige Philosoph Benedetto Croce aus. Auch er wollte der neuen Regierung angehören – zwar nur in der dekorativen Funktion eines »Ministers ohne Portefeuille«. Vor allem aber weigerte er sich schlankweg, dem nach Recht und Verfassung funktionierenden Staatsoberhaupt, Prinz Umberto, den Eid als Minister zu schwören. Er verlangte, daß die Staatsverfassung seinem persönlichen Belieben und Geschmack angepaßt werde. Seine »absolute Forderung« lautete, er und die ganze Regierung müsse »dem Vaterlande« die Treue schwören, also einer nach Bedarf interpretierbaren Sache.

Es gab noch eine weitere Neuerung: das Kabinett Bonomi war die allererste Regierung Italiens, welche ihre Gesetze weder von der Krone noch vom Parlament billigen lassen mußte. Die Neuerung war wenig rühmlich: die neue italienische Regierung war somit vor keiner italienischen Instanz verantwortlich. Die Regierung Bonomi schwebte folglich vom italienischen Standpunkte aus gesehen im luftleeren Raume. Verfassungsrechtlich ist diese erste Regierung des »Neuen Italien« noch willkürlicher als alle Regierungstätigkeit Mussolinis jemals sein konnte! Zudem wies sie kaum mehr irgendwelche italienische Eigenständigkeit auf. In Wirklichkeit war sie nur noch der militärischen Besatzungs- und Siegermacht verantwortlich. Da sie sich nicht auf ein Parlament stützen konnte und den Vertreter des Königshauses nicht wirklich anerkannte, blieb ihr keine andere Legitimation übrig als das Wohlwollen der Anglo-Sowjet-Amerikaner!



Der von Mussolini auf allen Gebieten in den Schatten gestellte und resignierte König Viktor Emanuel III.

Nationales Schuldgefühl als Mittel der Meinungslenkung

Die sich ganz in die Abhängigkeit der militärischen Besatzung begebende Regierung Bonomi hat sich somit selber auf gleiche Stufe – und zu gleicher Bedeutungslosigkeit – wie das neofaschistische Regime in Norditalien abgewertet. Die Alliierten konnten sich ins Fäustchen lachen: Die in ihrer Gunst sich sonnenden alten Männer besorgten genau das, was die Besatzungsmacht von ihnen erwartete, nämlich die politische Abwertung Italiens.

Die aus der Versenkung emporgetauchten Politiker hatten schon 1922 dem Faschismus gegenüber ihren bedenklichen Mangel an Widerstandskraft bewiesen. Sodann hatten sie an der Beseitigung des Faschismus überhaupt keinen Anteil und kein Verdienst darum. Und nun, im Jahre 1944, zeigten diese Leute wieder ihren Mangel an Mut, politischer Klarsicht und Durchschlagskraft. Mit ihrem unterwürfigen Verhalten der Besatzungsmacht gegenüber und mit ihrem unwürdigen Parteiengezänk im Angesicht des im eigenen Lande tobenden Krieges haben sie Italien moralisch entwertet und politisch auf die Stufe einer lateinamerikanischen Bananen-Republik heruntergewirtschaftet.

Um Italien politisch auszulöschen, wollten die Anglo-Amerikaner vorab jeden Anflug eines Willens zur Größe und zur Macht im Keime ersticken. Dieser Absicht diente die Pflege und Aufbereitung eines dauerhaften Schuldgefühles, das nun unter dem Namen »Vergangenheitsbewältigung« gesäht und sorgsam am Leben erhalten wurde. Alles,

was vom Faschismus kam, erhielt den Makel des Bösen-an-sich und der Sünde, und alles, was den Siegermächten nicht paßte oder sie störte, wurde von nun an kurzerhand als »faschistisch« bezeichnet. Mit dieser primitiven aber wirkungsvollen Formel wurde eine umfassende Kulturrevolution durchgeführt. So lachhaft es ist: auch die Monarchie wurde mehr oder weniger mit dem Faschismus identifiziert, um dieses den Siegern lästige Element beseitigen zu können.

Mit der planmäßigen Verunglimpfung der Monarchie ging es den Siegermächten vorerst darum, das Funktionieren des italienischen Staates rein technisch zu erschweren, denn sie verfolgten ja das Ziel, möglichst schwache politische Regime zu installieren. Hat doch die Dynastie alle Ungereimtheiten und Pannen des demokratischen Systems (auch der Faschismus und Mussolini waren derartige Pannen) gemildert oder korrigiert. Als neutrale, über den Parteien stehende und nicht den Kombinationen eines Wahlverfahrens unterworfene Instanz bildete die Dynastie einen ruhenden Pol im Getümmel des Parteiengewoges und diente als Reservestellung während der Zeit der Diktatur. Weil die Krone über den Parteien stand war sie die Instanz, welche das Ganze über die Teile stellte und somit für das Ganze dachte und handelte. Das verlieh dem auf den wackeligen Stelzen des Zentralismus einhergehenden Staat einen festen Rückhalt und eine ausgleichende Kraft.

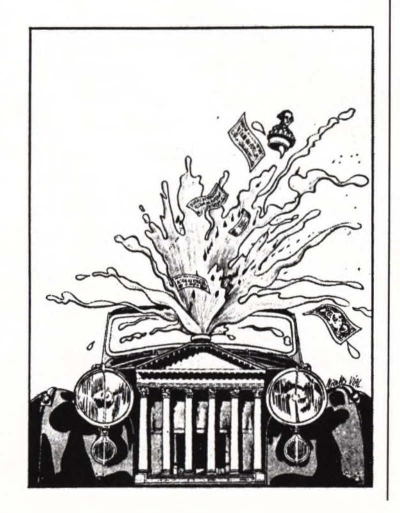
Ziel der Siegermächte: Schaffung schwacher politischer Gegner

Im besonderen aber wollten die Siegermächte die hohen gefühlsmäßigen Werte des Staates beseitigen, die im Königshause versinnbildlicht sind. Um die Monarchie abzuwürgen und um die Nation mit Hilfe von Schuldgefühlen dauernd zu manipulieren, züchteten die Siegermächte eine geeignete Gruppe von Politikern heran, für die persönlicher Groll schwerer wog als das Ansehen und die Interessen der Nation.

So begann das »Neue Italien« am 9. Juni 1944 mit Verfassungsbruch und doktrinärer Verachtung des Volkswillens. Ein von der Besatzungsmacht geförderter privater Klub von Politikern, die alle nur ihrem eigenen Namen sprechen konnten, taten, als wäre Italien ihre Privatsache. Sie benahmen sich also genau wie Mussolini. Zu diesem unglaublichen Verhalten waren sie von den demokratiebringenden angloamerikanischen Besatzungsbehörden ermächtigt worden. Diese wünschten die Republik und identifizierten ihren politischen Wunsch – wie alle ihre Wünsche – mit der Demokratie schlechthin. Soeben noch hatte sich das italienische Volk geschlossen hinter die Dynastie gestellt, als diese den Faschismus beseitigte. Nun aber erschienen grollende alte Männer und Rückkehrer aus dem Auslande und wurden von der Besatzungsmacht ermuntert, die Monarchie, den König und den Prinzen Umberto maßlos zu beschimpfen. Kein Mittel war schlecht genug, um die Dynastie zu beleidigen und dadurch bei der Besatzungsmacht gut angeschrieben zu sein.

Die Besatzungsmacht und die Politiker-Gilde

Besatzungsmacht und Politiker-Gilde wollten einem Volksentscheid über die Frage der Monarchie vorgreifen. Sie wollten an Stelle des Volkes entscheiden. Ihre Beschimpfungen sollten die »öffentliche Meinung« von allem Anfang an gegen die Beibehaltung der monarchischen Staatsform festlegen. Was das Volk wollte und fühlte, interessierte sie überhaupt nicht. Für sie zählte nur, was ihnen am besten paßte, und was ihnen paßte, hatte als »Demokratie« zu gelten. □



Rußland

Der neue Finanz-Zar ein IWF-Lakai

Peter Blackwood

Die Ernennung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Boris Fyodorow, ein »Schocktherapeut« des harten Kerns, durch Präsident Boris Jelzin zum »Super-Minister« für das Finanz- und Wirtschaftswesen, bedeutet für Rußland eine Katastrophe. Fyodorow, der perfekt Englisch spricht, ist in Kreisen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und in anglo-amerikanischen Bankkreisen gut bekannt und beliebt, nicht zuletzt deswegen, weil er an der Weltbank gearbeitet hat, bevor er in die russische Regierung eintrat.

Als Finanzminister hat Fyodorow im April dieses Jahres die Verhandlungen mit der Gruppe der Sieben Industriestaaten über ein »Hilfs-Paket für Rußland« geführt. Das anglo-amerikanische Establishment ist über die Ernennung von Fyodorow entzückt.

Die Medizin des IWF schlucken

Ein Informant, der Ende März aus Rußland zurückkehrte, sagte zu unseren Korrespondenten, »Fyodorow leitet das Ganze« und als »Mann des Internationalen Währungsfonds in Rußland, wird er die Medizin des IWF schlukken«.

Fyodorow werde dies auf eine etwas »verfeinerte« Art und Weise tun, als die 1992 von dem damaligen Ministerpräsidenten Jegor Gaidar angewandte Schocktherapie: »Fyodorow wird den Gedanken des Finanz-Genies George Soros und Präsident Clinton für ein soziales Sicherheitsnetz vortragen, was bedeutet, daß wir nicht mehr eine nackte Schocktherapie, sondern eine verwässerte Schocktherapie mit etwas an Ort und Stelle, um die Wirkung abzufedern, haben werden.«

Bei dieser »modifizierten Schocktherapie« wird die russische Industrie weiter geschlossen werden. Dieser vom IWF verursachte wirtschaftliche Ruin ist die eigentliche Ursache der Krise in Moskau, »die größte strategische Bedrohung unserer Zeit«, wie der amerikanische Außenminister Warren Christopher im März sagte.

Da hier so ungeheuer viel auf dem Spiel steht, kommt zumindest ein Anstoß von US-Präsident Clinton, einige der Sparkonditionalitäten des IWF zu beseitigen oder zu mildern. Wie von der »Frankfurter Allgemeine Zeitung« zitiert, hat Clinton den IWF bedrängt, mit einem Hilfs-Paket von rund zehn Milliarden Dollar pro Jahr, über den Schuldenerlaß hinaus, herauszurücken und das Paket nicht an Bedingungen zu knüpfen. In einer Erklärung seines Moskauer Vertreter, Jean Foglizzo, wies der IWF dies zurück. »Ich sehe nicht, wie wir in naher Zukunft ein Übereinkommen mit Rußland erzielen können«, sagte Foglizzo, und setzte hinzu, daß Rußland überhaupt keine Hilfe erwarten kann, bevor die politischen Parteiungen sich über eine für den IWF annehmbare Wirtschaftspolitik einigen können.

Der IWF hat tatsächlich Rußland nur eine Milliarde der im vergangenen Jahr mit gewaltigen Fanfarenstößen versprochenen 24 Milliarden Dollar zukommen lassen. Die Bedingung für weitere Kredite war, daß das gesamte Präsidium, Regierung und Zentralbank sich darüber einigen, die Politik des IWF in die Tat umzusetzen. Jetzt wird diese Bedingung ausgeweitet und soll auch den obersten sowjetischen Kongreß der Volksdeputierten einschließen.

Schuldenerlaß allein wird nicht helfen

Was Rußland im April von der G-7 erwarten konnte, sind Vereinbarungen oder sogenannte »Schuldenerlasse«. Der Klub von Paris der Gläubiger-Regierungen des Westens traf sich in den letzten Märztagen bis Anfang April, um ein beträchtliches Schuldenerlaß-Paket auszuarbeiten, das es Rußland »gestatten« wird, durch das Jahr 1993 hindurch Zahlungen auf die 17 Milliarden Dollar, die 1992 und 1993 fällig wurden oder fällig werden, vorläufig einzustellen. Dies ist absurd, weil seit dem 1. Januar 1992 Rußland bereits alle Rückzahlungen von Schulden an Regierungen eingestellt hat. Das »Schuldenerlaß-Paket« wird nur eine bereits bestehende Praxis gesetzlich verankern und ratifizieren.

Seit dem vergangenen Jahr hat Rußland alle Rückzahlungen – sowohl Kapital als auch Zinsen – der Schulden der ehemaligen Sowjetunion sowohl an Regierungen als auch an westlichen Banken eingestellt. Rußland verkündete im März, diese Politik werde zumindest bis zum 30. September 1993 weiterbetrieben, ungeachtet dessen, was der IWF, westliche Banken, der Club von Paris, die G-7 oder irgendjemand anders sagt oder tut. Schuldenerlaß an sich und allein wird den Wirtschaftszusammenbruch in Rußland nicht kurieren. Wenn er das hätte tun können, dann hätte die wirtschaftliche Kehrtwendung schon vor vielen Monaten eingesetzt und wäre jetzt gut sichtbar. Die Schulden nicht zurückzuzahlen, oder die Schuldenrückzahlung drastisch zu verringern, wenn mit der Schocktherapie gekoppelt, ist immer noch eine Schocktherapie, wie die ruinösen Fälle Polen und Rußland in den letzten 15 Monaten gezeigt haben.

Russen haben vom IWF die Nase voll

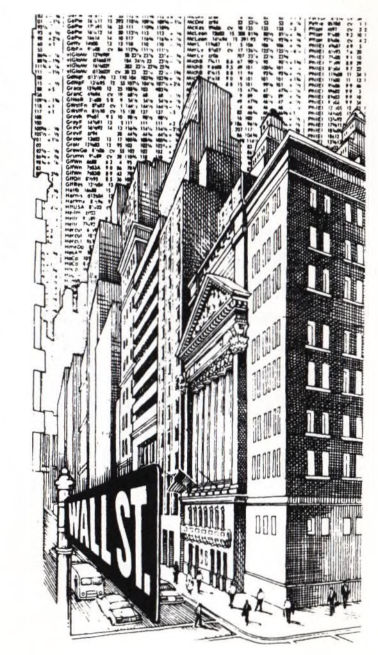
Ab 30. März hielt Jean Foglizzo, Leiter der ständigen Mission des IWF in Moskau, über die Rolle des Fonds eine Pressekonferenz ab. Er bekam als Gegenleistung eine starke Dosis des Zornes, der sich darüber aufbaut, was der IWF dem Lande angetan hat und noch anzutun gedenkt, zu spüren.

Ein russischer Journalist fragte: »Auf der Straße wird über die verderbliche Rolle des IWF in Rußland allerlei geredet. Können Sie uns irgendwelche Beispiele für IWF-Hilfe an Länder, die sich in der Vergangenheit in einer kritischen Lage befanden, nennen?«

Nach einigem Herumdrucksen erwiderte Foglizzo: »Sie werfen die Frage der Sichtbarkeit von IWF-Aktionen auf. Natürlich bin ich sichtbar, aber das macht die Leute nicht satt. Sie machen uns satt.« Er räumte ein, daß der IWF »nichts aufbaut ... Gelder des IWF bleiben gewöhnlich in der Zentralbank«.

Der Journalist setzte nach: »Können Sie sagen, daß, sagen wir einmal, die Tschechoslowakei oder Ungarn, zum einen oder anderen Zeitpunkt in ihrer Geschichte, von der Hilfe oder den guten Ratschlägen des IWF abhängig waren, um aus der Krise herauszukommen? Geben Sie uns nur ein paar Beispiele, drei Beispiele, fünf Beispiele.«

Foglizzo erwiderte: »Ich kann Ihnen kein Beispiel eines Landes geben, das dank der IWF-Hilfe für immer wohlhabend und erfolgreich sein wird.« □

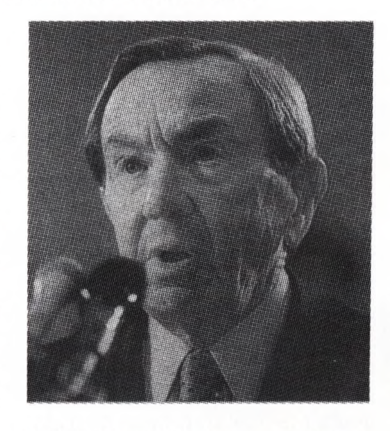


Die Macht über den Drogenkrieg

Warren Hough

Die Clinton-Regierung, die offenbar entschieden hat, daß sie den Krieg gegen Drogen nicht gewinnen kann oder will, überträgt dieses Problem an die Vereinten Nationen, gibt somit die Souveränität der USA auf und spielt den Internationalisten in die Hände.

Um dem völlig fehlgeschlagenen – und ruinös kostspieligen – Krieg gegen Drogen der Reagan-Bush-Ära einen globalistischen Dreh zu verleihen, bereitet die Clinton-Regierung sich auf einen überraschenden Schritt vor: Anfang des kommenden Jahres wird die amerikanische Drogenpolitik nicht mehr in Washington, sondern bei den Vereinten Nationen durch internationale Bürokraten und, in einer Schlüsselrolle, durch israelische Agenten, betrieben.



US-Außenminister Warren Christopher plant den Kampf gegen die Drogen den Vereinten Nationen zu übertragen.

Neue Aufgaben für den Mossad

Nach der geplanten Strategie wird das UN Drug Control Programm (UNDCP), ein wenig bekannter Arm der Weltorganisation, »die regionalen Ziele« für die amerikanischen Gesetzesvollzugsbehörden festlegen, »in enger Koordination« mit internationalen Geheimdienstnetzwerken, wie zum Beispiel Interpol und die Drogen-Abteilungen anderer Länder.

Der Mossad, Israels Geheimdienst, wird dabei als »Speerspitzen-Einheit« der ersten größeren breitgefächerten Aktion dienen, die das UNDCP im kommenden Jahr zu starten gedenkt: Eine »multilaterale« Operation, um dem Opium- und Heroinhandel im Libanon ein Ende zu bereiten, erfuhren unsere Korrespondenten exklusiv aus hochstehenden Kreisen der Vereinten Nationen.

Der erste Hinweis auf diese radikale Verschiebung auf eine Weltregierung kam während der kürzlichen Zeugenaussage des amerikanischen Außenministers, Warren Christopher, vor dem Unterausschuß für internationale Operationen des Ausschusses für auswärtige Angelegenhheiten des US-Repräsentantenhauses.

Als Reaktion auf wiederholte Anfragen, wie zum Beispiel »Warum haben wir von der neuen Regierung noch nichts über den Krieg gegen Drogen gehört?«, sagte Christopher zu den Kongreßabgeordneten, die Drogenprobleme würden bald unter die Zuständigkeit eines neu geschaffenen Postens – Staatssekretär für globale Angelegenheiten – in seinem Ministerium fallen.

»Wir planen, die Drogenbekämpfung in Zukunft auf weltweiter Basis zu behandeln«, sagte Christopher. »Es ist eine Frage, die internationale Dimensionen hat. Sie basiert nicht auf einer einzigen Region oder einem einzigen Land. Ich glaube, es ist klug, dieses Problem von nun an auf weltweiter Ebene anzugehen.«

Obwohl Christopher es dem Gremium des Hauses nicht näher erläuterte, hat die Clinton-Regierung bereits rund 300 Millionen Dollar an Steuergeldern für die weitergehende Suche nach einem Pilot-Projekt für weltweite »Ausrottung des Drogenproblems« aufgewendet, verlautet aus Kreisen der Vereinten Nationen.

Im Jahre 1987 begonnen, zielt das Programm auf den Distrikt Muong Hom, im Kernland des Drogen produzierenden Goldenen Dreiecks von Südostasien ab, wo der Stamm Lao Sung seit langem als Hauptanbauer des Opium-Poppy bekannt ist.

Um den Lao Sung dieses lukrativen Anbaus zu entwöhnen, hat ein Konsortium von Eine-Welt-Agenturen, angeführt vom UNDCP und einschließlich des International Fund for Agricultural Development sowie der Weltbank, in dieser Zone in aller Stille einen Wirtschaftsentwicklungsplan erweitert.

Ein in Gold gerahmtes Schaustück

Straßen wurden gebaut, ein Viehbestand importiert. Bewässerungsprojekte finanziert, und Kleinbauern am Ort wurden billige Pflanz-Kredite gewährt, unter der Bedingung, daß sie etwas anderes anbauen als Opium-Poppies. In dem 550 Seiten starken »International Narotics Control Strategy Report«, der im April dieses Jahres herauskam, taucht Laos als einziges asiatisches Land auf, das das Lob der Clinton-Regierung verdiene.

Als »drittgrößtes Opium erzeugendes Land der Welt ist Laos das einzige der obenan stehenden drei Länder, das in jedem der letzten drei Jahre seine potentielle Opium-Produktion ... um insgesamt 39 Prozent verringert hat«, heißt es in dem Überblick.

Die UNDCP-Bürokraten – unterstützt von Steuergeldern – erhalten für die Entwicklung dieses globalistischen Verschenkungsprogramms gute Zensuren.

Das nächste Ziel für ein vom UNDCP koordiniertes »multilaterales« Drogenbekämpfungsunternehmen ist, wie berichtet wird, das Bekaa-Tal im Libanon, wo der Mossad, Israels Geheimdienst, für die »Nachrichten« und einen Großteil der »Feldeinheiten« für diese Operation sorgen wird, verlautet aus Kreisen der Vereinten Nationen.

Aber Experten des Gesetzesvollzugs und Fahnder der Drogenbekämpfung verwarfen das laotische UNO-Experiment »als in Gold gerahmtes Schaustück«, wie es ein kürzlich in den Ruhestand getretener hochstehender amerikanischer Zollbeamter formulierte.

Ein bürokratischer Turmbau zu Babel

»Ein solches Ausrottungsprojekt könnte in einem sehr begrenzten Maßstab, in einem kleinen und ländlichen Zielgebiet, zweckmäßig sein«, stellte ein altgedienter Drogen-Fahnder fest. »Wenn wir das in einem großen Drogen erzeugenden Land wie Libanon oder Kolumbien versuchen wollten, wo der Kokain- und Marijuanahandel jetzt 15 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts einbringt, würden die Kosten ins Unermeßliche steigen – ganz zu schweigen von vielen anderen Schwierigkeiten.«

Spezialisten des Gesetzesvollzugs verhöhnten die Vorstellung, daß die Vereinten Nationen – bestenfalls ein komplizierter, sich selbst dienender und kostspieliger bürokratischer Turmbau zu Babel – dazu ausgerüstet seien, mit der gerissenen und undurchsichtigen Unterwelt des Drogenhandels fertigzuwerden.

Einige Beobachter mutmaßten in Privatgesprächen, daß die Schritte der Clinton-Regierung in Richtung auf eine weltweite Unterdrückung der Drogen in Wirklichkeit nur dazu dienen soll, das Kozept einer Weltregierung mit immer mehr politischer Macht zu erweitern. »Das Kokain-Kartell hat von dieser Strategie nichts zu befürchten«, sagte Leutnant Serge Malek, ein Fahnder aus New Jersey, zum Schluß. »Es sind unsere verfassungsmäßig garantierte Absicherung und nationale Unabhängigkeit, die in Gefahr sind.« □

Vereinte Nationen

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Walter Fischbacher

Am 10. Dezember 1948 beschlossen die Vereinten Nationen die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« – Resolution 217 A (III). Die Vereinten Nationen wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit derselben Absicht gegründet wie der Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg, nämlich um damit ein zentrales Kontrollorgan zu schaffen, in dem sämtliche politischen sowie wirtschaftlichen und finanziellen Fäden sämtlicher Regierungen auf der Welt zusammenlaufen.

Die Annahme, daß es den Vereinten Nationen in dieser Erklärung in erster Linie um die Menschenrechte ging, erweist sich als falsch; denn tatsächlich verordnen diese 30 Artikel auf drei verschiedenen Gebieten: Es sind die Menschenrechte, der Umbruch aller vorhandener politischen Strukturen (Revolution) und der Ansatz für einen Welt-Sozialismus (Einheits-Welt-Diktatur). Die Vernichtung aller National-Staaten und die Abschaffung aller föderalistischer Gesellschaftsstrukturen scheinen das Hauptziel dieser Gesetzgebung zu sein; denn nicht weniger als die Hälfte der Artikel wollen die Welt – in meist getarnter Weise – in ein revolutionär-utopisches Einheitsreich verwandeln.

Die Präambel lenkt von den wahren Zielen ab

Die Präambel ersetzt mittels eines Kunstgriffes die Wirklichkeit durch eine Vision: Die vielen verschiedenartigen Völker der Erde werden ganz simpel als eine »menschliche Familie« karikiert.

Ein Appell zur Sorge über die »allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnende Würde und ihrer gleichen unveräußerlichen Rechte« versucht den Leser von den hinterlistigen Inhalten dieser Vorlage abzulenken.

Ebenso unehrlich werden sich Formulierungen erweisen, wie, es sei »wesentlich«, »die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen«, oder »damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen wird«. Im Gegensatz dazu wird eine unabsehbare Unruhe und neue Tyrannei in die Wege geleitet. Sogar ein guter Glaube, der den Satzungen der Vereinten Nationen zugrunde läge, wird angerufen: Der »Glaube an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und an den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau«.

Die Präambel vermag mit einer Vermengung von Wünschen, Visionen und gesetzlichen Ausdrükken und undurchsichtigen Formulierungen – die in einen einzigen Mammut-Satz mit 30 Zeilen gepreßt werden – den Leser vom revolutionär-utopischen Geist dieser gefährlichen Gesetzgebung abzulenken. Auch aberwitzige Begriffe des Zeitgeistes werden angerufen, mit denen eine soziale Umkrempelung erleichtert werden soll.

Der Begriff der »Gleichberechtigung von Mann und Frau« mit seinem inneren Widerspruch hätte nicht in eine Gesetzgebung der UNO einfließen dürfen. Kein Leser weiß, ob unter Gleichberechtigung eine »gleiche Berechtigung« – das wäre eine zwanglose Möglichkeit für Mann und Frau – gemeint wäre, oder ob eine »berechtigte Gleichheit« zutreffe. Letzteres wäre ein getarnter Zwang zur Gleichheit, wobei das Wort »berechtigt« nochmals sinnwidrig wäre. Bei einem akzeptierten Zwang zur Gleichheit ist gar nichts mehr nur »berechtigt«.

Natürlich ist allgemein bekannt, daß die Linken unter dem widersprüchlichen Ausdruck nur den nicht gerne ausgesprochenen Zwang zur Gleichheit verstehen wollen: Den Zwang, in allen Belangen und Beteiligungen für Männer und Frauen eine Gleichheit zu erreichen. Ein solches Gleichheits-Konstrukt wird sowohl Kulturen wie auch Religionen durcheinander bringen. Es wird aber niemals die anatomischen, physiologischen und psychischen Verschiedenheiten zwischen Mann und Frau verändern oder aufheben. Damit ist «Gleichberechtigung« ein ideologischer Sündenfall aber niemals mit einem Menschenrecht zu verwechseln.

Mit dem Begriff »gemeinsame Ideale aller Völker und Nationen« werden unvereinbare Unterschiede von Kulturen, Völkern, Religionen und auch von Rechtsvorstellungen zugedeckt. Dabei erweisen sich die Identitäten der einzelnen Völker, Stämme, Kulturen, Gesellschaften als die stärksten sozialen Kräfte überhaupt. Und trotzdem die jüngste Geschichte besonders eindrücklich zeigt, daß Erziehungs- und Umerziehungs-Bemühungen nirgends imstande waren, die Vielfältigkeit unserer irdischen Wirklichkeit in die Nähe einer Einheits-Vision von Utopien zu bringen – Marxisten, Islamisten, Christen –, gebärden sich die Vereinten Nationen als eine neue Weltkirche der Utopisten, die mit dieser Gesetzgebung und weltweiten Erziehungsmaßnahmen eine einzige Weltkultur, ein einziges Weltbürgertum mit dem grenzenlosen Frieden – in Wirklichkeit mit einem zunehmenden Wirr-Warr – konstruieren wollen. Vermehrte Unruhen und Revolutionen sind für jene Zeit vorauszusehen, wo das hiermit bezweckte völkische Durcheinander in vielen Staaten bis über den kritischen Punkt zugenommen hat.

Die zu beanstandenden Artikel

Artikel 1: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.« Dieser Satz entspricht einer ideologischen Beschwörung. Die Würde und Rechte verschiedener Menschen sind in der Auffassung wie in der Praxis sehr verschieden – und zwar von Kultur zu Kultur, von Volk zu Volk, und von Mensch zu Mensch. Und wer mit dem Ausdruck »Geist der Brüderlichkeit« vorgibt, alles zu erfassen, betreibt ebenso Schindludereien, wie einer der umgekehrt allen Menschen Unverträglichkeit und Sadismus nachsagen würde! Selbst unter wohlwollendsten Umständen wäre es weltfremd, die Sozialethik der christlichen Brüder und der weltbürgerlichen – freimaurerischen – Brüder und der islamischen Brüder sowie der sozialistischen Genossen und der marxistischen Genossen unter ein Dach zu zwingen. Die Absicht ist aber erkennbar: Eine weltweite Beseitigung aller Grenzen!

Artikel 2 stellt alle Erdenbürger – egal zu welcher Kultur und zu welchem Volk gehörig – gleich: (1) »Jedermann hat Anspruch auf die hier erklärten Rechte und Freiheiten, ohne irgend eine Unterscheidung wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Vermögen, Geburt oder sonstigem Status.« Wo jedermann die selben Ansprüche zustehen und wo eine Differenzierung in keiner Weise mehr erlaubt wird, werden Kulturen gefährdet oder geschändet. Dieser Artikel will die Beseitigung von Nationalitäten, Völkern, Kulturen, Rassen, Familie, Religionen. Er befiehlt mit letzter Konsequenzu die Beseitigung aller Grenzen.

Viele versuchen sich hier vielleicht einzureden, daß dieser Artikel doch nicht derart Verrücktes

anvisieren könnte. Aber gerade derart Verrücktes ist von prominentesten Welt-(Ver)-Führern längstens bekannt: Der Österreicher Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi hat schon 1925 von der Vermischung zur Welt-Einheits-Rasse – einer eurasisch-negroiden Mischrasse – geschwärmt. Und der erste Generaldirektor der WHO, G. Brock Chrisholm, hat 1955 die Verschmelzung der Erbmassen der verschiedenen Rassen gefordert. Und der ebenfalls der UNO nahestehende Gründer des Club of Rome, Dr. Aurelio Peccei, der 1980 eine UNO-Sonderkonferenz zustandebrachte, wollte die Grenzen-Beseitigungen und Rassenversmischungen mit einer Kulturrevolution – im Westen! – und der langsamen Entmachtung aller Regierungen mit der Schaffung einer Weltregierung als Weg des Heiles begehen.

Vaterländer werden abgeschafft

Artikel 6: »Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.« Die unscheinbaren Wörtchen »jeder« und »überall« entkräften jegliche bestehende Gesetzgebung für Länder, Völker, Kulturen, Sprachgebiete, Religionen und Nationen. Damit hat auch jeder Föderalismus zu verschwinden; denn im vorgegebenen Sinne internationalisiert wird jede andere Lebensform ihrer Rechte und ihrer Basis beraubt. Es wird nur noch die UNO-Weltdiktatur zugelassen. Nirgends aber entstehen mehr Explosivkräfte für die Zukunft, als dort wo Grenzen beseitigt werden und die Interessen inkompatibler Völker und Kulturen und Religionen vermischt werden. Damit »jedermann« gleich ist, muß selbstverständlich auch der Begriff Inländer und Ausländer verschwinden. Die UNO kennt diese Begriffe nicht mehr.

Artikel 9: »Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.« Daß niemand mehr des Landes verwiesen werden darf – auch fremde Eindringlinge, Agitatoren und Spitzel nicht – ist nur die logische Folgerung eines Grenzen- und Nationen-freien Zustandes.

Artikel 13: (1) »Jedermann hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Wohnsitz frei zu wählen.« Mit »einem Staat« ist jeder Staat gemeint; nicht nur etwa sein Staat! Damit ist für jedermann ein Wohnsitz irgendwo in der Welt garantiert – ganz im Sinne der Grenzenbeseitigung. Vaterländer sind abgeschafft!

Artikel 14: (1) »Jedermann hat das Recht, in andern Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.« Mit diesem Artikel sind alle Länder, ohne genannt zu werden, verpflichtet, jeden sich Meldenden – ob er nur glaubt oder tatsächlich verfolgt ist – aufzunehmen und ihm den »Genuß des Asyles« zu ermöglichen. Ob es sich dabei um assimilierbare oder nicht assimilierbare Exoten handelt, spielt beim Gesetzgeber keine Rolle. Damit wird jede explosible Infiltration gesetzlich geschützt. Dieser Unfug hat in der Schweiz bereits zur Aufstockung einer neuen Bundesbehörde geführt, die eine Arbeit zu erbringen hat, die gar nicht geleistet werden kann; denn eine Abklärung bei Fremdsprachigen aus fremden Kulturen bleibt schlechterdings eine naive Fiktion.

Die internationalistische Unterwanderung

Artikel 21: (1) »Jedermann hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch gewählte Vertreter teilzunehmen.« Auch hier werden einheimische Kulturträger und beziehungslose Fremdlinge und Eindringlinge gleichgestellt. Unter »jedermann« fallen Einheimische wie Ausländer. Die Abschaffung der Nationen und der Kulturen läuft also über viele Artikel dieses UNO-Gesetzes. Ein Gesetz, das die nationalen Rechte nur im Verborgenen unterläuft, muß als hinterhältig bezeichnet werden.

(2) »Jedermann hat unter gleichen Bedingungen das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.« Auch hier werden die Ausländer den Einheimischen gleichgestellt. Sein Land ist nämlich nicht mit seinem Vaterland zu verwechseln, sondern es bedeutet schlicht das Land, wo sich »jedermann« gerade aufhält. Der Einbruch Fremder in die Behörden eines kleinen Landes kann zu unangenehmen Folgen führen.

(3) »Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; ... dieser Wille muß durch ... Wahlen ...« Diese scheinbare Offerte für eine echte Demokratie trügt; denn gerade die echte Demokratie ist auf einen Grundkonsens des Volkes angewiesen. Und wo ein Volk durch die internationalistische Unterwanderung multiethnisch und multi-kulturell aufgesplittert ist, kann eine echte demokratische Prozedur nur noch zur Landesauflösung führen. Je vielfältiger die Zusammensetzung – völkisch, rassisch, kulturell, religiös – desto ausgeprägter ist der Mangel an einem gemeinsamen Fundament. Darum gibt es nur die Alternativen: Viele Demokratien auf der Erde – oder aber eine Welt-Diktatur.

Artikel 22: »Jedermann hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit und hat Anspruch darauf, ... in den Genuß der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten zu gelangen.« Auch hier werden mit dem Ausdruck »jedermann« alle Bürger, Nicht-Bürger, Exoten, Fremde, Hiesige ... in den gleichen Topf geworfen. Die Bezeichnung »als Mitglied der Gesellschaft« bringt keine rechtliche Abgrenzung. Staatsbürger gelten für die UNO als abgeschafft. Soziale Ausbeutung ist die Folge.

Artikel 23: (1) »Jedermann hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.« Wenn also ein Promille der Chinesen – das wären eine Million – in die Schweiz eindringen würden, müßten wir sie beschäftigen und sozial tragen. Bitte halten Sie mich nicht für einen Phantasten; denn der der UNO nahestehende Dr. Aurelio Peccei (Club of Rome, UNO-Sonderkonferenz) hat die europäischen Staaten aufgefordert, massenweise Exoten hereinzulassen, um das große Disaster (welches wohl?) abzuwenden.

(2) »Alle Menschen haben ohne Diskriminierung das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.« Damit sollte eine Putzfrau in Manhattan oder in Paris den gleichen Lohn beziehen, wie eine Putzfrau in Sizilien oder in Häggenschwil. Solche Forderungen sind nicht einmal isolierte UNO-Verrücktheiten; denn unlängst hat ein EG-Kommissionsmitglied denselben Unsinn für innerhalb der EG verlangt. In einer derartigen Plan- und Diktat-Wirtschaft würde der größte Verwaltungsaufwand bald einmal für die Zuschüsse und Abzüge an alle Mitglieder der Gesellschaft gebraucht werden, damit sie alle dem theoretischen Weltmittel entsprechend entlöhnt wären.

Die weltweite Verwaltungsdiktatur

(3) »Jedermann, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und günstige Entlöhnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert und die, wenn nötig, durch andere soziale Schutzmaßnahmen zu ergänzen ist.«

Es muß jedem einleuchten, daß eine solche internationalistische Vision von den wenigsten aller Länder – falls überhaupt von einem – eingehalten werden kann. Aber sie sichert die Ausbeutung unserer Staaten durch reisewillige Exoten. Daß mit solchen internationalen Lockofferten/Verpflichtungen die Tüchtigsten aus den Entwicklungsländern weggelockt werden, wobei die Entwicklungsländer selber entkräften, ist den Utopisten am East-River keine Überlegung wert. Erinnern wir uns hier wieder einmal daran, daß viele Progressive – auch Freimaurer, Weltzionisten und Anarchisten – ganz offen über ihre Welt-Destruktions-Pläne sprechen. Ein Teil der Welt-Einheits-Utopisten hat offen ausgesprochen, daß die weiße Rasse zerstört werden müsse.

Artikel 24 verordnet weltweit: »Jedermann hat Recht auf Arbeitspausen und Freizeit, einschließlich einer angemessenen Begrenzung der Arbeitszeit sowie auf regelmäßigen bezahlten Urlaub.«

Artikel 25 verschreibt weltweit für jedermann »das Recht auf einen ... angemessenen Lebensstandard einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung,

Vereinte Nationen

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wohnung, ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen« und soziale Sicherheit »im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Beziehen sich die Arbeitspausen auf einen Hirten in der Tundra oder den Landwirt in Sibirien oder den Kameltreiber in der Sahara? Bezieht sich die Witwenrente auf einen islamischen Harem? Ein solcher Einheits-Plan-Sozialismus ist nicht einmal in einem völkisch unnd kulturell mosaikmässig strukturierten Einzelstaat durchführbar; denn Verordnungen, die für eine Kulturform möglich sind, sind für eine andere Kulturform eine Beleidigung. Föderalismus ist die einzige taugliche Lebensform für plurikulturelle Komplexe. Welt-Plan-Sozialismus heißt aber Vernichtung des Föderalismus.

Destruktion gedeiht heute überall

Vergessen wir nicht, daß die EG-Monideisten den Begriff »föderalistisch« sogar aus den Maastrichter-Verträgen gestrichen haben. Destruktion gedeiht heute überall!

Artikel 26 (2) fordert eine Ausbildung, die »Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Völkern und allen rassischen oder religiösen Gruppen fördert und die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens unterstützt«.

Aber gerade durch das bewußte Auslassen jeder Warnung vor riskanten und explosiblen Völker-Misch-Strukturen wird durch die UNO mittels dieser Kultur-Vermischungsverordnung - inklusive Ausbildung dazu - der Frieden in höchstem Maße gefährdet. Der von der UNO hier verordnete Vermischungszwang ist das sicherste Programm für ein großes Welt-Chaos: Die UNO-Revolution!

Es ist nicht unwesentlich zu wissen, daß bedeutende Köpfe aus dem linken politischen Lager die Völkervermischungen und deren zerstörende Potenzen für die Beseitigung unserer Kultur geradezu anstreben. Vieles wird mit dem Begriff »fortschrittlich« (progressiv) getarnt.

Artikel 27 (1) ist nochmals ein kultureller Spreng-Artikel: »Jedermann hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen ...« Wäre dieses »jedermann« auf seine (besondere) Gesellschaft bezogen, bestünde ein die Kulturen respektierender Sinn. Wenn aber jedermann nach seinem Belieben in einer Gesellschaft oder Kultur teilnehmen und agieren kann, ist jeder Aufbruch aller Kulturen und Religionen vorgesehen. Vision der Freimaurer, der Weltbürger und der Kommunisten und der Welt-Zionisten. Leute mit dieser Global-Vision müssen hinter diesem sogenannten Menschenrechts-Gesetz gesucht werden.

Der Weg zur neuen Weltordnung

Artikel 28: »Jedermann hat Recht auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung ausgesprochenen Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.« Auch dieser Artikel sprengt jeden Föderalismus und jedes nationale Recht. Damit ist wörtlich wiederholt, daß das »Eine-Welt-Recht« das einzige Recht überhaupt ist. Es wird in hinterhältiger Weise verschwiegen, daß hiermit föderalistische und nationale Rechte nichtig werden.

Die vielen religiös anmutenden Ausdrücke wie »Würde«, »gemeinsame Ideale«, »Brüderlichkeit«, »Freiheit« und »Friede« helfen in diesem Gesetzeswerk die wahren Absichten der UNO-Welt-Diktatur zu verschleiern.

Es gibt genügend Eingeständnisse machtlüsterner Weltpolitiker, daß sie von der katastrophalen Vision nicht loskommen, nach welcher ein großer Wirr-Warr oder große Revolutionen die endlich ersehnte »friedliche Eine-Welt-Regierung« begünstigen würden.

Artikel 29 (2): »Jedermann ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und ...«

Hier wird nochmals - etwas kompliziert - festgehalten, daß es keine anderen gesetzlichen Einschränkungen geben darf, außer jenen in diesem Gesetz (=»das Gesetz«) zu Gunsten der Rechte und Freiheiten anderer. Damit wird in aller Welt mit allen übrigen Sorten von Bürgerrechten aufgeräumt! Und um diese Absicherung zu verdoppeln folgt der Absatz (3) mit analoger Wiederholung:

(3) »Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.« Damit sind nochmals sämtliche Gesetze, welchen Inhaltes auch immer, die einem der 30 Artikel widersprechen, als aufgehoben erklärt. De facto sind alle nationalen und föderalistischen Gesetze aber auch die Brauchtümer in irgend einem Staate gesetzwidrig geworden; denn jedes nationale und föderalistische Gesetz zeichnet sich dadurch aus, daß bestimmte Rechte nur bestimmten Trägern - bestimmten Verantwortlichen - von nationalen, religiösen oder kulturellen Identitäten zustehen. Dies alles soll - ohne daß es einem gutmütigen Leser aufgefallen wäre - der Vergangenheit angehören. Stichwort: »Neue Weltordnung«. Artikel 30: Zu allem Überfluß bietet auch dieser Artikel nochmals eine Sicherung gegen jeden Geist und jede Rechtsnorm, welche diesem UNO-Gesetz und Geist widersprechen könnte: »Nichts in dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, daß es für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Abschaffung der in dieser Erklärung ausgesprochenen Rechte und Freiheiten hinzielt.« Damit werden sowohl die Nationalstaaten wie alle föderalistischen Strukturen aber auch alle kulturellen Körperschaften zum x-ten Male abgeschafft.

Jede Ideologie hat ihre Phantom-Begriffe, mit denen sie ihre Gläubigen irreführt: Das Christentum versucht mit dem Begriff »Brüder« den Weltanspruch geltend zu machen. Die Geheimbünde - Freimaurerei und Nahestehende - führen ebenfalls den Begriff »Brüder«. Marxisten und Sozialisten versuchen alle Verschiedenen mit dem Begriff »Genosse« einzufangen. Die UNO ist am bescheidensten - nur verbal - in der Sache nicht! - indem sie mit dem Begriff »jedermann« allen das gleiche Heil verspricht. Der Begriff »Bürger« wird gemieden, da er an Nationalität respektive Bürgerrechte erinnert!

Die Verflechtung aller mit allen

Die Sprengkraft des Begriffes »jedermann« wird einem am besten an Hand von Beispiele klar: In öffentlichen israelischen Ämtern müßten Araber genau gleich wie Israelis eingestellt werden; denn eine Unterscheidung nach Herkunft, Rasse, Religion ... ist nach dem UNO-Gesetz verboten. Damit würde der Staat Israel in kurzer Zeit vom Erdboden verschwinden. Israel aber wird bleiben, weil die Weltzionisten dieses Gesetz für die andern Nationen und nicht für ihre Nation gemacht haben.

Inländer, Gäste, Ausländer und Eindringlinge haben alle überall die selben politischen und sozialen Rechte. Mit »jedermann« für alle Erdenbürger ist der Begriff »Ausländer« ohnehin abgeschafft.

Alle kulturellen, religiösen, völkischen und nationalen Vereinigungen und Gesellschaften werden ihrer Identität beraubt, indem »jedermann« die gleichen Rechte hat. Die in »jedermann« hinein interpretierte Menschenwürde soll über alle Unterschiede hinwegtäuschen. Diese von Linken und den Progressiven und den »Eine-Welt-Utopisten« gewollte weltweite Kultur-Einebnung und Nationen-Vernichtung wird unter dem scheinheiligen Aushang »Kultur für alle« versteckt. Damit verstecken sie ihre Intoleranz, mit welcher sie gegen alle Kulturen und Nationen anrennen.

Die Verflechtung aller mit allen zeigt heute schon zu viele Bela-

stungen, Unruhen und Explosionen. Lehrer und Schüler stöhnen, daß sie in der eigenen Heimat zu Fremdlingen geworden sind. Progressive Leute nennen dies lapidar »lehrreich«. Die 68-er (Neo-Marxisten) sind ehrlicher: Jedes Mittel für die Abschaffung der Schule sei recht – mittels Autorität, Sexismus und Drogenfreigabe –. Die Verflechtung aller mit allen hat weder im Libanon noch in Jugoslawien Freiheiten und Menschlichkeit gebracht.

Sie wissen was sie tun!

Die Drahtzieher der Verflechtungspolitik haben in verschiedenen Epochen, aber in neuester Zeit auffallend ungestüm bekundet, daß es ihnen auf den Aufbau einer neuen Welt – nach großangelegten Zerstörungen – ankomme. Die Vision notwendiger Katastrophen als Übergang zu einem großen Weltfrieden hat sich in den Köpfen höchster Politiker bis zu einem eigentlichen Welt-Wahnsystem gesteigert. Die Anfänge dieses Wahnsystemes sind allerdings sehr alt, älter als das Christentum. Sie gehen auf den Talmud und den Judaismus zurück.

Eine anschauliche Zusammenfassung entnehmen wir aus »The Jewish World« vom 9. Februar 1883: »Die große Vision des Judentums besteht darin, daß die ganze Welt durch die jüdische Lehre erfüllt werde, und daß in einer weltweiten Verbrüderung der Nationen – einem großen Judentum – alle einzelnen Rassen und Religionen verschwinden werden.«

Dieser Geist ist älter als 2000 Jahre und erscheint heute sowohl in den UNO-Menschenrechten«, wie im »Antirassismus«-Gesetz und in der Sozialcharta. Dieser Geist ist zugleich modern. Aber es haften ihm schwere Makel an: Im Geschichtsunterricht ist dieser Geist inexistent. Die katastrophalen Zielsetzungen werden unter guten Visionen und Lügen versteckt. Und im ganzen Zeitgeist gibt es kaum Spuren von dieser erschreckenden Entwicklung.

Darum versuche ich mit einigen Zitaten weiter aufzuklären. Aus dem »Jewish Chronical« vom 4. April 1919, London: »Eine Wesentlichkeit am Bolschewismus ist, daß so viele Juden Bolschewiki sind. Die Ideale des Bolschewismus stimmen mit vielen höchsten Idealen des Judentums (Judaismus) überein.«
Maurice Samuel schrieb 1924 in »You Gentiles«, p. 155, Harcourt, Brace: »Wir Juden, wir, die Zerstörer, wir werden immer Zerstörer sein ... Wir werden immer wieder zerstören, weil wir unsere eigene Welt benötigen.«
Karl Marx war Jude, mit richtigem Namen: Mordechai Marx Levy. Reinhold Niebur sprach am 3. Oktober 1934 im Jüdischen Institut für Religion in New York: (deutsch übersetzt:) »Marxismus ist die moderne Form jüdischer Prophetie.« Rabbi Stephen S. Wise schrieb am 15. Mai 1935 in »The American Bulletin«: »Manche sagen, es sei Marxismus. Ich sage, es ist Judaismus. «

Die bestorganisierte Minderheit

Israel Cohen schrieb 1912 in »A Racial Program for the Twentieth Century«, Congressional Record, p 8557 (1957): »Wir müssen erkennen, daß unsere mächtigste Waffe die Rassenunruhen sind ... Durch Aufwühlen der Neger-Minderheiten gegen die Weißen werden wir bei den Weißen einen Schuldkomplex wegen Ausbeutung gegenüber den Negern einpflanzen. Wir werden den Negern helfen ... Dann werden sich die Neger mit den Weißen vermischen (Mischehen), womit ein Prozeß einsetzt, der uns Amerika ausliefert.«

Und jetzt noch eine moderne Sicht von 1976. Nat Rosenberg, Denver Allied Jewish Federation, »International Jewish News«, 30. Januar 1976: »Verhältnismäßig haben wir mehr Macht als irgend eine andere Gruppe – weit über unserer Anzahl. Der Grund ist, weil wir die best organisierte Minderheit auf der Welt sind.« Nebenbei übermittelt durch »Why don't you believe what we tell you?«, The Noontide Press, Torrance, California.

Kein geringerer als der böhmische Jude Hans Kohn, Mitautor des anno 1940 herausgegebenen Buches »The City of Man« – das wenige Monate später vom Markt verschwand –, schrieb in »Die politische Idee des Judentums«: »Ein Kampf, wie er vor bald neunzehnhundert Jahren zwischen jüdischem unnd nichtjüdischem Geiste ausgekämpft – und nicht entschieden wurde, da er nie anders zu Ende geführt werden kann, als im messianischen Reiche –, scheint wieder heranzunahen.«

Einer der prominentesten Geheimbündler, der Rockefeller-Vertrauensmann Zbigniew Brzezinski – Mitglied des Council on Foreign Relations/CFR und der Trilateral Commission – bekannte in »Foreign Policy«: »Es ist wahr, daß Demokratien auf Krisensituationen erst dann reagieren, wenn die Krise wirklich ernst geworden ist. Daher mag die Herausforderung, der wir heute gegenüberstehen, etwas politische Dramatisierung erfordern, damit die nötigen Lösungen herbeigeführt werden können.«

Dazu eine Ergänzung aus »The City of Man«, 1940: »Der Bereich der Zerstörung muß sich vielleicht noch ausbreiten, bevor der Pfad für die neue Weltordnung geebnet ist.« Für »The City of Man« zeichneten 17 Weltprominenzen – alphabetisch aufgelistet.

Der Zionist Wladimir Jabotinsky schrieb im »Jewish Daily Bulletin« vom 27. Januar 1935: »Es gibt nur eine Macht, die wirklich zählt, und dies ist die Macht des moralischen Druckes. Wir Juden sind die mächtigste Nation der Welt, weil wir diese Macht haben und sie anzuwenden verstehen.«

Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi, österreichischer Hochgradfreimaurer 33. Grades, Paneuropa-Verlag-Gründer 1925, verriet nebst seiner Rassenverschmelzungs-Vision zur eurasisch-negroiden Mischrasse eine künftige Weltregierung in den Händen der Juden, denen er die »Überlegenheit des Geistes« zur Vorherrschaft in Europa und der Welt zuspricht und den Juden einen »Vorsprung im Kampf um die Menscheitsführung« zuerkennt.

Das Ausmaß der politischen Fehlentwicklung läßt sich nur dadurch erklären, daß viele verschiedene Gruppierungen eine einzige Leitidee – eine Utopie – verfolgen: Das ist der Zustand ohne Grenzen, mit dem die einen die Welt bewußt in ein Chaos stürzen wollen und die andern sich haben einreden lassen, dies wäre die beste Lösung, um den Menschen eine Zukunft mit Frieden zu schenken. Darum ziehen die Schurken, die Sadisten und die Wohlwollenden und Guten alle am selben Strick.
Die Marxisten und Kommunisten sind seit dem Zerfall der kommunistischen Sowjetunion und ihres Ostblockes nicht mehr so laut und nicht mehr so stark. Aber in Jugoslawien haben seit zwei Jahren die Marxisten das Wort und die UNO und die Europäer schauen zu, wie Völker, Städte und Kulturen geschändet werden.

Die Neo-Marxisten (die 68er) haben inzwischen in unserer Gesellschaft viele Schalthebel erobert und richten auf vielen Ebenen großen Unfug an: In Schulen – sogenannte Schulreform nach linksextremistischem Muster –, in der öffentlichen Ordnung – Beschützer der Delinquenz –, in der Drogenpolitik und ausgiebig in unseren Massenmedien. Der Marsch durch die Institutionen läuft weiter. Staat und Armee werden verschmäht.

Die ökumenisch Denkenden unter den Christen helfen, wo sie können, den Sinn politischer Grenzen zu karikieren, ohne zu ahnen, wem sie einen Dienst leisten. Das selbe gilt für die Pazifisten aus Überzeugung, von denen allerdings einige bekehrt von Bosnien zurückgekehrt sind.

Anarchisten und Revolutionäre freuen sich aus innerpsychischer Ursache – Sadismus und Anti-Ordnungs-Wahn – über jede politische Verunsicherung und jede Konstellation, die Aussichten auf Unruhen erhöht. Sie sind programmlos, aber leben ihre Gefühle aus.

Progressive Politiker sind nichtsahnende und gut-meinende Zukunfts-Illusionisten, die nicht begriffen haben, daß mit zunehmender Geschwindigkeit von sozialen und politischen Veränderungen auch die Unruhe steigt und Folgestrukturen unabsehbar sind. Viele Junge sind progressiv; denn in der Jugend ist bei vielen das Wunschdenken um vieles größer als Einsichten und Erfahrung. Progressive Leute beherrschen den größten Teil unserer Massenmedien. □

Hintergrund-Journal

Vietnam fordert Beendigung des Massakers an Siedlern

Bei seiner Ansprache in Tokio rief der vietnamesiche Ministerpräsident Vo Van Kiet die Behörden der Vereinten Nationen dazu auf, dem Massaker an volksvietnamesischen Siedlern in Kambodscha durch die Roten Khmer ein Ende zu bereiten. Revolverhelden töteten am 24. März dieses Jahres allein fünf Volksvietnamesen, darunter zwei Kinder, bei einem Angriff in der Provinz Kompong Chnang (Zentral-Kambodscha). Darunter befand sich ein 12-jähriges Mädchen, das mit einer Axt erschlagen wurde, wie Beamte der Vereinten Nationen bekanntgaben. Dies geschah nach dem Massaker vom 10. März, bei dem 38 Volksvietnamesen getötet wurden. Tausende von vietnamesischen Siedlern fliehen nun per Boot.
Die kambodschanischen Behörden haben indessen damit begonnen, Volksvietnamesen nach Vietnam zu evakuieren. Über 400 Vietnamesisch sprechende Menschen, von denen die meisten in Kambodscha geboren wurden, wurden nach Vietnam gebracht.

Ein Sprecher für die Übergangsbehörde der Vereinten Nationen in Kambodscha (UNTAC) sagte, daß die Vietnamesen keinen Schutz von den Friedenshütern der Vereinten Nationen erwarten können. »Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß die Boot-Flotte, die wir haben, nicht ausreicht, um eine große Anzahl von Menschen zu schützen«, sagte der Sprecher der UNTAC, Eric Falt, zur Marine-Komponente der 22000 Mann starken Friedenstruppe. Einzelne Friedenshüter der Vereinten Nationen, die von Reuter interviewt wurden, widersprachen dieser Einschätzung der Lage, und einer von ihnen meinte: »Es fehlt nicht an Hilfsmitteln ... nur der Wille fehlt.« □

Köpfe rollen in Chinas Provinzregierungen

Die Führung fast jeder Provinz in China ist in den letzten Monaten gesäubert worden, dokumentiert «China Actuell«. Die meisten Veränderungen erfolgten in den Reihen provinzieller Vizegouverneure oder Vorsitzende provinzieller Volkskongresse, aber die Gouverneure von Gansu, Guizhou, Hainan, Hubei, Shanxi, Sichuan und Zhejiang, zusammen mit den Sekretären der Kommunistischen Partei der Provinzen Hainan und Hebei, wurden ebenfalls ausgewechselt.

Die Veränderungen erfolgten annähernd zur gleichen Zeit, als die größte militärische Säuberung in der Geschichte des kommunistischen Chinas stattfand. Die Periode führte auch zur Sitzung des Nationalen Volkskongresses, die die zweite Märzhälfte hindurch andauerte, und zur Entfernung der letzten Teilnehmer am »Langen Marsch« Chinas, nämlich des Präsidenten Yang Shangkun und des Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses Wan Li, aus dem Amt. Die »Bande der Alten« übt jedoch hinter den Kulissen immer noch Macht aus.
Insgesamt wurden im Januar und Februar 1993 sage und schreibe 78 Führungspersönlichkeiten auf Provinzebene aus ihren Ämtern entfernt, und drei, darunter der Bürgermeister von Peking, Chen Xitong, wurden auf höhere nationale oder provinziale Posten berufen. Fast jede Provinz wurde betroffen, zusammen mit den großen städtischen Gemeinden Peking und Schanghai. □

Sharon will Militärregierung für Israel

Ariel Sharon schlägt die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, mit sich selbst als Außenminister, oder sonst eine Periode der Militärregierung vor, heißt es in einem im Londoner »Economist« veröffentlichten Artikel.
Sharon, ehemaliger Verteidigungsminister und Wohnungsbauminister des Likud-Blocks, sagt, er habe die Absicht, bei den nächsten Wahlen für das Amt des Ministerpräsidenten zu kandidieren.

Das Klima, in dem die fanatischsten Tendenzen Israels freigelassen werden, noch weiter aufheizend, haben mehrere Parlamentarier zum Lynchmord an Palästinensern aufgerufen, die beschuldigt werden, Israelis angegriffen zu haben. Im März dieses Jahres wurde ein israelischer Bürger festgenommen, weil er einen Palästinenser dessen Hände und Füße gefesselt waren hingerichtet hatte.

Ein hochstehender israelischer Informant, der dem rechten Flügel der Likud-Partei angehört, äußerte zu unseren Korrespondenten, die Einführung des Kriegsrechts in Israel und den besetzten Gebieten sei derzeit eine reale Option. »Die Lage ist viel schlimmer als allgemein angenommen wird«, meinte er. Allein im März wurden im Zuge eines Anstiegs der Gewalttätigkeiten, wie man ihn seit Beginn der Intifada im Dezember 1988 nicht mehr erlebt hatte, 26 Palästinenser und 15 Israelis getötet.
Das Kriegsgesetz wäre eine »Kriegserklärung an den palästinensischen Terrorismus«, und würde »israelische Soldaten in die Lage versetzen, zu schießen und zu töten, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen, wie in einem Kriege«. Ministerpräsident Yitzhak Rabin hat die israelische Armee bereits befugt, jeden Araber zu erschießen, der eine Schußwaffe bei sich trägt. □

UNO des Mißbrauchs der Macht angeklagt

Die Hun-Sen-Regierung von Kambodscha beschuldigte die dortige UN-Transitional Authority (UNTAC), ihre Macht zu mißbrauchen. Außenminister Hor Namhong wetterte, daß Spezial-Überwachungsmannschaften der UNTAC bei Razzien auf zwei Distriktbüros in der östlichen Provinz Kompong Cham ihr Mandat überschritten hatten.
»Es ist nicht das erste Mal, daß die UNTAC in dieser Weise ihre Macht mißbraucht hat«, meinte Hor Namhong und verwies dabei auf die Zwischenfälle in den südöstlichen Provinzen Takeo und Prey Veng. Er sagte, der Ministerpräsident Hun Sen habe an den Leiter der UNTAC, Yasushi Akashi, geschrieben und sich über den »Mißbrauch der Macht« bei den Razzien in Kompong Cham beschwert.
»UNTAC-Beamte vergingen sich an den zuständigen Beamten der örtlichen Behörden, indem sie diese stundenlang in Gewahrsam nahmen, das Archiv durchsuchten und Kopien machten, ohne die örtlichen Beamten zu Rate zu ziehen«, heißt es in dem Schreiben.

Der Ministerpräsident bezeichnete das Verhalten der UNTAC-Mannschaften als »abscheuliche Handlung, die mich an die Untaten erinnert, die vom Pol-Pot-Regime begangen wurden, als es noch an der Macht war.« □

Algerien macht Iran und Sudan für Unruhen verantwortlich

Die algerische Regierung brach die diplomatischen Beziehungen zum Iran ab und rief ihren Gesandten für den Sudan zurück, mit der Begründung, beide Länder hätten sich in die inneren Angelegenheiten eingemischt und moslemische Fundamentalisten gegen die vom Militär unterstützten Regierenden des Landes aufgewiegelt.

In einer von der offiziellen Nachrichtenagentur APS verbreiteten Erklärung des Präsidialamts heißt es: »Nach Beurteilung der internationalen Lage und besonders der Einmischung gewisser Länder in die inneren Angelegenheiten Algeriens sowie ihrer erklärten Unterstützung für den Terrorismus, hat der Hohe Staatsausschuß beschlossen, die diplomatischen Beziehungen zum Iran abzubrechen und unseren Botschafter für den Sudan zurückzuberufen.«
Das staatliche Fernsehen zitierte einen Sprecher des Außenministeriums wie folgt: »Diese Entscheidung erfolgt nach wiederholten Aktionen, die die Intervention des amtlichen Milieus des Irans in die internen Angelegenheiten Algeriens unter Beweis stellen.« Die Ziele dieser

Politik »bestanden nicht nur darin, Algerien zu destabilisieren, sondern die ganze moslemische Welt, und das Image des Islams in der Welt zu untergraben«. Der Sprecher wurde dahingehend zitiert, gesagt zu haben, daß Algeriens Botschafter in Khartum »wegen der Unterstützung von terroristischen Aktivitäten seitens des Sudans zurückgerufen« werde.
Als Reaktion darauf nannte das iranische Außenministerium die Erklärung »unvernünftig« und ließ verlauten, sie sei »auf der Grundlage einer falschen und übereilten Beurteilung der internationalen Lage in Algerien getroffen worden«. Ein Beamter des sudanesischen Außenministeriums »drückte das Bedauern des Sudans über diesen Schritt seitens Algeriens aus, der zu einer Zeit getroffen wurde, in der der Sudan ständige Bemühungen unternimmt, um eine Solidarität unter Arabern herbeizuführen und die Einheit und Solidarität unter arabischen Staaten, einschließlich Algerien, wiederherzustellen.« □

Japan über russische militärische Präsenz beunruhigt

Das japanische Außenministerium nannte in seinem jährlichen Blaubuch die militärische Präsenz Rußlands im Pazifik »einen Faktor der Instabilität bezüglich der Sicherheit in der Region«, berichtete die Agence France Press. In dem Dokument wird auf Rußlands Stationierung von ausgeklügeltem Kriegsgerät in der Asien-Pazifik-Region Bezug genommen, und es heißt darin, daß Rußlands steigende Waffenexporte und seine Pläne zur weiteren Verwendung seiner Marineanlagen in der Cam-Ranh-Bucht in Vietnam Grund zur Besorgnis sei.

In dem Bericht wird auch zur Untersuchung des Modernisierungsprogramms Rotchinas auf militärischem Gebiet, einschließlich dessen Einkäufe in Rußland, aufgerufen und eine »regionale Besorgnis« über den chinesischen Militäraufbau zum Ausdruck gebracht. Dies ist ungewöhnlich, weil Japan sich wegen der 13 Jahre dauernden Invasion und des Krieges gegen die Republik China in den dreißiger und vierziger Jahren im allgemeinen zurückhält, zu den militärischen Angelegenheiten der Chinesen Stellung zu nehmen.

Das Blaubuch enthält auch Berichte darüber, daß Nordkorea eine Rakete mit einer Reichweite von 1000 Kilometern baue, die in Japan einschlagen könnte.
Das Außenministerium verpflichtete sich zu einem weiteren Beitrag von Soldaten zu »friedenserhaltenden« Aktionen der Vereinigten Nationen, ließ jedoch verlauten, es sei »notwendig, daß Japan eine ernsthafte Debatte darüber führt, was unser Land auf der Grundlage neuer Entwicklungen in der internationalen Lage nach drei Jahren tun sollte«. □

Malaysianische Gruppe appelliert an US-Präsident Clinton

Das Special West Asia Committee of Malaysia rief in einem offenen Brief an Bill Clinton, den amerikanischen Präsidenten, dazu auf, die Sanktionen gegen den Irak aufzuheben. »Wir glauben, daß die Welt auf Sie schaut und von Ihnen, als Führer der jungen Generation, die von den müden und üblen geopolitischen Betrachtungen Kissingers und seinesgleichen unbelastet und von einem Idealismus im Sinne einer neuen, gerechteren Welt erfüllt ist, verlangt, entschlossene Schritte zu unternehmen, um mit der Bush-Vergangenheit zu brechen und eine neue Seite im Verhältnis der Vereinigten Staaten zum irakischen Volk aufzuschlagen«, heißt es in dem Brief.
»Wir fordern die Aufhebung der Sanktionen aus folgenden guten Gründen: Als sich der Irak im Februar 1991 aus Kuwait zurückzog, lag kein Grund mehr vor, die Sanktionen aufrechtzuerhalten. Ihr Weiterbestehen von dem Zeitpunkt an ist illegal. Zweitens, die Sanktionen haben jedes Jahr 70000 Todesfälle von Kindern wegen unzureichenden Nahrungsmitteln und Medikamenten gefordert. Sollen diese Greueltaten so weitergehen? Kann die Völkergemeinschaft eine solche Schuld leichten Herzens auf sich nehmen?«

In dem Brief wird festgestellt: »Der Irak hat durch seine kürzliche, einseitige Feuereinstellung, als Bush den Irak erneut angriff, um Sie kurz vor Ihrer Vereidigung in peinliche Verlegenheit zu bringen und in die Falle zu lokken, Ihnen gegenüber einen enormen guten Willen gezeigt. Es ist daher nur recht und billig, daß Sie auf Iraks guten Willen Ihnen gegenüber positiv reagieren.« □

Asiatische Länder verlangen Gerechtigkeit in Sachen Menschenrechte

47 asiatische Länder empfahlen in einer Erklärung auf einer Versammlung in Bangkok, Thailand, zur Vorbereitung der Weltkonferenz über Menschenrechte, daß Anstrengungen »in Richtung auf die Schaffung einheitlicher internationaler Menschenrechtsnormen, einhergehend mit Bemühungen, auf eine gerechte und faire Wirtschaftsordnung hinzuarbeiten, unternommen werden müssen«.

In der Erklärung, die Anfang April dieses Jahres abgegeben wurde, wird dringend darauf hingewiesen, daß »nationale Institutionen« bei der Förderung der Menschenrechte eine »wichtige Rolle« spielen, und daß die Entscheidung zur Gründung solcher Institutionen »am besten den einzelnen Staaten überlassen wird«.
In der Erklärung heißt es, daß die Delegierten »von jedem Versuch abraten, die Menschenrechte als Konditionalität zur Erteilung von Wirtschaftshilfe zu benutzen«, und »die Grundsätze der Achtung für nationale Souveränität und territoriale Integrität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelenheiten der Länder und die Nichtanwendung der Menschenrechte als Instrument zur Ausübung von politischem Druck hervorzuheben«.
Amnesty International verurteilte die Erklärung als »ein Schritt rückwärts in Sachen Schutz der Menschenrechte. Die Haltung vieler asiatischer Regierungen ist zutiefst enttäuschend, speziell im Vergleich zu der Einstellung der Regierungen in Lateinamerika«, erklärte die Gruppe.

Das Ziel der Konferenz bestand darin, eine gemeinsame Position für die Konferenz über Menschenrechte, die im Juni in Wien stattfinden wird, zu erarbeiten. □

G-77 greift UNO wegen Einmischung an

Die Gruppe der 77 Entwicklungsländer verurteilte das Sekretariat der Vereinten Nationen, weil es versucht habe, sich in die inneren wirtschaftspolitischen Angelegenheiten von Mitgliederstaaten einzumischen. Eine offizielle Verurteilung wurde durch den derzeitigen Präsidenten der G-77 und kolumbianischen Botschafter für die Vereinten Nationen, Luis Fernando Jaramillo, ausgesprochen.

Die Gruppe – die jetzt 129 Mitgliederstaaten umfaßt – suchte sich für ihre Kritik einen wenig bekannten Gesichtspunkt, der vom Generalsekretär Butros-Ghali überwachten Neuorganisation der Vereinten Nationen bezüglich der Funktionen des neugeschaffenen Department of Economic and Social Information and Policy Analysis, aus. Butros-Ghali äußerte in einem Bericht, die neue Abteilung werde unter anderem Wirtschafts- und Sozialpolitik und Trends von einer weltweiten Perspektive aus überwachen und bewerten, und diese Überwachung werde eine »Untersuchung wirksamer makrowirtschaftlicher Fragen innerhalb der einzelnen Länder beinhalten«.
Die G-77 argumentiert dahingehend, daß dieser Vorschlag stillschweigend eine Verletzung der Souveränität der Mitgliedstaaten bedeuten könnte. »Es ist daher notwendig, diese Funktion der Abteilung neu zu formulieren, wobei dies von der Charter der Vereinten Nationen und der Generalversammlung streng beachtet werden müsse«, ließ die G-77 verlauten. □

Schottischer Ritus

Das Denkmal des Satanisten Albert Pike

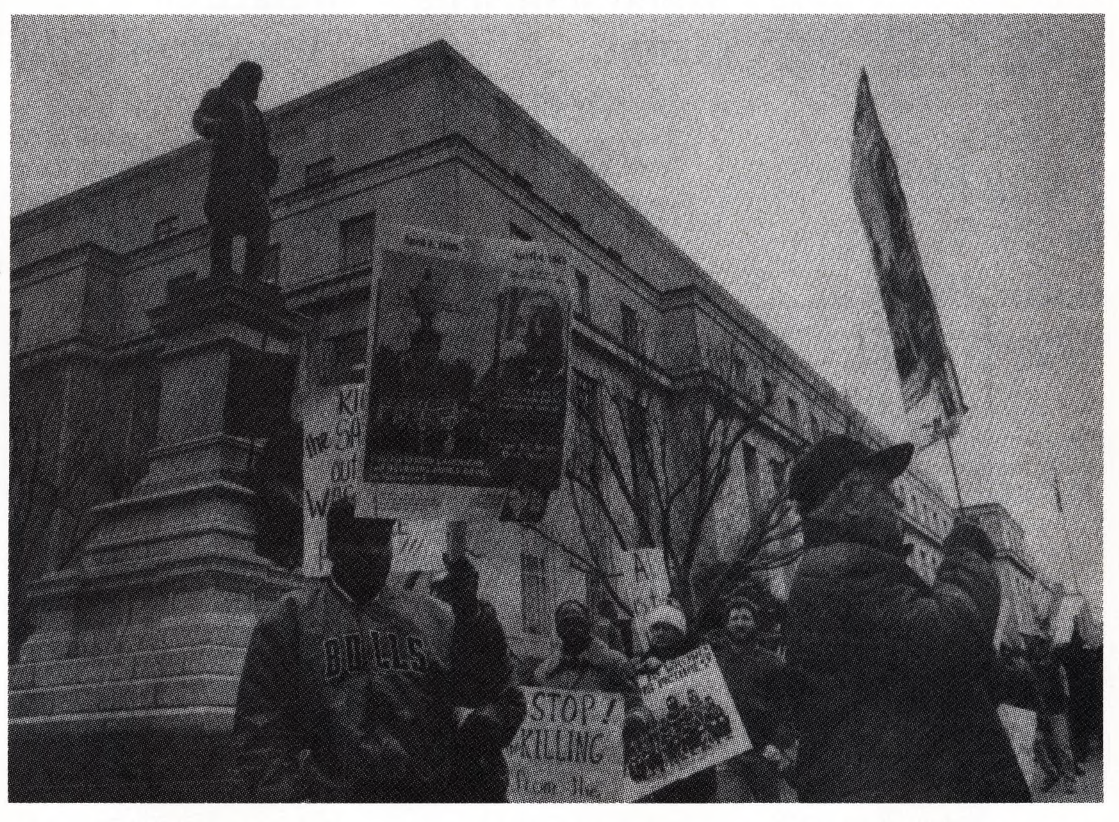
Lyndon H. LaRouche

Während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes von 1992 starteten Lyndon H. LaRouche und sein Mitkandidat für das Amt des Vizepräsidenten, der Pfarrer James Bevel, eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung, um das Denkmal des Generals Albert Pike von seinem Ehrenplatz auf dem Judiciary Square in Washington zu entfernen. Diese Kampagne löste einen wütenden Angriff des Freimaurerführers C. Fred Kleinknecht aus, der versuchte, sowohl Pike als auch den Ku Klux Klan gegen den Angriff von LaRouche und Bevel zu verteidigen.

Kürzlich tauchte ein Brief und ein Begleitdokument auf, in dem ich angegriffen werde, herausgegeben von dem Supreme Commander der Southern Jurisdiction of the Scottish Rite of Freemasonry, einem gewissen C. Fred Kleinknecht. Die in dem Dokument explizit angeschnittene Frage ist mein Vorschlag, die häßliche Statue eines Verräters, eines Kriegsverbrechers, Rassisten und satanischen Degenerierten, General Albert Pike, der einer der führenden Vorgänger von Mr. Kleinknecht als Oberster Kommandeur der Südlichen Jurisdiktion des Schottischen Ritus der Freimaurerei war, von ihrem Standort auf einem Grundstück der amerikanischen Regierung in Washington zu entfernen.

Satanische religiöse Bekenntnisse

Darüber hinaus ist Mr. Pike – General Pike, wie er manchmal genannt wird – Verfasser eines Buches mit dem Titel »Morals and Dogma«, das von vielen Mitgliedern des Schottischen Ritus in den Vereinigten Staaten praktisch als Bibel, oder zumindest Anti-Bibel dieser Sektion des Freimaurertums erachtet wird; und dieses Buch »Morals and Dogma«, ein Buch, das mit den satanischen religiösen Bekenntnissen, die von General Pike ausdrücklich übernommen und vertreten werden, übereinstimmt.



Demonstranten vor dem Albert Pike-Denkmal in Washington im Dezember 1992.

General Pike war natürlich der Gründer des Ku Klux Klan; das ist auf Grund der vorliegenden Beweise nicht zu bestreiten, obwohl Mr. Kleinknecht dies tut.
Was ich hier tun möchte, ist die Natur des Kernstücks oder der charakteristischen Frage, die zwischen mir und dem Mann, der mich in der Öffentlichkeit wegen dieser Debatte angegriffen hat, auf dem Spiel steht, klarzustellen.

Wie die Briefe von Albert Pike an Guiseppe Mazzini erhellen, war Pike, wie Mazzini, ein Satanist; und wie Mazzini war er das Instrument eines Kreises in London, der von Lord Palmerston, Verfasser des Buches »Opium Wars against China«, neben anderen »Tugenden« angeführt wurde oder mit dem dieser an hervorragender Stelle in Verbindung stand.

Das Ziel der Bemühungen Pikes und Palmerstons sowie auch Mazzinis war die Zerstörung der Vereinigten Staaten, ein fortdauerndes Engagement seit unserem Unabhängigkeitskrieg, diesmal mittels der Schürung einer Spaltung der Nation zwischen einem Teil des Landes, der von der Südlichen Jurisdiktion des Schottischen Ritus beherrscht wird, und anderen Teilen des Landes. Diese Verschwörung von Verrätern – und alle in der Führung waren bewußte Verräter an den Vereinigten Staaten, das heißt, sie handelten als Agenten von Britannien, das sie bei einer Civil War oder Secession genannten Bemühung benutzten, um die Vereinigten Staaten durch Zerstückelung zu zerstören und somit die gesamte westliche Hemisphäre praktisch zu einer Kolonie des britischen Weltreiches zu machen.
Diese Leute waren keine aufrichtigen Rebellen, es waren Verräter. Diese Partei des Verrats wurde unter den Sympathisanten mit der Tory British in der Zeit des American War of Independence ins Leben gerufen; und wegen einer vertraglichen Vereinbarung blieben diese Leute, die effektiv Verräter an den Vereinigten Staaten waren, zum größten Teil im Hintergrund und gründeten das, was der Scottisch Rite of Fremasonry in seiner heutigen Form innerhalb der Vereinigten Staaten wurde. Sie waren berühmt als Sklavenhändler, sie waren berühmt als Partner der British East India Company, das heißt, Lord Palmerstons Britannien, bei der Einfuhr von Opium hauptsächlich nach China hinein.

Die Partei des Verrats

Die Familie Lowell zum Beispiel, von der McGeorge Bundy abstammt, gehörte zu dieser Gruppe von verräterischen Opiumdealern. Es handelt sich um das Perkins Syndicate of Salem, Massachusetts, durch das viele der sogenannten blaublütigen Familien in Massachusetts zu Wohlstand kamen; und sie gehör-



Albert Pike, vermutlich Bruder Piccolo Tiger, war einer der führenden, einflußreichen Führer der Freimaurerei und Gründer des Ku Klux Klan.

ten auch zum Russell Syndicate der Firma Russel and Co. in Connecticut, jene Russell und Co., die von damals, Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, an bis zum heutigen Tage die Mehrheitsaktien der Yale University besitzen – die uns natürlich so etwas wie George Bush bescherte.

Der Verrat an den USA

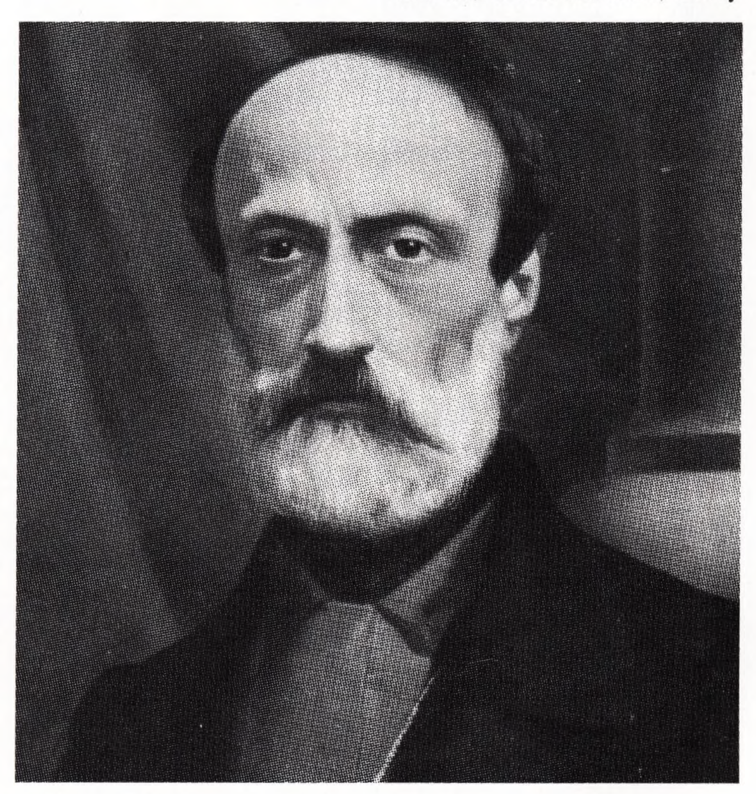
Diese Leute waren 1814 dafür berüchtigt, daß sie an der Verschwörung des britischen Agenten Aaron Burr zur Zerstörung der Vereinigten Staaten beteiligt waren. Außerdem waren sie an der sogenannten Hartford Convention von 1814, eine Verschwörung von Verrätern an den Vereinigten Staaten, beteiligt, und sie waren ausgesprochene Verräter an den Vereinigten Staaten.

Der Fehlschlag dieses Verrats im Jahre 1814 führte zu der neuen Verschwörung, um die Vereinigten Staaten durch Sezession in zwei Teile zu spalten – eine Südstaaten-Gruppe, die Sklaverei betrieb, und eine Nordstaaten-Gruppe, die die Sklaverei abschaffen wollte. Die Nördlichen waren zum Beispiel die Familie Lowell, die Ahnen von McGeorge Bundy, obwohl sie in Massachusetts gegen die Sklaverei eintraten, im Süden taten sie es dagegen nicht; sie zogen nämlich großen Nutzen aus der von Sklaven erzeugten Baumwolle für Baumwollspinnereien in New England – wie Friedrich Engels, dessen Wohlstand aus der Verwendung von Sklaven-Baumwolle in England herrührte.

Nach dem Bürgerkrieg wurde durch das Attentat auf Lincoln durch Kreise, die der verräterischen Südlichen Jurisdiction des Schottischen Ritus und dessen Ableger B'nai B'rith, der verräterischen und rassistischen Sektion einer sehr kleinen Minderheit des amerikanischen Judentums, zu der damaligen Zeit nahestanden, Lincoln von diesen Leuten und deren Freunden ermordet und ein angenehmerer Präsident, zumindest vom Standpunkt der Verräter aus gesehen, Andrew Johnson, trat an dessen Stelle.

Die Machtergreifung der Maurer

Als Folge einer Anzahl von Entwicklungen, die zur Wahl solcher Menschen, wie der Sympathisant mit den Konföderierten, Teddy Roosevelt, dessen Gedanken von seinem Onkel ein konföderierter Verräter, Bullock, gestaltet wurden, und des Konföderierten-Präsidenten Woodrow Wilson führten, der unter anderem die Gründung, oder Neugründung des Ku Klux Klan im Jahre 1915 mit förderte, wurden die USA allmählich von der gleichen Gruppe von rassistischen Verrätern, aus denen die Konföderation früher zusammengesetzt war, übernommen.



Guiseppe Mazzini war der Meister der italienischen Freimaurerei und des Terrorismus.

Bis zum heutigen Tage beruhte die Landesgeschichte der Vereinigten Staaten und der Konflikt in der Position der Vereinigten Staaten in der Welt als Verbündeter des britischen Imperialismus und ähnlicher Unternehmungen auf der Übernahme von immer mehr Institutionen der USA durch die Führung der Südlichen Jurisdiktion des Schottischen Ritus der Freimaurerei.

Dies sind Rassisten, dies sind die Komplizen derjenigen, die in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege vom Zaune brachen; dies sind die Leute, die alle Greueltaten gegen die Völker der karibischen Region Süd- und Mittelamerikas von den Vereinigten Staaten aus begingen; dies sind die Leute, die Amerikas Verfassung mit Füßen treten, indem sie solche Dinge wie das Federal Reserve System einführten; dies sind die eigentlichen Feinde der Vereinigten Staaten.

Wenn auch jeder für seine Person für das, was er tut, Rechenschaft ablegen muß, das Wesentliche an der Sache ist, daß diese Gesellschaft von Leuten bestimmt wird, die in der Tradition von Palmerston, Pike und Mazzini in führenden Institutionen der Vereinigten Staaten stehen – jene also, die heute die Tradition des Perkins Syndicate und der Firma Russell and Co. fortführen.

Die Frage der Pike-Statue

Ich bin daher sehr glücklich darüber, daß C. Fred Kleinknecht mich so häufig und so heftig namentlich angreift und sich bemüht, alle freimaurerischen Beamten in den Logen im ganzen Land mit einer allgemeinen Mobilisierung gegen mich aufzustacheln; weil dies darauf hindeutet, daß jene Freimaurer erkannt haben, daß wir für ihre Macht eine bedeutsame Bedrohung geworden sind, hauptsächlich dadurch, daß wir während meines Wahlkampfes zusammen mit Reverend Bevel die Frage der Pike-Statue aufgeworfen haben.

Schottischer Ritus

Das Denkmal des Satanisten Albert Pike

Wenn die Statue abgerissen wird, dann werden natürlich die Interessen der Southern Jurisdiction of the Scottish Rite verletzt – das steht außer Frage. Aber wenn es dem Schottischen Ritus, unterstützt von Agenten der Anti-Defamation League (ADL), gelingen sollte, unsere Bemühungen zum Abriß dieser Statue zu vereiteln, dann wird dies durch nachstehende Mittel zu einem noch größeren Schaden für den Schottischen Ritus führen.

Lassen Sie mich auf ein Buch aufmerksam machen, das in der Militärgeschichte ziemlich berühmt ist, das eine zutreffende Beschreibung der närrischen Situation enthält, in die Mr. Kleinknecht sich kürzlich hineinmanövriert hat. Verfasser dieser Buches ist der deutsche militärische Stratege von Schlieffen und sein Titel lautet »Cannae«. Es handelt nicht nur von der Schlacht bei Cannae, in der Hannibal die Römer besiegte, sondern auch von der Theorie der Flanke, die sich durch die ganze Militärgeschichte hindurch zieht, einschließlich einer Untersuchung des Genius einer der größten militärischen Figuren Amerikas, General William Tecumseh Sherman, der der Hammer war, der die Streitmacht der Konföderation auf dem von Shermans Mitstreiter, General Grant, besorgten Amboß zu Brei zerschlug.

Bei Cannae bildeten die römischen Legionen, die den Karthagern und deren Verbündeten zahlenmäßig überlegen waren, eine kompakte Masse, um die Kathager anzugreifen. Tatsächlich überkonzentrierten sie das, was zu dem Zeitpunkt ihre Feuerkraft war. Das militärische Genie Hannibal nutzte diesen Fehler der Römer, ihre ganze Feuerkraft nach vorne zu werfen aus, indem er sie flankierte und eine überlegene Streitmacht, das heißt, das römische Heer, auf ein zerschlagenes Überbleibsel reduzierte, in einer Schlacht, die noch lange Zeit danach entscheidend blieb, obwohl Hannibal am Ende doch besiegt wurde – aus anderen Gründen.

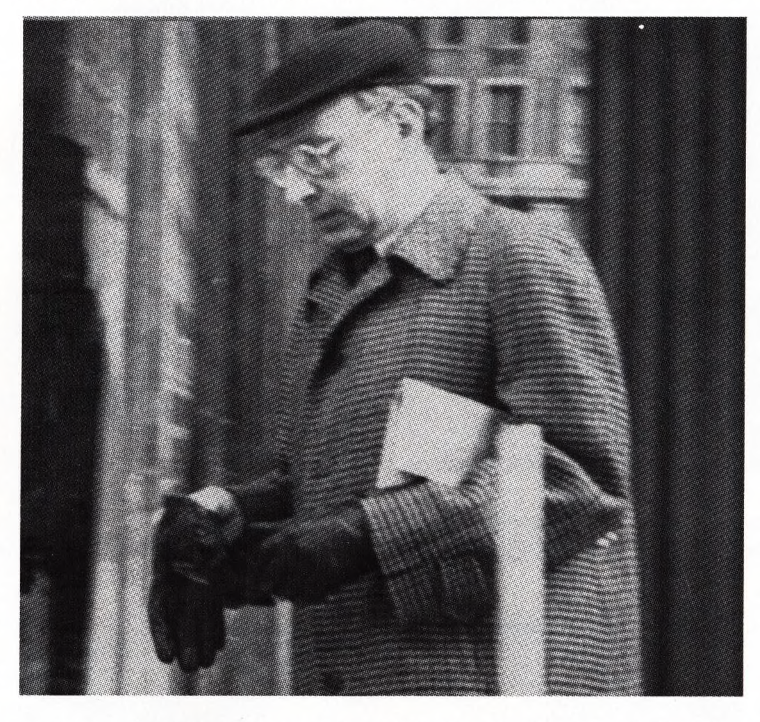
Was Kleinknecht und seine Mitarbeiter getan haben, läuft darauf hinaus, auf dem Gebiet der Politik die gleiche Torheit zu begehen wie die römischen Heerführer, die in der Schlacht von Cannae zu ihrer Niederlage führte. Das heißt, sie konzentrierten ihre Kräfte, einschließlich der ADL und ihre Marionetten, die sich sogar in der Bürgerrechtsbewegung tummeln, um die Statue um jeden Preis zu verteidigen. Indem sie dies tun, überkonzentrierten sie ihre Kräfte nach vorn und forderten dadurch einen Angriff auf ihre Flanke heraus.

Die ADL: Marionette der Freimaurer

Lassen Sie mich das folgendermaßen erläutern.

Anstatt die Pike-Statue aufzugeben – was sie vom Standpunkt elementarer militärischer und logischer Vernunft aus gesehen hätten tun sollen – haben sie alles aufs Spiel gesetzt, um sie zu halten. Und das ist in militärischen Kreisen ein sicherer Weg, seine eigene Niederlage oder die Wahrscheinlichkeit seiner eigenen Niederlage zu gewährleisten.

Zunächst schickten sie die ADL nach vorn. Die Freimaurer sagten, und zwar ausdrücklich, daß sie nicht nach vorn kommen und mich öffentlich angreifen würden, stattdessen wollten sie ihre Marionette, die Anti-Defamation League – die schon immer eine Marionette dieser verräterischen Sektion des Schottischen Ritus war – dazu benutzen, sich mit dieser Sache zu »befassen.«



Irwin Suall ist der Leiter der Fact-Finding Division der Anti Defamation League (ADL).

Nun, die ADL war in einer Klemme. Nicht nur ist Pike ihr Gründer, der die geistige Essenz des Ku Klux Klan repräsentiert, sowohl in dessen ersten als auch in seiner zweiten Fleischwerdung, sondern die ADL selbst war, über die B'nai B'rith, Mitbegründerin des ursprünglichen Ku Klux Klan, und die ADL war eigenständig an der zweiten Gründung, oder der Wiederkunft des Ku Klux Klan im Jahre 1915 beteiligt. Es gab eine Verbindung zwischen beiden in der Person von Simon Wolf, der Schlüssel-Geheimagent für die B'nai B'rith, der in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit den Mördern von Abraham Lincoln zusammenarbeitete, und es war der gleiche Simon Wolf, der bis zu den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts lebte, der 1915 maßgeblich daran beteiligt war, die Neugründung oder die Wiederkunft des Ku Klux Klan, mit Förderung durch Woodrow Wilson, zustandezubringen.

Daher führt die ADL – die vorgibt, anti-rassistisch zu sein, obwohl sie rassistisch ist und eine rassistische Philosophie vertritt – überall im Lande Kampagnen unter Ausnutzung des Abscheus gegen den Ku Klux Klan durch als Grundlage dafür, sich selbst, die ADL, als Hauptverteidigerin der amerikanischen Tugend gegen den Ku Klux Klan darzustellen.

Es war sehr dumm vom Schottischen Ritus vorzuschlagen, daß die Anti-Defamation League, diese ADL, die vorgeblich den Klan in jeder Legislaturzeit angreift, in Washington und überall im Lande zur Verteidigung des Gründers des Klan, das heißt, des rassistischen, verräterischen, satanischen Degenerierten, General Albert Pike, hervortreten sollte.

So befand sich die ADL selbst in Schwierigkeiten; und die ADL konnte daher aus politischen Gründen die Arbeit nicht ausführen, die das Hauptquartier des Schottischen Ritus ihr aufgetragen hatte. Auf Grund von Resolutionen überall im Lande, zum Beispiel in Stadträten, mit denen der Abriß dieser Statue gefordert wurde, entschied der Schottische Ritus daher, er sei im eigenen Namen in Erscheinung getreten.

Eine schwache Flanke in der Kabale

Einer der damit zusammenhängenden Gründe für die derzeitige Empfindlichkeit des Schottischen Ritus war die Tatsache, daß die Southern Baptist Convention im vergangenen Jahr den Antrag stellte, Mitgliedern der baptistischen Gemeinden, die Mitgliedschaft im nichtchristlichen, satanischen Schottischen Ritus zu verbieten. Das Verbot wurde nicht ausgesprochen; es wurde jedoch mit Erfolg eine Resolution gefaßt, mit der eine Untersuchung der Angelegenheit, sozusagen eine Reihe von Anhörungen, vorgeschlagen wurde, mit der Maßgabe, daß ein Antrag auf Verbot des Schottischen Ritus erneut in Erwägung gezogen werden soll.

Daher ist der Schottische Ritus sehr empfindsam, und da er



schätzungsweise etwa eine Million Mitglieder seiner Südlichen Jurisdiktion in der Baptistischen Konvention hat, stellt dies für die Macht des Schottischen Ritus, des Unterstützers des Drogenschiebers Oliver North, berüchtigt durch die Iran-Contra-Affäre, eine sehr ernsthafte Gefahr dar.

So entblößte mein derzeitiger Angriff auf Albert Pike den Schottischen Ritus in der Gesamtheit und bot der verräterischen Kabale der konföderativen Tradition, die er repräsentiert, eine schwache Flanke.

Daher sind wir jetzt in der Lage, folgendes zu tun.

Kleinknecht und Co. nehmen den nachweislich verräterischen, satanischen Degenerierten Pike für sich in Anspruch – nicht von der Vergangenheit her und aus Tradition, sondern sie nehmen ihn als etwas in Anspruch, was sie heute verteidigen müssen. Sie haben seine Arbeit verteidigt; sie haben sein Gedankengut verteidigt; und sie haben sich mit jenen Gedanken identifiziert, die ihre eigene Literatur als die von Pike vertretenen Gedanken darstellt. Sie haben sich auch damit identifiziert, die Verbrechen, die Pike zu seinen Lebzeiten beging, zu verteidigen oder zu entschuldigen. So haben sie sich als Organisation, solange sie es nicht widerrufen, mit dem Flecken des Verrats, Pikes Verrat, dem Flecken des Satanismus, Pikes Satanismus, und dem Flecken der satanischen Degeneration beschmutzt.

Eine christenfeindliche satanische Kampagne

Indessen diente die große sichtbare öffentliche Kampagne der Südlichen Jurisdiktion des Schottischen Ritus seit den vierziger Jahren der Sache des Satan, genau wie General Pike propagierte, indem er versuchte, das Christentum in den Vereinigten Staaten zu zerstören, obwohl er natürlich vorgab, an das höchste Wesen zu glauben, genau wie Robespierre, der Führer der Französischen Revolution, seinen Glauben an das höchste Wesen bekannte, und er war natürlich ein Freimaurer, im wesentlichen des gleichen philosophischen Ursprungs wie die Südliche Jurisdiktion.

Dies geschah durch ein ehemaliges Mitglied des Ku Klux Klan, der in Wirklichkeit insgeheim immer noch Mitglied des Ku Klux Klan war, der Associate Justice Hugo Black vom Obersten Gericht, der Maßnahmen einführte und führend an Maßnahmen beteiligt war, die zu der sogenannten Trennung zwischen Kirche und Staat führten.
Effektiv verwiesen die Freimaurer Gott aus den Schulen und holten Satan oder Luzifer herein – und wenn Sie das nicht glauben, können Sie heute zu mancher höheren Schule gehen, und es selbst sehen; oder Sie sehen das Beharren darauf, daß Homosexualität als Pflichtfach für Schüler der ersten Klasse in unterschiedlichen Schulsystemen überall im Lande gelehrt wird. Und wir sehen die Förderung der gleichen allgemeinen Richtlinien und Gedanken durch die Anti-Defamation League, ein Zweig des Schottischen

Ein geheimes Treffen des Ku Klux Klan in den USA, der 1915 in Verbindung mit der B'nai B'rith-Loge von der ADL mitbegründet wurde.

Ritus, mit ihrem Programm »World of Difference« (»Welt des Unterschiedes«).

Es muß auch festgestellt werden, daß die Anti-Defamation League, ebenso wie der Schottische Ritus, öffentlich ihre Verpflichtung gegenüber dieser christenfeindlichen, satanischen Kampagne als Teil ihres andauernden langjährigen Engagements verkündet.

Dies ist nicht nur einfach ein Streit mit der Südlichen Jurisdiktion; dies ist unsere Bemühung, den verderblichen, den verräterischen, den satanischen Einfluß, den die Institution der Konföderation, genannt der Southern Jurisdiction of the Scottish Rite, bis zum heutigen Tag bei der Gestaltung der Vereinigten Staaten ausübt, anzugreifen, auszurotten, zu entlarven und zu schwächen. □

Der Ku Klux Klan und die Film-Industrie

John Springfield

Das amerikanische PBS-Fernsehen sendete die Uraufführung eines Dokumentarfilmes mit dem Titel »D.W. Griffith: Father of Film« (»Vater des Films«). Der Höhepunkt dieses lobhudelnden Tributs an Griffith war der Film »The Birth of a Nation«.

Dies geschieht zu der gleichen Zeit, wo ein Kampf in den USA ausgebrochen ist, angeführt von der National Association for the Advancement of Colored Peoples (NAACP), um die amerikanische Library of Congress daran zu hindern, »The Birth of a Nation« in ihr hoch angesehenes National Film Registry aufzunehmen, während der Film wegen seiner »historischen, kulturellen und ästhetischen Bedeutung« gelobt wird.

Die Wiedererweckung des Ku Klux Klan

Der NAACP-Vorsitzende, Dr. William Gibson, erläuterte kürzlich den Standpunkt seiner Organisation wie folgt: »Wir halten nichts von Zensur, und von daher gesehen akzeptieren wir den Gedanken, den Film für zukünftige Wissenschaftler, Historiker und Pädagogen zu erhalten. Wir vertreten jedoch die Auffassung, daß der Film erhalten werden kann, ohne ihn in das National Film Registry einzugliedern oder ihn in irgendeinen Mantel der Auszeichnung oder Ehrung zu hüllen. Diejenigen, die dieses Werk von D. W. Griffith betrachten, müssen sich voll und ganz darüber im klaren sein, was dieser Film war, und was er sein sollte – ein verzerrtes, unaufrichtiges propagandistisches Werbevehikel für Mitglieder und Sympathisanten des Ku Klux Klan.«

Die Freigabe von D. W. Griffiths Film von 1915 »The Birth of a Nation« – ursprünglicher Titel »The Clansman« – war das Vehikel, das zwei eng miteinander in Verbindung stehende Erscheinungen hervorrief. Die Wiedererweckung des Ku Klux Klan (KKK) als eine auf Massen basierende Organisation in den Vereinigten Staaten, und zweitens die Gründung von Hollywood als das neue Babylon moderner Kultur. Hollywood als Institution begann nicht als irgendeine harmlose Sammlung von »künstlerischen« Filmproduzenten, die in jüngerer Zeit irgendwie übernommen und korrumpiert wurden. Es war schon von Beginn an durch und durch faul.

»The Birth of a Nation« stellte eine Neuschreibung der eigentlichen Geschichte der Rekonstruktion durch die gleichen konföderierten Verräter dar, gegen die der Krieg geführt worden war. Darin wurden Afrikanisch-Amerikaner der Nach-Bürgerkriegszeit im Süden der Vereinigten Staaten als verdorbene, lüsterne Bestien dargestellt, deren zügellose Gesetzlosigkeit und angebliche Beherrschung des Südens – durch militärische Macht und Beherrschung der Gerichte und gesetzgebende Körperschaften des Staates – die »Zivilisation des Südens« zu zerstören und »die Rassen zu bastardizieren« drohten. Der Film verherrlicht die Lynchmorde und die von dem neuen geheimen Orden der Ritter des Ku Klux Klan ausgeübte Terrorherrschaft.
Dieses doppelte Übel – Hollywood und der KKK – stammt aus dem Kreis elitärer Anglo-Amerikaner, die direkte Erben, philosophisch und oft körperlich, der alten Konföderation waren.

Es handelt sich um die gleichen verräterischen Personen, die den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg auf der Seite des britischen Empire und die Errichtung des Systems von Versailles nach Ende jenes Krieges organisierten.

Die Gründung des Ku Klux Klans in den Jahren 1865-67 und dessen späteres Wiederauferstehen zu Anfang dieses Jahrhunderts waren nicht etwa eine spontane gesellschaftliche Erscheinung. In beiden Fällen finden wir die führende Hand jener Einzelpersonen und Institutionen, wie zum Beispiel der Freimaurer-Orden Schottischer Ritus, die den republikanischen Grundsätzen, auf denen die Vereinigten Staaten gegründet wurden, stets entgegenstanden.

Das »Unsichtbare Imperium«

Die Einweihungszeremonie mit der der Klan wieder ins Leben gerufen wurde, fand am Vorabend des Erntedanktages auf der Höhe des Stone Mountain, direkt außerhalb von Atlanta, Georgia, statt, als eine kleine Gruppe von Männern, zu denen ehemalige Mitglieder des ursprünglichen Klans zählten, dem neuen Führer des Klan, Oberst William J. Simmons, in einem Kreuzverbrennungs-Ritual folgten. Dieses Schauspiel fiel zeitlich mit der Uraufführung des Films »Birth of a Nation« eine Woche später in Atlanta zusammen. Ankündigungen des Film-Debüts in der lokalen Zeitung waren von Oberst Simmons Proklamation der Errichtung des neuen »Unsichtbaren Reiches der Ritter des Ku Klux Klan« begleitet.

»The Birth of a Nation« war buchstäblich ein Anwerbungsfilm für den KKK, und das Ziel, dessen Wiederbelebung, war nicht grundsätzlich der Süden, sondern die alten Bastionen der Union im Norden.

Griffiths zwei Stunden und 45 Minuten dauernder Film förderte in dreister Weise die Ideen der Vorherrschaft der Weißen Rasse. Dies paßte haargenau zu der fortdauernden Eugenik-Kampagne, die sogenannte Rassenwissenschaft des britischen Empire, die ihre begeisterten Sponsoren unter solchen anglo-amerikanischen Finanziers wie John D. Rockefeller und Averell Harriman fand. Das Zentralthema »Angelsächsische Vormachtstellung« war das Vehikel das benutzt wurde, um im Norden eine große Anzahl von Neumitgliedern für den Ku Klux Klan anzuwerben.

Bis spätestens 1923, beim höchsten Pegelstand des Werbefeldzugs für den Ku Klux Klan, wurde die Zahl der aktiven Mitglieder auf 1,5 Millionen geschätzt. Die Gesamtzahl der Mitglieder, die sich von 1915 bis 1944 einschreiben ließen, ist auf über zwei Millionen geschätzt worden. Die Mehrheit der Klan-Mitglieder waren in den Nordstaaten, wobei Chicago von allen Städten die größte Anlaufstelle des Klans war, mit 20 Klan-Kapiteln und einer Gesamtzahl von 50000 Mitgliedern.

D. W. Griffiths »The Birth of a Nation« basierte auf einem 1905 herausgekommenen Buch von Thomas Dixon jun. mit dem Titel »The Clansman – a Historic Romance of the Ku Klux Klan«, und das er dem Andenken »eines schottisch-irischen Führers des Südens«, Oberst Leroy McTee, »Großtitan des Ku Klux Klan«, widmete.

Der Film »The Clansman«

Dixon betrachtete sich als großer Verteidiger der angelsächsischen Rasse und behauptete, daß »der Beginn der Gleichheit der Neger der Anfang vom Ende des Lebens unseres Volkes ist«.

Thomas Dixon jun. wurde 1864 während des Bürgerkriegs in Shelby, North Carolina, geboren. In den achtziger Jahren besuchte Dixon die John Hopkins University. Dort wurde er zum engen Freund eines anderen Südstaatlers, eines Virginianers namens Woodrow Wilson, der in der Zukunft von »The Birth of a Nation« noch eine bedeutende Rolle spielen sollte.

Als baptistischer Pfarrer errang Dixon erstmals landesweite Berühmtheit. Er gründete eine nicht konfessionell gebundene »Volkskirche« in der Innenstadt von Manhattan, wo John D. Rokkefeller erstmals auf ihn aufmerksam wurde, und davon sprach,

ihm ein großartiges Allerheiligstes zu bauen. 1899 wendete er sich öffentlichen Vorlesungen zu und schrieb seine rassistische Romantrilogie. Der erste Band: »The Leopard's Spots«, mit dem Untertitel »A Romance of the White Man's Burden 1865-1900«, kam zu dem Schluß, daß Frieden nur durch Trennung der Rassen erzielt werden könne.

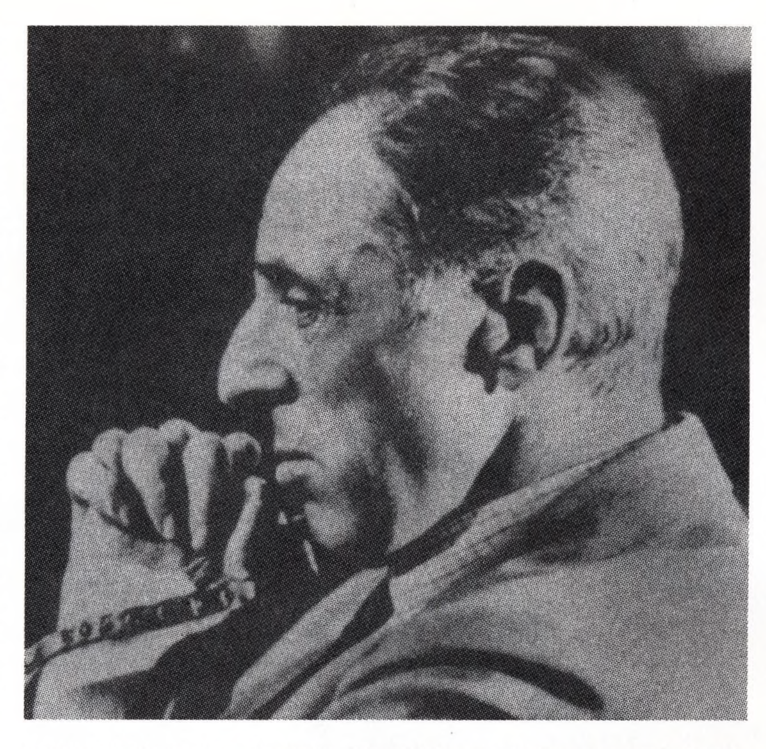
Reverend Dixon legte sein Manuskript von »The Leopard's Spots« einem alten Freund aus North Carolina – Walter Hines Page –, der Miteigentümer des New Yorker Buchverlags Doubleday, Page and Company geworden war, zur Veröffentlichung vor. Als virulanter konföderierter Anglophile, der als Kind Zeuge war, wie Shermans Armee an seinem Haus in North Carolina vorbeimarschierte, wurde Page später US-Botschafter für Großbritannien unter Präsident Woodrow Wilson und spielte bei der Organisation des Kriegseintritts Amerikas in den Ersten Weltkrieg auf Seiten der Briten eine entscheidende Rolle.

Page veröffentlichte mit großer Begeisterung Dixons Buch, von dem in den ersten drei Monaten nach seiner Freigabe 100000 Exemplare verkauft wurden. Die Auflage von »The Clansman« im Jahre 1905 übertraf die Anzahl der verkauften Exemplare der beiden ersten Bücher Dixons und wurde zur Grundlage eines Schauspiels.

1906 wurde Dixons anderer rassistischer Roman mit dem Titel »The One Woman« von ihm selbst als Schauspiel umgeschrieben. Er bat einen damals wenig bekannten Schauspieler, die Hauptrolle zu übernehmen: D. W. Griffith.

Wer war D. W. Griffith?

David Wark Griffith wurde 1875 auf einer kleinen Farm in der Nähe von Louisville, Kentucky, geboren. Sein Vater, Jacob Wark Griffith, trat bei Ausbruch des Civil War in die Confederate Army ein und wurde Oberst. Nach der Kapitulation Robert E. Lees bei Appomattox übertrug der Außenminister der Konföderierten, John C. Breckinridge, Oberst Jacob Griffith die unselige Aufgabe, den ehemaligen Präsidenten der Konföderierten, Jefferson Davis, heimlich in ein sicheres Haus in Kentucky zu eskortieren, in der Hoffnung, die Regierung der Konföderierten beibehalten zu können.



D. W. Griffith drehte den Film »The Birth of a Nation« und wird seitdem als Vater der amerikanischen Filmgeschichte bezeichnet.

Während der Verfilmung von »The Birth of a Nation« prahlte Griffith damit, daß sein Vater mit dem Ku Klux Klan in Verbindung stand.

Als junger Mann zog D. W. Griffith nach Louisville, wo er eine aktive Laufbahn begann, und wo er den Freimaurern beitrat.

1913 wurde Griffith Produktionsleiter und Filmdirektor für Mutual Film Production, die Harry und Roy Aitken gehörte, und hatte in den Wintermonaten in Hollywood, California, bereits damit begonnen, Filme zu machen.

1914 erhielten Griffith und ein Geschäftspartner, der Filmkritiker Frank Woods, das Copyright für die Verfilmung des Buches von Thomas Dixon »The Clansman«. Griffith berichtet darüber in seiner Autobiographie:

»An einem glücklichen Tag brachte er (Woods) mir ein Buch. Es war 'The Clansman' von Thomas Dixon. Ich überflog das Buch schnell bis ich an die Stelle kam, wo über die Klansmen berichtet wird, die nach Aussagen keiner geringeren Persönlichkeit als Woodrow Wilson nach dem Civil War dem niedergetrampelten Süden zur Hilfe eilten. Ich konnte mir diese Klansmänner mit ihren fliegenden weißen Gewändern sehr gut in einem Film vorstellen.«

Außer den Pfarrer Thomas Dixon anzuheuern, der ihm beim Entwurf seines Drehbuchs helfen sollte, bezog Griffith sich wegen der schriftlichen Dialoge des Films immer wieder auf Woodrow Wilsons »A History of the American People«.

Musikalische Anleihe bei Richard Wagner

Die Aufnahmen für »The Clansman« begannen am 4. Juli 1914 auf Griffiths Studio-Grundstück am Sunset Boulevard in Hollywood.

Griffith führte auch die Aufsicht über die Produktion der monumentalen Filmmusik zur Begleitung des Stummfilms. Er nahm einen populären Komponisten, Joseph Carl Breil, unter Vertrag, der die Musik zu seinem Film schrieb. Eines der Lieder von Breil wurde später als »The Perfect Song« veröffentlicht und wurde zum Thema-Lied für die rassistische Rundfunkschau »Amos'n Andy«.

Die Musik wurde für ein 40teiliges Orchester mit einem Chor außerhalb der Bühne und Sound-Effekten geschrieben. Außer der Verwendung von volkstümlichen Liedern aus dem Bürgerkrieg, lehnte die musikalische Begleitung sich stark an Richard Wagner an. Wagner wurde dementsprechend herangezogen, und die Musik seines »Ritt der Walküren« diente auch als Untermalung für Griffiths »Klan Ride«.

Die offizielle Erstaufführung von D. W. Griffiths »The Clansman« fand am 8. Februar 1915 in Los Angeles statt. Die Uraufführung wurde jedoch nicht von jedermann mit offenen Armen begrüßt. Das kleine örtliche Kapitel der NAACP von Los Angeles war vor Gericht gegangen und hatte versucht, eine einstweilige Verfügung gegen die Aufführung des Films zu erwirken. Ihr juristisches Argument, das anschließend von anderen Kapiteln des NAACP überall im Land benutzt wurde, beruhte auf der Begründung, daß die Aufführung des Films dadurch eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit sei, da Rassenspannungen verschärft würden und dies zu Gewalttätigkeiten und möglicherweise zu Aufständen führen könnte.

Die NAACP konnte aber nur eine bedeutungslose einstweilige Verfügung erreichen, mit der lediglich die erste Matinee des Films annulliert wurde.

Mr. Griffith geht nach Washington

Weniger als zwei Wochen nach der Erstaufführung in Los Angeles, sollte »The Clansman« erstmals in New York gezeigt werden. Nach einer privaten Vorführung vor einer ausgewählten Gruppe in New York, darunter Thomas Dixon, wurde entschieden, daß der Titel des Films »The Birth of a Nation« lauten sollte, ein Untertitel der bei der Werbung für den Film verwendet worden war. Jedoch eine bloße Namensänderung auf Griffiths kinematischer Giftflasche wurde von den Schöpfern und Promotern des Films nicht als ausreichend erachtet, um eine öffentliche Gegenreaktion auf eine sol-

Hollywood

Der Ku Klux Klan und die Film-Industrie

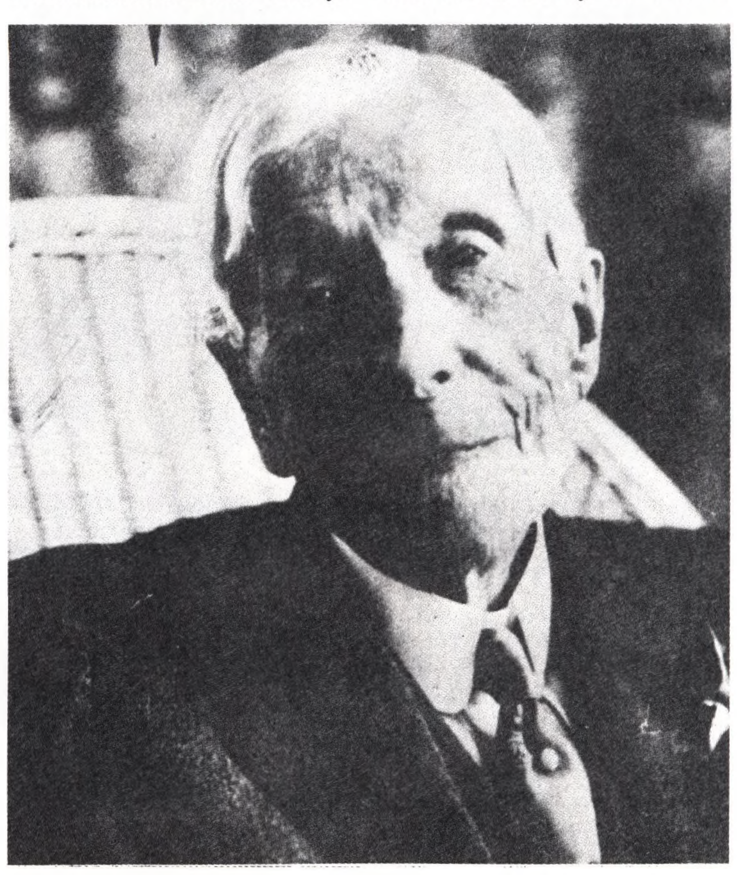
che ausdrückliche Zurschaustellung des Verrats der Konföderierten abzuwehren. Es wurde daher beschlossen, daß es klug sei, vor der öffentlichen Erstaufführung des Films sich von einigen der »angeseheneren« Figuren des Establishments Rückendeckung für den Film geben zu lassen.

Mit großen Gedanken im Kopf machten sich Mr. Griffith und seine KKK-Straßenschau auf nach Washington. Reverend Dixon schrieb einen Brief an seinen alten Freund von der Johns Hopking University, jetzt Präsident Woodrow Wilson, und bat um ein halbstündiges Interview, das der Präsident auch gewährte. Die Folge davon war, daß »The Clansman« am 18. Februar 1915 »der erste Film war, der jemals im Weißen Haus lief«. Wilsons Kommentar, nachdem er den Film gesehen hatte, lautete: »Es ist wie eine blitzartige Geschichtsschreibung. Und ich bedaure nur, daß alles so schrecklich wahr ist.« Dieses Zitat wurde schnell überall in Umlauf gebracht, um den Film zu fördern.

Dann ging er weiter zum US-Supreme Court (Oberstes Gericht), wo Reverend Dixon während einer privaten Zusammenkunft entdeckte, daß der Vorsitzende des Supreme Court, Edward White, einst Mitglied des alten Ku Klux Klan gewesen war. White und andere Richter des Obersten Gerichts sowie ausgewählte Kongreßabgeordnete und andere Personen, wohnten einer Privatvorführung von »The Birth of a Nation« bei.

Eine Woche nach der Erstaufführung von »The Birth of a Nation«, am 3. März 1915, wichen Zeitungsberichte in fast allen größeren Zeitungen der Rassen-Kontroverse aus und waren voll des Lobes über den Film. Typisch für diese Erscheinung war das Hearst-Blatt »Evening Journal«, das schrieb: »Zunächst einmal müssen Kinder hergeschickt werden, um das Meisterstück zu sehen. Eltern, die diesen Rat mißachten, begehen ein pädagogisches Vergehen, denn kein Film hat jemals erzieherisch wirksamere Punkte hervorgebracht als Griffiths neueste Errungenschaft.«

Während der Verfilmung von »The Birth of a Nation« hatte jemand zu Griffith gesagt, daß, falls der Film jemals in Atlanta gezeigt werde, es zu einem Rassenaufstand kommen könnte. Darauf erwiderte Griffith prophetisch: »Ich hoffe vor Gott, daß sie das tun!«



John D. Rockefeller war Anhänger der Eugenik-Kampagne, die Griffith mit seinem Film in den USA eingeleitet hat.

Der Film als heilige Wahrheit

In den meisten Städten des Nordens, wo »The Birth of a Nation« auf dem Spielplan stand, brachen politische Kämpfe aus, und kleinere Aufstände ereigneten sich in Philadelphia, Boston und anderswo.

Die NAACP und andere versuchten, entweder ein völliges Verbot des Films zu erwirken, oder die Streichung der ungeheuerlichsten rassistischen Szenen zu erzwingen. Diese Versuche waren zum größten Teil erfolglos. Endlose Anhörungen fanden überall im Lande vor Bürgermeistern, Staatsregierungen, Stadträten und staatlichen und städtischen Zensurbehörden statt.
Die Anhörungen wurden für die Pro-Griffith-Lobby zu öffentlichen Tribünen, auf denen die angeblichen Vorzüge der Eugenik verkündet wurden. Griffiths Anwalt, Martin W. Littleton, sagte zum Oberbürgermeister von New York, Mitchell, der Film sei ein »Protest gegen die Rassenmischung von Schwarzen und Weißen«. Griffith beharrte darauf, daß »The Birth of a Nation« die heilige Wahrheit sei.

Mit selbstgerechter Empörung verfaßte Griffith ein Massenpamphlet mit dem Titel »The Rise and Fall of Free Speach«, in dem gegen Versuche, seinen Film zu zensieren, argumentiert wurde. Seine Briefe und Artikel wurden überall im Lande in Zeitungen abgedruckt. In einem Fall sah er prophetisch die Zukunft des Films und die Schaffung der heutigen Video-Kultur voraus. Er stellte fest, daß »die kommende Generation mit den Filmen verheiratet sein wird. Man wird sie nicht mehr mit etwas anderem zufriedenstellen können«. Er stellte sich die Beseitigung von Bibliotheken und Historikern vor, an deren Stelle eine Priesterschaft von Kino-»Experten«, wie er selbst, treten werden.

Griffiths nächstes Filmprojekt »Intolerance« war seine Antwort auf seine Kritiker. Der Film ist vom Thema und Inhalt her wahrhaft freimaurerisch. Der wesentliche Inhalt des Films und die Produktionskosten waren dem antiken Babylon gewidmet, dem Griffith den Titel verleiht: »Das erste bekannte ordentliche Gericht der Welt.«

Das Gelände von Hollywood wurde buchstäblich in ein Modell – in Originalgröße – der Stadt in der antiken Geschichte verwandelt. Filmkulissen der turmhohen Mauern von Babylon, auf denen Wagen vorbeifahren konnten, beherrschten die Silhouette. Satanverehrung und die abscheulichste Gewalt, die man sich vorstellen kann, sind das, was Griffith der amerikanischen Öffentlichkeit ins Gesicht schleuderte. Glücklicherweise kauften die Leute keine Eintrittskarten und der Film wurde ein Flop.

Heute ist Griffiths Babylon-Kulisse Standort der Fernseh-Studios von ABC.

Hollywood: Mutter der Metzen

»The Birth of a Nation« war jedoch ein monumentaler Kassenerfolg, und wie eine der Schauspielerinnen in einem Interview sagte: »Sie verloren die Spur des Geldes, das er einbrachte. Aber es war der Anfang des ganzen Vermögens von Louis B. Mayer – all der Leute in der Filmindustrie.« Zu einer Zeit, wo der durchschnittliche Eintrittspreis für ein Filmtheater 15 Cent betrug, war der Eintrittspreis für »The Birth of a Nation« zwei Dollar. In einigen Städten, wie Boston und Chicago, lief er ununterbrochen fast ein Jahr lang. Eine zeitlang gingen 28 Verleihfirmen mit dem Film in den USA, Europa, Südafrika und Australien hausieren. Schätzungen der gesamten Kasseneinnahmen schwanken zwischen 50 Millionen und

über 100 Millionen Dollar. Die Kosten für die Produktion, Werbung und Vervielfältigung beliefen sich auf unter 100000 Dollar.

Es wurde für jedermann offensichtlich, daß mit Filmen große Profite zu machen waren. Somit fluteten Künstler, die schnell Geld verdienen wollten, gewöhnliche Verbrecher und Geldanleger von der Wall Street in die kleine Stadt Hollywood hinein.

Felix Kahn, einer der ersten Investoren in »The Birth of a Nation«, verkaufte sein großes Theater in New York an Paramount und trat in dessen Vorstand ein. Durch Kahn traf der Besitzer von Paramount, Adolph Zukor, mit seinem Bruder, Otto Kahn, Partner in der Warburg-Finanzfirma Kuhn, Loeb und Co., zusammen.

Bis spätestens 1919 hatte Zukor über Otto Kahn ein Darlehen von Kuhn, Loeb und Co. in der Größenordnung von zehn Millionen Dollar in die Wege geleitet und das Film-Imperium Paramount gegründet.

Warner Brothers wurden durch Investitionen von Goldman, Sachs und Co. im Jahre 1925 zu einem großen Studio.

Der Mann, der zum Film-Mogul von Columbia Pictures wurde, Harry Cohn, war ein berüchtigter Wüstling und großer Verehrer des italienischen faschistischen Diktators Benito Mussolini.

Cohn machte einen Dokumentarfilm über »Il Duce« und nahm dessen Einladung an, ihn in Rom zu besuchen. Nach seiner Rückkehr nach Hollywood dekorierte er sein Büro so, daß es aussah wie das von Mussolini, und verwahrte eine Fotographie von Mussolini auf seinem Schreibtisch auch den ganzen Zweiten Weltkrieg hindurch.

Harry Cohn war nicht das einzige Mitglied des Mussolini-Fanclubs in Hollywood. 1924, nach seiner Rückkehr aus Italien, sagte D. W. Griffith vor dem New Yorker Presse-Corps:

»Mussolini ist ein großer Mann. Mit der Loyalität der Jugend hinter sich könnte er große Dinge bewirken. Wer weiß, ob er nicht ein Napoleon ist, der die Welt im Triumph erobern wird. Ich glaube, daß als Folge dieses Faschismus alles passieren kann. Ich möchte den bemerkenswerten Geist der 'fascisti' in einem Film verkörpern.«

Erster Weltkrieg und die königliche Familie

Nicht lange nach der Wiederwahl von Woodrow Wilson im Jahre 1916 wurde Griffith vom Präsidenten ins Weiße Haus zitiert, um die Möglichkeit zu erörtern, nach England zu gehen und dort einen Propagandafilm zur Unterstützung der Sache der Alliierten gegen Deutschland im »Großen Krieg« zu drehen.

Am 17. März 1917 setzte Griffith die Segel nach London. Nach seiner Ankunft führte er den Vorsitz über die Londoner Erstvorführung von »Intolerance« und veranstaltete im Buckingham Palace eine private Filmvorführung für die königliche Familie.

Ein Treffen in Downing Street Nr. 10 für Griffith mit Premierminister David Lloyd George wurde arrangiert, bei dem der Premierminister Griffith mitteilte, dieser halte »die größte Macht zur Steuerung der Gedanken des Menschen, die die Welt jemals gesehen hat, in seinen Händen«, und er sollte ernsthaft Winston Churchills Gedanken für Film-Szenarios zur Förderung der Kriegsanstrengung aufgreifen. »Ich möchte, daß Sie für Frankreich und England arbeiten und Amerika zur Entscheidung drängen, mit uns in den Krieg zu ziehen«, sagte Lloyd George zum Direktor. Griffith stimmte natürlich bereitwillig zu, und mit finanzieller Unterstützung der französischen und britischen Regierung war er bald mit seiner Truppe in Frankreich und drehte den Film »Hearts of the World«.

Am 6. April schlossen sich die Vereinigten Staaten dem britischen Empire an und erklärten Deutschland den Krieg.

Die filmische Darstellung der deutschen »Hunnen« als Bestien, ähnlich wie seine Darstellung der Schwarzen in »The Birth of a Nation«, sollte eine Auswirkung auf die Gestaltung des Nachkriegs-Klimas des Versailler Vertrags haben.

Der Höhepunkt von Griffiths Rundreise in Großbritannien war eine offizielle Audienz im Bukkingham Palace mit der Königin und Königin-Mutter Alexandra. Griffith wies später ständig auf dieses Ereignis als seine größte Stunde hin und schrieb darüber in seiner Autobiographie:

»Jetzt sollte ich mit den Königinnen zusammentreffen! Voller Träume war ich entschlossen, Eindruck auf diese Damen zu machen ... einen, den sie niemals vergessen würden. Ich saß nämlich geistig schon im Schoß der königlichen Familie.«

Die Kultur-Geißel Hollywood

Nicht lange nach seiner Rückkehr nach Hollywood gründete Griffith 1919 mit Charlie Chaplin, Douglas Fairbanks und Mary Pickford United Artists.

Das Film-Studio, das Hollywood dominieren sollte, begann als Folge von »The Birth of a Nation«. 1915 leitete Louis B. Mayer eine Vertriebsstelle für eine kleine Kette von Theatern von Haverhill, Massachusetts, aus. Als »The Birth of a Nation« seine Dauerspielzeit in New York begann, arrangierte Mayer einen Deal zum Vertrieb des Films in New England, gegen Zahlung von 50000 Dollar und Teilung der Kasseneinnahmen 50 zu 50. Mit diesem einzigen Deal scheffelte Mayer mindestens 500000 Dollar. Harry Aitkin, Vertreiber des Films, wies später nach, daß Mayer seine Bücher frisiert und einen außergewöhnlichen Gewinn erzielt hatte. Mit diesem Geld gründete Louis Mayer die Mutter aller Hollywood-Studios: Metro-Goldwyn-Mayer.

1939, kurz nachdem Hitler und Stalin Polen besetzt hatten, gab MGM Associates ihr abendfüllendes Farb-Epos basierend auf der konföderierten Tradition von Griffiths »The Birth of a Nation« frei. Dieser Film, dessen Erstaufführung in Atlanta, Georgia, stattfand, hieß »Gone with the Wind« (»Vom Winde verweht«) – oft der größte Film genannt, der jemals gedreht wurde. Der Film basierte auf dem rassistischen Buch von Margaret Mitchell, die nach ihrem Erfolg an ihren Mentor, Reverend Thomas Dixon, schrieb und ihm mitteilte, daß dessen Schriften seit ihrer Kindheit für sie eine Inspiration gewesen seien. Der Film wurde von Louis Mayers Schwiegersohn David Selznick produziert und mit den Millionen von Jock Whitney, Eigentümer der »New York Herald Tribune« und Sproß der Familie Harriman, finanziert.

Die Freimaurer in der Film-Kulisse

Ich erfuhr kürzlich von meinem Stiefsohn, daß »Gone with Wind« im Schulwesen von Los Angeles benutzt worden ist, um die Schüler die Geschichte des Amerikanischen Bürgerkriegs zu lehren.

Ben Hecht, der Mann, der das Drehbuch für den Film schrieb, wurde später Hauptpropagandist und Geldauftreiber in den Vereinigten Staaten für die Irgun. Während des Zweiten Weltkriegs organisierte Hecht seine erste Geldsammelveranstaltung für Hollywoods Eliten im Namen der Twentieth Century Fox.

Als ob Hollywood-Filme nicht schon schlecht genug wären, Dore Schary war der Mann, der den Gedanken des »B-grade movie« schuf, diesen 1947 auf einem Ausflug zur Pferderennbahn im Hollywood Park an Mayer verkaufte und dann Vizepräsident und Gesamtproduktionsleiter für MGM wurde. Schary war ein lebenslanger Freund einer der Spitzengehilfen von Meyer-Lansky, Abner »Longie« Zwillman. 1963, nachdem Schary Hollywood verlassen hatte, wurde er landesweiter Direktor der Anti-Defamation League (ADL).

Seit Anfang der zwanziger Jahre traten Dutzende von leitenden Herren von Hollywood, Produktionsleiter und Schauspieler dem örtlichen B'nai B'rith in Los Angeles bei, darunter: Carl Laemmle, Harry und Jack Warner, Louis Mayer, Irving Thalberg und William Fox. Einige von ihnen, wie die Gebrüder Warner, traten auch den Freimaurern bei.

Als D. W. Griffith am 23. Juni 1948 starb, wurden die Trauerfeierlichkeiten nicht in einer Kirche, sondern im Freimaurer-Tempel von Hollywood abgehalten. Zu seinen Sargträgern zählten Louis Mayer und Sam Goldwyn. Später wurde er in seiner Heimatstadt in Kentucky beigesetzt. □

Die Pike-Mazzini-Korrespondenz

John Springfield

Der Meister der italienischen Freimaurerei und Terrorismus, Guiseppe Mazzini, schrieb vermutlich 1870 einen Brief an den Freimaurerchef und Gründer des Ku Klux Klan (KKK) Albert Pike. Das Thema: Wie soll die Freimaurerei von oben aus koordiniert werden.



General Grant (links) und General Lee (rechts) nach der Kapitulation der Konföderierten am 9. April 1865 in Appomattox.

»Wir ... müssen einen obersten Ritus schaffen, der geheim bleibt, in den diejenigen Hochgrad-Freimaurer berufen werden, die von uns ausgewählt werden. Gegenüber den anderen Brüdern der Freimaurerei müssen wir strengste Geheimhaltung verlangen. Über diesen obersten Ritus werden wir die Freimaurerei regieren, die somit das internationale Zentrum werden wird. Dies wird umso mächtiger sein, als die Führung völlig unbekannt ist.«

Der gewünschte satanische Despotismus

Die freimaurerfeindliche Margiotta schrieb, daß diese Super-Freimaurerei tatsächlich geschaffen wurde, mit Direktionen in Nordamerika, Uruguay, Neapel und Kalkutta.

Und Albert Pike soll 1871 einen Brief an Mazzini geschrieben haben, in dem er vorschlug, daß man einen »formidablen sozialen Kataklysmus zum Zwecke der Eroberung des atheistischen Kommunismus und des Christentums herbeiführen sollte, damit sie sich gegenseitig vernichten«. Dies werde dann zu dem gewünschten satanischen Despotismus führen.

Es wird auch behauptet, daß Pike 1889 höheren Freimaurern befohlen haben soll, Luzifer zu verehren, vor dem anderen Gott, dessen Macht der Luzifers gleichkommt.
Die Freimaurer des Schottischen Ritus selbst legen diese Formulierungen Mazzinis und Pikes in der Öffentlichkeit dar und weisen sie als Fälschungen zurück. Das Britische Museum brachte vorsichtig zum Ausdruck, daß »eine Durchforschung der Indexe unserer Kataloge ergeben hat, daß in der Abteilung für Manuskripte kein Brief von Albert Pike an Mazzini verzeichnet ist«.

Die Justiz wird uns eines Tages direkten körperlichen Zugang zu ihren Archiven und zu noch vorhandenen inkriminierenden Schriften verschaffen. Aber wir können an ihren anerkannten Schriften und an historischen Tatsachen demonstrieren, daß, selbst wenn diese Zitate gefälscht sein sollten, sie doch genau die Gedanken und Handlungen von Pikes und Mazzinis wiedergeben.

Pikes Imperium des Bösen

Pike schrieb in seinem Buch »Morals and Dogma« über Organisation von oben nach unten: »Die blauen oder niedrigeren Grade sind nur der Außenhof ... des Tempels. Ein Teil der Symbole werden dort dem Eingeweihten gezeigt, aber er wird absichtlich durch falsche Auslegungen irregeführt. Es ist nicht beabsichtigt, daß er sie verstehen soll, sondern es ist beabsichtigt, daß er sich einbilden soll, sie verstanden zu haben. Ihre wahre Erklärung wird den Kennern, den Prinzen der Freimaurerei vorbehalten...«

Abraham Lincoln mit dem Generalstab der Unionsarmee bei einem Besuch an der Front nach Ausbruch des Sezessionskrieges 1861.

Über den satanischen »Ausgleich« schreibt er: »Manes, Gründer der Manicheaner, der unter den persischen Magi lebte und dort eine angesehene Persönlichkeit war, profitierte von den Lehren des Scythianus, eines

Kabalisten ... aus der Zeit der Apostel... Manes lehrte, daß es zwei Götter gebe, einer des Guten und der andere des Bösen, jeder von ihnen unabhängig, ewig, Chef eines bestimmten Imperiums...

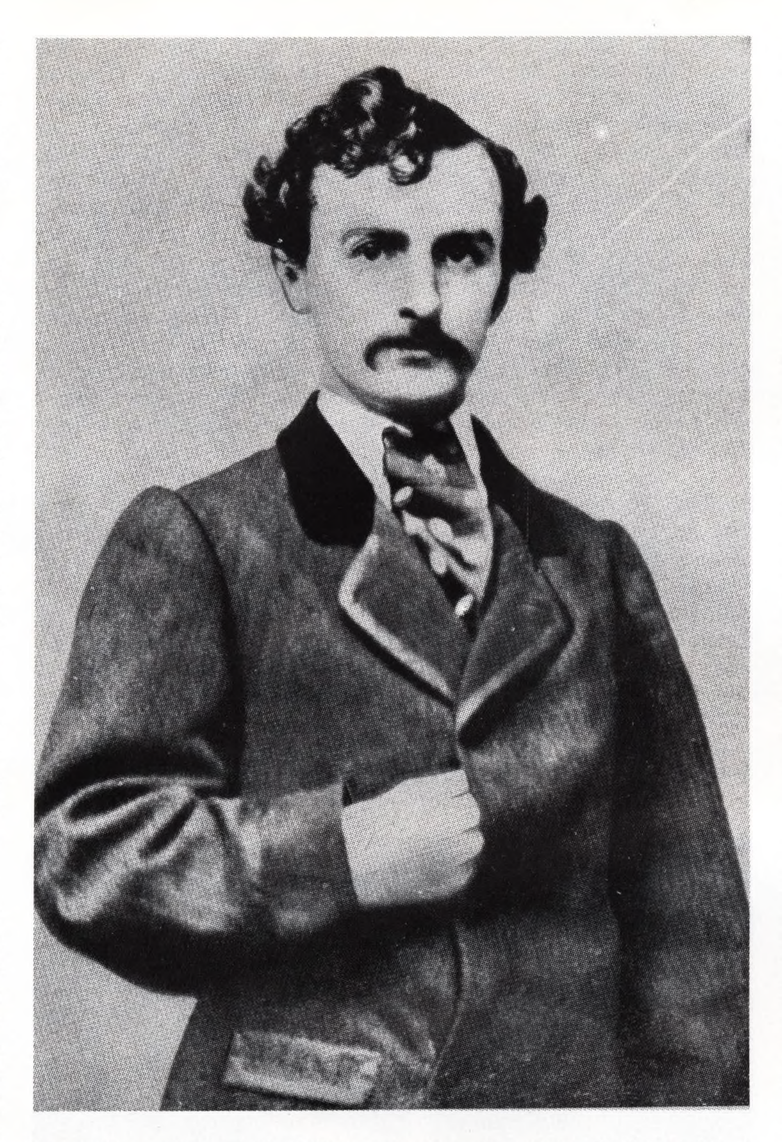
Der böse Gott, Satan, ist allein der Genius der Materie ... das höchste Wesen war zu rein, um in unmittelbaren Kontakt mit der Materie zu treten ... der Prinz der Dunkelheit ... schuf Adam, dessen Seele aus göttlichem Licht, und dessen Körper aus Materie war, so daß er beiden Imperien angehörte ... die Dämonen schufen Eva, die ihn zu einem Akt des Sinnlichen verführte, der ihn schwächte und ihn erneut die Fesseln der Materie anlegte. Dies wiederholt sich für jeden Mann, der lebt...

Das königliche Geheimnis, dessen Prinz Du bist ... ist das Geheimnis des universalen Gleichgewichts ... jenes Gleichgewicht zwischen Gott und dem Bösen, und Licht und Dunkelheit.«

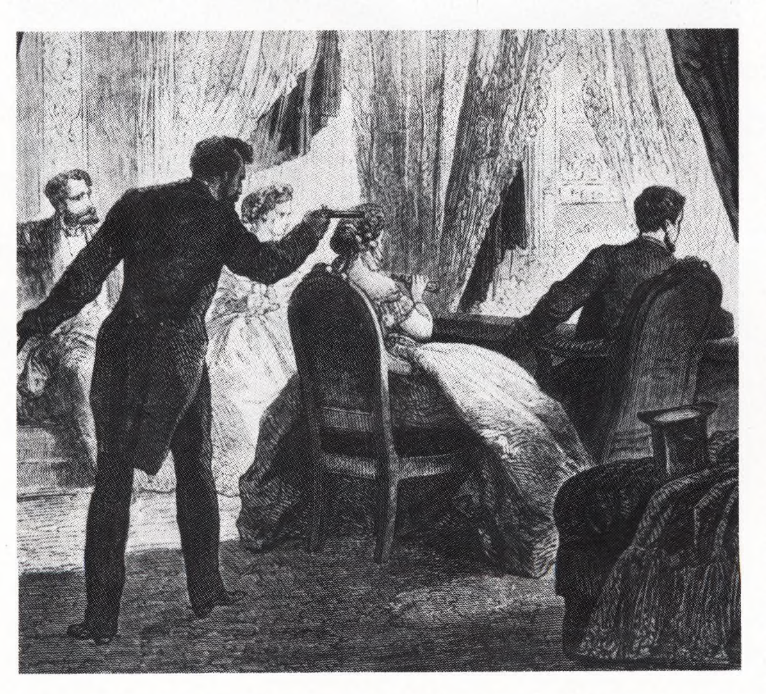
Seine Gedanken über Jahrzehnte terroristischer Verbrechen, die Pike und Mazzini dirigiert hatten, widerspiegelnd, schrieb Pike: »Die Menschen sind nur die Automata der Vorsehung, und die Vorsehung nutzt den Dämagogen, den Fanatiker, und den Knecht ... als Werkzeuge und Instrumente, um etwas zu bewirken, von dem sie nicht einmal träumen, und zu was sie sich verpflichtet fühlen zu verhindern ...«

Die Ursprünge des Schottischen Ritus

Der Schottische Ritus als Projekt unserer britischen Feinde wurde während der Amerikanischen Revolution ins Leben gerufen, hauptsächlich von zwei Männern: Ein nomineller Christ und ein nomineller Jude. Der britische General Augustine Prevost eroberte Charleston, South Carolina, und schuf dort einen geheimen Polizeiapparat, der zum Hauptquartier des Schottischen Ritus wurde, nachdem die britische Armee abgezogen war. Gleichzeitig rief Moses Michael Hays in Rhode Island eine freimaurerische Kadergruppe von kabalistischen Juden ins Leben, die im Negersklavenhandel zu Millionären geworden waren;



Der Schauspieler John Wilkes Booth ermordete 1865 Präsident Lincoln.



Während einer Vorstellung des Ford-Theaters in Washington am 14. April 1865 wurde Lincoln ermordet.

darunter befanden sich die Familien Lopez und de Leon.

Hays war selbst ein Bankpartner der höchsten angelsächsischen blaublütigen Tories, die alle im Sklavenhandel tätig waren und sich schon bald in den Opiumhandel stürzen sollten. Diese Elemente bildeten den Schottischen Ritus.
Der Kabalismus, im Gegensatz zum biblischen Judentum, kam nach Rhodes Island und South Carolina aus dem Judenviertel von Curaçao, dem Sklaven-Konzentrationslager der Dutch West Indies Company.

Sklavenbesitzer und -händler, nur dem Namen nach Christen und Juden, wurden in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts gezwungen, den Aufständen der Negersklaven zu entfliehen. Diese verbitterten Satanisten traten in Charleston und New Orleans der Führung des Schottischen Ritus bei.

In Haiti führte der Erb-Sklavenmeister, Graf Alexandre de Grasse, die französischen Pflanzer in ihrem vierjährigen, blutigen Krieg gegen Widerstand leistende Schwarze. De Grasse floh nach Charleston, wo er 1801 Mitbegründer der »Mutterloge« des Schottischen Ritus war. De Grasse ging dann zurück, um Napoleons Feldzug gegen die Unabhängigkeit Haitis zu unterstützen, ein bösartiger Rassenkrieg, den er verlor. De Grasse gründete 1803 den Schottischen Ritus in Jamaica, um den Briten zu helfen, ihre drei Millionen Sklaven auf dieser Insel zu regieren. 1804 unter Napoleon rief dieser Völkermörder de Grasse einen Obersten Rat für Frankreich ins Leben.

Mazzinis terroristische Internationale

De Grasse etablierte 1805 den Scottish Rite Supreme Council in Mailand, zwei Monate bevor Napoleon nach dort kam und zum König von Italien erklärt wurde. Dies ist der Ursprung der Pike-Mazzini-Freimaurerei in Italien. Als Repräsentant der britischen Macht – die Parteiung der Freimaurerei, die gegen Franklin und Lafayette war – blieb de Grasse nach dem Sturz Napoleons das Oberhaupt des Schottischen Ritus in Frankreich.

Freimaurerei

Die Pike-Mazzini-Korrespondenz

Guiseppe Mazzini war in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ein junger italienischer freimaurerischer Revolutionär, als die Briten ihn für ihren irregulären Krieg gegen Europa und Amerika für sich gewannen. Mazzini wechselte in den dreißiger Jahren nach England über. Aus dem sicheren Hafen britischer Häuser der Oberklasse heraus schickte er Anarchisten und Terroristen gegen Regierungen und die Kirche in den Tod. Mazzinis Bewegungen wurden als »Jung-Italien«, »Jung-Deutschland«, »Jung-Schweiz«, »Jung-Rußland«, dann als »Jung-Amerika« und B'nai B'rith, und später als »Jung-Bosnien«, ein Instrument Großserbiens, bekannt.

Viele hochstehende britische Strategen nahmen Mazzini für sich ein, angefangen von Viscount Palmerston. Mazzini stand in Verbindung mit den Intrigen von Sir John Bowring, der versuchte, Deutschland daran zu hindern, nach dem nationalistischen Programm American System von Alexander Hamilton und Friedrich List zu industrialisieren. Bowrings anderer Schützling, Friedrich Engels, drohte entstehenden deutschen Fabrikanten mit einem von Karl Marx und Mazzini angeführten Aufstand. Bowrings Freihandel-Unterwerfungs-Karriere verschlug ihn nach China, wo er den zweiten Opium-Krieg begann und einen von einem messianischen chinesischen protestantischen Kult angeführten Aufstand organisierte.

Mazzini führte Britanniens Revolution von 1848 in Italien an, die gegen die katholische Kirche gerichtet war und darauf abzielte, den Vatikan davon abzuhalten, die nationalistische Bewegung zu führen.

1852 schrieb die überregionale Zeitschrift der US-Democratic Party, das neue »Jung-Amerika«-Regime von Präsident Franklin Pierce müsse Guiseppe Mazzini bei der Überwältigung von Europas Regierungen unterstützen. Der Publizist George Sanders, ein bezahlter Agent britischer Banker, rief die USA auch dazu auf, Kuba und Haiti einzunehmen und die Negersklaverei unter nordamerikanischer Herrschaft abzusichern. Als Mazzinis amerikanisches Sprachrohr erklärte Sanders, daß »dieser Kontinent für weiße Menschen bestimmt ist«. Man beachte jedoch, daß Mazzini noch jetzt einen falschen Ruf als sklavereifeindlicher Aktivist hat.

Präsident Pierce war privat vom Chef des Schottischen Ritus John Quitman, dem Sohn eines Sklavenmeisters aus Curaçao, und von dem Bostoner Opium-Lord Caleb Cushing, ein Sponsor von Pikes Aufstieg zur Macht in Arkansas, zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten nominiert worden.
Mazzini schrieb über seine eigene Rolle bei der Pierce-Wahl: »Ich arbeitete mit dem sehr zahlreichen germanischen Element in den Vereinigten Staaten unter gewissen Bedingungen, die Pierce akzeptiert hat, für seine Wahl zusammen... Er sollte amerikanische Repräsentanten in Europa nennen, die uns gegenüber wohlwollend gesinnt sind, und die uns helfen werden; und fast alle seine Nominierungen entsprechen unseren Wünschen. Er sollte den Kommandeuren seines Schlachtschiffes Anweisungen erteilen, die gegen Österreich und die despotischen Regierungen gerichtet sind; er hat es getan ... Er hatte versprochen, allen seinen diplomatischen Agenten den Befehl zu erteilen, was auch immer für eine aufständige republikanische Regierung in einer italienischen oder ungarischen Provinz gebildet werden sollte, unverzüglich anzuerkennen, und er erklärt, dies getan zu haben.«

Präsident Pierce ernannte George Sanders zum Konsul in London, wo Sanders in seiner Wohnung Gastgeber der ganzen Mannschaft von Mazzinis Revolutionären war. Andere offene Unterstützer Mazzinis, wie zum Beispiel Edwin de Leon und der Finanzier des Schottischen Ritus August Belmont, wurden auf diplomatische Spitzenposten berufen, während Pikes Sponsor Cushing die Pierce-Administration als Generalstaatsanwalt leitete.

Seinerzeit in der Schweiz operierend, erhielt Mazzini vom amerikanischen Botschafter die Zusicherung, daß, sollte Mazzini festgenommen werden, er sofort unter den Schutz des Botschafters kommen werde.

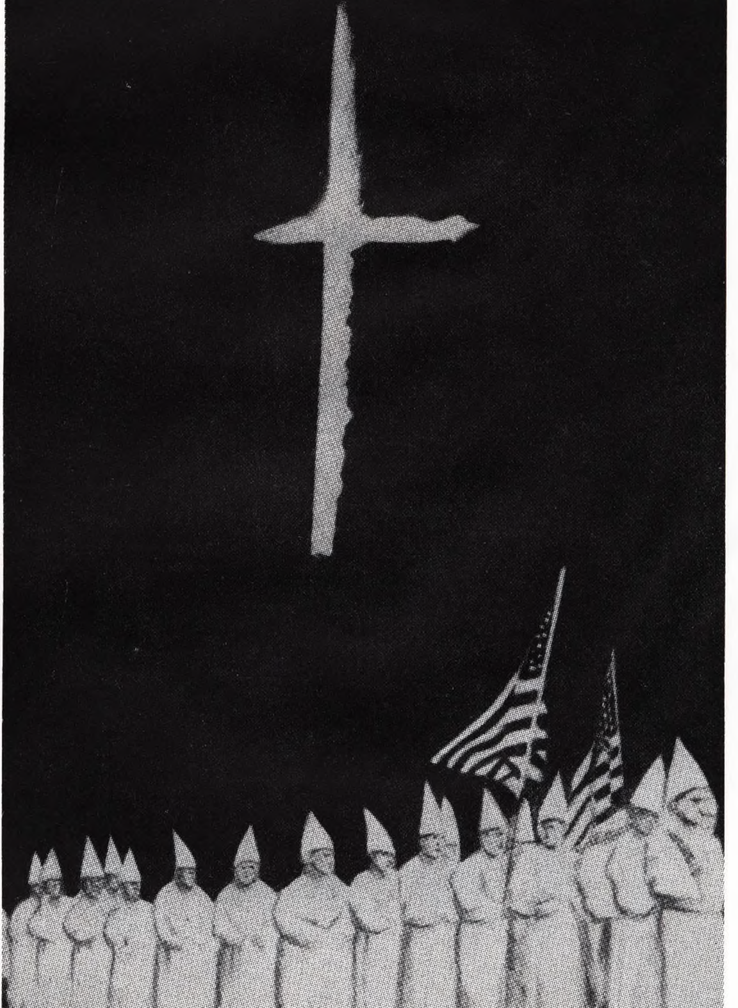
Beginn des Amerikanischen Bürgerkriegs

Unter diesem Pierce-Regime bereitete der Schottische Ritus einen Krieg der Sklavenbesitzer gegen die USA vor. Quitman schickte das neue Mitglied des Schottischen Ritus, Albert Pike, 1855 nach Louisiana, um dort zu leben. Pike entwickelte den Stützpunkt der katholiken-feindlichen, schwarzen-feindlichen terroristischen Gruppe, die Ritter des Goldenen Kreises von New Orleans. Pike arbeitete mit dem karibischen jüdischen Kabalisten, Judah Benjamin, und dem seltsamen britischen Agenten Catholics zusammen, die den Weg zur Einführung von Mazzinis Mafia in New Orleans ebnen sollten.

Innerhalb der Gesamtbewegung zur Einigung Italiens arbeitete Mazzini an der Schaffung neuer Instrumente für Verbrechen und verdeckte Diktatur. 1860 entsandte Mazzini nur 1000 Rothemden unter General Garibaldi zum Einmarsch in Sizilien, das damals von dem bourbonischen Königstum regiert wurde. Wie konnte eine derart kleine Streitmacht Erfolg haben? Nun, die sizilianische Mafia, die bis dahin unter Mazzinis Befehlsgewalt stand, lähmte die Reaktion der Regierung.

Aber um ganz sicher zu gehen, ging die britische Kriegsmarine in Stellung, um die Landung dieser beiden Schiffe abzusichern.

Mit Albert Pike 1860 als Kommandeur, dirigierte der Schottische Ritus die politischen Führer der Sklavenbesitzer, sicherte die Rückendeckung der britischen



Der Ku Klux Klan ist noch heute und besonders in Deutschland aktiv.

Bankiers Rothschild und Baring und startete die Sezession (Abspaltung) des amerikanischen Südens.

Das mazziniitische Regime Franklin Pierces in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde jetzt zur aufständischen Regierung von 1860. Jefferson Davis war der Präsident der Konföderierten. Judah Benjamin leitete als konföderierter Außenminister die Spionage-Netzwerke des Schottischen Ritus, wobei George Sanders und Edwin de Leon zwischen Kanada und Europa pendelten und mit britischen Geldern finanziert wurden.

Die Ritter des Goldenen Zirkels

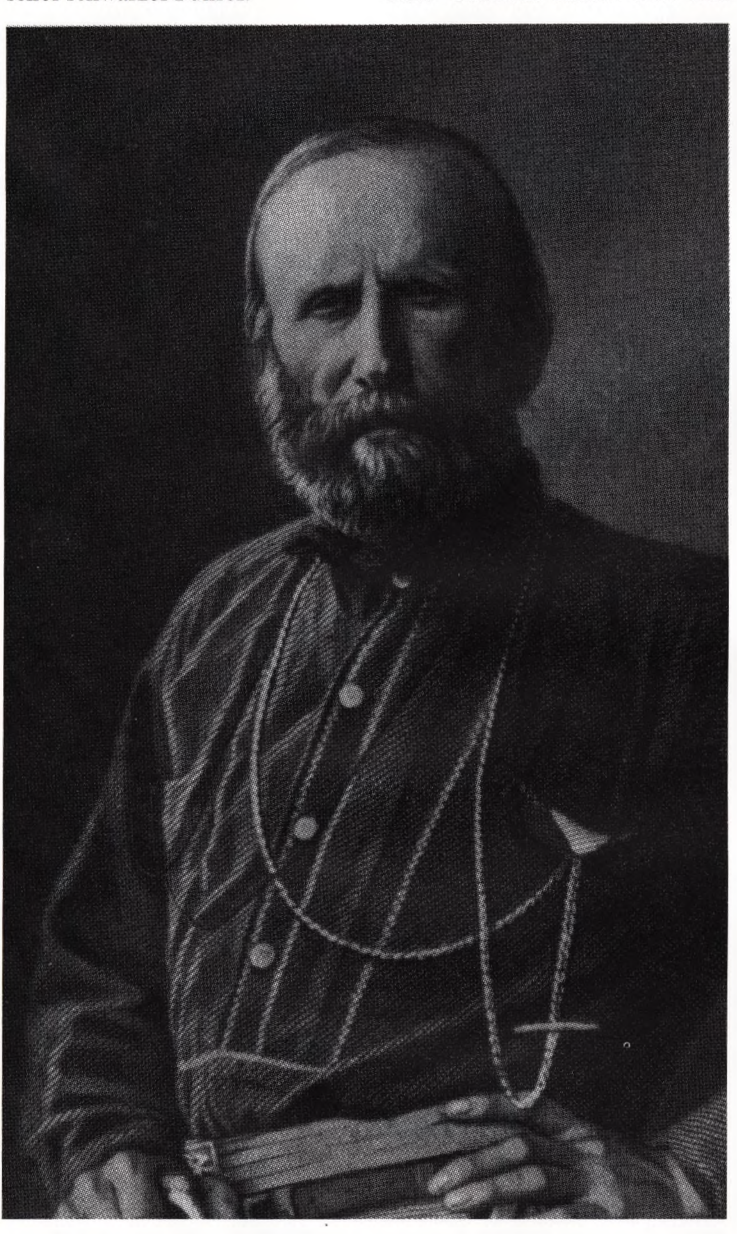
Während britische Reedereien Kreuzer für die Konföderation bauten, um die amerikanische Handelsmarine zu versenken, setzten pro-konföderierte englische Politiker durch, daß Mazzinis Hauptsprecher in der Öffentlichkeit, Sir James Stansfeld, zum Lord der Admiralität ernannt wurde.

Die Vereinigten Staaten gewannen den Civil War, aber ihr nationalistischer Präsident, Abraham Lincoln, wurde vom Pike-Benjamin-Geheimdienst ermordet. Im Ford's Theater, wo John Wilkes Booth Lincoln erschoß, stellt der National Park Service ein entschlüsseltes Blatt, das die Polizei in Booths Koffer fand, und eine entsprechende Verschlüsselungsvorrichtung, die im Büro von Judah Benjamin gefunden wurde, aus.

Pike war im britischen Kanada untergetaucht, gesucht wegen Verrats, als der neue freimaurerische Präsident, Andrew Johnson, ihm Gnade gewährte. Der nationalistische Führer des US-Congress, Thaddeus Stevens, ein wütender Gegner der Freimaurerei, startete die Reconstruction, um die südliche Oligarchie zu stürzen und um den gerade von der Sklaverei befreiten Schwarzen ihre Rechte zu gewährleisten.

Albert Pike rief die terroristischen Knights of the Golden Circle erneut ins Leben, nannte sie die Ritter des Ku Klux Klan, die in satanischen Kostümen und mit Ritualmorden gegen die Reconstruction kämpften.

Der Heimatstützpunkt des Schottischen Ritus in South Carolina, von General Sherman erobert, blieb jahrelang unter einem Regime talentierter und patriotischer schwarzer Führer.



Giuseppe Garibaldi war neben Mazzini einer der einflußreichen Freimaurer Italiens, der mit allen Revolutionären des Erdballes in Verbindung stand.

Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts leiteten die Pike-KKK-Kräfte falsche Korruptionsskandale, um diese schwarzen Führer zu stürzen. Die ehemaligen Sklavenbesitzer nahmen dann South Carolina in ihre Gewalt.

Somit stimmten Mazzini und Pike miteinander überein. Mazzini schuf die geheime Loge Propaganda, die Italien viele Jahrzehntelang regiert. Pike und Mazzini waren Mitbegründer der Organisationen des Schottischen Ritus in Lateinamerika.

Mazzinis Mafia breitete sich nach New Oreleans hinein aus. Die »jüdischen« und »italienischen« Mafiosi, die sich dort einnisteten, waren jene schrägen freimaurerischen Vögel, deren Eltern und fortwährende Kontrolleure die von uns beschriebenen Ultra-Rassisten sind. Ihr sich über die ganze Hemisphäre erstreckender illegaler Drogenhandel soll tatsächlich das Christentum ausrotten.

Die Loge Propaganda 2, oder P-2, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Anglo-Amerikanern nach dem Muster von Mazzini etabliert. In Kooperation mit kommunistischen Geheimdiensten leitete die P-2 des Schottischen Ritus den Terrorismus gegen Italien. Die italienische Polizei, die versuchte, in die freimaurerische Leitung des kriminellen Terrorismus einzudringen, stieß kürzlich auf die verdeckte »Albert Pike«-Loge in Calabria. Obwohl jetzt offiziell gesetzlich verboten, ist die P-2 immer noch die Speerspitze des derzeitigen Kreuzzuges, Italien in Skandale zu verwickeln, es zu zerstückeln und zu unterwerfen.

Die Erben von Pike und Mazzini sind der neue KKK, die auf Deutschland einschlagenden Neonazis. Dennis Mahon, der KKK-Führer von Oklahoma und Agent des Marine-Geheimdienstes, der junge deutsche Neonazis ausbildet, gibt zu, daß er mit dem ehemaligen kommunistischen Stasi zusammengearbeitet hat, um Deutschland zu zerstören. Und Mahon lobt den Gründer des KKK, Albert Pike, als einen der ersten Umweltschützer des 19. Jahrhunderts.

Oberstleutnant Michael Aquino, der einer neonazistischen Einheit der US-Armee vorsteht, ist der hohe Priester des Satanic Temple of Set, der offiziell anerkannten satanischen Religion in der US-Army. Eine auf den neuesten Stand gebrachte Pike-Mazzini-Mannschaft arbeitet im Sinne der britischen Strategie der Spannung gegen Deutschland. Die angeblichen Neonazis werden von dem Hochgrad-Freimaurer Aquino und den ehemaligen amerikanischen Geheimdienstchefs William Webster und Ted Shackley, sowie von dem kabalistischen Präsidenten Edgar Bronfman geführt.

Jetzt, wo der Schottische Ritus in Panik geraten und aus seinem Mauseloch herausgetreten ist, um seinen KKK zu verteidigen, sollten wir dem amerikanischen Gesetzesvollzug überall empfehlen: Beobachtet die Büros der Freimaurer auf Rauchfahnen. Sie könnten bald ihre privaten Papiere verbrennen, und wir wollen, daß diese Papiere gerettet werden, so daß sie uns bei zukünftigen Strafverfolgungen helfen können. □

Zurückweisung des IWF durch Kenia

Die Entscheidung des kenianischen Präsidenten Daniel arap Moi zu versuchen, »die Wirtschaft des Landes ohne westliche Hilfe« und ohne den Rat des Internationalen Währungsfonds (IWF) aufzubauen, wird laut Londoner »Observer« mit Interesse von anderen afrikanischen Staaten beobachtet, berichtete die »Washington Times«.

»Jetzt wird es augenscheinlich, daß in vielen Fällen die Medizin den Patienten tötet«, räumte der Artikel im »Observer« ein. »Die allerschädlichste Auswirkungen wird in den Weltpreisen für Verbrauchsgüter gesehen ... Die Preise sind unter realen Aspekten niedriger als je zuvor, und die ›Anpassungs‹politik des IWF wird als einer der Hauptgründe für den Sturz der Preise gesehen.«

Die Zeitung erkennt an, daß »afrikanische Länder jetzt in Erwägung ziehen könnten, daß sie wenig zu verlieren haben, wenn sie sich nach einer alternativen Politik umsehen. Verweigerung der Rückzahlung von Auslandsschulden, da das Geld für Projekte zur Bekämpfung der Armut benötigt wird, ist eine Option ... Wenn afrikanische Länder ihre Schulden nicht zurückzahlen, verlieren sie möglicherweise Auslandshilfe. Aber der Köder der Hilfe des Westens ist kleiner als Afrikas Schuldenlast ... Obwohl von Afrika erwartet wird, 26 Milliarden Dollar pro Jahr an Schulden zurückzuzahlen, erhält es weniger als 20 Milliarden Dollar pro Jahr an Hilfsleistungen.«

In einem Leserbrief des amtierenden Hochkommissars von Kenia an die Londoner »Times« weist dieser einen Leitartikel in dieser Zeitung zurück, in der Präsident Mois Schritt gegen den IWF angegriffen wird. In dem Brief heißt es unter anderem: »Ihr Leitartikel ist diktatorisch und gefühllos. Präsident Moi ist nicht der erste afrikanische Herrscher, der die vom IWF auferlegten unrealistischen Bedingungen zurückweist. Sie haben eindeutig auch anderswo nicht funktioniert. Die höchste Verantwortung jeder Regierung ist gegenüber ihren Bürgern, nicht gegenüber Ausländern, und es ist Zeit, daß unsere Wirtschaftsreformen im Ausland ehrlich überdacht, anstatt blind in Bausch und Bogen verdammt werden.« □

Nigerias Sparprogramm droht Bürgerunruhen hervorzurufen

Nigeria macht weiter mit Kürzungen von Subventionen auf heimische Treibstoffpreise, ungeachtet der Furcht vor weitverbreiteten Unruhen, berichtete Reuter aus Abuja. Viele nigerianische Politiker sagen, daß höhere Benzinpreise, wie sie von ausländischen Gläubigern und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) angestrebt werden, ein Chaos auslösen könnten, das möglicherweise das bislang hinausgeschobene Programm der Armee zur Bildung einer bürgerlichen Regierung völlig durcheinanderbringen könnte. Die Gewerkschaften haben mit Streiks und Protesten der Universitätsstudenten gedroht, falls die Subventionen beschnitten werden, um eine Linderung der Auslandsschulden Nigerias in Höhe von 27 Milliarden Dollar zu ermöglichen. Ein geringer Anstieg von 0,20 Naira – jetzt weniger als ein amerikanischer Cent – der Benzinpreise Ende der achtziger Jahre löste schon Gewalttaten und Massenstreiks aus.

Westliche Gläubiger warnten Nigeria, daß neue Darlehen ausgetrocknet werden, wenn es dem Land nicht gelingt, seine Rückstände bei offiziellen Schuldenrückzahlungen in Höhe von drei bis vier Milliarden Dollar zu verringern. Der nigerianische Finanzminister Oladele Olashore wurde für zwei Stunden vor den Pariser Club von Gläubigern geladen, um zu erklären, warum das Land soweit hinter seinen Schuldenverpflichtungen zurückgefallen ist. Die Londoner »Financial Times« stellte fest: »Es kommt selten vor, daß Finanzminister vor der regulären monatlichen Arbeitssitzung des Clubs von Paris erscheinen müssen, was im Falle Nigerias auf die Besorgnis der Gläubiger hindeutet.«

Der Nigerian Labor Congress (NLC) ist die Speerspitze des Kampfes gegen die Entscheidung der Regierung, mit dem IWF mitzuziehen und Ölsubventionen zu streichen, berichtete der Nachrichtendienst IPS aus Lagos. Der NLC warnte den Präsidenten Ibrahim Babangida davor, daß er einen landesweiten Streik ausrufen werde, falls die Regierung ihre Entscheidung nicht rückgängig macht. Nahrungsmittel und andere Verbrauchsgüter sind kürzlich auch um sage und schreibe 200 Prozent teurer geworden.

Private Luftverkehrsgesellschaften streben eine Erhöhung der Flugpreise um 400 Prozent an, mit der Begründung, daß Flugbenzin von vier Cent auf 22 Cent pro Liter teurer geworden seien.

Der ehemalige Kabinettsminister Bolaji Akinyemi sagte: »Die Sache der Beseitigung der Subventionen auf Öl ist eine Zeitbombe, die man in Ruhe lassen sollte. Es besteht keine wirtschaftliche oder politische Rechtfertigung dafür.« □

Wachstums-Zentrum Asien

Asien ist das Wachstums-Zentrum der Welt: In keiner anderen Region steigt die Pro-Kopf-Produktion so stark wie dort. Besonders fette Raten erzielten zuletzt Jahr für Jahr die Schwellenländer Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur. Ähnlich stark trumpft aber auch das Entwicklungsland China auf. Japan komplettiert das Bild vom dynamischen Asien mit einer jahresdurchschnittlichen Steigerung von immerhin vier Prozent – eine Rate, die westliche Industrieländer für längere Zeiträume nur selten erreichen.

So schafft die Europäische Gemeinschaft gerade mal die Hälfte des japanischen Wachstums-Tempos. Die USA rangieren unter ferner liefen, sind aber noch im Plus. Ganz böse sieht es für die von Dürre gebeutelten Länder der Subsahara aus: Die wirtschaftliche Talfahrt hat sich gegenüber der ersten Hälfte der achtziger Jahre noch verschärft.

Auch für die überschuldeten Länder, vor allem in Südamerika, ist noch keine Wende zum Besseren erkennbar. □

Südkorea wird Preise für landwirtschaftliche Maschinen subventionieren

Südkoreanische Bauern, die motorbetriebene Ackerfräsen und andere landwirtschaftliche Maschinen kaufen wollen, bekommen staatliche Subventionen bis zu 50 Prozent des Kaufpreises, schreibt die »Korea Times«. Dies war ein Wahlversprechen des neuen Präsidenten Kin Young Sam, das er anscheinend zu halten gedenkt.

Die Halbpreis-Politik wurde auf einer gemeinsamen Sitzung der regierenden Demokratischen Liberalen Partei und der Regierung in der Kammer für Handel und Industrie endgültig beschlossen.

Die regierungsseitige Hilfe wird rückwirkend auf diejenigen angewendet, die seit dem 1. Januar 1993 Maschinen gekauft haben und bleibt bis 1997 wirksam. □

Wissenschaftler entdecken Impfstoff gegen Malaria

Kolumbianische und spanische Wissenschaftler behaupten, sie hätten einen Impfstoff zur Bekämpfung der Malaria entwikkelt, den man sich eher leisten könne und der wirksamer sei als andere Behandlungen, berichtete Reuter. Der Impfstoff wurde durch synthetische Kopierung eines Teiles der Struktur des Blutparasiten, der Malaria verursacht, geschaffen. Die von Moskitos verbreitete Krankheit trifft jedes Jahr 300 Millionen Menschen weltweit und führt zu annähernd 3,5 Millionen Todesfällen. Einige Ärzte meinen, dies könne der größte einzelne medizinische

Durchbruch sein, seitdem die Weltgesundheitsorganisation in den siebziger Jahren die Pocken beseitigte.

In einem Bericht in der britischen Ärztezeitung »Lancet« schrieb eine von Manuel Elkin Patarroyo vom Krankenhaus San Juan de Dios in Bogota angeführte Gruppe, es sei nachgewiesen worden, daß ihr Impfstoff dazu beitragen könnte, die gewöhnlichste Art der Krankheit, »falciparum-Malaria«, zu bekämpfen.

Die Gruppe teilte mit, daß der als SPf66 bekannte Impfstoff in Kolumbien an 1548 Freiwilligen, von denen die eine Hälfte drei Dosen des Impfstoffes und die andere Hälfte Placebo erhielten, ausprobiert wurde. Nahezu 34 Prozent der Geimpften wurde vor einem ersten Anfall von Malaria geschützt, heißt es in der Studie.

Geoffrey Targett, Leiter der Parasitologie an der Londoner School of Hygiene and Tropical Medicine, äußerte, aus den Ergebnissen gehe hervor, daß die neue Medizin wirksamer als frühere Impfstoffe sei, die nicht in einem so großen Umfang getestet worden sind. □

Schocktherapie heißt »wilde soziale Chirurgie«

Das Wirtschaftsprogramm der »Schocktherapie« des russischen Präsidenten Boris Jelzin und des ehemaligen amtierenden Ministerpräsidenten Jegor Gaidar ist »der wildeste soziale chirurgische Eingriff ohne Betäubung, den man sich vorstellen kann«, wetterte Robert J. McIntyre, Professor für Wirtschaft am Smith College in Massachusetts, in einem Kommentar mit der Überschrift:

»Shock Therapy Disguised as Science« (»Schocktherapie als Wissenschaft«) in der Londoner »Financial Times«.

»Das Jelzin-Programm ist eine soziale Entscheidungsfindung auf verfassungsmäßiger Ebene, die als Anwendung neutraler Wirtschaftswissenschaft getarnt ist. Jede Diskussion in der Öffentlichkeit über diese Politik wird abgewürgt ... Die sich daraus ergebende ›Schocktherapie‹ war eine gleichmäßige Mischung von politischer Inkompetenz und unkontrollierter Korruption, die sofortigen strukturellen Schaden einer besonderen Art hervorrief, der sich in Mitteldeutschland als absolut unumkehrbar erwiesen hat. Ungeachtet des politischen Beweggrunds zerstört diese Taktik die institutionellen Brücken, die zu ... zukünftigen Leistungen führen könnten. Es ist das Versagen der Jelzin-Regierung bei den organisatorischen und strukturellen Realitäten, die dem wirtschaftlichen Übergang innewohnen, fertigzuwerden, das Verachtung verdient.«

»Die Unterstützung des Volkes für solche Schockmaßnahmen ist praktisch nicht vorhanden«, berichtete McIntyre.

Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß die sensiblere Gruppe die Bürger-Union ist. »Viele der Positionen der parlamentarischen Konservativen, speziell die von Arkadij Wolsky geleitete Bürger-Union, repräsentieren eine zusammenhängendere Analyse der Realitäten der derzeitigen Situation als im Regierungsprogramm zu finden ist.

Die Bürger-Union weist zurecht darauf hin, daß ohne eine integrierte Strategie des industriellen Übergangs die Anpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds auf höchster Ebene nur Ruinen schafft ... Das Jelzin-Gaidar-Programm wird ganz einfach nicht als Grundlage für eine aufrecht zu erhaltende Produktionswirtschaft funktionieren ... Übernahme einer unveränderten Marktwirtschaft als Ziel und dessen Durchsetzung durch Schockmethoden bedarf autoritärer Methoden, und das nicht nur kurzfristig.« □

Indien bietet Thailand moderne Technologie an

Im Zuge einer größeren Ausschreibung zur Verstärkung der Exporte von Hochtechnologie in Südostasien hat Indien Thailand Kernkraft-Technologie sowie Technologie auf den Gebieten optische Fasern und Computer angeboten.

Das Angebot erfolgte auf einer Sitzung von Außenministern beider Länder in Bangkok auf hoher Ebene. Dies ist das erste Mal, daß Indien Technologie angeboten hat, um in irgendeinem anderen Land der Region Kernkraftwerke zu errichten.

Obwohl noch keine offizielle Reaktion auf das Angebot erfolgt ist, sagten thailändische Offizielle, die Regierung »überprüfe ernsthaft« die Möglichkeit, an nukleare Expertisen heranzukommen, um Thailands wachsenden Energiebedarf zu decken. □

Philippinen könnten Kernkraft entwickeln

Der Minister für Wissenschaft und Technologie Ricardo Gloria gab bekannt, daß die philippinische Regierung Kernkraft ernsthaft als alternative Energiequelle in Erwägung ziehe. Das Ministerium für Wissenschaft und Technologie führt derzeit eine Studie über die Entwicklung von Kernkraft im Lande, einschließlich deren gesellschaftliche und politische Auswirkung, durch, sagte er auf der Sitzung einer Arbeitsgruppe der in Wien ansässigen Internationalen Atomenergie-Behörde in Manila.

In einer Ansprache auf der gleichen Tagung stellte der Außenminister Ricardo Romulo fest, daß, obwohl in den Vereinigten Staaten und Europa einige Atomkraftanlagen eingemottet worden sind, Länder in Asien-Pazifik ihre Aktivität auf diesem Gebiet verstärken werden. Er meinte, daß von den Mitgliedern der Association of Southeast Asian Nations Thailand plane, sechs Kraftwerke zu errichten, Indonesien 12 Anlagen, und Malaysia eine. Er setzte hinzu, daß sowohl China als auch Pakistan die Anzahl ihrer Anlagen erhöhen werden; daß allein Japan neun Atomanlagen habe; Indien sieben; und Südkorea neun.

Dr. Carlito Aleta, Leiter des Atomforschungsinstituts der Philippinen, sagte auf der gleichen Versammlung, daß Atomkraft die »Energie der Zukunft« ist.

Die Energiekrise auf den Philippinen hat die Wirtschaft fast zum Stillstand gebracht. Der Arbeitsminister Nieves Confesor gab bekannt, daß kleine philippinische Firmen unter Umständen wegen einer ernsthaften Energieknappheit, die das Land heimsucht, 20000 Beschäftigte entlassen müssen. Confesor sagte zu Reportern nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates unter dem Vorsitz des Präsidenten Fidel Ramos, daß die Stromausfälle mittelgroße Fabriken zwingen könnten, ihre Pforten zu schließen. »Wenn die achtstündigen Stromausfälle weiter anhalten, werden wir von einer sehr schlechten Zeit reden müssen, wenn auch nur vorübergehend, weil viele unserer Leute auf der Basis von Tagelöhnen arbeiten. Ich spreche von einer wirklich alarmierenden Entlassung von Arbeitern bis zu 20000 an der Zahl«, sagte Frau Confesor. □

Europäische Gemeinschaft noch immer agrarlastig

Die Europäische Gemeinschaft plant für 1993 Ausgaben von 65,5 Milliarden ECU. Über 99 Prozent davon steuern die zwölf Mitgliedstaaten bei. Der Rest, knapp eine halbe Milliarde ECU, sind sonstige Einnahmen wie Zinserträge, Gebühren und Abgaben. Deutschland, Frankreich und Italien bringen fast zwei Drittel aller EG-Einnahmen auf. Nach wie vor gibt die Gemeinschaft über die Hälfte ihres Etats für die Gemeinsame Agrarpolitik aus: 35 Milliarden ECU.

Den zweitgrößten Brocken bilden die Aufwendungen für Strukturpolitik: Die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EG schlägt mit knapp 21 Milliarden ECU zu Buche. Verwaltung und Personal kosten die Gemeinschaft 1993 rund 3,4 Milliarden ECU – das sind zwar nur etwa fünf Prozent des Budgets, aber 400 Millionen ECU mehr, als die EG für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und anderen Drittländern ausgibt. □

Briefe

Betr.: Parteien »Die Schuldenkünstler von Bonn«, Nr. 5/93

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die finanziell und zahlenmäßig ohnehin schwache deutsche »Rechte« auch 1994 das lächerliche Schauspiel der Zersplitterung bieten wird – ob aus Starrsinn, purem Egoismus, falscher »Parteiloyalität« oder ... ist im Endeffekt gleichgültig. Damit Deutschland nicht am Eigendünkel von Quertreibern und Spaltern zugrunde geht, gilt es, unverzüglich einen gangbaren Weg zu finden, um die ansprechbaren rechten Parteirepräsentanten an einen Tisch zu bringen.

Aus mehr als einem Grund ist eine Fusion, selbst eine Gemeinschaftsaktion unserer rechten Einzelkämpferparteien keine leichte Aufgabe. Sie muß von selbstlosen Experten ausgearbeitet werden, die sich in die internen Personal-, Organisations- und Finanzstrukturen der jeweiligen Parteien einzufühlen vermögen. Eine die persönlichen Eitelkeiten und Machtgelüste der einzelnen Parteivorstände und Pöstcheninhaber berücksichtigende Rollenverteilung in einer rechten »Einheitspartei« ist nur eine Überlegung. (Nach altrömischem Vorbild könnten zum Beispiel jeweils »Konsuln auf Zeit« nacheinander an die Reihe kommen ...) Etwas schwieriger wird es vermutlich bei den leidigen Finanzen zugehen und deren Kontrolle sowie Entscheidungen über ihren zweckmäßigsten Einsatz. Auch dieses Problem ließe sich durch gewiegte Praktiker lösen.

Der Einwand »ich habe ..zig Jahre meines Lebens für meine Partei geopfert«, ist menschlich begreiflich, jedoch angesichts des Ernstes unserer Lage mehr als naiv und eines deutschen Patrioten unwürdig! Theoretisch sollte die schwächste Partei am leichtesten zum Zusammenschluß beziehungsweise Zusammengehen zu bewegen sein. Gelingt ein solcher Schritt, so dürfte es leichter sein, auch die noch abseits Stehenden zu gewinnen. Auf alle Fälle sollten diejenigen, die sich dem Rufe des Vaterlandes in seiner Not widersetzen, öffentlich bloßgestellt und als Saboteure an der deutschen Sache gebrandmarkt werden.

Als Auslandsdeutscher bin ich leider mit der hiesigen Parteienlandschaft ungenügend vertraut. Vielleicht können Sie konkretere Vorschläge zu diesem Thema machen oder kennen andere, die kompetent und willens sind, sich dieser für unser Überleben als Nation dringlichen Angelegenheit anzunehmen!

Dr. Heinrich Piebrock, z. Zt. Brilon-Alme

*

Vor dreißig Jahren durften deutsche Politiker noch die Wahrheit über »Weimar« sagen: Professor Golo Mann erklärte in »Radius«, Zeitschrift der Evangelischen Akademikerschaft im Dezember 1959:

»Man kann nicht oft genug die einfache, klare Tatsache wiederholen, daß Hitler mit aller seiner Propaganda nicht vorwärts kam, vielmehr zurückging in den Jahren leidlicher Prosperität, daß der steile Aufstieg der Partei zeitlich zusammenfiel mit dem Aufstieg der Krise, der Arbeitslosigkeit, des allgemeinen wirtschaftlichen Ruins.«

Professor Dr. Baade, Kiel, schrieb am 2. August 1957 in »Die Welt«:

»Alle Vorschläge und Programme für eine aktive Konjunkturpolitik wurden abgelehnt und die brachliegende Leistungskraft von sechs Millionen Arbeitslosen wurde dem Nationalsozialismus in die Hände gespielt.«

Der ehemalige Bundesfinanzminister Etzel schrieb in seinem Buch »Gutes Geld durch gute Politik«, 1959, Seite 27:

»Ich selbst vergegenwärtige mir an einem anderen Beispiel, wie doch die tragischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte hätten vermieden werden können, wenn wir in den Jahren 1929 bis 1933 in der großen Weltwirtschaftskrise bei uns die gleichen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse über Konjunkturpolitik gehabt hätten, die wir heute haben. Ohne die sechs Millionen Arbeitslose hätte es weder eine nationalsozialistische Machtergreifung noch einen Zweiten Weltkrieg mit allen ihren Folgen gegeben.

Fundierte sozialwissenschaftliche Erkenntnisse sichern – und das ist die Erkenntnis dieser Betrachtung – Wohlstand und Frieden.«

»Metall«, die Zeitschrift der IG-Metall für die Bundesrepublik, schrieb am 1. Februar 1953: »Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: Während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden.«

Die Zeitschrift »Atlantis« und später »Die Welt« veröffentlichten im Jahre 1959 einen Beitrag von Sigismund von Radecki mit dem Titel »Als ob das immer so weiterginge«:

»Schon die monetäre Krise der Inflation von 1923 hatte mit ihrer Verbitterung und Verzweiflung die Nazis in Marsch gesetzt, jetzt tat die Wirtschaftskrise von 1930 das gleiche, aber in stärkerem Maße, weil der psychologische Widerstand von 1923 fehlte – man hatte den Glauben an die normale Wirtschaft und die normale Demokratie verloren.
Ohne die Wirtschaftskrise wären die Nazis nie wieder hochgekommen; so hat also 1929 den Zweiten Weltkrieg mit herbeigeführt – eine fürchterliche Wirkung, wie sie noch kein Haussékrach je gehabt hat: 50 Millionen Leichen – die liegen so still, weil man 1929 auf der Börse so gestikuliert hat: Lüge und Mord stehen ja stets in Verbindung.«

Erhard Neumann, Sindelfingen

Betr.: Anzeige »Der Islam wird uns fressen«, Nr. 5/93

Mein Artikel »Religiöser Rassismus« (CODE, November 1992) hat Leserbrief-freudige Menschen auf den Plan gelockt. Auch die April-Nummer von CODE weist zwei umfangreiche Beiträge auf. Doch diese nehmen inhaltlich nicht mehr Bezug auf meine Ausführungen. Und doch wäre das Treiben der staatlichen Meinungszensur in Bonn einiger Gedanken wert. Eigentlich müßte schon die Tatsache verblüffen, daß es in Bonn überhaupt eine staatliche Meinungskontrolle und Meinungszensur gibt. Wird doch – etwa bei schönem Wetter – geschwärmt, »die Bundesrepublik ist der freieste Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat...« Hm... es ist, als räusperte sich jemand! In diese Legende paßt es schlecht hinein, daß es in Deutschland Bücherverbote, Zeitschriftenbehinderung, einen Index verfehmter Veröffentlichungen gibt, sowie das harsche Verbot, gewisse historische Themen genauer zu betrachten und staatlich festgelegte Dogmen anzuzweifeln oder die katastrophale Asyl-Politik zu kritisieren.

Ein erster Leserbrief nörgelte an der von mir gelieferten Definition der Rasse herum. Diese Begriffsbestimmung lautet: »Rasse, (progenies classica) ist der Klassenunterschied organischer Körper eines und desselben Stammes, insofern dieser Unterschied unausbleiblich erblich ist.«
Die staatliche Meinungszensur in Bonn wirft mir vor, mein Buch »Der Islam wird uns fressen« bewirke »Aufstachelung zum Rassenhaß gegen Angehörige islamischen Glaubens«. Da Religion weder ein »organischer Körper« noch »unausweichlich erblich« ist, erweist sich der von der staatlichen Meinungszensur geäußerte Vorwurf als hanebüchener Unsinn; denn es gibt keinen »Rassenhaß« gegen Angehörige eines religiösen Bekenntnisses. Haben sich die Deutschen im Dreißigjährigen Krieg etwa aus »Rassenhaß« bekämpft?

Zu allen Zeiten haben die Meinungszensoren eine schäbige Figur gemacht; so auch die Wächter über die bundesrepublikanische Rechtgläubigkeit.
Die von mir gelieferte Definition der Rasse stammt aus dem Buch des St. Galler-Gelehrten (meines Ahnherrn) Hofrat Dr. med. Christoph Girtanner »Ueber das Kantische Prinzip für die Naturgeschichte«, erschienen in Göttingen bei Vandenhoek und Ruprecht im Jahre 1796. Jeder kann bei Immanuel Kant im Buch »Anthropologie, 2. Teil« unter dem Stichwort »Charakter der Rasse« in § 105 nachlesen: »In Ansehung der Rasse kann ich mich auf das beziehen, was Herr Geheimer Hofrat Girtanner davon in seinem Werk, – meinen Grundsätzen gemäß – zur Erläuterung und Erweiterung schön und gründlich vorgetragen hat.«

Die staatliche Meinungszensur in Bonn fühlt sich somit dem Königsberger Philosophen Immanuel Kant geistig und intelligenzmäßig überlegen. Soo kluge Leute wachen über unsere Gesinnung!

Dr. Beat Christoph Baeschlin, Tegna (Schweiz)

Betr.: Überproduktion »Die geheime Krankheit des Kapitalismus«, Nr. 3/93

Die geheime Krankheit des Kapitalismus ist doch: Daß alle Europäische Völker blindlings zum Ausbeutungssystem Zins und Zinseszins und zum katastrophalen Bodenrecht Ja sagen, mit dessen die arbeitende Bevölkerung erpreßt und ausgebeutet wird. Alle europäische Berufspolitiker fühlen sich in diesem System pudelwohl. Da in diesem System das Geld nur dort Arbeit schafft, wo ein möglichst hoher Kapitalzins bezahlt wird, muß man sich nicht wundern, wenn das Auf und Ab in der Volkswirtschaft so katastrophal hin und her geht, wie es immer und immer wieder in Abständen passiert ist. Das wichtigste in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist doch ein sauberes, ausbeutungsfreies Tauschmittel »Geld« und ein ausbeutungsfreies Bodenrecht, das seinen Bürgern die Möglichkeit gibt ihren Beruf in Ehren ausüben zu können.

Unser Zinses-Zins-Geld und das katastrophale Bodenrecht gehört zum raffiniertesten Ausbeutungssstem des »Satans« und trägt die Hauptschuld an der weltweiten Umweltzerstörung. Es ist traurig, daß ausgerechnet unsere Volksvertreter und die christlichen Landeskirchen zu diesem Ausbeutungssystem durch ihr Schweigen Ja sagen. Schicksalhaft ist, daß den neuen Bundesländern und dem Osten mit einem Ausbeutungsgeld »geholfen« wird. 70 Jahre lang wurden die Menschen im Osten brutal unterdrückt und nun kommen sie vom sozialistischen Regen in die Zinses-Zins-Kapitalistische Traufe! Muß man sich da noch wundern, wenn in diesen Ländern Angst, Verzweiflung, Hunger und Elend zum täglichen Leben gehören?
Die zwielichtige Haltung der Europäer im Bush-Krieg, beim Jugoslawienkrieg, bei der UNO, in der Europäischen Gemeinschaft und vor allem in Brüssel, zeigt doch eindeutig, wie tief wir gesunken sind. In Brüssel bahnt sich eine Mammut-Bürokratie auf, die unweigerlich zu Diktatur führt. Zu einer Weltdiktatur des Zinses-Zins-Kapitalismus, die die Zerstörung unserer so schönen Erde bis zum bitteren Ende weiterführen wird.
Wie Deutschland und Europa von diesem teuflischen Kapitalismus gerettet werden kann, können sie in dem genialen, für die Praxis geschriebenen Buch »Die Zinsfreie Wirtschaftsordnung« nachlesen. Dieses Buch ist so verständlich geschrieben, daß es jeder Bürger mit einfacher Volksschulbildung verstehen kann. Bestellen Sie sofort dieses außerordentliche Werk, es ist in jeder Buchhandlung erhältlich!
Adresse: Die Zinsfreie Wirtschaftsordnung, Brigitte Cornelius, Moraschstr. 11, 8913 Schondorf.

S. Wanner, Thun (Schweiz)